Dienstag, 27. Mai 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 120 - 22.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

POLITIK

Waffenstillstand? Der erste Besuch der philippinischen Staatspräsidentin Aquino (Foto) auf der von bürgerkriegsähnlichen Kämpfen erschütterten Insel Mindanao im Süden des Landes hat die Aussichten auf einen Waffenstillstand mit der kommunistischen Guerrilla kaum verbessert. Wenige Stunden später starteten sie neue blutige Attacken. (S. 5)



Studium: Bonn und Peking wollen die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Berufsbildung vertiefen. Bundesbildungsministerin Wilms hat in Peking vereinbart, daß künftig mehr deutsche Studenten an chinesischen Hochschulen studieren dürfen.

Katastrophe: In einem Mittelmeerland soll eine große Atomkatastrophe simuliert werden, um die Koordination der Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung zu testen. Darauf haben sich die Zivilschutzminister von neun südeuropäischen Ländern in einer Sitzung nahe Palermo geeinigt.

Zypern: Die kommunistische Partei AKEL hat bei den Kommunalwahlen auf Zypern in neun von 18 Städten ihre Kandidaten für das Bürgermeisteramt durchgebracht. Ihr Stimmenanteil stieg auf 32,5 Prozent.

Teddy Kollek: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Bürgermeister von Jerusalem zum 75. Geburtstag gratuliert. Kollek habe „mit Mut, oft mit Ungeduld und immer mit Toleranz Großes geleistet". (S. 5)

„Neue Armut": Eine Enquete-Kommission sollte in der nächsten Legislaturperiode die sozialen Einkommensverhältnisse und das, was als „Neue Armut vorgeführt wird", untersuchen. Das hat der Präsident der Arbeitgeberverbände, Otto Esser, vorgeschlagen.

Praxis: Gymnasiasten sollten nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft systematischer und besser als bisher auf die Arbeits- und Berufswelt vorbereitet werden. In den Gymnasien werde die Wirtschaft nur sporadisch in den Lehrplan einbezogen.

Ausbildung: Zunächst 80 Lehrer aus der Bundesrepublik sollen künftig in der Türkei arbeiten, um dort Kinder von in ihre Heimat zurückgekehrten Gastarbeitern zu unterrichten. Ein entsprechendes Bildungsabkommen haben Bundesaußenminister Genscher und sein türkischer Amtskollege Vahit Halefoglu gestern in Ankara unterzeichnet.

„Dial Berlin": Mit der neu eingerichteten Werbung „Dial Berlin" (Wähl Berlin) soll der US-Tourismus in die Stadt gefördert werden. Die Werbung wird von einem privatwirtschaftlich finanzierten Verein von Hoteliers und Touristik-Veranstaltern übernommen.

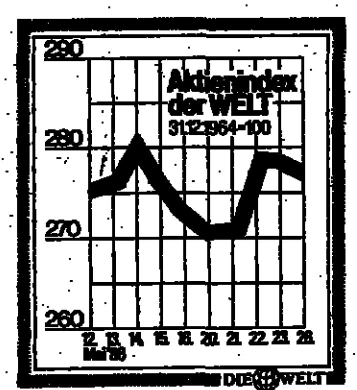
Umweltschutz: Die Bundeswehr darf die Einhaltung des Immissionsschutzgesetzes für den militärischen Bereich in eigener Regie überwachen. Das sieht eine vom Bundesrat jetzt gebilligte Gesetzesänderung vor.

WIRTSCHAFT

Marktwirtschaft: Eine konsequentere marktwirtschaftliche Gesundungsstrategie hat die Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft angemahnt. Die bisherigen Leistungen nach der politischen Wende in 1982 genügten bei weitem nicht, um die Aufgaben der Zukunft zu meistern. (S. 11)

Inhalte: Moderne Datenverarbeitung im Büro muß nicht geisttötende Fließbandarbeit sein. Im Gegenteil: Sie bringt der Arbeit neue Inhalte, dem Mitarbeiter mehr Verantwortung, Kompetenz und Selbstvertrauen. (S. 12)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern auf breiter Front schwächer. An den Rentenmärkten lief die Kursentwicklung leicht uneinheitlich. WELT-Aktienindex 277,91 (279,25). BHF-Rentenindex 106,557 (106,603). BHF-Performance-Index 104,149 (104,108). Dollarmittelkurs 2,2807 (2,2790). Wegen Feiertags wurde gestern in London kein Goldpreis fixiert. Das Nachmittagsfixing am vergangenen Freitag betrug 341,10 Dollar für die Feinunze.



KULTUR

Max Reger: Zum 70. Todestag veranstaltete das Bonner Reger-Institut ein wissenschaftliches Symposion mit Begleitmusik vor dem Hintergrund der Existenzbedrohung. Am 31. Dezember endet für Regers Werke die Schutzfrist, und das entzieht dem Institut die Arbeitsgrundlage. (S. 21)

Prinz Eugen: Die Österreicher präsentieren in den beiden Marchfeldschlössern Schloßhof und Niederweisen, 50 Kilometer donauabwärts von Wien, „Prinz Eugen und das barocke Österreich" im Glanz der habsburgischen Krone. – Erinnerungen an den großen Feldherrn dreier Kaiser. (S. 21)

SPORT

Fußball: Überaus verärgert reagierten die Vertreter der Bundesligaklubs auf die Kritik von Franz Beckenbauer in Mexiko. Schalkes Manager Assauer: „Ein Trainer, der vor einem bedeutsamen Turnier sagt, wir werden nicht Weltmeister, muß doch wohl seinen Job verfehlt haben." (S. 10)

Neuer Termin: Der Spielausschuß des Deutschen Fußball-Bundes hat das Entscheidungsspiel um die Bundesliga-Qualifikation zwischen Borussia Dortmund und Fortuna Köln für Freitag, 30. Mai, 20 Uhr, neu angesetzt. Das Spiel soll im Düsseldorfer Rheinstadion stattfinden.

AUS ALLER WELT



Rüssellänge: Die rasende Sau, auf den Namen „Professor Flinkmann" getauft, schafft die 90 Meter in 10,67 Sekunden. Schweinerennen (Foto), von den Tierschützern lange Zeit heftig bekämpft, finden in Norddeutschland und darüber hinaus immer mehr Fans. Dazu gehört auch der Wettstreit Mensch gegen Schwein. (S. 22)

Das Erbe: Wem gehört die geistige Hinterlassenschaft eines Wissenschaftlers? Der erbenden Familie, dem Institut, in dem er tätig war? Der Streit um das Vermächtnis des aus Jugoslawien stammenden Historikers Vladimir Milojčić in Baden-Württemberg. Das Wissenschaftsministerium steht zwischen den Stühlen. (S. 22)

DGB will Neue Heimat auflösen. Die Betriebsräte demonstrieren

Breit: Länder sollen Wohnungen übernehmen / Schneider mahnt Gutachten an

gba./DW. Hamburg

Der DGB will mittelfristig aus dem Wohnungsmarkt aussteigen und seinen angeschlagenen Konzern Neue Heimat auflösen. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes reichte auf dem DGB-Kongreß in Hamburg einen entsprechenden Initiativantrag ein, über den die 525 Delegierten voraussichtlich in der zweiten Wochenhälfte abstimmen werden.

In dem Antrag des DGB-Vorstandes heißt es: „Eine Regionalisierung, die dazu führt, daß sich der DGB und seine Gewerkschaften mittelfristig aus ihrem Engagement in der Wohnungswirtschaft zurückziehen, berücksichtigt am besten die Interessen der Mieter und der Beschäftigten und trägt den veränderten Bedingungen der sozialen Wohnungswirtschaft Rechnung. Die angestrebten Lösungen dürfen aber nicht dazu führen, die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und Finanzkraft zu beeinträchtigen, auch wenn dazu notfalls weitere Verkäufe aus dem Wohnungsbestand der Neuen Heimat erforderlich sind." Die Neue Heimat hat derzeit noch rund 260 000 Wohnungen, sitzt auf einem Schuldenberg von rund 17 Milliarden Mark und hat kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 1,7 Milliarden Mark, die noch in diesem Jahr fällig werden.

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit sagte den Funktionären des am Sonntag eröffneten 13. Bundeskongresses in seinem Rechenschaftsbericht, die Interessen der rund eine Million Mieter könnten am besten geschützt werden, wenn es gelinge, „mit Hilfe der Bundesländer Lösungen zu finden, die die Wohnungen der Neuen Heimat in der Sozialbindung belassen, das heißt, wenn Bundesländer entweder die Wohnungen der Neuen Heimat oder die regionalen NH-Gesellschaften selbst übernehmen". Wenn dies nicht gelinge, müsse die Neue Heimat „auch weiterhin Wohnungen in erheblichem Ausmaß am Markt" verkaufen.

SEITE 10:
Streit

Vor den verschlossenen Toren des Hamburger Kongreßzentrums versammelten sich nach Angaben der Veranstalter 600 Mitarbeiter und Betriebsräte der Neuen Heimat und verlangten, vor dem Gewerkschaftstag angehört zu werden. In einer Resolution an die Delegierten des DGB-Kongresses heißt es, durch die kritische Lage der Neuen Heimat werde „die Glaubwürdigkeit des DGB in seinen gewerkschaftlichen Zielen öffentlich in Frage gestellt".

In der nunmehr vom DGB selbst aufgenommenen Diskussion um die Auflösung der Neuen Heimat hat Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) die Vorlage eines Konzerngutachtens angemahnt. „Ohne dieses Papier vermag niemand verantwortlich zu sagen, wieviel die Neue Heimat noch wert ist und ob sie überhaupt noch gerettet werden kann", sagte Schneider der WELT.

Schneider äußerte sich skeptisch über das Regionalisierungskonzept des gewerkschaftseigenen Konzerns. Die Frage sei: „Wer haftet für die vorhandenen Schulden. Ist das Vermögen noch in der Lage, die Schulden zu decken?"

DER KOMMENTAR

Ein Ausstieg

PETER GILLIES

Daß der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Wechselbalg „Neue Heimat" gern loswerden möchte, ist zu verstehen. Gar zu peinlich sind ihm die Fehlspekulationen, Bereicherungen, Veruntreuungen und Schiebereien, die seit Jahren unter dem Deckmantel hehrer „Gemeinnützigkeit" betrieben wurden. Aber ein Ausstieg zu Lasten Dritter können und dürfen die getäuschten Steuerzahler, Mieter, Gewerkschaftsmitglieder und Vertragspartner der NH nicht zulassen.

Man stelle sich einmal den gewerkschaftlichen Protest vor, ein Industrieunternehmen wäre nach der „Methode NH" verfahren und würde versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen und den Steuerzahler zur Ader zu lassen – der antikapitalistische Lärm wäre nicht zu überbieten gewesen. Aber offenbar genießt gewerkschaftliche Mißwirtschaft hierzulande so eine Art wohlmeinender Narrenfreiheit (wie übrigens auch deutsche Staatsanwälte sich emsig gewissen Ermittlungen hingeben, aber bei Millionenschiebungen dieser Art in merkwürdige Lethargie verfallen). Der DGB-Chef nennt die Kritiker „Pharisäer", die die Neue Heimat „schamlos" ausnutzten. Er hätte besser geschwiegen, denn jedermann weiß hier die selbstgerechten Heuchler wohl zu orten. Einen Rückzug des DGB aus dem konkursreifen Baukonzern ohne Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Finanzkraft – wie es der Vorstand vorschlägt –, ist so unmöglich wie ein gerösteter Schneeball. Der Sachverhalt ist schlicht: Eigentümer haften.

Geschickt tarnt der DGB seine Weigerung, für die Folgen einzustehen, mit der Sozialbindung für die Mieter. Aber die Entwicklung der Mieten, das Überangebot am Wohnungsmarkt und die einschlägigen „gemeinnützigen" Praktiken haben diese Tarnung längst zerrissen. Diese Art von Sozialbindung ist weder erstrebens- noch erhaltenswert. Auf die Dauer sei ein gewerkschaftliches Engagement im Wohnungsbau nach dem Ausstieg nicht mehr möglich, hieß es warnend auf dem DGB-Kongreß. Mieter, Steuerzahler und Betroffene empfinden dies jedoch nicht als Drohung, sondern als Hoffnung.

‚Rebellischer Reaktor ist noch gefährlich'

Eingeständnis Moskaus / Österreichische Studenten protestieren in CSSR gegen Kernkraftwerk

DW./cgs. Moskau/Wien

Vier Wochen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl hat sich die Situation um das zerstörte Kernkraftwerk nach sowjetischer Darstellung immer noch nicht entspannt. „Nein, bisher hat sich der rebellische Atomriese noch nicht ergeben, er ist noch gefährlich", schrieb die Parteizeitung „Prawda". In demselben Artikel bemüht sich der stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Lew Woronin, die Gefahr herunterzuspielen. Man habe das Geschehen unter Kontrolle und wisse, was man in Zukunft tun müsse. Auch die Aussage, der erste und zweite Reaktorblock des Kernkraftwerkes werde „auf jeden Fall" noch 1986 wieder in Betrieb genommen, soll den Anschein erwecken, als stelle sich die Regierung wieder auf die Normalität ein.

Abstriche an dem Kernenergieprogramm der Sowjetunion wird es allen Anschein nach nicht geben. In dem Fünf-Jahres-Plan wird der Anteil der Kernenergie für 1985 mit 10,8 Prozent ausgewiesen. Bis 1990 soll er auf 21 Prozent verdoppelt werden. Aus Tschernobyl will Moskau allerdings den Schluß ziehen, die Reaktorsicherheit zu verbessern.

Doch während die sowjetischen Behörden über mögliche Langzeitfolgen der Reaktorkatastrophe schweigen, stellt das Kernkraftwerk in Tschernobyl nach den Worten eines sowjetischen Wissenschaftlers eine

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Beiträge

langdauernde Gefährdung des Grundwassers dar. Im US-Fernsehen drückte der stellvertretende Vorsitzende der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Welichow, seine Sorge aus, daß das Grundwasser radioaktiv verseucht werden könnte. Landwirtschaftlicher Anbau innerhalb der 30-Kilometer-Schutzzone um den Reaktor komme jedenfalls nicht in Frage. In welchem Maße andere betroffene Gebiete wieder nutzbar werden könnten, hänge von den Rekonstruktionsarbeiten ab.

Im Gegensatz zu der Versicherung Moskaus, die Lebensmittel würden streng kontrolliert, hat die dortige US-Botschaft festgestellt, daß der Genuß von Milch für Schwangere und Kinder nicht unbedenklich ist.

Die Verärgerung der Österreicher gegen die Nutzung der Kernkraft Anrainerstaaten hat sich jetzt auf ungewöhnliche Weise artikuliert. Österreichische Studenten haben auf dem Territorium der Tschechoslowakei Flugblätter in tschechischer Sprache gegen den Bau und den Betrieb von CSSR-Atomkraftwerken in unmittelbarer Nähe der österreichischen Grenze verteilt. In Zusammenarbeit mit tschechoslowakischen Dissidenten und Atomgegnern wollen sie die Bevölkerung vor allem zum Protest gegen das in der Nähe von Budweis im Bau befindliche Atomkraftwerk Temelin aufrufen.

Die Flugblattverteiler, so erklärten Sprecher der österreichischen Hochschülerschaft, seien sich des Risikos bewußt, von der CSSR inhaftiert zu werden.

Stichproben aus dem Hause Süssmuth

DIETER THIERBACH, Bonn

Fragt man gestandene Ingenieure, so mahnen sie unter der Prämisse „Ja, aber . . ." zur Vorsicht. Mathematiker kommen gleich mit hieb- und stichfesten Beweisen, warum „nur so und nicht anders". Die Rede ist von Stichproben, der – im nüchternen Lexikon-Stil beschriebenen – „Entnahme einer nur durch den Zufall bestimmten Teilmenge zur Kennzeichnung und Verteilung von Merkmalen in einer größeren oder anderen Menge". So eine Teilmenge hat jetzt auch das Bonner Bundesgesundheitsministerium entdeckt. Denn die Behörde von Ministerin Rita Süssmuth hat begonnen, ganze Gruppen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auf diese Art und Weise auf ihre Strahlenbelastung zu untersuchen.

Die Tests knüpfen an eine alte Tradition an, sagt Pressesprecher Hartwig Möbes. „Bereits in den 60er Jahren wurden Gruppen von Männern und Frauen in Berlin, Düsseldorf und Karlsruhe, sowie Kinder in Berlin in regelmäßigen Abständen auf ihre Belastung mit Caesium 137 untersucht."

Bisher, so Möbes, hätten sich 108 Kinder im Alter von ein bis zehn Jahren in Frankfurt, München, Homburg (Saar) und Düsseldorf so einer Ganzkörpermessung unterzogen. Dabei seien Strahlendosen in den Schilddrüsen von bis zu 50 Millirem gefunden worden. „Und das auch nur in München. In den anderen Städten liegen sie weit darunter."

Die Werte, so die Schlußfolgerung, lägen damit weit unterhalb des für Kleinkinder noch als unbedenklich geltenden jährlichen Höchstwertes von 3000 Millirem. Fazit von Seiten des Ministeriums: „Voraussehbare negative Auswirkungen auf die Gesundheit sind nicht zu erwarten."

Die Auswahl der Kinder erfolgte willkürlich. „So wie sie kamen – also von der Straße weg – wurden sie untersucht." Möbes weiter: „Es gibt nun mal nicht zu viele Anlagen, wo man die umgebenden Strahlen so abschirmen kann, daß ausschließlich die Strahlung des zu untersuchenden Menschen gemessen werden kann."

Gerade hier setzt – in punkto Stichprobenverfahren – bei Wissenschaftlern und Technikern die Kritik an den Grundlagen statistischer Erhebungen an. Kann in diesem speziellen Fall, so fragen die Experten, ein zufällig ausgewählter Teil der Bevölkerung als Repräsentant der Gesamtheit dienen, nur weil er gerade in Apparatenähe wohnt? In der Bestimmung dieses Teils, im technischen Fachjargon „Probenahme" genannt, liegt das A und O. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um die Qualität von Sojabohnen oder gestanzten Blechteilen geht. Nach Hochrechnungsmanier kann mit demoskopischer Überzeugungskraft alles und nichts bewiesen werden, sucht man sich nur die „richtige" Basis.

Das Ministerium, so Möbes, brauche noch mindestens drei bis vier Wochen, um an Hand der Messungen und Untersuchungen zu entscheiden, was getan werden müsse. „Es wird weitergemessen, um den Abbau der Radionuklide bei den Kindern festzustellen. Doch das soll nicht alles sein, es kommt noch etwas hinzu." Über das „Wie und was" hüllt sich das Ministerium noch in Schweigen.

Barzel warnt vor ‚Laxheit' in Berlinfragen

CDU-Politiker gegen Besuche an Honeckers Amtssitz / „Moskau steht hinter DDR-Paßaktion"

DIETHART GOOS, Bonn

Als klaren Verstoß gegen die Rechtslage in Berlin hat der CDU-Politiker Rainer Barzel die neue Praxis der „DDR"-Behörden bezeichnet, wonach Diplomaten der Westmächte beim Passieren der Sektorengrenze von Ost- nach West-Berlin ihre Pässe vorzeigen müssen. Bisher hatten sie sich lediglich mit ihren vom „DDR"-Außenministerium ausgestellten Dienstausweisen legitimiert.

In einem WELT-Gespräch sagte der frühere Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und ehemalige Bundestagspräsident: „Wenn eine interalliierte Demarkationslinie zu einer völkerrechtlichen Grenze angehoben werden soll, dann geht das alle Verantwortlichen an. Rechtsfragen sind keine Zwirnsfäden, sondern fundamental für die Zukunft der Freiheit in Deutschland."

Barzel sagte, er halte es für unwahrscheinlich, daß Ost-Berlin das Verfahren aus eigener Machtvollkommenheit angeordnet habe und wies auf die Sowjetunion. „Wir müssen uns selbstkritisch fragen, ob wir in solchen Berlin betreffenden Rechtsfragen etwas lax geworden sind. Ich denke an Besuche von hochrangigen Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland im Amtssitz von Herrn Honecker. Bundeskanzler Schmidt hat das bekanntlich nicht getan, solange er im Amt war. Erst in der vergangenen Woche hat der baden-württembergische Ministerpräsident Späth den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker in dessen Amtssitz in Ost-Berlin besucht."

Zugleich kritisierte Barzel „manchen Akzent der Vorbereitung des nicht zustande gekommenen Besuchs von Herrn Honecker". Er erinnerte an die Diskussion über die Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer, bei der die Berlin betreffenden rechtlichen Fragen von einigen scheinbar gering geachtet würden. Barzel sagte, er habe schon vor Weihnachten geäußert, daß es zu diesem Besuch vor der Bundestagswahl nicht kommen werde.

Entschieden warnte der Unionspolitiker in dem WELT-Gespräch den Westen davor, wie im Falle des Honecker-Besuchs dem Osten nachzulaufen. Einen solchen „Gnadenerweis" sollte es nicht geben. „Der Westen hat aufgehört, politische Fragen der Spannungsursachen mit Fragen militärischen Abrüstung zu verbinden, wie das 20 Jahre lang westliche Politik war." Gleichzeitig gehe die andere Seite dazu über, Fragen der Politik aus ihrer Sicht mit Fragen der Zusammenarbeit und der militärischen Entspannung zu verbinden. Barzel: „Wir haben in den Ost-West-Beziehungen einen weißen Fleck gelassen und wenn wir diesen nicht schleunigst wieder auffüllen, kommen wir auf die schiefe Bahn."

Uneinigkeit bei KSZE-Treffen

DW. Bern

Bis zur letzten Minute blieb gestern ungewiß, ob das Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte der 35 Teilnehmerstaaten der KSZE-Konferenz mit einem gemeinsamen Schlußdokument abgeschlossen werden konnnte. Nach Angaben westlicher Konferenzkreise fordert der Westen die Abschaffung der Ausreisevisa für die Ostblockbürger, Ausreisegenehmigungen im Rahmen der Familienzusammenführung, die Anerkennung der Rechte nationaler Minderheiten und regionaler Kulturen.

Aus Rom ein Bekenntnis zu USA

DW. Rom

Nach der kritischen Haltung der Koalitionsregierung in Rom zum Vorgehen Washingtons gegen den Terrorismus hat sich jetzt der Chef der Christdemokraten, De Mita, demonstrativ auf die Seite der USA gestellt. Auch wenn Gorbatschow bei der Friedenssicherung „Sensibilität und Sorge" zeige, müsse Italien die internationale Entspannung an der Seite der Vereinigten Staaten unter Präsident Ronald Reagan suchen. Man dürfe die USA nicht mit Moskau auf eine Ebene stellen.

Khadhafi droht Italien und USA

DW. Rom

Der libysche Staatschef Khadhafi hat nach einer Meldung der libyschen Nachrichtenagentur Jana gedroht, erneut die italienische Insel Lampedusa anzugreifen. Dort werde, so Khadhafi, mit der US-Radarstation Spionage für die amerikanische Sechste Flotte betrieben. Libyen hatte wenige Tage nach den US-Bombenangriffen auf Tripolis und Bengasi zwei Raketen gegen die kleine Insel zwischen Sizilien und der nordafrikanischen Küste abgefeuert.

Bräutigam sagt beim SFB ab

DW. Berlin

Der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der „DDR", Bräutigam, wird sich nicht um den Posten des SFB-Intendanten bewerben, der durch den Weggang von Lothar Loewe frei geworden ist. Wie gestern in Ost-Berlin zu erfahren war, wird Bräutigam nach Rücksprache mit der Bundesregierung auf seinem Posten bleiben, „um die Kontinuität der christlich-liberalen Koalition in der Deutschlandpolitik" zu wahren.

Friedenspreis für Bartoszewski

DW. Frankfurt

Wladyslaw Bartoszewski, polnischer katholischer Publizist und Historiker, erhält in diesem Jahre den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Bartoszewski, 1922 in Warschau geboren, gilt als ein unerschrockener Verfechter deutsch-polnischer Aussöhnung und seit mehr als 40 Jahren leidenschaftlicher Kämpfer für seine Heimat. Er lehrt zur Zeit als Gastprofessor an der Katholischen Universität Eichstätt.

Seite 2: Im Gespräch

„DDR" weist Diplomaten zurück

DW. Berlin

Die „DDR"-Behörden haben gestern mehrere westliche, bei der „DDR" akkreditierte Diplomaten, an einer Fahrt von Ost-Berlin in den Westteil der Stadt gehindert. Sie waren entgegen der bisher üblichen Praxis dazu aufgefordert worden, neben ihrem von der „DDR" ausgestellten Diplomatenausweis auch ihren Reisepaß vorzulegen. Die westlichen Diplomaten wurden von den Botschaftern angewiesen, auch in Zukunft ohne Paß die Fahrten anzutreten.

NATO: Die Bedrohung durch Fundamentalisten nimmt zu

Gibraltar in Gefahr? / Der Druck auf Bourguiba wächst

ROLF GÖRTZ, Madrid

Islamische Revolutionsbewegungen im Maghreb bedrohen nach Erkenntnissen der NATO die Sicherheit in der Straße von Gibraltar. Im Moment erscheine die Situation in den mehr oder weniger prowestlich eingestellten Ländern am Südufer des westlichen Mittelmeeres, Tunesien, Algerien und Marokko, „relativ sicher, wenn man von Libyen absehen will", heißt es in einer NATO-Dokumentation. Die 2800 Panzer und 300 modernen sowjetischen Kampfflugzeuge Libyens stellten jedoch ein Moment chronischer Instabilität nicht nur für Tschad dar, wie der spanische konservative Politiker Herrero de Minon, der Mitglied der parlamentarischen Versammlung des NATO-Rates ist, in seinem Dossier feststellt.

Besonders warnt Herrero de Minon vor der noch verdeckten Welle des von Iran, Syrien und Libyen ausgehenden islamischen Fundamentalismus. Der „westliche Sozialismus" des greisen Präsidenten Bourguiba von Tunesien habe mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch die Fundamentalisten werde die Wirtschaftskrise auch in Algerien, das seine Beziehungen zu Washington zu verbessern suche, verstärkt.

Auch für Marokko stelle die Bewegung der fanatischen Moslems, besonders unter der Jugend, eine wachsende Gefahr dar. Herrero de Minon erinnerte in diesem Zusammenhang an das „Versprechen" Khadhafis, die spanischen Enklaven an der nordafrikanischen Küste, Ceuta und Melilla, „zu befreien".

Der spanische Abgeordnete verurteilt zwar das System der Apartheid in Südafrika, warnt aber vor der Gefahr einer „regionalen Hegemonie der UdSSR, die den Seeverkehr zwischen dem Atlantik und dem Indischen Ozean blockieren könnte". In dem Dossier bekennt er sich zum Grundsatz der NATO, außerhalb der euro-atlantischen Zone nicht zu intervenieren. Das dürfe aber nicht „die Möglichkeit der Intervention einiger Mitgliedsländer vor allem der Vereinigten Staaten im Interesse der Gemeinschaft verhindern". (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Assad in Athen

Von Paul Chardon

Mit seinen arabischen Besuchern hat der griechische Ministerpräsident Papandreou selten Glück. Als er sich auf Kreta mit Khadhafi traf, ging es um ausstehende Zahlungen Libyens an griechische Firmen und wohl auch um griechische Waffenlieferungen. Doch von all dem ist längst keine Rede mehr. Griechenland nimmt es heute angesichts ausbleibender *amerikanischer Touristen* mit der Terroristenbekämpfung genau, und kürzlich erst wurden „unerwünschte" Libyer sang- und klanglos aus Athen abgeschoben.

Jetzt weilt der syrische Präsident Hafez el Assad in Griechenland, der Verbündete Khadhafis. Ob Papandreou mit ihm auch über die Bekämpfung des Terrorismus spricht? Wohl kaum, denn man will dem syrischen Gast keine Peinlichkeiten bereiten. Nach dem Staatsbesuch von Papandreou in Kairo Ende Februar, der von der Polizeirevolte überschattet wurde und politisch wenig erbrachte, dient nun Assad als Zeuge für die angeblichen griechischen Erfolge in der Arabien-Politik. Der sozialistische Neutralist und Balkan-Politiker Papandreou sah und sieht in den radikaleren arabischen Regierungen natürliche Bundesgenossen, zumal da er mit Israel nichts im Sinne hat.

Syrien unterstützt zum Beispiel die Aufstandsbewegungen der türkischen Kurden, was Ankara beträchtlichen Ärger bereitet und daher die Griechen freut. Andererseits beliefert Athen den mit Syrien zutiefst verfeindeten Irak mit Ersatzteilen, Lebensmitteln und leichten Waffen, was wiederum die Syrer ärgert. Gesprächsstoff gibt es also genug, zumal da die Griechen gern wieder die lukrative Fährschiffsverbindung von Volos nach Lattakiya aufnehmen würden. Doch da müßte *zunächst Damaskus seine Grenzen zum Irak wieder öffnen.*

Bieten kann Syrien wegen seiner Wirtschaftskrise wenig. Eher mag Assad griechische Hilfe erwarten und zufrieden sein, daß er wenigstens in einem EG-Staat gerade jetzt Gastfreundschaft genießt. Und für Papandreou ist der Besucher aus Damaskus wohl auch eine Art orientalisches Trostpflaster, denn die Geschäfte mit den dollarzahlenden Ölstaaten macht heute die Türkei und nicht Griechenland.

Regierung ohne Illusionen

Von Günter Friedländer

Der Sieg des liberalen Kandidaten Ingenieur Virgilio Barco bei den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien war erwartet worden. Die Konservative Partei verlor die Führung, die Belisario Betancur vor vier Jahren eroberte, nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung Betancur ihr letztes Versprechen – die Befriedung Kolumbiens so voranzutreiben, daß sie noch vor den Wahlen den Belagerungszustand aufheben werde –, nicht erfüllen konnte.

Die Aktionen der Guerrilla nahmen vor den Wahlen zu. Die Zahl der Todesopfer der Subversion wird für die letzten beiden Jahre offiziell mit fast 2500 angegeben, von denen mehr als 800 Polizeibeamte und Soldaten sind.

Weder der Sieger noch der besiegte Konservative Alvaro Gomez boten aufsehenerregende neue Lösungen für Kolumbiens Probleme an. Auch die nächste Regierung wird eine liberal-konservative Koalition sein. Sie wird im August ihr Amt antreten. Vor allem wird sich der Stil der Regierung ändern. Sie wird den wirtschaftlichen Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen. Kolumbiens Rolle in der Contadora-Gruppe wird passiver werden, die oft beanstandete Toleranz gegenüber der Guerrilla wird schwinden. Der Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel wird energisch fortgesetzt werden.

Eine der wenigen Überraschungen des Wahlkampfes war die Ankündigung des konservativen Kandidaten, daß er ein Gesetz plane, das die Ehescheidung für Katholiken einführt. Davon sprechen die Liberalen seit vielen Jahren, aber auch ihre Regierungen haben nichts Entscheidendes in dieser Richtung getan. Auch daran wird sich wohl nichts ändern.

Vor vier Jahren war Betancurs Popularität bei seinem Amtsantritt überwältigend. Barco erwartet keine solche Euphorie. Er ist vor allem ein erfahrener Verwalter. Das braucht Kolumbien in diesem Augenblick am meisten, in dem hohe internationale Kaffeepreise, große Erdölfunde und ein wachsender Anteil am internationalen Kohlemarkt seine Wirtschaft begünstigen. Die vorsichtige Finanzpolitik früherer Regierungen hat Kolumbien vor hohen Auslandsschulden bewahrt und seine Kreditwürdigkeit erhöht.

Hunger in Amerika

Von Fritz Wirth

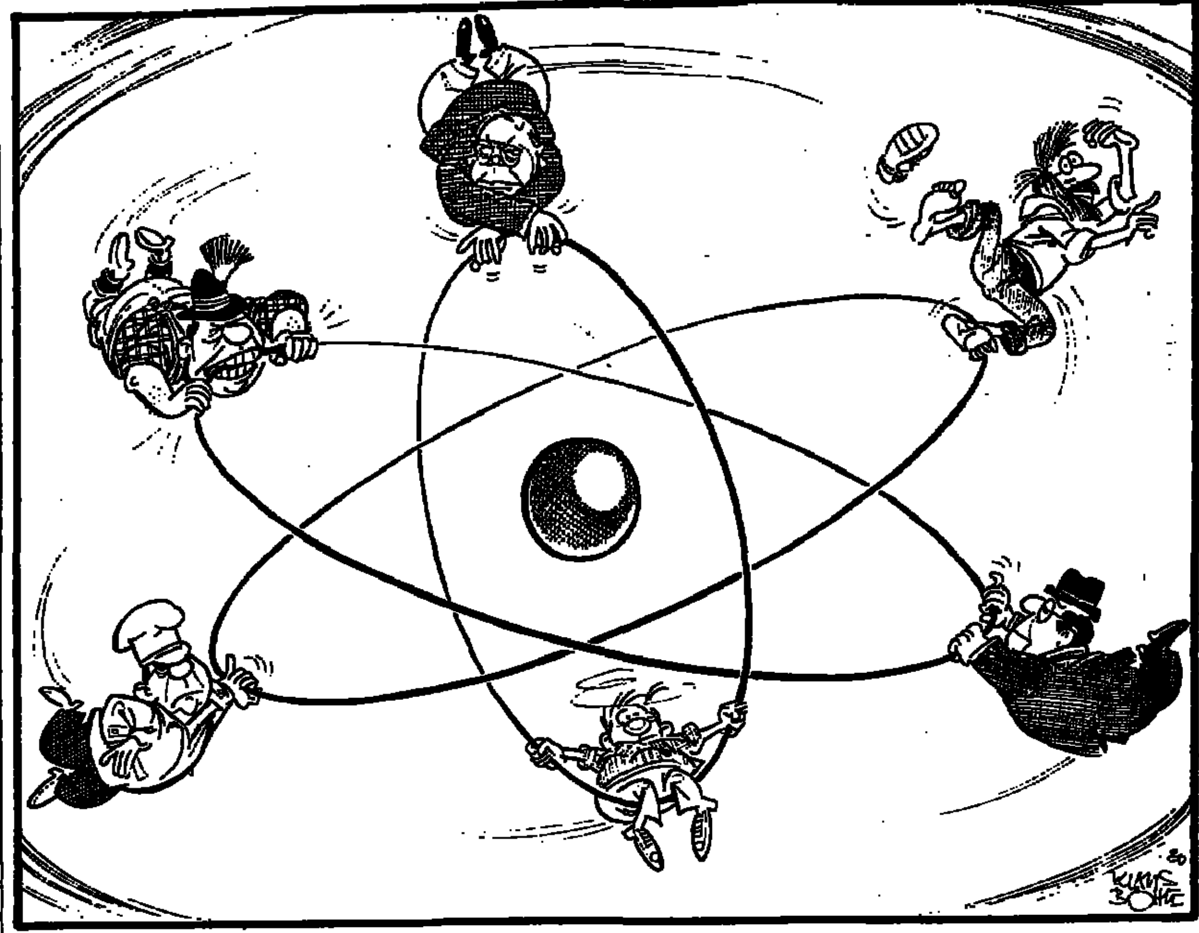
Eine Menschenkette von sechstausend Kilometern von New York nach Los Angeles. Unter ihnen Filmstars, sozial Gestrandete, der Präsident, doch vor allem Bürger, Nachbarn. Eine Nation, die einander die Hände reicht und das Füreinander dokumentiert. Der Symbolwirkung dieser Demonstration konnte man sich kaum entziehen. Dennoch mußten Anlaß und Motiv Betroffenheit hinterlassen: Sie demonstrierten gegen den Hunger in Amerika.

Wie das? Hunger im reichsten und großzügigsten Land dieser Welt, in einer Nation, die mehr als jede andere getan hat, den Hunger in dieser Welt zu stillen? Danach leben anderthalb Millionen Amerikaner ohne Dach über dem Kopf und gehen zwanzig Millionen täglich hungrig zu Bett. Wie ist dieses Phänomen in einer Überflußgesellschaft zu erklären?

Ronald Reagans Deutung: Hunger ist in diesem Lande nicht so sehr ein Problem des Mangels an Nahrung als vielmehr der Tatsache, daß bei weitem nicht alle Hungernden über die vorhandenen kostenlosen Nahrungs- und Hilfsquellen Bescheid wissen. Er ist in den letzten Tagen für diese Feststellung rhetorisch gesteinigt worden. „Der Präsident hat heute verkündet, daß der Hunger in diesem Land durch Ignoranz verursacht wird", höhnte Senator Edward Kennedy.

Die Tatsachen sprechen dennoch zumindest teilweise für den Präsidenten. Und eine dieser Tatsachen ist, daß ein Drittel der unter der Armutsgrenze lebenden rund 30 Millionen Amerikaner nicht vom Programm der „Food Stamps", die ihnen kostenlose Nahrung sichern, Gebrauch machen. Tatsache ist ferner, daß in diesem Lande Wohlfahrtsorganisationen jährlich zehn Milliarden Dollar aufbringen, den Armen zu helfen.

Wenn die Aktion „Hands Across America" die Fehlfunktionen dieses Systems allen, die angesprochen sind, ins Bewußtsein gerufen hat, dann war diese Demonstration ein Erfolg. Dieser Hunger ist besiegbar, denn diese Nation kann sich selbst helfen. Die drei Millionen in der Menschenkette von New York nach Los Angeles wußten es. Sie demonstrierten gegen den Hunger in Amerika und sangen zugleich „America the Beautiful". Es war kein Widerspruch.



KLAUS BÖHLE

Die Grünen und das Leben

Von Christa Meves

Dem Unbefangenen erscheint es auf den ersten Blick unbegreiflich, ja absurd, daß ausgerechnet diejenige Partei, die sich unter dem Aspekt konstituierte, das durch technische Manipulation gefährdete Leben zu schützen, die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 zu einem Hauptthema ihrer Politik erhebt und damit auf ihrem Bundeskongreß in Hannover gegen die Befürworter einer Fristenlösung die Mehrheit erhielt. Nur mühsam erwirkten die Anträge einer Minderheit schließlich doch noch einen Zusatz im Papier, der ungeborenes Leben als schützenswert bezeichnet. Der Hauptakzent lag aber mitnichten hier; vielmehr wurde das Selbstbestimmungsrecht der Frau Zielpunkt der Forderungen.

In ihrem immensen Katalog von Gefährdungen, denen die Grünen in ihrem Wahlprogramm zu begegnen versprechen (der angeblichen Unterdrückung durch den Staat z. B. durch Abschaffung der kasernierten Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes, Abschaffung des Verfassungsschutzes, Entwaffnung der Polizei und Abschaffung von Strafvollzugsanstalten; oder etwa der Kriegsgefahr durch Forderung nach Abzug ausländischer Streitkräfte, Austritt aus der NATO und Reduzierung der Wehrpflicht; oder der allgemeinen Vergiftung durch sofortige Abschaltung der Atomreaktoren) kommen Programmpunkte wie die durch den Geburtenschwund drohende Verelendung der Bevölkerung, die der schleichenden Katastrophe des künftigen Volkstods – nicht zuletzt durch millionenfache Abtreibungen ausgelöst – nicht mehr vor. Im Gegenteil: Es wird eine Fünfzig-Prozent-Quotierung der Arbeitsplätze für Frauen gefordert; das heißt, die Notwendigkeit von daheim präsenten *Müttern* zum unaufgebbaren persönlichen Schutz von Säuglingen und Kleinkindern taucht überhaupt nicht auf.

Diese Akzente sind um so bemerkenswerter, als die Grünen zu Zeiten eines ihrer Gründer, Herbert Gruhl – der aus seinem CDU-Mandat ausstieg, weil seine Partei ihm in der Abwehr der Lebensverkünstlichung zu lasch erschien –, mit einem Programm antraten, in dem der Schutz der Kinder, der Mütter, der Familie einen zentralen Platz einnahm.

Der Umgang mit dem Paragraphen 218 auf dem Bundeskongreß macht deshalb ganz besonders deutlich, wie sehr sich die Grünen im Vergleich zu ihren Anfängen geändert haben. Mancher idealistische junge Mensch, der das vergangene Jahrzehnt grüner Erstarkung mitvollzogen hat, mag (wenn er so ehrlich ist, sich im stillen Kämmerlein Rechenschaft abzulegen) sich fragen: „Wer hat uns also umgedreht?" Denn schließlich steht im Mittelpunkt des Programms nun nicht mehr das Hauptmotiv des Aufbruchs: Die Wende weg von der wirtschaftsegoistisch manipulierten Maßlosigkeit zu einer ehrfürchtig das Leben hütenden Mitte, sondern das alte, schadenreiche, utopische Konzept von der Verbesserung der Welt durch „Emanzipation" von allem und jedem, um der neuen heiligen Kuh, der absoluten Selbstbestimmung des einzelnen, zur Selbstverwirklichung zu verhelfen.

Die eifrigen Mitläufer sollten erkennen, daß hier ein reaktionärer Wunschtraum – mit ein wenig bunter Verkleidung versehen – wiederbelebt wird: Von Rousseau 1769 romantisch-zart vorbereitet, über Feuerbach, Marx und Engels im 19. Jahrhundert theoretisch untermauert und mit Hilfe des Arbeiterelends im sich konstituierenden Industriezeitalter aufgeheizt, in Rußland seit 1917, unterwegs zum Paradies, durch Neuversklavung in Elend und Menschenverachtung steckengeblieben. Ein Wunschtraum, der im Ansatz falsch ist, denn der Mensch ist nicht von Natur gut, und die Gesellschaft ist nicht sein einziger Verderber.

Im Gegenteil: Wir alle sind so schwach, so leicht auch zum Bösen und Superegoistischen verführbar, daß wir uns die Abschaffung aller (zu unserem Heil errichteten und hierzulande glücklicherweise demokratisch kontrollierten) Regulationssysteme, die die Grünen konsequenterweise fordern, überhaupt nicht leisten können. Ich pflege jungen Schwangeren, die ihr Kind mit dem Argument töten lassen wollen, daß ihr Selbstbestimmungsrecht höher stünde als dieses bißchen „Schwangerschaftsgewebe" in ihnen und daß man für den Abbruch auch für die neue Zeit und die neue Freiheit ein Fanal setze wolle, zu sagen, sie möchten sich doch bitte erst für die Abschaffung der Verkehrsgesetze engagieren, denn auch sie hindern das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen.

Die Grünen haben sich auf den Zug der Selbsttäuschungen begeben, einen Zug, der trotz allem Pazifismus auf den Fahnen mit Dynamit beladen ist; denn der Mensch, der seine Selbstbestimmung zu seinem Gott ernennt, darf sich nun einmal erlauben, was ihm paßt, öffnet damit aber Grenzüberschreitungen aller Art Tür und Tor und endet unweigerlich deshalb in der Anarchie und/oder in der Staatsdiktatur. Die Ablehnung jeglicher Gesetze, letztlich auch des Staates – am Paragraphen 218 wird das besonders deutlich – verdrängt aus Überheblichkeit *das Positive*, nämlich die Schutzfunktion des demokratisch kontrollierten Gesetzesvollzugs, die allein seine Existenz legitimiert. Gesetze sollten nicht abgeschafft, sondern daraufhin abgeklopft werden, ob sie ihrer schutzgebenden Aufgabe gerecht werden. Die Veränderung des Paragraphen 218 im Jahre 1976 und der daraufhin möglich werdende massenhafte Mißbrauch des Gesetzes hat bereits hinlänglich bewiesen, wie schändlich wir scheitern, wenn wir den Schutz der Ungeborenen zugunsten der Selbstbestimmung der Frau aufweichen.

GAST-KOMMENTAR



Die Psychotherapeutin Christa Meves ist als Verfasserin vieler Schriften zur Jugenderziehung bekannt geworden FOTO: STUDIO REICHELT

IM GESPRÄCH W. Bartoszewski

Immer zuerst an die Reihe

Von Peter Jovishoff

„Es lohnt sich, anständig zu sein" heißt im Untertitel die Autobiographie von Wladyslaw Bartoszewski. Es sind solche banalen Feststellungen, die in schwierigen Situationen provozierend wirken. In schwierigen Situationen aber hat Bartoszewski fast nur gelebt.

Der 1922 in Warschau geborene Katholik wurde 1940 nach Auschwitz gebracht, jedoch 1941 wieder freigelassen. Danach gründete er im Untergrund einen Hilfsrat für die Juden. Die Untergrundarbeit und die Situation der polnischen Juden sind seitdem Themen, denen sich der Zeithistoriker immer wieder zuwandte.

Mit dem Ende des Krieges waren seine Hafterfahrungen noch lange nicht abgeschlossen. Die polnischen Kommunisten setzten ihn von 1946 bis 1948 und nochmals von 1949 bis 1954 fest. Schließlich hatte Bartoszewski der „Heimatarmee" angehört, dem bürgerlichen Widerstand gegen die Deutschen also, der sich nicht so schnell mit der Machtergreifung der Moskauhörigen abfand. Und als es in Polen mit der „Solidarität" vorbei sein sollte, als im Dezember 1981 das Kriegsrecht verkündet wurde, gehörte Bartoszewski, der seit 1972 Generalsekretär des polnischen Pen-Zentrums war und an der Katholischen Universität Lublin Zeitgeschichte als Gastprofessor lehrte, bis April 1982 zu den „Internierten".

Es ist eine sehr polnische Biographie, die Bartoszewski vorweisen kann. Aber im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute hat er diese Bedrohungen und Gefährdungen nicht einfach auf sich genommen und wieder abgeschüttelt. Er versuchte in seinen mehr als zwanzig Büchern, den vielen Vortragsreisen, die ihn auch immer wieder nach Deutschland führten – derzeit nimmt er eine Gastprofessur an der Katholischen Universität Eichstätt wahr –, seine Kenntnis der Vergangenheit für eine bessere Zukunft wirksam werden zu lassen. Und zwar beiderseits der Grenze zwischen Ost und West, die er nie als eine Barriere zwischen Feinden akzeptiert hat. Im Westen wurde ihm das leichter gemacht als in seiner Heimat.



Von Untergrund zu Untergrund: Bartoszewski FOTO: SUSANNE ESCHE

Der ehemalige Student der geheimen Warschauer Universität während der deutschen Besetzung war vierzig Jahre später der Mitbegründer der „Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse" und Professor der „Fliegenden Universität", die wiederum ein Wissen zu vermitteln suchte, das nicht von den Interessen der in Polen Herrschenden manipuliert war. Und wann immer die Menschenrechte in Polen verletzt wurden, trat Bartoszewski protestierend hervor. Der Dank des Vaterlandes drückt sich nicht in offiziellen Ehrungen aus. Preise und Auszeichnungen wurden ihm nur im Westen zuteil. Und der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, der ihm im Oktober während der Buchmesse übergeben wird, ist nicht der geringste davon.

„Mein Schicksal ist es, daß mein Name mit B anfängt. Ich komme immer zuerst an die Reihe," soll er sarkastisch bei seiner Verhaftung 1981 gesagt haben. Aber das ist tiefgestapelt. Bartoszewski hat sich nie hinter anderen versteckt. Denn: „Es lohnt sich, anständig zu sein."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WIESBADENER TAGBLATT

Zum CDU-Parteitag in Hessen heißt es hier:

Alle sprechen nur von Tschernobyl, außer der CDU in Hessen. Die befaßte sich am Wochenende auf ihrem Landesparteitag in Kassel ausschließlich mit der Frage der Rentensicherung. Und gerade deswegen ist die CDU zu loben, daß sie angesichts der weltweiten Aufregung über den Reaktorunfall und seine Folgen die Probleme der Tagespolitik ernst nimmt und nicht hintanstellt.

Westfälische Nachrichten

Das Münsteraner Blatt meint zum DGB-Kongreß:

Die Form der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Und davor warnte der Bundespräsident gestern in Hamburg vielleicht gerade noch zur rechten Zeit: Das ganze dürfte nicht zu einem Kampf gegen den Staat als solchen ausarten. Offensichtlich kehrt zumindest langsam Einsicht *ein. Die Spitzenfunktionäre des DGB* und seiner Einzelgewerkschaften haben die teils überzogenen Attacken gegen den Bundeskanzler zum Auftakt des Kongresses nicht fortgesetzt.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt sieht die FDP kritisch:

Der FDP-Parteitag tat einiges, um Probleme zu verwedeln, anstatt sie zu lösen. Die Sicherheitsgesetze sollen nochmals genau überarbeitet werden, eine allfällige Überprüfung des Asyl- und Ausländerrechts wird abgelehnt. Der Staat soll sich gegenüber vagabundierenden Demonstrationskriminellen versteckt halten. Der Bürger mag vor dem eklatanten Mißbrauch des Asylrechts und einem daraus sich entwickelnden Zukunftskonflikt die Augen geschlossen halten. Ein ehedem ideologiefreier Pragmatismus ist selbst zur Ideologie erstarrt . . .

Les Echos

Die Pariser Zeitung wertet die Konferenz der sowjetischen Missionschefs:

Die Einberufung aller Kräfte der sowjetischen Diplomatie durch den sowjetischen Parteichef ist ein Ereignis, für das es seit Ende des Zweiten Weltkriegs nur wenige Beispiele gibt. Einmalig ist dagegen das Aufheben, welches die amtliche Nachrichtenagentur Tass von dieser Konferenz machte. Nach Ansicht der westlichen Beobachter ist in Moskau unbestreitbar ein neues Zeitalter angebrochen. Schrauben werden fester angezogen werden, und in dieser Institution, die im Lauf der Jahre immer vielschichtiger geworden ist und deren „Rentabilitätsfaktor" nicht einer der besten ist, *wird mit dem Besen gefegt.*

Frankfurter Rundschau

Sie hat einige Zweifel am Bild der Einheitsgewerkschaft heute:

Die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie und Toleranz muß wieder mehr in den Vordergrund rücken . . . Schlimm ist es, daß vor allem in sogenannten linken Gewerkschaften nicht so sehr die Volksweisheit „wie der Herr, so's Gescherr" bestätigt wird, sondern daß das „Gescherr" noch unduldsamer, autoritärer, leblos-bürokratischer auftritt, als „die Alten" es tun.

Die „Iswestija" streitet mit einem Botschafter

Eine Weltpremiere in Moskau aus Anlaß von Tschernobyl / Von Carl Gustaf Ströhm

Der deutsche Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, ist zur Hauptperson einer Weltpremiere geworden. Er ist der erste diplomatische Missionschef nicht nur der Bundesrepublik, sondern – wenn nicht alles täuscht – der erste deutsche Diplomat seit Gründung des Sowjetstaates, von dem ein Brief in der Regierungszeitung „Iswestija" abgedruckt wurde.

Botschafter Kastls Schreiben befaßt sich mit der Katastrophe von Tschernobyl und mit der auch in der „Iswestija" wiedergegebenen Behauptung Moskaus, die Bundesrepublik habe den Reaktorunfall in der Ukraine zum Vorwand für eine antisowjetische Kampagne benutzt und dabei sogar „böswillige Schadenfreude" an den Tag gelegt.

Dagegen der deutsche Botschafter in seinem Brief: Die Katastrophe von Tschernobyl sei eine sowjetische Katastrophe. Die Moskauer Regierung vermöge das Ausmaß dieses Vorfalls immer noch nicht abzuschätzen oder zu kontrollieren. Aus dem Unfall seien [illegible]ber sowohl den näheren wie den [illegible]neren Nachbarn der Sowjetunion Gefahren erwachsen. Wie diese [illegible]ten auf Tschernobyl reagierten, sei deren Sache und nicht von sowjetischen Regierungszei[illegible] zu entscheiden. Die Sowjet[illegible] solle nicht jene Staaten kritisieren, die sich durch Tschernobyl und sowjetische Verhalten be[illegible] zeigten, sondern sich lieber [illegible] Frage beschäftigen, wie solche [illegible]fälle in Zukunft vermieden [illegible] könnten.

Die [illegible]wort der sowjetischen Regie[illegible]eitung an den Botschafte[illegible]nerseits, wie nicht anders zu [illegible]rten, herausfordernd und po[illegible]h, andererseits auf seltsame [illegible] beinahe weinerlich. Die „Isw[illegible] macht sich sogar zur Verfe[illegible] der These, wonach „jede[illegible]g in jedem Land" eine fremd[illegible]erung kritisieren dürfe.

Was aber [illegible]t diese neue redaktionelle [illegible]s Regierungsblatts, das sic[illegible]kussionen mit einem führend[illegible]lichen Diplomaten einläßt? Was hat es zu bedeuten, *daß gleichzeitig die* Schwesterzeitung „Prawda" plötzlich von der „Fruchtbarkeit friedlicher Zusammenarbeit" zwischen UdSSR und Bundesrepublik schwärmt?

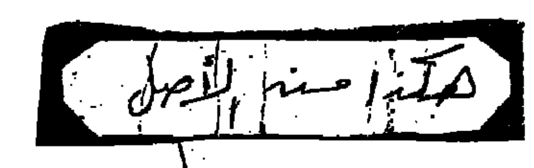
Die für sowjetische Verhältnisse ungewöhnliche, von Gorbatschow einberufene Konferenz aller sowjetischen Botschafter nach Moskau mag der aktuelle Anlaß sein. In der Tat hat Tschernobyl das bereits vorher nicht sonderlich gute Renommee der Sowjetunion bis in den Keller abrutschen lassen. Nicht nur der Reaktorunfall selbst, sondern die plumpe, sorglose, ja sogar zynische Art und Weise, mit der die Sowjets die ganze Angelegenheit zuerst unter den Teppich kehren wollten, hat nicht nur bei den von der Radioaktivität betroffenen westlich-demokratischen Staaten, sondern auch bei den kommunistischen Nachbarn und Vasallen in Osteuropa Befremden, Sorge, ja Entsetzen ausgelöst.

Die Frage wurde laut, ob die Sowjetunion für eine Rolle als Welt- und Supermacht überhaupt reif sei. Die kommunistischen Führungsgarnituren Osteuropas mußten feststellen, daß Moskau sie ebenso wenig, ja, noch weniger informierte als die westlichen Kapitalisten. Nicht nur die Bewohner Polens, der Tschechoslowakei, der „DDR", Ungarns und Bulgariens; auch die Parteichefs und Regierungen dieser Länder erfuhren von der Katastrophe nicht aus Moskau, sondern über die westlichen Rundfunksender.

Das alles bedeutet einen fundamentalen Vertrauensschwund auch bei denjenigen, die bisher als Stützen der sowjetischen Politik galten. Von den Völkern Osteuropas gar nicht erst zu reden: Die Polen etwa sind empört darüber, daß der große Bruder im Osten nun auch die nationale Substanz des polnischen Volkes radioaktiv antastet.

Gorbatschow steht also in jeder Beziehung vor einem Trümmerhaufen – auch was die von ihm so hoffnungsfroh und dynamisch begonnene psychologische Offensive in Richtung Westen angeht. Wenn er jetzt von atomarer Abrüstung redet, so klingt das in westlichen (und auch in vielen östlichen) Ohren weniger eindrucksvoll als vor Tschernobyl. Der Parteichef versucht also eine Flucht nach vorn anzutreten und alles das an Offenheit und Diskussionsbereitschaft an den Tag zu legen, was man noch vor wenigen Tagen bei ihm vermißte.

Allerdings – auch dieser Schwenk in der sowjetischen Medienpolitik erweckt zunächst den Eindruck des Kampagnehaften und Improvisierten, wenn nicht gar Manipulierten. Gewisse Parallelen zu Anti-Alkohol-Kampagnen lassen sich nicht leugnen. Auch hier wurde mit großem Nachdruck und nicht minder großer Lautstärke an den Symptomen herumlaboriert. Die Ursachen für das Übel aber wurden nicht erwähnt. Sie liegen hier wie dort nicht in der Technik, nicht im menschlichen Versagen – sondern im System.



In den Nischen finden sie die kleine Freiheit

Günter Gaus, ehemals Bonns Mann in Ost-Berlin, sprach einmal mit Blick auf die anderen Deutschen von einer „Nischengesellschaft". Gemeint war die Fähigkeit, sich trotz politischer und wirtschaftlicher Mangelerscheinungen einen gewissen Freiraum zu schaffen. Eindrücke von einer Reise nach Dresden.

Von PETER PHILIPPS

Eine Horde „Trabbis" knattert über die Autobahn. Die Fahrer dieses „DDR-Volksmobils" können ihr sichtbares Behagen nicht unterdrücken, wenn es bergab geht und sie an dem „Westi", der an seine Brieftasche denkt und sich präzise an die 100-Stundenkilometer-Begrenzung hält, endlich mit 110 Stundenkilometern vorbeirollen können. An der nächsten Steigung, wenn der „Trabbi" aus der Puste kommt, treffen wir uns bestimmt wieder.

„Trabant"-Fahren, das ist in der „DDR" von heute so etwas wie hierzulande vor 25 Jahren das VW-Fahren. Auch der Käfer war immer mehr als nur ein Auto, wurde als „Herbie" in seiner Hochzeit sogar zum Filmstar. Die Deutschen östlich der Elbe lieben ihren stinkenden, knatternden und immer wieder mit Defekten am Straßenrand stehenbleibenden Zweitakter genauso wie die Deutschen westlich der Elbe einst ihren Käfer. Wenn er neu ist, haben sie 13 Jahre auf ihn warten müssen. Wenn er gebraucht ist, bekommt man ihn sofort, muß allerdings mindestens genausoviel bezahlen wie für einen neuen, auch wenn er schon Jahre alt ist.

Dieses Autobahn-Erlebnis ist ein Indiz, führt zu einer Erkenntnis, die sich im Verlaufe einer Reise durch die „DDR" immer wieder bestätigt: Das Land und die Menschen zwischen Oder und Elbe haben sich aufgrund der äußeren Umstände in manchem anders eingerichtet als ihre westlichen Verwandten. „Nischengesellschaft" hat der ehemalige Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Günter Gaus, dies treffend beschrieben. Aber alles ist so unverändert deutsch bis ins Mark, daß deutlich wird, warum die Herrschenden den Versuch weitgehend aufgegeben haben, die Geschichte zu verdrängen. Der Reisende aus dem Westen hat oft das Gefühl einer Fahrt in die eigene Vergangenheit: in den Dörfern in die zwanziger, in den Städten in die sechziger Jahre.

Aber die Reminiszenzen gehen tiefer: Kurz hinter der inzwischen relativ zügigen Grenzabfertigung taucht rechter Hand aus dem Dunst die Wartburg auf, restauriertes Wahrzeichen deutschen Widerstandes gegen Herrscher-Willkür. Vorbei an Eisenach und Erfurt, wo sich erstmals nach dem Kriege zwei deutsche Regierungschefs getroffen hatten, an Weimar, Jena und Gera. Das Ziel ist Dresden, das seit Jahrhunderten vielbesungene „Elbflorenz", das in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs noch sinnlos von Bombern in Schutt und Asche gelegt worden war.

In der Nachmittagssonne präsentieren sich die Elbauen in alter Schönheit. Im Café Pöppelmann erzeugt ein Trio aus Strauß-Noten Kaffeehaus-Charme, der Blick schweift über den hier noch schmalen Strom hinüber zur Semper-Oper, zu den Brühlschen Terrassen, zum Zwinger und zur Hofkirche. Martin Luther vor den Ruinen der Frauenkirche zeigt gleich daneben, was noch auf den Wiederaufbau wartet.

Am Sonntagmorgen in der barokken Hofkirche: Das Gotteshaus ist fast bis auf den letzten Platz gefüllt, viele stehen im Hintergrund an den Pfeilern. Der Bischof aus Meißen ist zur Messe herübergefahren. Vor allem junge Menschen, Eltern mit ihren kleinen Kindern sind gekommen, knien in den Bänken, singen voller Inbrunst die Liturgie. Die Meßdiener schlurfen in Turnschuhen und Sandalen durch die Reihen. In seiner Predigt erbittet der Bischof den göttlichen Segen auch für die Führung des Staates. Ob es helfen wird?

Die Kirche, auf deren Dachsimsen die Figuren von Heiligen fast zu schweben scheinen, vibriert jedenfalls in ihren Grundfesten. Aber auch wenn die Kraft des Glaubens fast polnische Dimensionen zu erreichen scheint, so hat diese Erscheinung doch eine ganz diesseitige Erklärung: Die Straßenbahn nach Pirna rattert direkt an der Kirche vorbei, holt den entrückten Geist in die Wirklichkeit zurück.

Ein bekanntes Gesicht fällt in der fünften Reihe des Seitenschiffes unter den Betenden auf: Hans-Jochen Vogel, Bonner Fraktionsführer der SPD, ist mit Frau und Tochter zum wiederholten Mal auf einer Privat-Tour durch die „DDR". Aber auch wenn er hier im „Tal der Ahnungslosen" ist, wie der Großraum Dresden von den Einheimischen genannt wird, weil westliche Fernseh-Programmme hier nicht empfangen werden können, so scheint er doch bekannt zu sein. Bei einem Rundgang durch die Galerie der „Neuen Meister", nach dem Gottesdienst, auf der Straße, vor allem aber abends in der Oper: Immer wieder sprechen ihn Leute an, bitten auch um Autogramme, geben ihm ihre guten Wünsche mit auf den Weg. Nicht immer ganz ohne Eigennutz, denn vielen schon hat er helfen können, die ausreisen wollten in den Westen.

Die Sachsen haben aus ihrer Geschichte heraus Übung darin, sich mit der Obrigkeit auf erträgliche Weise zu arrangieren. Katholische Hof- und evangelische Frauenkirche sind gerade die besten Belege dafür. Denn weil August der Starke gerne auch König von Polen werden wollte, hatte er, der Herrscher in der protestantischen Ur-Zelle, sich zum Katholizismus bekannt. Seine Untertanen hat dies nie daran gehindert, zu einem großen Teil privat Protestanten zu bleiben. Es hat sich eben wenig geändert.

In Herrnhut, östlich von Dresden, kurz vor der Neisse, die erst in jüngerer Geschichte zur Grenze geworden ist, belegen einige von ihnen ihr auch heute erträgliches Arrangement mit den Herrschenden: Die pietistische Brüdergemeine ist auf dem historischen Boden ihrer Keimzelle noch immer eine florierende Vereinigung. 17 Betriebe gehören dazu. In der Maschinenhalle, wo die Traktoren gewartet werden, blitzt alles nur so vor Sauberkeit. Spottet einer: „Hier scheint – nach dem Staat – der größte Unternehmer zu residieren."

Überhaupt, diesen Eindruck bestätigen auch kirchliche Mitarbeiter: Wer sich in der „DDR" heute ohne Wenn und Aber eindeutig zu seinem Christentum bekennt, hat viel Freiraum – wenn auch nicht so viel wie derjenige, der sich genauso rigoros zu seinem Atheismus bekennt.

Von Herrnhut zurück nach Dresden, in eine märchenhafte Verzauberung: Vor bis auf den letzten Platz gefüllten Rängen wird in der Semper-Oper Tschaikowskys „Schwanensee" aufgeführt. Das Ambiente sucht nach dem Wiederaufbau, der auch aus Pfennig-Spenden der Dresdner Schüler mitfinanziert wurde, in ganz Deutschland seinesgleichen.

Nicht nur westliche Touristen, auch viele Dresdner sitzen an diesem Abend wieder im Parkett und auf den Rängen. Aber fast alle von ihnen haben ihre Karten als „verdiente Werktätige" über ihren Betrieb zugeteilt bekommen. In den freien Verkauf gehen nur wenige Karten. Eine Dresdnerin erzählt: Man muß sich abends vor die Opern-Kasse hocken, die ganze Nacht ausharren – und wenn morgens um fünf Uhr aufgemacht wird, haben ein paar die Chance, eine der begehrten, hellroten Eintrittsbillets zu bekommen.

In Tharandt, im Südwesten Dresdens, am nächsten Morgen: In der Forstakademie ist bereits im vergangenen Jahrhundert über die Auswirkungen von Luftverschmutzungen auf die Flora geforscht worden, früher als irgendwo sonst auf der Welt. In aufwendigen Versuchsanordnungen wird die Resistenz gegen Kohlenwasserstoffe und Stickoxyde untersucht. Die Folgerungen, die einer der Wissenschaftler allerdings zwei Wochen nach dem Unfall von Tschernobyl aus seiner Arbeit zieht, stoßen bei Vogel auf heftigen Widerstand: Kernkraftwerke seien der einzige Ausweg, um des Waldsterbens Herr zu werden, sagt der Professor.

Die Schicksalsgemeinschaft der Deutschen, sie wird bei diesen aktuellen Fragen so plastisch wie beim Betrachten der steinernen Zeitzeugen.

Idylle am Elbufer: Ein Spaziergang mit Blick auf die Dresdner Hofkirche FOTO: KLAUS LEHNARTZ



Der Helfer: Ein Arzt mißt in der Nähe von Kiew bei einem Baby und seiner Mutter die radioaktive Strahlung



Der Held: Leonid Teljatnikow war der Chef der Feuerwehreinheit, die als erste den brennenden Reaktorblock betrat FOTOS: DPA

Die Stunde der Helden-Verehrung

Vor genau einem Monat geriet der Reaktor in Tschernobyl außer Kontrolle. Heute ist in Moskau die Zeit für Helden-Verehrung, die Zeit für Beruhigungs-Kampagnen, aber auch die Zeit, um mit Schuldigen abzurechnen.

Von R. M. BORNGÄSSER

Heute ist Tschernobyl, der Ort, der im Fadenkreuz des Interesses der ganzen Welt steht, eine Stadt ohne Einwohner, ohne Kinderstimmen, ohne Alltagsleben. Alle Häuser, alle Amtsstuben, alle Läden sind versiegelt. – Aber Tschernobyl ist nicht tot. „Es lebt, lebt nach den harten Notstandsgesetzen der Atom-Epoche", so berichtet der Arzt und Schriftsteller Jurij Schtscherbak, der im Katastrophengebiet arbeitet, in der „Literaturnaja Gaseta".

Ganz allmählich wird nun nach vier Wochen der sowjetischen Bevölkerung in kleinen Dosierungen in der täglichen Presse das Ausmaß der Katastrophe verabreicht. Zwar erfährt man nichts über die unmittelbar Strahlengeschädigten, die in Moskauer Kliniken ~~ihrem Tod entgegendämmern. Dafür wird aber mitgeteilt,~~ daß der Reaktor unter ungeheuren Betonmassen begraben sei und daß die radioaktive Strahlung sich stabilisiert habe.

Die Wochenzeitung „Nedelja" schreibt von einem „Sarkophag", der rund um den Reaktor emporwachse. Das „Durchschmelzen" des Kerns durch den Reaktor und die Verseuchung des Grundwassers – in diesem Fall bis zum Schwarzen Meer hin – sei durch den Bau eines Stollens und durch Großeinsatz von Menschen und Material verhindert worden.

So berichtet die Eisenbahnerzeitung „Gudok", daß Brigaden vom Metro-Bau in Kiew als Freiwillige in das Unfallgebiet abgeordnet wurden. Sie mußten 165 Meter tiefe lange Schächte unter dem brennenden Reaktor vorantreiben, damit dorthin Stickstoff geleitet werden konnte. „Jeder wird seine Dosis abkriegen", so gab die Zeitung die Gedanken der Bauarbeiter auf der Fahrt nach Tschernobyl wieder. „Aber niemand weigerte sich, obwohl keiner gezwungen wurde", so das Blatt.

Ganz allmählich bereitet man auch die 92 000 Evakuierten aus dem Unglücksgebiet darauf vor, daß sie wahrscheinlich kaum je wieder in ihre Heimatorte zurückkehren werden. „Die Mai-Sonne strahlt hell, aber die Leute hier denken bereits an den Herbst und den Winter", so die „Prawda". Schon sind die Arbeiten für den Bau von Winterquartieren im Gange, schon werden die Ställe für die Viehherden gezimmert, Heizöl herangeschafft. Die Zeit drängt, der russische Winter ist lang. Zur Entlastung der ukrainischen und bjelorussischen Aufnahmeorte sind 20 000 aus der Siedlung Pripjat stammenden Arbeitern neue Arbeitsplätze in entfernteren Gegenden zugewiesen worden. Moskauer Behörden arbeiten derzeit auf Hochtouren an einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Betroffenen.

Ganz behutsam wird nun auch die sowjetische Bevölkerung mit Vorsichtsmaßregeln vertraut gemacht. Diese allerdings werden nicht wie im Westen mit klaren Meßwerten angegeben, sondern sind eingebettet in Reportagen, Reportagen zum Beispiel über Kiew. Man liest, daß im bessarabischen Markt in Kiew an der Hauptstraße, auf dem Kreschtschatik, ständig Prüfer durch die Verkaufsstraßen gehen. Denn alle Waren, die hier angeboten werden, selbst die Blumen, würden gründlich untersucht, bevor sie auf den Ladentisch kämen. Zudem sei jeder Anbieter verpflichtet, das Gemüse und Obst ~~vorher noch extra zu waschen. „Nur eine rein prophylaktische Maßnahme",~~ versichert der Reporter seinen Lesern.

Allerdings sei der Verkauf von Grünzeug wie Schnittlauch, Petersilie, Dill und Spinat gänzlich eingestellt worden. Auch den Handel mit Milch, Quark, Sauerrahm habe man vorsichtshalber eingestellt. Doch diese Produkte könne man in den Staatshandelsläden kaufen.

Hausfrauen lassen ihre Radieschen überprüfen

Ein großes Schild über der Ladentheke verkünde: Diese Ware ist geprüft. Die Preise seien unverändert. Außerdem gebe es in der ganzen Stadt verteilt Prüfstellen.

Hier drängen sich den ganzen Tag über Hausfrauen. Einige packen ihr Fleisch, ihr Geflügel aus, andere bringen Radieschen mit zur Überprüfung. Mit einer Sonde fährt der Prüfer in die Lebensmittel. Mit dem Ergebnis „sauber" zogen die Kiewer Hausfrauen beruhigt von dannen, versichert der Journalist.

Überhaupt, meint er, die Kiewer Markthallen blitzten derzeit vor Sauberkeit: dreimal am Tage werden die Hallen mit Wasser gereinigt. Täglich fahren zweimal die Sprühwagen der Straßenreinigung über die Boulevards und Straßen von Kiew. Viele Menschen haben die Stadt verlassen, die Schüler sind vorzeitig in die Sommerferien geschickt worden. Die sonst so lebensfrohe, geschäftige ukrainische Hauptstadt bietet sich jetzt schläfrig und verloren dar.

Nach und nach werden in den Sowjetzeitungen nun auch gravierende Eingeständnisse gemacht. So etwa die Tatsache, daß es auch in Bjelorußland eine „Zone höherer Radioaktivität" gäbe. Um die Stadt Gomel mußten 50 Dörfer geräumt werden. 26 000 Menschen mit 36 000 Stück Vieh mußten Haus und Hof verlassen.

Während die Kreml-Oberen ansonsten Alltags-Normalität inszenieren, hat man auf unterer Ebene bereits die ersten Schuldigen angeprangert. So berichtet die „Prawda", daß sich einige leitende Funktionäre im Kernkraftwerk von Tschernobyl für eine Arbeit unter den schwierigen Umständen nach dem Unglück als „psychologisch nicht vorbereitet" erwiesen hätten. Zwei Leiter des Bautransportunternehmens „Juschatmonenergostrojtrans" hätten sich überhaupt nicht um die 200 Angestellten gekümmert, die samt Familien ausgesiedelt worden seien, und ihnen nicht einmal die Gehälter ausgezahlt. Der Oberingenieur Schapowal, der eine „absolute Gleichgültigkeit" an den Tag gelegt habe, sei aus der Partei ausgeschlossen worden und werde zusammen mit dem Betriebsführer Sitschkarenko seine Position verlieren. Der Betriebsparteisekretär Gubskij zog sich wegen mangelnder Kontrolle eine Parteistrafe zu.

Doch nicht die Schuldigen, sondern die „Helden" stehen im Vordergrund. Denn zum ersten Mal seit dem „Großen Vaterländischen Krieg" hat die Bevölkerung wieder Gelegenheit, sich „im Kampf" auszuzeichnen. So hob die Gewerkschaftszeitung „Trud" hervor, daß unter den in Tschernobyl eingesetzten Hubschrauberbesatzungen es viele Soldaten gäbe, die früher an Kampfhandlungen gegen den „Widerstand" („der Banditen") in Afghanistan teilgenommen hätten.

Wie ein Kriegsbericht mutet die Reportage in der Armeezeitung „Krasnaja Swesda" an. „Erzogen an den großartigen Vorbildern der Helden des Großen Vaterländischen Krieges und der sowjetischen Krieger, die ihre internationalistische Pflicht in Afghanistan erfüllen, bringen hier die Soldaten in selbstloser heroischer Arbeit die geheimsten Tiefen der Seele des sowjetischen Menschen zutage, seine Bereitschaft zu opfern, um Unheil von der Heimat abzuwenden."

Ein Held ist auch der Prüfer Nikolaj Gorbatschenko, der in der ereignisreichen Aprilnacht wachte. Plötzlich sah er das Pendel des Geigerzählers heftigst ausschlagen, schreibt die „Prawda". „Er sah furchtbare Werte und stürmte los, um die Menschen, die im Reaktor arbeiteten, zu warnen."

Daß diese täglich ausgestreuten Appelle an Idealismus und Opferbereitschaft wirken, zeigen die zahlreichen Telegramme, die täglich im Dorf Ilowitza, wo das Arbeitslager des Tschernobyler Kernkraftwerkes liegt, aus der ganzen Sowjetunion eintreffen. Sie sind kurz gehalten wie Kriegsmeldungen. „Wenn man meine Hände braucht, melden Sie sich bitte an die Adresse ... Aleksandrej Senkow." – „Bin wegen des Unfalls beunruhigt, arbeite als Prüfer seit 14 Jahren, bin bereit, jede Arbeit zu leisten, Malachowid Tatjana."

„Der vierte Block wurde sein Grab"

Stellvertretend für die Opfer von Tschernobyl steht bereits heute Walerij Chodemtschuk, der Operator des KKWs, den auch Parteichef Michail Gorbatschow in seiner Fernsehansprache öffentlich würdigte. In einem „Prawda"-Bericht heißt es: „Jeder konnte an diesem Tag der Katastrophe nur das wichtigste mitnehmen: sein Kind und seine Seele. Nur Walerij nicht, denn sein Herz ist in dem Augenblick stehengeblieben, als die Havarie begann, die zur Warnung für die ganze Menschheit wird. Der vierte Block wurde sein Grab", heißt es in dem Bericht.

Und weiter heißt es: „Wahrscheinlich kommt die Zeit, da man auf die Betonmauer schreibt, nicht der Reaktor wurde hier begraben, sondern Walerij Chodemtschuk. Doch das tröstet seine Mutter nicht. Wie kann man der alten Frau, die noch immer auf ihren Sohn wartet, erklären, daß er derjenige war, der die Liste eröffnete, die Liste derer, die versuchten zu löschen, was nicht zu löschen war ..."

Vier Wochen nach Tschernobyl – die Mai-Sonne scheint warm, der Himmel spannt sich weit über Moskau, die Kastanien blühen und die rosaroten Rosen, vom Markt gekauft, verströmen intensiven Duft. Doch der Geigerzähler schlägt aus, fast ins rote gefährliche Feld. Der Prüfer warnt: „Sie können diese bestrahlten Blumen nicht ins Zimmer stellen." Die Rosen duften noch immer, doch ihr Geruch ist nun verderblich, giftig. Sie wandern in den Abfallkübel.

Waigel relativiert Beschlüsse des FDP-Parteitages

dpa, Bonn

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hat die Bedeutung der Beschlüsse des jüngsten FDP-Parteitages für die Arbeit der Bonner Koalition relativiert. Im Deutschlandfunk sagte Waigel gestern: „Parteitagsbeschlüsse sind nicht Koalitionsgrundlage."

Er vertrat die Ansicht, daß die FDP, die sich vor der Niedersachsenwahl im Augenblick schwer tue, auf ihrem Bundesparteitag den „Versuch der Profilierung auch auf Kosten eigener Beschlüsse" gemacht habe. Zur Forderung der FDP, Hans-Dietrich Genscher müsse auch in einer künftigen Koalition mit der CDU/CSU Außenminister bleiben, sagte er, die FDP sei noch nie gut beraten gewesen, wenn sie sich „personell fixiert" habe. Dem Verlangen der FDP nach einer „zweiten Phase der Entspannungspolitik" hielt Waigel entgegen: „Mit uns wird es nur eine realistische Entspannungspolitik geben".

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, sieht nach dem FDP-Parteitag keine Kontroversen auf die Regierungskoalition zukommen. Im Saarländischen Rundfunk sagte Seiters gestern, dieser Parteitag habe im Zeichen des klaren Bekenntnisses zur Koalition mit der Union gestanden und keine gegen die bisherigen Energiekonzepte gerichteten Beschlüsse gefaßt.

Lafontaine fordert Ausstieg Zug um Zug

rtr, Frankfurt

Der sozialdemokratische Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, geht davon aus, daß nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die von ihm seit langem erhobene Forderung eines Ausstiegs aus der Kernenergie in der SPD bundesweit mehrheitsfähig ist. Lafontaine sagte am Sonntag abend bei der Rückkehr von einem fünftägigen Aufenthalt in der Sowjetunion in einem Interview mit Reuter, die Erklärungen führender SPD-Politiker ließen diesen Schluß zu. Nach Tschernobyl müßten in der Bundesrepublik „die Kernkraftwerke Zug um Zug abgeschaltet werden".

Lafontaine bedauerte, daß die sowjetische Regierung auch nach der Erfahrung von Tschernobyl an der Absicht zum Bau weiterer Kernkraftwerke festhalte. Er sagte weiter, offensichtlich sei in der Sowjetunion nach dem Reaktorunfall vor einem Monat „teilweise nicht nur zu spät informiert, sondern auch zu spät evakuiert worden".

WELT-Serie Die „Außenpolitik" der Länder (VI): Schleswig-Holstein

Für den Botschafter ist es Kompetenzanmaßung

Von GEORG BAUER

Die Rüge des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel war hart. Dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, bescheinigte der Christdemokrat eine Politik der Stärke, die wenig Rücksicht auf die schwächeren Staaten in der Europäischen Gemeinschaft nehme. Was Barschel so auf die Palme brachte, war die Behandlung des dänischen Außenministers bei dessen jüngstem Besuch in Bonn. Vor dem Hintergrund der in Dänemark umstrittenen EG-Reform war der Däne wenig freundlich von seinem Amtskollegen aus dem Süden behandelt worden. Barschel meldete sich damals unter anderem mit der Bemerkung zu Wort, mit Freunden könne man so nicht umspringen. Vielmehr müsse die Bundesregierung mit „besonderem Fingerspitzengefühl" alles tun, um die politischen Kräfte in Dänemark für einen Verbleib in der EG zu bewegen.

Mit seiner Stellungnahme unterstrich der Ministerpräsident einmal mehr, daß das Feld der Außenpolitik für das nördlichste Bundesland kein Tabu ist.

Vor allem zwei Aspekte leisten dem „außenpolitischen Auftreten" der Landesregierung in Kiel Vorschub. Zum einen ist das die deutschgesinnte Minderheit im dänischen Nordschleswig, die – zur Entlastung der Kasse in Bonn – Jahr für Jahr mit Millionenbeträgen unterstützt wird. Gestützt auf die Argumentation eines engeren Zusammenwachsens in Europa und angesichts der Bemühungen, das in der Vergangenheit vergiftete Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen zu verbessern, ist für die Landesregierung und Vertreter des Landtages Grund, auch nördlich der deutsch-dänischen Grenze Präsenz zu demonstrieren. Stillschweigend duldet das Außenministerium in Bonn solche Bestrebungen um europäischen Geist, obwohl sich der Botschafter der Bundesrepublik in Kopenhagen bis in die jüngste Vergangenheit hinein in geharnischter Form bei seinem obersten Dienstherrn über die Kompetenzanmaßungen der Polittouristen aus Schleswig-Holstein beschwert hat. Die Betreuung der „deutschen Dänen" findet seinen Ausdruck auch in der Person eines Beauftragten, der seinen Sitz in der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten hat.

Zum andern ist es die selbsternannte Funktion, in der sich das nördlichste Bundesland sieht. Als „Brücke" zwischen Mitteleuropa und den skandinavischen Ländern versteht sich Schleswig-Holstein als Sachwalter des Nordens. Barschel: „Schleswig-Holstein ist die Heimat der dänischen Minderheit, der direkte Nachbar der deutschen Volksgruppe im dänischen Nordschleswig sowie das Bindeglied der Bundesrepublik Deutschland zum Königreich Dänemark und zum gesamten skandinavischen Raum."

Die Aktivitäten des Landes will Barschel allerdings nicht als „eigene Außenpolitik" verstanden wissen. Diese liege in der Verantwortung des Bundes. Aber die Landesregierung empfinde eine besondere Verpflichtung für ein möglichst enges und freundschaftliches Verhältnis zum Norden. Und als Anknüpfungspunkte und Gründe für die Kontakte zwischen hüben und drüben werden Fragen der Küstensicherung, des Umweltschutzes, der Regionalplanung und der Strukturförderung in der EG genannt.

Aus dem Eigeninteresse Schleswig-Holsteins an einer engen Verzahnung zwischen der Gemeinschaft und den Ländern wie Norwegen, Schweden und Finnland macht die Landesregierung keinen Hehl. Die Gefahr, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der Gemeinschaft politisch und wirtschaftlich in die Randbereiche abgedrängt zu werden, war den Politikern des Landes gerade vor der Abstimmung über die Reform in Dänemark deutlich geworden. Barschel erklärte damals, daß Schleswig-Holstein bei einem Austritt Dänemarks wieder in eine „längst überwundene wirtschaftsgeographische Randlage mit schwerwiegenden strukturpolitischen Belastungen gedrängt" worden wäre. Einer solchen Entwicklung aber will das Land unter allen Umständen vorbeugen, ebenso wie den Gefahren, die sich durch eine Achsenverschiebung nach der Erweiterung der EG um die südlichen Staaten Spanien und Portugal für die Nordregion der Gemeinschaft ergeben könnten. Hier ziehen Barschel und der Staatsminister Dänemarks, Poul Schlüter, an einem Strang. Barschel: „Zur Brückenfunktion Schleswig-Holsteins gehört deshalb, daß wir nicht müde werden, die weitere Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft in ihren Wirkungen auf Nordeuropa im Sinne eines ausbalancierten Kräfteparallelogramms zu betreiben. Hieran ist Schleswig-Holstein zunächst einmal wirtschaftlich interessiert."

Die Kontakte des Landes reichen aber auch nach Israel oder in den südeuropäischen Raum. Jüngstes Produkt des außenpolitischen Engagements ist nach der China-Reise des Ministerpräsidenten die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für Kontakte zur fernen Volksrepublik. Der Beauftragte soll sich insbesondere um das jüngst zwischen dem Bundesland und der chinesischen Provinz Zhejiang abgeschlossene Vertragswerk kümmern.

Der Europa-Beauftragte des Landes, Staatssekretär Georg Poetzsch-Hesster, räumt denn auch ein, daß Aktivitäten Schleswig-Holsteins auch „außenpolitische Aspekte" hätten. Das Verhalten mancher Ministerien in Bonn leistet solchen Entwicklungen allerdings Vorschub. So hatte etwa das Justizministerium in Bonn nur ein geringes Interesse an den Verhandlungen um die Verlegung der in Lübeck inhaftierten Dän July Andersen. Die Angelegenheit delegierte man statt dessen an Kiel, zumal in Dänemark der Fall mit Emotionen behaftet war.

Bundesregierung zieht positive Bilanz ihrer Berlin- und Deutschlandpolitik

Keine negativen Auswirkungen wegen der verschobenen Honecker-Reise erwartet

DIETHART GOOS, Bonn

Nach der erneuten und nunmehr längerfristigen Verschiebung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik auf einen Zeitpunkt bis nach der Bundestagswahl anfang nächsten Jahres, zieht die Bundesregierung eine Bilanz ihrer Deutschland- und Berlin-Politik. Negative Rückwirkungen oder gar eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen werden weitgehend ausgeschlossen.

Vor der gestern in Bonn eröffneten VI. Internationalen KSZE-Konferenz hat Bundeskanzler Helmut Kohl in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, wie sehr die deutsch-deutschen Beziehungen in das Ost-West-Verhältnis eingebettet sind. Kohl sagte: „Im Verhältnis zur DDR sind bei allem Wandel und aller Veränderung unsere Beziehungen von Besonderheiten geprägt. Das gilt für Form und Substanz."

Schäuble warnt

Der Kanzler ging vor der IPU-Konferenz nicht direkt auf Honecker ein. Vor wenigen Tagen jedoch hatte sein Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble als zuständiger Koordinator der Deutschlandpolitik der Bundesregierung in einer Rede in Stockholm das Besuchsthema angeschnitten. Man müsse darauf achten, daß nicht ein Zuviel an Erwartungen und Hoffnungen hernach zu Enttäuschungen und Belastungen führe. Wörtlich erklärte Schäuble: „So sehr auch solcher Besuch zur Entwicklung der Beziehungen beitragen und damit den Menschen im geteilten Deutschland dienen kann, so sehr muß auch vermieden werden, daß sich die Kraft der beiden Staaten in Deutschland, die für die Entwicklung ihrer Beziehungen vorhanden ist, für einen zu langen Zeitraum in der Durchführung eines solchen Besuchs erschöpft."

Vor diesem Hintergrund zeigen sich in der deutsch-deutschen Bilanz aus der Sicht des Kanzleramts neben positiven Elementen auch negative Tatsachen. So wird mit Genugtuung die steigende Zahl von Ausreise-Genehmigungen für die jüngeren „DDR"-Bürger in dringenden Familienangelegenheiten registriert. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden bereits 25 000 gezählt, etwa die Hälfte der Gesamtzahl des letzten Jahres. Hält diese Entwicklung an, ist für 1986 mit mehr als 100 000 „DDR"-Besuchern zu rechnen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben.

Demgegenüber steht eine zunehmende Verschärfung bei der Handhabung der sogenannten Kontaktsperre. „DDR"-Behörden erweitern den Kreis derjenigen Bürger immer mehr, die unter Hinweis auf die Art ihrer Tätigkeit und aus Gründen der Geheimhaltungspflicht keine Kontakte zu Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik unterhalten dürfen. Dies betrifft nicht nur Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit und der Volksarmee, sondern fast alle Bereiche von Behörden, Firmen und Wirtschaftsorganisationen sowie den sehr umfangreichen Parteiapparat. Trotz einer Zusage von SED-Chef Honecker gegenüber hochrangigen Besuchern aus der Bundesrepublik, die Kontaktsperre solle gelockert werden, ist eher eine Verschärfung eingetreten.

Kritik aus Moskau

Verärgert sind die zuständigen Stellen im Kanzleramt auch über den ungehinderten Zustrom von Asylbewerbern aus Asien und Afrika über die Sektorengrenze nach West-Berlin. Lediglich bei Tamilen hatte sich Ost-Berlin bereit erklärt, diesen Personenkreis nur bei Vorlage eines Visums der Bundesrepublik nach West-Berlin weiterreisen zu lassen. Nach Einschätzung des Kanzleramts hat die Sowjetunion an diesem Zugeständnis der „DDR" Kritik geübt, weil damit die Bonner Rechtsauffassung der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik respektiert wird.

Kein Entgegenkommen zeigt Ost-Berlin außerdem in den Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen, wie es im Grundlagenvertrag von 1972 bereits angekündigt wurde. Die „DDR" weigert sich kategorisch, das in West-Berlin ansässige Umweltbundesamt bei dem Abkommen zu berücksichtigen.

Brokdorf-Gegner über Aktionen uneins

Streit um Gewaltanwendung bei Demonstration gegen Atomkraftwerk / DKP ausgepfiffen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Rund 600 Vertreter von Bürgerinitiativen und linken politischen Gruppierungen von den Jungsozialisten über die Hamburger Grün-Alternative Liste (GAL) bis zur DKP haben sich am Wochenende in Hamburg nicht über die Organisation, den Ablauf und die Ziele der für den 7. Juni vor dem Atomkraftwerk Brokdorf geplanten Großdemonstration von Kernkraftgegnern einigen können. Das zentrale Vorbereitungstreffen in der Hamburger Kampnagel-Fabrik platzte nach tumultartigen Auseinandersetzungen, die sich nicht nur an der Frage entzündeten, ob und in wieweit vor dem Brokdorfer Werksgelände Gewalt angewendet werden solle – noch strittiger waren die politischen Ziele, die mit der Demonstration verfolgt werden sollen.



Gewalt bei Demonstrationen gegen Kernkraftwerke: Ein Vermummter zertritt die Warnlampe eines Tores zur Atomanlage in Biblis FOTO: DPA

Ein Teil der zu diesem Treffen erschienenen Atomkraftgegner, der rund 20 Gruppen und Initiativen vertrat, verabschiedete schließlich einen Aufruf, der zunächst weiter diskutiert werden soll. Darin wird mit dem Slogan „Nach Tschernobyl ist Schluß" die sofortige Stillegung aller Atomanlagen verlangt. In Brokdorf wolle man „direkt am Reaktorgelände" demonstrieren, weil diese „neue atomare Zeitbombe" nie ans Netz gehen dürfe. Grundsätzlich seien alle Formen des Widerstandes dabei „legitim und notwendig"; dazu gehörten Blockaden, „direkte Aktionen" und ziviler Ungehorsam. Der praktische Widerstand solle „wirkungsvoll sein, ohne daß Menschen gefährdet werden".

Die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung für das Kraftwerk Brokdorf gewünschte weitere Sicherheitsüberprüfung sei ein Versuch, die nach dem sowjetischen Reaktorunfall neu aufgeflammte Protestbewegung gegen die Kernenergie mit der Taktik „Prüfen statt stillegen" zu lähmen. Die von Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) bekanntgegebene Entscheidung, das Kernkraftwerk Brokdorf vorerst noch nicht ans Netz gehen zu lassen, löste auf dem Vorbereitungstreffen heftige Kontroversen über die Gründe aus, von denen sich das Kieler Kabinett dabei habe leiten lassen. Die von den Kernkraftgegnern vermuteten Motive reichten von der Überzeugung, „die Herrschenden" seien durch die Proteste seit der Katastrophe von Tschernobyl „verunsichert", bis zu der Auffassung, für die Kieler Entscheidung seien betriebswirtschaftliche Überlegungen der Betreiber ausschlaggebend, da die Produktionsleistung der Anlage zur Zeit ohnehin nicht benötigt werde.

Aufmerksam registriert haben politische Beobachter in der Hansestadt die schneidend scharfe Ablehnung, mit der die ansonsten heillos zerstrittene Versammlung das Auftreten von DKP-Vertretern und deren Versicherung zur Kenntnis nahm, die Kommunisten würden die Demonstration in Brokdorf vorbehaltlos und aktiv unterstützen. In der Halle kam es zu einem gellenden Pfeifkonzert. Endgültig gescheitert war das Treffen, als sich herausstellte, daß nicht nur eine Einigung darüber nicht möglich war, sondern auch ein Konsens über „die Rolle der Kerntechnologie im kapitalistischen System" und über das „Atomprogramm als Instrument der Kriegsvorbereitung durch die Herrschenden" sich nicht herstellen ließ.

„Tschernobyl stellt Wackersdorf nicht in Frage"

hd. Wackersdorf

Die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf kann durch das Unglück von Tschernobyl nicht in Frage gestellt werden. Mit dieser Feststellung reagierte gestern der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) auf den Slogan der Kernkraftgegner „Tschernobyl ist überall". Die in einer Wiederaufbereitungsanlage maximal vorhandene Energie sei im Vergleich zu der in einem Atomreaktor nur winzig. In Tschernobyl habe man jeden Störfall ausschließen wollen und sei dennoch auf das eingetretene Unglück nicht vorbereitet gewesen: „Wir haben alle Möglichkeiten eines Störfalls untersucht und sorgen durch vielstufige automatische Sicherheitseinrichtungen dafür, daß auch menschliches Versagen sich nicht negativ auswirken kann", versicherte Scheuten.

Zu dem Prozeß der österreichischen Regierung gegen den Bau der WAA stellte der Vorstandsvorsitzende fest, sie sei in der Sache offenbar nicht gut informiert. Eine von Wackersdorf ausgehende radioaktive Wolke sei lediglich ein unverantwortliches „Horrorgemälde".

Die großräumigen Erdarbeiten (zwei Millionen Kubikmeter) im Taxöldener Forst sind durch die Ereignisse an den Pfingstfeiertagen nicht verzögert worden und werden voraussichtlich Anfang 1987 beendet sein.

SPD plant eigene „Versammlung" nahe Brokdorf

geo. Kiel

Die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins wollen mit einer Volksversammlung familiären Charakters am Sonntag gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf demonstrieren. Wie der SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen in Kiel erklärte, wolle man die Veranstaltung in Wilster nahe Brokdorf organisieren, da es Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland gebe, die zu Gewalt neigten. Mit dem Protest in eigener Regie, der einen Marsch an den Bauzaun des 12 Kilometer entfernten Kraftwerkes ausschließt, wollen die Sozialdemokraten unterstreichen, daß es ihnen um die Sache gehe. Der Aufruf zur Volksversammlung wird u.a. vom Landesverband der SPD, der SPD-Landtagsfraktion, dem BUND Schleswig-Holstein, der Arbeiterwohlfahrt und den Jungsozialisten unterstützt.

Während sich der Parteivorstand um sichtbare Distanz zu den geplanten Protestaktionen der Grünen am 7. Juni in Brokdorf bemüht, beschlossen die Jungsozialisten auf ihrer Landeskonferenz am Wochenende, an beiden Veranstaltungen teilzunehmen.

Kritisch setzte sich Jansen mit der Entscheidung des Ministerpräsidenten Uwe Barschel auseinander, das Kernkraftwerk einer weiteren Sicherheitsüberprüfung durch die Reaktorkommission zu unterziehen. Jansen charakterisierte den Beschluß als „Show für den Wähler" und „Alibiverhalten". Während die SPD definitiv Nein zu Brokdorf sage, wolle Kiel den Reaktor nach Abflauen der öffentlichen Diskussion doch noch aktivieren.

Nicaragua gab den fünf Präsidenten nicht nach

Mittelamerika-Gipfel über Contadora / Wird unterzeichnet?

WERNER THOMAS, Miami

Als die Veranstaltung mit der Unterzeichnung des „Dokumentes von Esquipulas" ein feierliches Ende fand, wurde die Frage gestellt, ob der berühmte schwarze Christus dieses guatemaltekischen Wallfahrtsortes nun ein Wunder bewirken wird oder nicht. Niemand wollte eine klare Antwort geben. Es scheint jedoch, daß die explosive Region dem Frieden nicht viel näher kommen konnte.

Der Gipfel der fünf mittelamerikanischen Präsidenten Oscar Arias (Costa Rica), José Napoleon Duarte (El Salvador), Vinicio Cerezo (Guatemala), José Azcona (Honduras) und Daniel Ortega (Nicaragua) in Esquipulas offenbarte erneut die tiefen Meinungsverschiedenheiten.

Auf der einen Seite standen Arias, Duarte und Azcona, auf der anderen Ortega. Cerezo versuchte als Gastgeber eine neutrale Vermittlerrolle zu spielen. Er gehört jedoch zum „demokratischen Lager", wie ein costarikanisches Delegationsmitglied betonte.

Die Unterzeichnungs-Zeremonie mußte um mehrere Stunden verschoben werden, weil sich die Präsidenten über die Formulierungen stritten. Das dann von Cerezo verlesene Abkommen war in kritischen Punkten äußert vage. So versicherten alle Teilnehmer, sie wollten die Friedensvorschläge der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) akzeptieren und signieren.

Sie nannten jedoch kein Datum, vermutlich ein Zugeständnis an Nicaragua. Sowohl die Contadora-Staaten als auch die sogenannte Unterstützungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay) sind auf den 6. Juni fixiert. An diesem Tag soll die endgültige Ratifizierung des Vertragswerkes in Panama stattfinden.

Reagan soll Hilfe für die Contras einstellen

Die Vertreter des marxistischen Nicaragua betonten bisher jedoch, daß sie keine Unterschrift leisten werden, wenn die Reagan-Regierung zuvor nicht ein Ende der Unterstützung für die antisandinistischen Contras verspricht – was diese verweigert. Da die USA nicht zu der Region gehören, wird von ihnen keine Unterschrift verlangt.

Die USA und Nicaragua wären am meisten von den Contadora-Vereinbarungen betroffen. Die USA müßten ihre militärische Präsenz in El Salvador und Honduras und die Manöver im mittelamerikanischen Raum beenden. Nicaragua müßte die Unterstützung für die salvadorianische Guerrilla-Bewegung und andere Rebellen-Organisationen der Region einstellen, die kubanischen Militärberater nach Hause schicken und die Streitkräfte reduzieren.

In Washington wird befürchtet, daß die Sandinisten am 6. Juni dennoch unterzeichnen und sich einfach nicht an die Verträge halten. In dem „Dokument von Esquipulas" wurde eingeräumt, es seien noch Aspekte der Rüstungskontrolle und der Überwachung der Contadora-Vereinbarungen zu klären.

Zustimmung für ein gemeinsames Parlament

Wesentlich einfacher verliefen die Gespräche über die Einrichtung eines mittelamerikanischen Parlamentes, einem alten Traum Cerezos. Alle Präsidenten erteilten ihre Zustimmung. Beobachter bezweifeln aber, daß ein solches Plenum eine wirkungsvolle Arbeit verrichten kann.

Der 42jährige Christdemokrat Vinicio Cerezo, der seit Anfang des Jahres Guatemala regiert, die führende Nation der Region, ist ein Mann der Ideale, der Gesten und Symbole. Seiner Meinung nach sind die Mittelamerikaner in der Lage, ihre Probleme selbst zu lösen. „Dieser Gipfel ist der erste Schritt auf dem langen Weg zur Einheit aller mittelamerikanischen Länder", gelobte er hoffnungsvoll.

Anders als Duarte, Azcona und Arias glaubt er, daß sich die sandinistischen Comandantes durch solche Einheitsappelle beeindrucken und von ihrer marxistischen Marschrichtung abbringen lassen. Er hofierte bisher Ortega, der bereits Anfang Januar der am meisten beachtete Ehrengast seiner *Amtseinführung* war. Auch diesmal versuchte Cerezo vor den Fernsehkameras ein harmonisches Verhältnis zu dem Comandante zu demonstrieren.

Vinicio Cerezo veranstaltete diesen ersten mittelamerikanischen Gipfel seit 1975 in Esquipulas, weil diese Stadt ein symbolträchtiger Ort ist. Hier soll 1595 zum ersten Mal ein schwarzer Christus erschienen sein.

Teddy Kollek, Prinz Jerusalems

Von ERNST CRAMER

Seit zwanzig Jahren hat Jerusalem einen Bürgermeister, der mit Tugenden ausgestattet ist, die bei Politikern selten sind: Augenmaß, Fairneß, Mut, Vision, Durchsetzungskraft und Charme. Sein Name ist Theodor Kollek; jedermann nennt ihn Teddy. Heute wird er 75 Jahre alt.

Kolleks Tag beginnt am frühen Morgen, wenn die meisten seiner Mitbürger noch schlafen. Nach dem Frühstück mit seiner Frau Tamar ist er spätestens um sechs Uhr unterwegs. Auf dem Weg ins Rathaus taucht er unerwartet an den verschiedensten Ecken der Stadt auf. Seine Anwesenheit genügt, Müllmänner, Gärtner und andere städtische Arbeiter zu schnellerem Tun anzuregen. Wenn ihm etwas mißfällt, kann es sehr wohl zu einem Donnerwetter kommen. Es geht immer schnell vorbei, und nachher ist die Luft klarer.

Die Arbeitslast, die Kollek Tag für Tag bewältigt, ist enorm. Aber seit Kollek im Jahre 1965 das Bürgermeisteramt übernahm, hat sich Jerusalem gewandelt. Es zählt jetzt wieder zu den schönsten Städten der Welt. Der moderne, fast ausschließlich jüdische Teil ist gewachsen. Das Gesicht der Stadt wurde vereinheitlicht: Die Farbe aller wesentlichen Häuser ist das fahle Gelb der Sandsteine aus *den Bergen Judäas. Nur einzelne* Betonklötze stören die Silhouette.

Die Altstadt ist aus einem jahrhundertelangen Dornröschenschlaf erwacht, und Teddy ist der Prinz, der sie zu neuem Leben erweckte. Der Charme der alten Stadtteile blieb trotz radikaler Besserung der sanitären Verhältnisse erhalten. Die Zugänge zu den heiligen Stätten der in Jerusalem verankerten drei Weltreligionen sind offen und gesichert. Das Nebeneinander dieser Religionen funktioniert weit besser als zu Zeiten des Osmanischen Reiches oder des britischen Mandats – von den 19 Jahren jordanischer Herrschaft ganz zu schweigen.



Die Biographie des ungewöhnlichen Bürgermeisters ist wie er selbst. Geboren bei Budapest in einer Bankiersfamilie. 1935 Emigration nach Palästina, im Krieg zurück nach Europa, um so viele Juden wie möglich zu retten. Enger Vertrauter Ben Gurions, Botschafter in Washington. Vielfach ausgezeichnet, 1985 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Weltbekannt ist seine Autobiographie: „Ein Leben für Jerusalem"

FOTO: NICO NAGEL

Der Wiederaufbau des jüdischen Viertels, das 1967 so gut wie zerstört war, vollzog sich in einem modernen, *dem alten nachgefühlten Stil. Heute* ist die Altstadt eine aus Vielfalt bestehende Einheit. Behutsam werden die Spuren der verschiedenen Stadtkulturen freigelegt, die über drei Jahrtausende zurückreichen. Ausgrabungen in der uralten Stadt Davids sind noch im Gange. Im Herzen der Stadt, weit unterhalb des Verkehrsgetümmels, wurde eine römische Kaufstraße freigelegt. Wohnungen aus der Zeit Christi wurden freigeschaufelt – unter Häusern, die Jahrhunderte später entstanden.

Teddy ist der Motor, der das alles in Gang gebracht hat und in Gang hält. Kollek kennt die Großen dieser Welt und spannt sie für die Interessen seiner Stadt ein. Jerusalem ist für ihn die Stadt des Friedens. Er selbst ist ihr beliebtester Bürger. Auch Araber *haben immer wieder für ihn* gestimmt. Ohne Leibwächter ist er täglich in ihren Straßen und Gassen unterwegs, von Bürgern und Touristen begrüßt.

Es gibt ein altes Wort, das besagt, der Herr habe der Stadt Jerusalem zehn Maß Schönheit, aber auch zehn Maß Sorgen gegeben. In unseren Tagen gab er ihr auch Teddy Kollek, der die Schönheit bewahrt und die Sorgen vermindert hat.

Neuer Präsident in Kolumbien

AFP, Bogota

Mit dem 64jährigen Virgilio Barco kommt in Kolumbien ein Wirtschaftsexperte an die Macht, der als geschickter Organisator und Führungspersönlichkeit gilt. Der neue Präsident, der für die Liberale Partei kandidierte, wird am 7. August dieses Jahres offiziell in sein Amt eingeführt. Barco sagte in Bogota, er plane durchgreifende Wirtschaftsreformen. Er will außerdem die staatliche Verwaltung dezentralisieren sowie dem landwirtschaftlichen Sektor neuen Auftrieb geben.

Preis für Verleger aus Südafrika

AP, Lissabon

Der südafrikanische Zeitungsverleger Anthony Heard ist gestern in Lissabon mit der „Goldenen Feder der Freiheit" des Internationalen Verbands der Zeitungsverleger (FIEJ) ausgezeichnet worden. Bei der Feier, an der auch der portugiesische Staatspräsident Mario Soares teilnahm, sagte Heard, in Südafrika bringe „die Zensur das Volk um die Erkenntnis, daß neue Kräfte entstanden sind, die es mit orkanartiger Geschwindigkeit niederdrücken" könnten.

Alfonsin-Attentat: Keine neuen Spuren

DW. Buenos Aires

Eine Woche nach dem gescheiterten Attentat auf Argentiniens Präsident Raul Alfonsin tappt die Polizei bei der Suche nach den Urhebern weiter im dunkeln. Eine Rekonstruktion des Anschlages auf einem Militärgelände in Cordoba ergab gestern keine neuen Erkenntnisse. Nach einer Fülle verwirrender Angaben scheint inzwischen festzustehen, daß Alfonsin bei einem Besuch des dritten Heereskorps im freien Gelände nur wenige Meter von dem Sprengsatz entfernt gestanden hat.

Die Guerrilla verschließt sich Frau Aquinos Appell

Verhandlungen nicht in Sicht / Kritik der Militärs wächst

JOCHEN HEHN, Hongkong

Der erste Besuch der philippinischen Staatspräsidentin Corazon Aquino auf der von bürgerkriegsähnlichen Kämpfen erschütterten Insel Mindanao im Süden des Landes hat die Aussichten auf einen Waffenstillstand mit der kommunistischen Guerrilla nicht gerade verbessert.

Beschwörende Appelle der Staatspräsidentin an die im Untergrund operierende kommunistische „Neue Volksarmee" (NPA), die Feindseligkeiten einzustellen und endlich in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten, beantworteten die Guerrillas auf ihre Weise.

Nur wenige Stunden nach dem Abflug Corazon Aquinos überfielen 300 kommunistische Rebellen ein Armeelager in Davao del Norte, nur wenige Kilometer von Davao City entfernt, wo die Staatspräsidentin kurz zuvor in einem Karmeliterkloster mit 168 ehemaligen NPA-Rebellen zusammengetroffen war. Sie hatte ihnen für den Entschluß, die Waffen niederzulegen, den Dank der Regierung ausgesprochen.

Bei dem im Morgengrauen durchgeführten Überfall wurden acht Soldaten getötet. Aber auch die Rebellen erlitten schwere Verluste, als sie sich vor verfolgenden Militäreinheiten in die Berge zurückzogen. 30 wurden getötet.

Daß kommunistische Rebellen – wie jene 168 in Davao – den bewaffneten Kampf aufgeben, ist immer noch die Ausnahme, Überfälle auf militärische Einrichtungen sind dagegen die Regel. Auch die Übernahme der Macht durch Corazon Aquino vor drei *Monaten hat daran nichts ändern* können.

Die Kampfhandlungen nehmen eher zu

Trotz der Freilassung der politischen Gefangenen und des Angebotes eines Waffenstillstandes und einer Generalamnestie für die Rebellen haben *die Kampfhandlungen eher zugenommen*. Anzeichen für ernsthafte Verhandlungen zwischen Kommunisten und Regierung gibt es immer noch nicht. Es hat eher den Anschein, als wolle die kommunistische Guerrilla den Beginn von Verhandlungen in der Absicht hinauszögern, um in der Zwischenzeit ihre über das Insel-Archipel verstreuten Stellungen zu konsolidieren.

Dabei kommt ihnen zugute, daß die Militärs bislang noch eine defensive Taktik gegenüber den Rebellen verfolgen. Gebunden durch die Auflage, die Rebellen nicht präventiv zu attackieren, sondern – aus Rücksicht auf angeblich direkt bevorstehende Verhandlungen –, Zurückhaltung zu üben, sind die in den Rebellen-Zonen stationierten Außenposten der philippinischen Streitkräfte gegen Guerrilla-Attacken verwundbarer geworden. Zwölf Todesopfer täglich sprechen eine deutliche Sprache.

An Versöhnung nicht wirklich interessiert

In den Reihen der Militärs wächst *angesichts dieser* Verluste die Kritik an der – wie sie meinen – einseitig verkündeten und nicht an Vorleistungen geknüpften Politik der nationalen Versöhnung Corazon Aquinos.

Zwar habe es auch schon zu Marcos' Zeiten hohe Verluste im Kampf gegen die Guerrilla gegeben, doch hätten viele der Opfer der letzten Monate durch eine weniger defensive Haltung vermieden werden können.

Verteidigungsminister Ponce Enrile ist davon überzeugt, daß die kommunistischen Rebellen an einer nationalen Versöhnung gar nicht interessiert sind. Einziges Ziel der Kommunisten sei die Umwälzung der bestehenden Ordnung.

Einen Waffenstillstand würden die Kommunisten, so Ponce Enrile, nur dann eingehen, wenn sie sich durch politisch-parlamentarische Mittel *größere Erfolge versprächen*. Es sei jedoch geradezu naiv zu glauben, die Kommunisten würden freiwillig aus ihren Schlupfwinkeln hervorkommen, nur weil Marcos das Land verlassen habe und Frau Aquino ihnen einen „ehrenhaften Frieden" versprochen hätte.

Der Minister ist nicht der einzige, der den Zeitpunkt für gekommen hält, die Taktik gegenüber den Rebel*len zu ändern*. Immer mehr hohe Militärs sind der Auffassung, die derzeitige nationale Versöhnungspolitik sei allenfalls dazu geeignet, die Moral der Truppe zu untergraben.

Eine Versöhnungspolitik kann nach ihrer Auffassung nur aus einer Position der Stärke heraus erfolgversprechend sein. Das bedeutet, daß sie nicht an den Militärs vorbei, sondern mit ihnen durchgeführt werden muß.

Albrecht stärkt Kooperation auf Länderebene

pr. Paris

„Nehmen Sie doch einfach auf meinem Bürostuhl Platz", sagte der französische Senatspräsident zu seinem deutschen Amtskollegen. Alain Poher schlug das Goldene Buch auf, Ernst Albrecht, der Bundesratspräsident, zückte den Federhalter – beinahe familiär vollzog sich im Palais Luxemburg der feierliche Akt der Eintragung. So unkompliziert, herzlich, locker begann der Besuch des niedersächsischen Ministerpräsidenten in Paris, Ausdruck des gegenseitigen Wunsches, die deutsch-französischen Kontakte auch auf der Ebene der „2. Kammern" zu verstärken.

In der Tat vermag sich an der Seine kaum jemand an einen ähnlichen Vorgang zu erinnern. Das erklärt auch, daß die Visite von Ernst Albrecht protokollarisch sehr hoch angesetzt ist: der deutsche Bundesratspräsident, vom französischen Senat eingeladen, hatte nicht nur Gespräche mit dem französischen Außenminister und dem Innenminister, er wird heute sowohl von Premierminister Chirac als auch von Staatspräsident Mitterrand empfangen.

In Paris ist mit Interesse die kürzliche Debatte im Bundesrat beobachtet worden, wonach die deutschen Länderregierungen Anhörung und Mitsprache in europäischen Angelegenheiten erwarten. Dieser politischen Selbstaufwertung der „2. deutschen Kammer" trägt Ernst Albrecht in Paris voll Rechnung: seine Themen sind hier Kernenergie und Sicherheit, Solartechnik und Umwelt. Aus der Sicht der Länder ergeben sich gerade nach Tschernobyl zunehmend drängendere Fragen über eine internationale Kooperation. Das Bewußtsein dafür bei den zentralistischen Franzosen zu schärfen, ist Zweck der Albrecht-Reise.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Israel vor Verfassungskonflikt

Generalstaatsanwalt klagt Geheimdienstchef an, Regierung will Prozeß verhindern

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israels Generalstaatsanwalt, Professor Itzhak Zamir, hat die Polizei beauftragt, eine Ermittlung gegen den Chef des Geheimdienstes Abraham Shalom einzuleiten, weil dieser unter dem Verdacht steht, bei einer Ermittlung gegen einen hohen Armeeoffizier Beweismaterial unterschlagen zu haben. Aus „Erwägungen der Staatssicherheit" hat die Regierung – vergeblich – den Generalstaatsanwalt bedrängt, er möge von seinem Recht der Verfahrenseinstellung Gebrauch machen.

Es handelt sich um einen Fall, der mehr als zwei Jahre zurückliegt. Am 12. April 1984 wurde ein ziviler Bus auf dem Weg von Tel Aviv nach Ashkelon von arabischen Terroristen überfallen. Sie wollten den Bus mit den Passagieren als Geiseln über die Grenze nach Ägypten bringen. Zur Befreiung wurde aus Zeitmangel nicht die besonders geschulte Anti-Terrorgruppe sondern eine gewöhnliche Fallschirmjägereinheit, doch unter dem Befehl des Chefs des Infanteriekorps, Brigadegeneral Itzhak Mordechai, eingesetzt. An einer Straßensperre in der Nähe des Gazastreifens wurden die Geiseln befreit und alle vier Geiselnehmer erschossen, wie es in amtlicherseits hieß.

Einige Tage darauf ergab sich jedoch aus einem Pressefoto, daß zwei der toten Geiselnehmer noch lebten, als der Bus schon in den Händen der israelischen Truppe war. Eine empörte Öffentlichkeit forderte eine Untersuchung. 16 Monate später wurde General Mordechai vor ein Militärgericht gestellt, aber freigesprochen.

Vor einigen Monaten nun meldeten sich drei Offiziere aus dem Stab des Shabak-Chefs Abraham Shalom beim Generalstaatsanwalt Zamir. Sie behaupteten, ihr Chef habe bei der Ermittlung gegen Mordechai belastendes Material vernichtet, um Mordechai vor einer Verurteilung zu retten. Zamir ging der Aussage nach und fand genug Material, um eine polizeiliche Ermittlung gegen den Shabak-Chef in Auftrag zu geben.

Wie laut Gesetz vorgeschrieben, beriet sich Zamir vorher mit Premierminister Peres. Dieser zog auch Außenminister Shamir sowie zwei andere Mitglieder des Inneren Kabinetts heran. Alle Minister drängten auf Zamir ein, die Sache fallen zu lassen, weil eine Veröffentlichung Repressalien hervorrufen könnte. Terroristen, die israelische Gefangene halten – es gibt deren zur Zeit sechs – könnten sich an ihnen rächen. Peres sagte: „Wir sind für die Herrschaft des Gesetzes, aber man muß auch Erwägungen der Sicherheit in Betracht ziehen." Zamir beharrte auf seinem Standpunkt. Auch hat er die Verfassung auf seiner Seite. Sie gibt ihm die unanfechtbare Vollmacht, Anklagen zu erheben.

Als die Nachricht in Pressekreisen bekannt wurde, schaltete sich die Militärzensur ein. Nur die Tatsache wurde zur Veröffentlichung erlaubt, daß der Generalstaatsanwalt sich mit der Regierung überworfen hatte, weil er einen hohen Staatsbeamten wegen eines sträflichen Vergehens vor Gericht stellen wolle. Doch die amerikanische Fernsehfirma ABC schmuggelte die Nachricht ins Ausland und sendete sie, worauf die israelische Zensur den ganzen Bericht freigab.

Der Generalstaatsanwalt ist dem Likud und den religiösen Parteien schon lange ein Dorn im Auge, besonders seit er mit unnachsichtiger Strenge gegen die „Jüdische Terrorgruppe" vorgeht, die mehrere Anschläge gegen Palästinenser verübte. Doch nun stellen sich auch mehrere Minister der Arbeiterpartei gegen ihn. Polizeiminister Barlev erklärte: „Das ist eine Sache von überragend sicherheitspolitischer Bedeutung. Die Regierung hat das Recht und die Pflicht zu versuchen, den Generalstaatsanwalt zur Einstellung des Verfahrens zu bewegen."

Die Presse hat sich überwiegend hinter Zamir gestellt. Israel ist jetzt Gefangener seiner eigenen Verfassung. Aber es wird weithin angenommen, daß Zamir seine Ansicht durchsetzt, denn ein Großteil des Sicherheitsschadens ist bereits angerichtet.

(SAD)

Hua Guofeng wieder gesehen

AFP, Peking

Der ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Hua Guofeng, der nach seiner „Entmachtung" im Jahre 1981 praktisch völlig von der politischen Bühne der Volksrepublik verschwand, ist jetzt nach längerer Zeit wieder in der Öffentlichkeit gesehen worden. Hua, der einst als Nachfolger von Mao Zedong galt, besuchte am 18. Mai die rund 120 Kilometer nordöstlich von Peking gelegenen Gräber der Qing-Dynastie (1644–1911) und traf dabei mit Vertretern der chinesischen Regierung zusammen.

Vitaminmangel in Sibirien

dpa, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat gestern soziale Mißstände und Versorgungs-Engpässe im westsibirischen Erdölfördergebiet Tjumen heftig kritisiert. In allen Städten des Gebiets seien Angebot und Qualität von frischem Obst und Gemüse nicht ausreichend, schreibt die „Prawda". Einer der Hauptgründe für das mangelhafte Angebot an Obst und Gemüse liege darin, daß es überall zu wenig Lagerkapazitäten gebe. In der Stadt Tobolsk stünden nur 45 Prozent der benötigten Gemüsedepots zur Verfügung.

„Sowjetischer Antisemitismus"

AP, Bern

Die sowjetische Presse veröffentlicht nach Angaben des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles regelmäßig antisemitische Karikaturen, die aus dem „Stürmer" und anderen nationalsozialistischen Zeitungen übernommen worden sind. Eine Delegation des Zentrums legte in Bern einen Bericht vor, der dies beweisen soll. Die 95seitige Dokumentation widerlege die Erklärung des KP-Chefs Gorbatschow, wonach die Sowjetunion den Juden mehr Rechte einräume als irgendeinem anderen in der UdSSR lebenden Volk.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kritik am Rundfunk

„Der Loewen-Anteil der ARD": WELT vom 15. Mai

Herr Neander hat sehr vornehm die Situation in der ARD beschrieben. Die Entwicklung der ARD wie auch im ZDF ist nur zu verstehen aus der technischen Monopolsituation, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist. Diese technische Monopolstellung ist längst aufgelöst und es wird Zeit, daß auch die Monopolstellung der Öffentlich-Rechtlichen der freien Luft der Konkurrenz ausgesetzt wird.

Im Zuge der Verkabelung und der terristischen Möglichkeit der Informationen wird man auch über die gesamte Struktur der Rundfunk- und Fernsehlandschaft nachdenken müssen. Vielleicht denkt man auch dann einmal darüber nach, ob nicht der Hörer und Seher bei Zahlung seiner „Fernsehsteuer" ankreuzen kann, ob er für die ARD, das ZDF oder möglicherweise Private seine „Steuer" aufteilen will.

Von einem bin ich überzeugt: Nur wenn frischer Wind in die Rundfunk- und Fernsehlandschaft kommt, können die verkrusteten Strukturen und Einseitigkeiten dieser Anstalten aufgelöst werden. Insoweit ist der vorgenannte Artikel ein wertvoller Beitrag für zukünftige Entwicklungen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Schwarz, MdB, CDU
Staatsminister a. D.

*

„Leserbriefe: Stimmen nach Osteuropa": WELT vom 16. Mai

Zitieren ist Glückssache – und die „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) ist immer eine gute Quelle.

WELT-Leser Dr. Jürgen Reiß und Prof. Dr. Reinhold Kreile sträuben sich unter Hinweis auf die NZZ vom 8./9. 5. 1986 gegen den Ausdruck „Selbstzensur", mit dem WELT-Korrespondent Carl Gustaf Ströhm die Programmpolitik der Nicht-Einmischung in den Osteuropasendungen des „Deutschlandfunks" (DLF) charakterisiert. DLF-Verwaltungsratsvorsitzender Kreile hält es sogar für eine Ehre, „die eigenen (DLF)-Sendungen elektronisch gestört zu bekommen". Dies könne Dr. Reiß, der alles andere als ein „Beschwichtigungshofrat" sei, für sich mit Stolz in Anspruch nehmen.

Würde man beim DLF doch immer so aufmerksam die NZZ studieren! Der Ausgabe vom 20. März 1985 war zum Beispiel zu entnehmen, daß die von Dr. Reiß verantworteten Polen-Programme des DLF zwischen 1979 und 1984 1,6 Millionen Hörer verloren haben, obwohl der DLF unter allen westlichen Sendern derjenige sei, dessen Polen-Programme nicht gestört würden. Auch ein Grund zu Stolz und Ehre?

Als einziger Westsender hat es der DLF durch die Art seiner Programmgestaltung nicht nur fertiggebracht, einen großen Teil seiner Hörer in der DDR zu vergraulen. Er hat – wovon bisher nie die Rede war – auch in Polen, der ČSSR und in Ungarn gut die Hälfte seiner Hörer – drei Millionen – verloren, während gleichzeitig seine massiv gestörten Mitbewerber BBC und „Voice of America" (VoA) ihre Hörerzahlen zum Teil mehr als verdoppeln konnten (VoA von 5,3 auf 11,6 Mill.).

Merke: Es waren immer die antikommunistischen Maulhelden, die der „freiheitlichen Position des Westens" (Kreile) in Osteuropa am meisten geschadet haben.

Mit freundlichen Grüßen
Botho Kirsch,
Overath

Neuer Stil?

„Schröder nennt Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Idioten": WELT vom 9. Mai

Mit Erschrecken und Empörung haben das Landesamt für Verfassungsschutz und die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB) die Äußerung des SPD-Ministerpräsidentenkandidaten Gerhard Schröder zur Kenntnis genommen. Schröder nannte Mitarbeiter des Verfassungsschutzes öffentlich „Idioten" und äußerte sich völlig sachunkundig in abfälliger Weise.

Die Art und Weise der Angriffe und die immer wieder verwundernde Begründung in der Argumentation lassen hier einen völlig neuen Wahlkampfstil erkennen. Hier werden Teile des öffentlichen Dienstes, noch dazu der Exekutive, durch einen potentiellen Ministerpräsidentenkandidaten in Verruf gebracht und in den Wahlkampf hineingezogen.

Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund verwahrt sich entschieden gegen solche Diffamierungen von Polizei und Verfassungsschutz. Die Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes und die PDB nehmen dies nicht widerspruchslos hin und erwarten von Gerhard Schröder eine öffentliche Entschuldigung für seine höchst bedenklichen Entgleisungen.

Lutz-Werner Kahn,
Landesvorsitzender der PDB –
Niedersachsen

Versäumnis

„Lau in Niedersachsen": WELT vom 8. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

die niedersächsische CDU scheint sich ihrer Sache sehr sicher zu sein. Selbstbewußt überläßt sie die „heiße Phase" des Wahlkampfs der Opposition um Gerhard Schröder. Und dies geschieht, wo die Strahlen aus Tschernobyl die SPD-Spitzen ermuntern, die Wähler in Niedersachsen über die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik entscheiden zu lassen.

Der Wähler votiert also nicht mehr über Erfolg oder Mißerfolg Albrechtscher Politik, sondern läuft Gefahr, seine Stimme für einen Volksentscheid in der Frage der Nuklearenergie herzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt haben es die Christdemokraten versäumt, dem Wähler dieses fatale wahlpolitische Täuschungsmanöver vor Augen zu führen.

Mit freundlichem Gruß
Michael Tiede,
Wilhelmshaven

Wunschdenken

„Afghanische Widerstandskämpfer sehen Ansätze für eine politische Lösung": WELT vom 13. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer glaubt, die UdSSR sei zu Änderungen in Afghanistan bereit, erliegt einem Wunschdenken. Die einzige Änderung, die die Sowjets zulassen, ist die der verstärkten Kampftätigkeit gegen die Völker Afghanistans mit allen Mitteln überall und sofort. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjets nach Süden durchbrechen, ist eher größer. Solange der Nachschub über Kabul durch Raketen gegen Flugzeuge gestoppt werden kann, ist jede Verhandlung mit Russen illusorisch. So wie die Vietnamesen in Hanoi und Saigon für die Einstellung jedes Flugbetriebes sorgten, waren sie am Ziel. Solange in Kabul die Aeroflot (sie fliegt für die SA, d. h. die Sowjet-Armee) starten und landen kann, wie sie will, ist der Krieg auch nicht zu Ende.

Mit freundlichen Grüßen
K. Giesecke,
Hamburg 76

Es geht um mehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

handelt es sich bei den Grünen überhaupt noch um eine „Ökopartei"? Die Beschlüsse des hannoveranischen Parteitags lassen Zweifel aufkommen: Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes, der Verfassungsämter; ersatzlose Streichung des Paragraphen 218; Austritt aus der NATO; Verzicht auf Wiedervereinigung; Ablösung der Familienpolitik durch Frauenpolitik – da wird geträumt, von Leuten ohne Geschichtsbewußtsein; da geht es um mehr als nur um eine Reformierung der Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen
Dirk Neubauer,
Malsch 1

Wort des Tages

„Die schwierigsten politischen Probleme unserer Zeit erwachsen nicht zuletzt aus der Überlegenheit attraktiver Vereinfachung über schwerverständliche Sachkundigkeit."

Professor Karl Steinbuch, deutscher Informationswissenschaftler (geboren 1917)

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer deutscher Botschafter in Tokio wird **Hans-Joachim Hallier**. Der 56 Jahre alte Ministerialdirektor und Leiter der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes war bereits in den wichtigsten Funktionen der Zentrale tätig. Als früherer Leiter des Ministerbüros und des Leitungsstabes sowie als Botschafter in Kuala Lumpur und Jakarta gehört Hallier zu den Spitzendiplomaten des Dienstes. In Tokio, wo Hallier früher schon gearbeitet hat, löst er **Walter Boss** ab, der in den Ruhestand tritt. Neuer Leiter der Zentralabteilung an der Bonner Adenauerallee dürfte **Franz Bertele** werden. Der Jurist war seit 1983 Chef der Rechtsabteilung. Der Öffentlichkeit bekannt wurde Bertele als stellvertretender Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin von 1977 bis 1980.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Günter Hockerts** hat den neugeschaffenen Lehrstuhl für Zeitgeschichte am Institut für Neuere Geschichte der Universität München übernommen. Der Schwerpunkt bei Professor Hockerts Arbeit liegt auf der Erforschung der Entstehung und Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Westeuropa und der Gesellschaftsgeschichte der Ära Adenauer.

EHRUNGEN

Die Agrarwissenschaftliche Fakultät der Kieler Christian-Albrechts-Universität und die Hamburger Stiftung F. V. S. verleihen den Justus-von-Liebig-Preis an die finnischen Landwirte **Arto** und **Sakari Heikkilä** sowie dem Göttinger Agrarökonom Professor **Manfred Koehn**. Mit dem Justus-von-Liebig-Preis, einer der höchsten Ehrungen im Bereich der Landwirtschaft, werden überragende praktische und wissenschaftliche Leistungen in der Landwirtschaft oder ihr verbundenen Gebiete ausgezeichnet. Die Auszeichnungen werden am Mittwoch im Audimax der Kieler Universität übergeben.

*

Mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold ist der stellvertretende Chefredakteur der in Nienburg an der Weser erscheinenden Zeitung „Die Harke", **Gero Sommerfeld** (45), ausgezeichnet worden. Sommerfeld, Oberstleutnant der Reserve, ist der zweite Journalist in der Bundesrepublik Deutschland, der von der Bundeswehr so hochrangig geehrt wurde. Die Streitkräfte



Gero Sommerfeld

würdigten damit Sommerfelds journalistische Arbeit, die stets von einem hohen Maß an Verantwortung gegenüber der Bundeswehr und der Öffentlichkeit geprägt gewesen sei und anerkannten damit zugleich seine Bemühungen um die Soldaten in der Garnisonsstadt Nienburg.

*

Der von der SPD gestiftete Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ist im Rastatter Schloß an die frühere Bundesministerin **Käte Strobel**, die Gewerkschafterin **Gerda Linde** und die Entwicklungshelferin **Karin Schüler** verliehen worden. Mit der Übergabe des Preises, der alljährlich vergeben wird und mit 20 000 Mark dotiert ist, sollen Menschen ermutigt werden, das „große Angebot des Grundgesetzes anzunehmen und in ihrer Haltung und ihren Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung mündiger Bürger in unserem Staat zu wagen".

BUCHPREMIERE

Günther Ott, lange Jahre tätig als Direktor für Öffentlichkeitsarbeit der Kölner Museen, ist Autor des Buches „Begegnungen – Kunst und Künstler aus Ostmitteleuropa", das jetzt in der Bonner Bayern-Vertretung vorgestellt wurde. Das Werk erschien im Westkreuz Verlag Berlin/Bonn. Sein Buch befaßt sich mit Künstlern des europäischen Ostens und Südostens und aus Mitteldeutschland mit seinen Landschaften zwischen Ostsee, Erzgebirge, Böhmen und Mähren. Vorgestellt werden 40 Künstler und ihre Werke. Zur gleichen Zeit präsentiert wurde das kleine Werk „Gästebücher erzählen", das ebenfalls im Westkreuz Verlag erschien und von **Hertha** und **Franz Rotter** herausgegeben wurde.

WAHL

Zum neuen Direktor des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volksforschung ist der 45jährige **Karl Teppe** gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Dr. **Alfred Hartlieb von Wallthor** an, der Anfang 1986 in den Ruhestand gegangen ist. Das Provinzialinstitut betreut und koordiniert die Arbeit der Kommissionen für Altertum, Historie, Mundart- und Namensforschung sowie der volkskundlichen Kommission für Westfalen.

GESTORBEN

Bischof Arpad Fabian von Szombathely in Ungarn ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Fabian, 1926 in Kosice in der Slowakei geboren, empfing 1972 die Bischofsweihe. Seit 1975 stand er an der Spitze der ungarischen Diözese. Von 1968 bis 1973 war Fabian Rektor des Ungarischen Instituts in Rom.

„Abschied vom Endzeitdenken"

Beim ersten Deutschen Umwelttag steht „die fruchtbare Zusammenarbeit" im Vordergrund

Unter dem Motto „Ja zum Leben – Mut zum Handeln" treffen sich vom 3. bis zum 10. Juni in Würzburg Natur- und Umweltschützer aus der ganzen Bundesrepublik zum ersten Deutschen Umwelttag.

Sieben Verbände organisieren gemeinsam das Treffen, zu dem mehrere zehntausend Menschen erwartet werden: Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV), die Katholische Landjugendbewegung (KLJB), der World Wildlife Fund (WWF) und die Verbraucherzentralen.

Über die Vorgeschichte und die Ziele dieses Treffens sprach die WELT mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Steuerungsgruppe, dem Bonner Zoologen Professor Gerhard Kneitz.

WELT: Wie ist die Idee zu diesem Umwelttag entstanden?

Prof. Kneitz: Es fehlte bislang eine Veranstaltung, die ein einendes Band für die zahlreichen Organisationen und Vereine bilden kann, die im Umwelt- und Naturschutz tätig sind. Zwar gab es bisher schon den Naturschutztag, aber er verlor immer mehr an Interesse und Beachtung. Die Umweltbewegung ist ziemlich zersplittert, und obwohl sie schon um die Jahrhundertwende aus privaten Initiativen entstanden ist, wurde sie bis etwa 1970 politisch überhaupt nicht beachtet. Deshalb schlug Professor Engelhardt, der Vorsitzende des Deutschen Naturschutzrings, 1984 vor, eine große gemeinsame Veranstaltung zu organisieren, auf der sich einmal die ganze „Szene" zusammenfinden sollte.

WELT: Welche Ziele haben sich die Organisatoren gesteckt?

Prof. Kneitz: Ein wichtiges Ziel, das wir ereichen wollen, ist eine Art Selbstfindung der Naturschutzbewegung. Die Zersplitterung soll überwunden werden, Mitglieder der einzelnen Organisationen sollen sich untereinander kennenlernen, und wir wollen Formeln für eine fruchtbare Zusammenarbeit finden. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn das vielerorten verbreitete „Endzeitdenken" durch einen neuen Schwung, eben durch den „Mut zum Handeln", wie ihn das Motto des Umwelttages fordert, abgelöst wird.

Zweiter wichtiger Punkt ist die gemeinsame Darstellung nach außen. Der Umwelttag soll ein politisches Zeichen setzen. In den letzten 15 Jahren ist im Naturschutz zwar vieles geschehen, doch meistens sind den Worten der Verantwortlichen keine Taten gefolgt: Das Endergebnis ist erschreckend, es geht allenthalben bergab mit unserer Umwelt. Heute steht nicht nur der Schutz der

● INTERVIEW

menschlichen Umwelt, sondern auch der Schutz des Menschen selbst im Mittelpunkt.

WELT: Diese Zweiteilung der Ziele äußert sich auch im Programm ...

Prof. Kneitz: Das ist so beabsichtigt. Neben den vielen gemeinsamen Aktivitäten der Teilnehmer, beginnend mit der Fahrrad-Sternfahrt über die Umweltmesse und den Öko-Markt bis hin zu den Exkursionen und kulturellen Rahmenveranstaltungen,



Proteste hin – Aktionen her: Der Deutsche Umwelttag, so die Veranstalter, ist auf Versöhnung und Konsens ausgerichtet FOTO: DPA

werden wir uns in sieben Foren mit rund 40 Arbeitskreisen mit den verschiedenen Umweltproblemen beschäftigen.

Jedes Forum besteht aus Expertengesprächen, aber auch aus Fragen an das Publikum; zusätzlich werden konkrete Fallbeispiele vorgestellt. Das Forum, das ich leiten werde, widmet sich zum Beispiel dem „Leben als Maß der Dinge" und umfaßt Themen vom Schutz der Nordsee über die Tierversuche bis zu Ratschlägen für umweltfreundliches Verbraucherverhalten.

WELT: In welcher Form sollen die Ergebnisse veröffentlicht werden?

Prof. Kneitz: Die Arbeitsergebnisse aller Foren sollen gesammelt und in einem Forderungskatalog zusammengefaßt werden. In Form einer „Würzburger Erklärung" sollen sie auf dem Abschlußtreffen offiziell verkündet und symbolisch von Würzburg aus überall in die Bundesrepublik, vor allem aber zu den Kernpunkten der Umweltauseinandersetzung, getragen werden.

WELT: Das Thema Umweltschutz ist heute stark politisiert und polarisiert. Wie begegnen Sie dem Vorwurf, der bereits von Politikern geäußert wurde, die ganze Veranstaltung sei politisch linkslastig?

Prof. Kneitz: Wir haben die Gefahr der Polarisierung gesehen. Das Spektrum der teilnehmenden Organisation ist aber so breit, daß alle Positionen und Ansichten zu Wort kommen werden. Wir haben allerdings Abgeordnete der Parteien nur ins Publikum, nicht aber in die Podien der Foren eingeladen, vor allem wegen der zeitlichen Nähe zu Landtagswahlen und weil wir dann der Ausgewogenheit wegen jeder Partei eine Stellungnahme hätten ermöglichen müssen. Das würde nach unserer Ansicht zu viel kostbare Diskussionszeit kosten. Diese Einschränkung ist uns anscheinend übel genommen worden. Eine ganze Reihe von Behörden und Institutionen haben ihre Teilnahme abgesagt. Wir haben dadurch auch viele Zuschüsse und Hilfen verloren, die bereits fest zugesagt waren.

Enttäuscht sind wir auch darüber, daß der Bundespräsident unserer Bitte, die Schirmherrschaft über den Umwelttag zu übernehmen, nicht gefolgt ist.

Mit Professor Kneitz sprach Ludwig Kürten

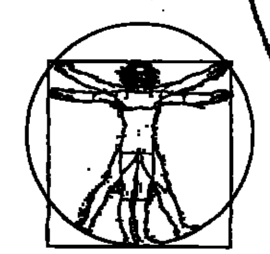
NOTIZEN

Vogelschützer warnen

Bad Buchau (dpa) – Wiesenvögel sterben aus. Darauf hat der Deutsche Bund für Vogelschutz jetzt (DBV) hingewiesen. So seien die Bestände des kaum bekannten, schön gefärbten Braunkehlchens auf etwa 25 Prozent zurückgegangen, in den Tieflagen Süddeutschlands sogar vollständig erloschen. Als Ursache des Rückzugs nennen die Vogelschützer Verlust der Lebensräume durch Flurbereinigung, Düngung und Entwässerung.

Verschärfte Startregeln

Kap Canaveral (AP) – Die Nasa wird als Konsequenz der „Challenger"-Explosion die Startvorbereitungen bei künftigen Raumfährenflügen verschärfen, so der Direktor des Fährenprogramms, Robert Sieck. Beispielsweise soll klarer definiert werden, bei wel-



chem Wetter ein Start möglich ist. Eine nach der „Challenger"-Katastrophe eingesetzte Untersuchungskommission macht unter anderem niedrige Temperaturen wenige Stunden vor dem Start für die Explosion verantwortlich.

Bürger-Broschüre

Essen (idr) – Eine Broschüre für Laien stellt jetzt die Universität Essen zum Thema „Umwelttechnik" und „Umweltschutz" vor. Hier beschreiben natur- und ingenieurwissenschaftliche Fachbereiche ihre Forschungsarbeiten und -vorhaben. Neben Kooperationspartnern außerhalb der Hochschule, Laboruntersuchungen sowie themenspezifischen Veröffentlichungen werden Geräte im Bild aufgeführt. (Adresse: Zentralstelle für Forschungs- und Entwicklungstransfer, Uni Essen, Tel. 0201/1 83-20 85)

Freudloses Finale einer virtuosen Mission

Von RUDOLF MERGET

Wenige Tage vor dem dritten Jahrestag seines Starts am 26. Mai ist der Röntgensatellit EXOSAT der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) nach über 2000 Beobachtungen kosmischer Röntgenquellen in der Erdatmosphäre verglüht. Nur für eine Dauer von zwei Jahren angelegt, hat EXOSAT den europäischen Astronomen zu einer führenden Position in diesem Spezialzweig der Astrophysik verholfen und die Grundlage für die Entwicklung und den Betrieb von Observations-Satelliten in den kommenden Jahren geschaffen.

Die Domäne dieses erfolgreichen Satelliten war jene Strahlung, die 1895 von Conrad Wilhelm Röntgen entdeckt wurde und zu einem der wichtigsten Hilfsmittel der modernen Medizin wurde. Dabei liegt der Entstehung der Röntgenstrahlen im Weltall das gleiche Prinzip zugrunde wie der Erzeugung der für die medizinische Anwendung verwendeten Strahlung.

Im Röntgenapparat werden Elektronen hoher Geschwindigkeit plötzlich abgebremst, wobei jene unsichtbare Strahlung entsteht. In der Natur bewegen sich Elektronen mit hoher Geschwindigkeit, wenn ein Gas auf Millionen Grade erhitzt wird. Gerät dann ein Elektron in die Nähe eines Atomkernes, wird seine Bewegung im elektrischen Feld des Kerns abgebremst oder abgelenkt. Auf diese Weise entsteht die gleiche Art von Strahlung wie in einer Röntgenröhre.

Neues Kapitel begonnen

Das Handikap bei der Beobachtung dieser kurzwelligen Strahlung aus dem Weltall ist, daß sie die Atmosphäre nicht durchdringen kann und schon in der oberen Luftschicht absorbiert wird. So wurde dieses Kapitel der Astrophysik erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgeschlagen, als ferngesteuerte Spezialteleskope mit Ballonen in die obersten Schichten der Erdatmosphäre oder mit Raketen in den Raum flogen.

Ging es zunächst um die Messung der Röntgenstrahlung aus der Sonnenkorona, so fand man 1962 erstmals Strahlen aus anderen Richtungen des Weltalls. Im Jahre 1970 wurde von der Küste Kenias aus der erste röntgenastronomische Satellit in seine Umlaufbahn gebracht. Mit Hilfe seiner systematischen Durchmusterung des Weltalls vervielfachte sich die Zahl der bekannten Röntgenquellen etwa um das Zehnfache. Eine Reihe von Satelliten-Nachfolgern – und nicht zuletzt der europäische Satellit EXOSAT – trugen zu der atemberaubenden Entwicklung der Röntgenastronomie in den letzten Jahren bei.

EXOSAT hat im Verlauf seines Einsatzes so viele Daten gesammelt, daß ihre Auswertung Jahre in Anspruch nehmen wird. So können interessante Ergebnisse erwartet werden über Planeten, Sterne, geheimnisvolle Objekte wie die energiestrotzenden Quasare, die als Zeugen verblichener Sonnen geltenden Neutronensterne, die mit ihrer Super-Schwerkraft Materie verschlingenden Schwarzen Löcher, die Überreste von Sternexplosionen (Supernovae), die aktiven Kerne von Milchstraßensystemen und Galaxienhaufen.

Mit seiner nördlich ausgerichteten Umlaufbahn bot EXOSAT ebenfalls erstmals die Möglichkeit kontinuierlicher Messungen von Röntgenemissionen verschiedener Strahlungsquellen. Diese ergaben erstaunliche Strahlungsschwankungen, Helligkeitsabschwächungen und Lichtwechsel bei Sternbedeckungen, an denen sich zum Teil die gegenwärtigen theoretischen Modelle ausgezeichnet testen lassen.

Gasvorrat war erschöpft

Der unerwartet langlebige Satellit war von der ESA wegen seiner erfolgreichen Mission und der interessanten Daten zur weiteren Verwendung bis in die zweite Jahreshälfte 1986 freigegeben worden. Wochenlange vergebliche Bemühungen um die Korrektur eines Fehlers im Lagesteuersystem und die Erschöpfung des Gasvorrats zur Steuerung bedeuteten jedoch am 6. Mai das Ende.

Zu den Meßgeräten von EXOSAT gehörte ein Röntgenteleskop von 27 Zentimetern Öffnung. Das bisher größte Teleskop dieser Art soll der rein deutsche Forschungssatellit ROSAT mit einem Durchmesser von 83 Zentimetern Brennweite erhalten. Von ihm wird nach dem für 1987 geplanten, durch die Challenger-Katastrophe jedoch unsicher gewordenen Start die Entdeckung von 100 000 bisher unbekannten Röntgenquellen erwartet. (dpa)



Auch der deutsche Forschungssatellit ROSAT hat die Aufgabe, den Himmel systematisch nach Röntgenquellen abzusuchen FOTO: DORNIER

Und so lang du das nicht hast
Dieses: stirb und werde!
Bist du nur ein trüber Gast
Auf der dunklen Erde.

Goethe

Nach längerem, mit wissender Geduld getragenem Leiden und wohlvorbereitet auf den Übergang in eine andere Welt verschied mein geliebter Mann, unser uns liebevoll verbundener Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr. rer. pol. Peter von Siemens

29. 1. 1911 – 23. 5. 1986

Julia von Siemens geb. Lienau
Peter C. von Siemens
Bettina von Siemens geb. Schicht
mit Carl, Constantin, Ferdinand und Christina
Katharina Fürstin zu Hohenlohe-Öhringen geb. von Siemens
Kraft Fürst zu Hohenlohe-Öhringen
mit Christina und Kraft
Margarita Erbprinzessin zu Leiningen, Prinzessin zu Hohenlohe-Öhringen
Karl-Emich Erbprinz zu Leiningen
Carl-Wilhelm von Siemens
Doris von Siemens geb. Moll

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im engeren Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Es wäre in seinem Sinne, statt Blumen und Kränzen ggf. eine Spende an den Verband der Sozialwerke der Christengemeinschaft Stuttgart, Commerzbank Stuttgart, Konto-Nr. 7 716 772 (BLZ 600 400 71), zu überweisen.

Wir trauern um Herrn

Dr. rer. pol. Peter von Siemens

Mitglied des Ehrenpräsidiums unseres Aufsichtsrats

der am 23. Mai 1986 im 76. Lebensjahr verstorben ist.

Als Urenkel des Firmengründers trat Peter von Siemens 1934 nach Abschluß des Studiums der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in das Unternehmen ein und wirkte in ihm fast fünf Jahrzehnte, zuletzt als Vorsitzender des Aufsichtsrats – ein Amt, das er bis 1981 innehatte.

Peter von Siemens hat sich um das Unternehmen große Verdienste erworben. Wir trauern um einen Mann, der als Mitglied der Gründerfamilie das Unternehmen in bestem Sinne nach innen und außen repräsentierte. In ihm wußten wir die Tradition des Unternehmens, seine gegenwärtigen und zukünftigen Zielsetzungen lebendig und würdig vertreten. Wegen seiner Weltoffenheit, seinem profunden Wissen und seiner natürlichen und überzeugenden Persönlichkeit wurden ihm von der deutschen und internationalen Wirtschaft zahlreiche übergeordnete Aufgaben übertragen, die er mit hohem Einsatz und großem Erfolg wahrnahm.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied von Peter von Siemens. Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Berlin/München, 27. Mai 1986

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
Siemens Aktiengesellschaft

Wir trauern um unseren langjährigen Geschäftsführer und Vorsitzenden der Familiengemeinschaft von Siemens, Herrn

Dr. Peter von Siemens

Neben seinem unermüdlichen Einsatz für das Haus Siemens zeigte er im Sinne lebendiger Tradition stets ein großes Engagement für die Belange der Familie. Dabei lagen ihm die Förderung des Zusammenhalts der einzelnen Mitglieder und der Brückenschlag zwischen den Generationen besonders am Herzen.

Wir werden seine Tatkraft, seinen ausgewogenen Rat und seine liebenswerten menschlichen Eigenschaften in dankbarer Erinnerung behalten.

von Siemens-Vermögensverwaltung GmbH
Die Geschäftsführer

Am 23. Mai 1986 starb

Herr Dr. rer. pol. Peter von Siemens

Er war uns viele Jahre lang in Freundschaft verbunden. Von 1972 bis 1983 gehörte er dem Aufsichtsrat unserer Bank an und stand uns als geschätzter Ratgeber zur Seite.

Ausgezeichnet mit hervorragenden Geistesgaben, vielseitigen Interessen und unternehmerischem Weitblick, hat er uns durch sein kluges, abgewogenes Urteil wertvolle Hilfe geleistet und an der Entwicklung der Bank lebhaften Anteil genommen.

Wir haben einen guten Freund verloren, dessen wir stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken werden.

Frankfurt am Main, im Mai 1986

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Der Zentralverband der elektrotechnischen Industrie trauert um seinen früheren Präsidenten

Peter von Siemens

Mit ihm verlieren die Organisationen der deutschen Elektroindustrie eine ihrer großen Persönlichkeiten.

Dr. von Siemens hat sich große Verdienste um das internationale Ansehen der gesamten deutschen Elektroindustrie erworben.

Er war uns in freundlicher Verbundenheit Vorbild, hilfreicher Ratgeber und anregender Förderer.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken wahren.

Helmut Lohr – Vorsitzer –
Rudolf Scheid – Hauptgeschäftsführer –

Das Ehrenmitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft

Dr. Peter von Siemens

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
und anderer in- und ausländischer Auszeichnungen

ist für uns überraschend am 23. Mai 1986 im Alter von 75 Jahren verstorben.

Dr. von Siemens gehörte zu den herausragenden Repräsentanten der deutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Seine Ehrenämter geben ein beredtes Zeugnis von seinem ungewöhnlich hohen persönlichen Engagement in Wirtschaft und Gesellschaft.

Seit dem Jahre 1966 war Dr. von Siemens Mitglied unseres Präsidiums. Von 1979 bis 1982 hatte er das Präsidentenamt inne. Seither war er Ehrenmitglied des Präsidiums.

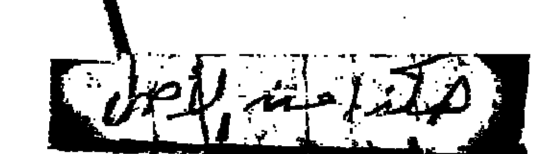
Das Institut verdankt seinem ehemaligen Präsidenten richtungweisende Impulse. Mit seinen reichen Kenntnissen und Erfahrungen hat er bis zuletzt an vielen Entscheidungen unserer Gremien mitgewirkt.

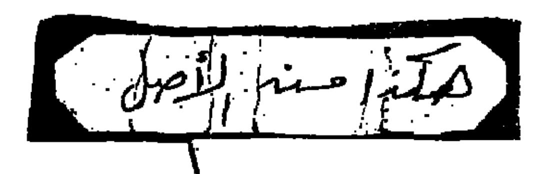
Wir trauern um einen verläßlichen Ratgeber und verständnisvollen Freund und Förderer.

Die Gremien des Instituts und alle Mitarbeiter werden Dr. von Siemens' stets in Dankbarkeit, Treue und Verehrung gedenken. Sein Name wird für immer mit der Arbeit unseres Hauses verbunden bleiben.

Institut der deutschen Wirtschaft

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Manfred Lennings Präsident
Prof. Dr. Gerhard Fels Direktor und Mitglied des Präsidiums





Versicherung auf Reisen

KHS. – Von Jahr zu Jahr häufen sich die Schadenfälle im Urlaub durch Krankheit, Unfall, Diebstahl oder Tod. Wenigstens vor den finanziellen Folgen kann sich jeder schützen. Die Assekuranz bietet Versicherungsschutz im Urlaub für jeden Geldbeutel und ist weitgehend auf den persönlichen Bedarf des interessierten Bundesbürgers zugeschnitten. Nur sollte er sich rechtzeitig vor Antritt seines Urlaubs hierum kümmern.

Manch einer, der in dieser Lage seine Möglichkeiten überprüft, wird eine erstaunliche Entdeckung machen. Die wichtigsten privat abgeschlossenen Versicherungen schützen nicht nur daheim, sie reisen auch ins Urlaubsland mit. Denn sie gelten für ganz Europa oder sogar weltweit.

So hat beispielswiese die Autohaftpflicht Europageltung, wobei die geographischen Grenzen zugrundegelegt werden. Die Kanarischen Inseln oder Madeira sind geographisch Afrika, ebenso Algier oder Marokko.

Hier braucht man (ebenso wie für die asiatischen Länder) eine besondere Vereinbarung mit dem Versicherer. Dasselbe gilt für Teil- und Vollkasko sowie für die Insassen-Unfallversicherung.

Der bei einer von den Pannenkosten bis zum Krankenrücktransport reichenden Leistungspalette relativ preisgünstige Schutzbrief der Autoversicherer gilt darüber hinaus auch in den außereuropäischen Mittelmeerstaaten.

Die bei Auslandsreisen geradezu unverzichtbare Rechtsschutzversicherung (sie übernimmt die Honorarkosten des Anwalts und die Kosten des Rechtsstreits) gilt ebenfalls in ganz Europa und allen Mittelmeerstaaten.

Privat Krankenversicherte haben sogar weltweiten Versicherungsschutz, wobei (unabhängig von den hierzulande geltenden Sätzen) die gesamten Heilbehandlungskosten übernommen werden.

Die Privat-Haftpflichtversicherung hat ebenfalls weltweite Geltung. Sie übernimmt beachtliche, existenzbedrohende Risiken. Dasselbe gilt für die Privat-Unfallversicherung. Was weniger bekannt ist: Beide Versicherungsarten decken die (im Vergleich zu den übrigen) teuersten Schäden, die sich daheim und unterwegs ergeben haben.

AUSLANDSREISE-KRANKENVERSICHERUNG / Gesetzesschutz mit Lücken

Wo der Beinbruch teuer werden kann

AV. Köln

Für gesetzlich Versicherte können Krankheiten im Urlaub böse Folgen haben: Arzt- und Krankenhausleistungen werden von den Kassen nur nach den hierzulande geltenden Sätzen erstattet. Doch im Ausland fällt möglicherweise mehr an – und den Rest müssen die Betroffenen selber zahlen, wenn sie keine private Auslands-Krankenversicherung abgeschlossen haben. In manchen Ländern bitten zudem Privatärzte die deutschen Urlauber zur Kasse und wollen meist Bares sehen, bevor sie Kranke behandeln.

In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, also Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien können gesetzlich versicherte Bundesbürger die Leistungen der dortigen gesetzlichen *Krankenversicherungen in Anspruch* nehmen. Gleiches gilt für Finnland, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, Schweden und die Türkei, mit denen die Bundesrepublik ein Sozialabkommen geschlossen hat.

Der Standard der medizinischen Versorgung entspricht in vielen Urlaubsländern allerdings nicht immer deutschen Verhältnissen.

In einigen Ländern müssen erhebliche *Selbstbeteiligungen gezahlt* werden, beispielsweise bei ambulanten Behandlungen in Frankreich. In typischen Ferienorten am Mittelmeer stehen während der Urlaubszeit nicht genügend Kassenärzte bereit, so daß Kranke auf Privatärzte ausweichen müssen.

Auch in den österreichischen Bundesländern Salzburg, Steiermark und Tirol *werden deutsche Urlauber oft* nur als Privatpatienten behandelt, genauso wie in den Ländern, mit denen die Bundesrepublik keine Sozialabkommen hat – zum Beispiel Norwegen, die Schweiz, die osteuropäischen Länder mit Ausnahme von Rumänien, Japan, Kanada oder den USA. Dort müssen Arzt- und Klinikkosten zunächst vollständig selbst bezahlt werden.

Die Krankenkassen erstatten hinterher den erkrankten Urlaubern nur die Sätze, die bei einer Behandlung in Deutschland angefallen wären und zum Teil erheblich niedriger liegen.

Um gegen solche Risiken gefeit zu sein, empfiehlt sich eine private Auslandsreise-Krankenversicherung, die bei einem privaten Krankenversicherer oder direkt beim Reisebüro oder Autoclub abgeschlossen werden kann. Sie übernimmt – je nach Tarif – bis zu einer Höchstsumme oder ohne Begrenzung die Kosten für ärztliche Behandlung, Krankenhausaufenthalt sowie Arznei bei allen Erkrankungen, die während des Urlaubs auftreten.

Besonders wichtig: Je nach Tarif sind auch die Kosten für einen medizinisch notwendigen Rücktransport abgedeckt. Denn die gesetzlichen Krankenkassen dürfen nach einem Urteil des Bundessozialgerichts solche Transportkosten nicht übernehmen – und für den Rückflug eines Schwerverletzten im Spezialjet können Rechnungen von 20 000 DM und mehr anfallen.

Den Krankenversicherungsschutz für den Urlaub gibt es in zwei Varianten: *entweder nur für die Zeit des* Auslandsaufenthaltes, was pro Tag und Person zwischen 50 und 90 Pfennig kostet, oder aber als Reise-Police für das ganze Jahr. Sie ist mit 14 bis *17 DM je Person schon* bei zwei Urlaubsaufenthalten im Jahr günstiger als der Kurztarif.

NACHRICHTEN

Grüne Versicherungskarte

Bonn (VW.) – Verursacht ein deutscher Autofahrer im Ausland einen Schaden, leistet nach wie vor die Internationale Grüne Versicherungskarte gute Dienste. Sie bescheinigt Versicherungsschutz nach den im Gastland geltenden Bestimmungen. Die Karte nennt auch die Adresse einer Regulierungshilfe im Gastland. *Die Grüne Karte sollte immer* mitreisen, auch wenn sie für die Einreise in einige Länder nicht mehr vorgeschrieben ist. Verlangt wird sie noch in Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien und in der Türkei.

Zentralruf-Stationen

Bonn (VW.) – Die 13 Zentralruf-Stationen der deutschen *Auto*versicherer haben eine neue Telefonnummer. Sie sind jetzt – bei Ferngesprächen nach der entsprechenden Vorwahl – einheitlich unter 192 13 zu erreichen. Alljährlich wenden sich mehr als eine halbe Million Autofahrer an eine der 13 Zentralruf-Stationen, um sich nach einem Unfall wichtige Daten für die Schadenregulierung zu beschaffen. Der Zentralruf meldet den Schaden an die Versicherung weiter.

Urlaubs-Ratgeber

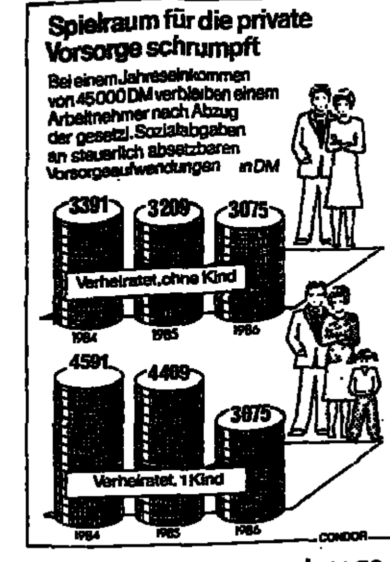
Düsseldorf (VW.) – Vor Urlaubsbeginn bietet der Verband der Niedergelassenen Ärzte wieder den sechssprachigen Ratgeber „Apotheke/Arzt" an, der bei Krankenkassen, Volks- und Raiffeisenbanken kostenlos erhältlich ist. Er kann im Krankheitsfall im Ausland eine nützliche Verständigungshilfe sein. Dem gleichen Zweck dienen die vielerlei Ratgeber privater Krankenversicherer.

BVK-Merkblatt

Düsseldorf (Py.) – Für den Auto-Urlaub im Ausland hat der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) ein Merkblatt mit Tips für 14 Versicherungen und mit Informationen zu benötigten Reisedokumenten und geltenden Tempolimits herausgebracht. Es kann gegen 1,20 DM Porto beim BVK, (Kekuléstr. 12, 5300 Bonn 1) bezogen werden oder kostenlos bei jedem Versicherungskaufmann, der BVK-Mitglied ist..

Pflege-Tagegeld

Düsseldorf (Py.) – Die Continentale Krankenversicherung aG, Dortmund, bietet jetzt die Pflege-Krankenversicherung als Tagegeldtarif für häusliche und stationäre Pflege an. Mit diesen Tagegeldtarifen kann man die Mehrkosten der Lebenshaltung, die mit einem Pflegefall verbunden sind, absichern. Ambulanter Schutz kostet für einen 35jährigen Mann für 900 DM Pflegegeld im *Monat* einen Beitrag von 7,08 DM monatlich und 3,78 DM für die stationäre Absicherung.



Vorsorgeaufwendungen, dazu gehören die Beiträge für gesetzliche Sozialversicherung, Bausparverträge sowie Lebens- und Haftpflichtversicherungen, sind im Rahmen *bestimmter Höchstbeträge* steuerlich absetzbar. Da die gesetzlichen Sozialabgaben aber in den letzten Jahren stetig stiegen, die abzugsfähigen Höchstbeträge seit 1982 jedoch nicht mehr erhöht worden sind, ist der verbleibende Spielraum für eine zusätzliche private Vorsorge ständig geschrumpft. Bei ledigen Arbeitnehmern ist er praktisch gleich null. Weniger Spielraum haben seit Jahresbeginn auch Arbeitnehmer mit Kindern, da diese nicht mehr bei den abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen berücksichtigt werden. GRAFIK: CONDOR

Hausratversicherung zahlt

Düsseldorf (Py.) – Die Hausratversicherung zahlt auch bei Raub und räuberischer Erpressung, wenn innerhalb von Europa Werte gewaltsam entrissen oder nach Drohung „für Leib und Leben" hergegeben werden. Die Versicherung zahlt bis zu zehn Prozent, höchstens jedoch 10 000 DM. Übrigens: Zum Reisegepäck gehören auch die am Körper getragenen Werte. Wer mit einem 2000-DM-Kofferinhalt plus 1000 DM unversicherten Werten am Körper reist, bekommt, wenn der Koffer gestohlen wird, auch nur zwei Drittel von 2000 DM.

RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Kaum Chancen ohne Anwalt

AV. Bonn

Im Zeitalter des Breitentourismus gibt es immer wieder Probleme mit oft erheblichen rechtlichen und finanziellen Folgen. Das bereits belegte Zimmer im überbuchten Hotel oder *die überraschende Großbaustelle* unmittelbar neben dem Ferienquartier – solche unliebsamen Urlaubsüberraschungen sind nicht selten Anlaß zu langen und teuren Prozessen.

Wer nicht auf sein Recht verzichten und Schadenersatz für den beeinträchtigten Urlaub fordern will, kann das ohne finanzielles Risiko nur mit einer Rechtschutzversicherung, die *Vertragsstreitigkeiten einschließt*. Die aber muß für den Sommerurlaub schon jetzt abgeschlossen werden, denn für Rechtsstreitigkeiten aus Vertragsverhältnissen gilt eine Wartezeit von drei Monaten.

Recht haben und recht bekommen ist oft zweierlei – besonders für deutsche Urlauber, die im Ausland ohne eigene Schuld in einen Ver*kehrsunfall verwickelt werden*. In Frankreich beispielsweise wird jeder vierte Unfall mit Personenschäden erst durch einen Gerichtsprozeß entschieden. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik kommen weniger als zwei Prozent solcher Fälle vor den Kadi. Französische Autoversicherer *übernehmen nur in Ausnahmen* die Anwaltskosten des Geschädigten.

Auch in einer Reihe von anderen Ländern muß der Kläger seinen Anwalt selbst dann bezahlen, wenn er vom Richter recht bekommt. Mit einer Rechtschutzversicherung können sich deutsche Autofahrer vor den finanziellen Folgen langwieriger Prozesse im Ausland schützen. Sie übernimmt die Anwalts- und Gerichtskosten sowie – falls erforderlich – Sachverständigen- und Gutachterkosten durch alle Instanzen bis zur vertraglich vereinbarten Höhe, in der Regel *bis zu 100 000 DM* pro *Fall*. *Im* Ausland vermittelt der Rechtschutzversicherer einen deutschsprachigen Anwalt und legt, falls nötig, eine Strafkaution von bis zu 50 000 DM aus, um *den Versicherten vor langer Untersu*chungshaft zu schützen.

SCHUTZBRIEFE

Schnelle Hilfe in vielen Notfällen

AV, Bonn

Pannen oder Unfälle unterwegs können schnell ein empfindliches Loch in die Urlaubskasse reißen. Mit dem Schutzbrief der Autoversicherer (Kosten für einjährige Geltungsdauer im In- und Ausland rund 65 DM) können Urlauber gegen solche bösen Überraschungen Vorsorge treffen. Der Schutzbriefversicherer zahlt z. B. bis zu 200 DM bei Pannenhilfe, bis 300 DM für die Abschleppkosten, darüber hinausgehende Bergungskosten in unbegrenzter Höhe.

Auch bei Diebstahl oder Totalschaden werden – falls *nötig* – Weiter- oder Rückreise mit Bahn oder Mietwagen erstattet. Ersatzteile werden vom Versicherer schnellstmöglich beschafft und ins Ausland gebracht. Bei Erkrankungen oder Verletzungen zahlen die Versicherer nicht nur den Rücktransport der Insassen. Sie holen auch die Mitreisenden und deren Fahrzeug zurück. Auf diese Leistun*gen kann man auch als Bahn*-, Schiffs- oder Flugreisender zählen.

REISEGEPÄCK / Fluggesellschaften ersetzen wenig

Couture zum Kilopreis

AV. Hamburg

Wem auf der Flugreise Gepäck verlorengeht, bekommt den Schaden nur unzureichend erstattet: Fluggesellschaften ersetzen solche Verluste nur nach dem Gewicht der Gepäckstücke.

Flugunternehmen ersetzen Gepäckverluste nicht nach Wert, sondern nach Gehalt – für jedes aufgegebene Kilo Reisegepäck 53,50 DM, bei Inlandsflügen 67,50 DM. Das bedeutet: Für ein rund 300 DM teures Modellkleid von ungefähr 400 Gramm Gewicht werden ganze 21,40 DM erstattet. Eine Haftung für Bargeld, Schmuck und Schecks lehnen Fluggesellschaften von vornherein ab.

Zum Schutz gegen solche Gepäckverluste empfiehlt sich eine Reisegepäckversicherung. Sie zahlt bis zu einem *Gegenwert von 3000 DM*, und zwar nicht nur, wenn etwas verlorengeht, sondern auch bei Beschädigung oder Diebstahl. Auch Diebstähle auf dem Campingplatz sind durch die *Reisegepäckversicherung abgedeckt* – und zwar ohne Zuschlag.

Weil aber der ideelle Schaden niemals ersetzt werden kann und bei besonders fahrlässigem Verhalten der Versicherer nicht zu zahlen braucht, sollte jeder Urlauber ein paar Vorsichtsmaßnahmen beachten. Koffer und *Reisetaschen dürfen nie* unbewacht stehengelassen werden.

Schmuck und andere Wertgegenstände sollten möglichst am Körper getragen oder im Handgepäck verstaut werden, statt sie mit dem Gepäck aufzugeben oder im Kofferraum zu verwahren. Im Hotel kann man Wertvolles an der Rezeption abgeben, damit es im Tresor verschlossen wird. Wenn trotz alledem etwas verloren, gestohlen oder beschädigt wird, muß der Urlauber umgehend seine Versicherung informieren – spätestens kurz nach der Heimkehr. *Dem Versicherer ist alles mitzuteilen*, was zur Aufklärung des Schadenfalles beitragen kann. Besonders wichtig: Bei Diebstahl, Raub und Überfall unverzüglich die örtliche Polizei ver*ständigen, um den Versicherungs*schutz nicht zu gefährden.

DAS BUCH

Irmtraud Nies: Die Reise-Rücktrittskosten-Versicherung / Ein Leitfaden für die Praxis, Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe; 109 Seiten, 17,80 DM.

Diese Neuerscheinung enthält einen beachtenswerten Kommentar zu den Allgemeinen Bedingungen für die Reise-Rücktrittskosten-Versicherung (ABRV). Berücksichtigt wird auch die Literatur und die Rechtsprechung zu verwandten Fragen aus dem Reiserecht.

Die Autorin hat in ihrer Darstellung umfassende, praktische Erfahrungen verarbeitet. Einzelprobleme werden anhand praktischer Beispiele erläutert. Behandelt werden ferner die Besonderheiten des Vertragsabschlusses – als Anregung für die Reisebranche zur Gestaltung der vertraglichen Beziehungen zum Reiseversicherer sowie zum Reisekunden.

Bei der Beschreibung der versicherten Risiken nimmt die Fallgruppe „Tod, schwerer Unfall und unerwartete schwere Erkrankung" entsprechend der Bedeutung in der Praxis einen breiten Raum ein.

Dem versicherten Risiko der unerwarteten schweren Erkrankung wird der Versicherungsausschluß bei Voraussehbarkeit des Ereignisses einerseits und das Erfordernis des unverzüglichen Rücktritts vom Reisevertrag andererseits gegenübergestellt.

In den abschließend behandelten „Sonderbedingungen zu den ABRV für gemietete Ferienwohnungen" werden – über die Erläuterung des Textes hinaus – Grundsätze für eine sachgerechte Anwendung dieser Bedingungen im Alltag angeboten.

KHS

URTEILE

Die Reisegepäckversicherung ersetzt den gestohlenen Kofferrauminhalt, wenn ein Auto tagsüber für eine Stunde in einem Parkhaus abgestellt worden war. Fotogeräte, Schmuck und einen Pelzmantel *auf diese Weise* zu verwahren, ist keine grob fahrlässige Handlung.

(BGH, Az. IVa RZ 4/84 vom 3. 7. 1985) AV

*

Die Deutsche Bundesbahn haftet für Gepäck, das in Frankreich ordnungsgemäß aufgegeben wurde, in Deutschland jedoch nicht angekommen ist. Durch sorglosen Umgang habe sie den Verlust verursacht und sei deshalb ersatzpflichtig.

(AG Karlsruhe, Az. 10 C 109/85 vom 15. 11. 1985) AV

Streit um Vorstoß der IG Metall

Will die Teilgewerkschaft „imperatives Mandat" für Parlamentarier? / Gegenantrag der ÖTV

GÜNTHER BADING, Hamburg

In der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ist zu Beginn des 13. Bundeskongresses hinter den Kulissen eine heftige Diskussion über die politische Einbindung von DGB-angehörigen Abgeordneten entbrannt. Anlaß ist ein Entwurf der IG Metall zu einem Initiativantrag. Gegen den darin enthaltenen Versuch, eine Art imperatives Mandat für den Parlamentarier mit DGB-Mitgliedsbuch einzuführen, wehren sich besonders die Führungen von IG Bergbau und Energie (IGBE), der IG Chemie und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV).

Abhängigkeit von DGB?

In dem Entwurf, der am ersten Arbeitstag des DGB-Bundeskongresses im Umlauf war, heißt es nach einer eigenwilligen Definition des Begriffs Einheitsgewerkschaft wörtlich: „Die Einheitsgewerkschaft bedeutet demgemäß für jedes parlamentarisch tätige Gewerkschaftsmitglied die Verpflichtung, gewerkschaftliches Gedankengut in die Politik einzubringen statt Parteipolitik in die Gewerkschaften zu tragen." Eine solche „Verpflichtung" würde nach Ansicht besonnener Gewerkschafter der Praxis eines „imperativen Mandats", also der Abhängigkeit der Gewerkschafter im Parlament von Weisungen ihrer Führungsgremien, Tür und Tor öffnen.

Gegen den Vorschlag aus der IG Metall hält die ÖTV mit einem Gegenantrag, der allerdings nur dann formell eingebracht wird, wenn die IG Metall ihr umstrittenes Papier nicht zurückzieht. Dort heißt es mit Blick auf die verfassungsmäßige Unabhängigkeit von Gewissensentscheidungen der Abgeordneten: „Was nur der persönlichen Entscheidung des einzelnen obliegt, wie Gewissens- oder Glaubensfragen, kann keinen Mehrheitsentscheidungen unterworfen werden." Während im Entwurf für den IG-Metall-Antrag steht, Interessenvertretung der Gewerkschaften für die arbeitenden Menschen müsse auch bedeuten „Schutzfunktion gegenüber Arbeitgebern und einer konservativen Politik", setzt die IG Bergbau und Energie in ihrem Gegenantrag an diese Stelle das Wort von der Schutzfunktion gegenüber einer „gegen die Arbeitnehmer gerichteten Politik". Der Versuch der Gleichsetzung von konservativer mit arbeitnehmerfeindlicher Politik unterbleibt.

Die ÖTV spricht generell nur von „Schutz der Arbeitnehmer gegen Politik und Arbeitnehmer." In dem umstrittenen Antragspapier, das bis zum heutigen Dienstagabend formell eingebracht werden muß, um vom Kongreß behandelt zu werden, heißt es weiter: „Niemand, kein Parlamentsmitglied und kein Minister, ist verpflichtet, Mitglied in der Einheitsgewerkschaft zu sein. Diese Mitgliedschaft und die damit eingegangene Verpflichtung zur solidarischen Verwirklichung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Ziele war und ist freiwillig."

Angriff auf Blüm

Deshalb hat es jeder Politiker zu verantworten, wenn er sich in Loyalitätskonflikte zwischen einer zur konservativen Klassenkampfpartei denaturierten Unionspartei und seiner Gewerkschaft bringt."

Diese Aussage ist ebenso wie das eingangs geäußerte Verständnis für Forderungen nach einem Gewerkschaftsausschuß als direkter Angriff auf Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zu werten, der Mitglied der IG Metall ist. Blüm war schon bei der Eröffnung des DGB-Konresses am Sonntag brüskiert worden. Als er vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit begrüßt wurde, rührte sich kaum eine Hand zum Beifall.

Einflußnahme auf Ermittlungen gegen Antes?

dpa, Berlin

Führende Berliner CDU-Politiker sollen im Herbst 1984 Einfluß darauf genommen haben, daß die anhängigen *disziplinarischen* Untersuchungen gegen den früheren CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes schnell beendet wurden. Der damalige Charlottenburger Bezirksbürgermeister Eckard *Lindemann* (CDU) sei „unter Druck gesetzt" worden, sagte der Leiter des bezirklichen Rechtsamtes, Lothar Gosten, gestern vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Korruptions- und Parteispendenaffäre. Der heutige CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky sowie der damalige Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig und der Anwalt Klaus Finkelnburg hätten verlangt, die sogenannten disziplinarischen Vorermittlungen gegen Antes einzustellen.

Gosten bekräftigte vor dem Ausschuß seine Auffassung, daß die Begründung für diese disziplinarische Maßnahme „formal fehlerhaft" sei, weil sie zahlreiche Verdachtsmomente gegen Antes überhaupt nicht berücksichtige. Dabei hätten zum Beispiel bessere Möglichkeiten zur Aufklärung bestanden. Kritisch äußerte sich der Leiter des Rechtsamtes auch dazu, daß Lindemann auf Drängen der Senatskanzlei die Vorermittlungen führte, weil dieser selbst an einem Gespräch mit Antes und Putsch über den beabsichtigten Wohnungskauf beteiligt gewesen sei.

Statistiker: Wir sind verschwiegen wie die Ärzte

Ein Appell, „die Volkszählung im eigenen Interesse zu unterstützen"

DIETHART GOOS, Bonn

Eine breite Beteiligung der Bevölkerung an der Volkszählung am 25. Mai nächsten Jahres erwartet der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder. Hölder appellierte gestern in Bonn an die Bürger, die Volkszählung im eigenen Interesse zu unterstützen. „Die ermittelten Daten sind rechtlich geschützt, wir sind verschwiegen wie die Ärzte", sagte Hölder mit Blick auf in jüngster Zeit lautgewordenen Vorbehalte gegen die Volkszählung.

Nach Darstellung von Hölder dient die erste Volkszählung nach 17 Jahren dazu, Daten über die tatsächlichen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auf den aktuellen Stand zu bringen. Hölder machte keine Angaben über die Beteiligungsquote der Bürger, die für ein aussagekräftiges Ergebnis der Volkszählung notwendig ist.

Ursprünglich sollte die Volkszählung bereits im April 1984 stattfinden. Im Dezember 1983 hob jedoch das Bundesverfassungsgericht das Volkszählungsgesetz auf und forderte Korrekturen. Wie Hölder sagte, entsprechen die neuen Bestimmungen dem Karlsruher Urteil. So wird kein Vergleich der Einwohnermelderegister stattfinden und auch nicht gefragt, ob Personen wegen psychischer Erkrankungen in Anstalten untergebracht sind. Außerdem hat das Statistische Bundesamt entsprechend dem Votum des Bundesverfassungsgerichts eine breite Informations- und Aufklärungskampagne über die Notwendigkeit der Volkszählung vorbereitet. Dafür stehen 16 Millionen Mark zur Verfügung. Die Volkszählung kostet insgesamt 715 Millionen Mark, 130 Millionen davon sind für zusätzliche Datenschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene vorgesehen. Die Vorbereitung der dann abgesagten Erhebung 1984 hat 100 Millionen Mark gekostet.

Im Mai nächsten Jahres werden 500 000 ehrenamtliche Helfer die Fragebogen der Volkszählung an alle Haushalte, Firmen und Betriebe der Bundesrepublik verteilen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen besteht Auskunftspflicht. Wer sich weigert, muß mit einem Zwangsgeld rechnen. Außerdem kann Bußgeld bis zu 10 000 Mark verhängt werden. Hölder sagte: „Wir wollen keine Sanktionen, wir wollen überzeugen."

Brandt spricht von „Umstieg" in Energiepolitik

PETER PHILIPPS, Hannover

Die SPD sieht sich im niedersächsischen Landtagswahlkampf „eingangs der Zielgeraden" und kurz vor dem Erfolg. Während einer Vorstandssitzung der Bundespartei in Hannover – der Parteitag tagt dort heute im Anschluß ebenfalls – machte SPD-Chef Brandt noch einmal die Dimension klar: Wenn Ministerpräsident Albrecht am 15. Juni keine Mehrheit mehr erreichen würde, hätte die SPD „nach vier Wendejahren" über eine Bundesratsmehrheit „wieder den Fuß in der Tür der Bonner Gesetzgebung".

Durch die Tschernobyl-Debatte und den verlangten Ausstieg aus der Kernenergie wollen die Sozialdemokraten in der Wählergunst die *entscheidenden Punkte gutmachen. Im* Verlauf des Nachmittags wurde deshalb die Arbeitsgruppe „Übergang zu sicherer Energiepolitik ohne Kernkraft" eingesetzt. Der Vorsitzende Volker Hauff mußte allerdings erst einmal Federn lassen: Erhard Eppler und Heidemarie Wieczorek-Zeul sorgten in der Sitzung dafür, daß seine ursprünglichen, nach ihrer Meinung zu unverbindlichen Vorgaben für *die Arbeitsgruppe „konkreter"* formuliert wurden.

Brandt sprach in Abgrenzung zu den politischen Mitbewerbern davon, daß die SPD mit ihrem Konzept „des Umstiegs" für einen „Kurs der Ausgeglichenheit, der Vernunft" stehe. Seine Partei befinde sich „in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung", wenn sie mittelfristig den Ersatz der Kernenergie durch andere Energieformen anvisiere. Spitzenkandidat Gerhard Schröder machte deutlich, daß die SPD vom DGB-Bundeskongreß in Hamburg eine kräftige Stärkung in ihrem Kurs erwartet.

Es war der Optimismus über den Ausgang der Landtagswahl in Niedersachsen, der die Sitzung des SPD-Bundesvorstands prägte. Süffisant merkte Brandt an, daß eine „in Bedrängnis geratene *CDU" inzwischen* „sichtbar die Fassung verloren" und auch Albrecht selbst „die feine Art abgelegt" habe. Die SPD werde jedoch abseits aller „rot-grünen Geisterbeschwörung" auch bisherige Wähler von CDU und FDP unter anderem in der Energiepolitik gezielt umwerben, um eine „möglichst klare Mehrheit" in Hannover zu erreichen.

Mülheim-Kärlich wieder abgeschaltet

dpa, Mainz

Nach zwei neuen Störungen im nichtnuklearen Bereich ist das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich wieder abgeschaltet worden. Die genauen Ursachen würden in Zusammenarbeit mit dem Technischen Überwachungsverein (TÜV) Rheinland eingehend untersucht, berichtete das rheinland-pfälzische Umweltministerium. Erst nach Abschluß dieser Untersuchungen könne über die Fortsetzung des Probebetriebs entschieden werden.

Am vorigen Freitag sei es nach einer Störung im nichtnuklearen Sekundärbereich zu einer Schnellabschaltung des Reaktors gekommen, *teilte das Ministerium mit.* Nach Behebung der Ursache sei der Betrieb am selben Tag wiederaufgenommen worden. In der Nacht zum Montag habe sich erneut eine Störung gezeigt.

Fischer-Thesen ein „Skandal"

D. G. Bonn

In ungewöhnlich scharfer Form hat Regierungssprecher Ost gestern die Bereitschaft des hessischen Umweltministers Fischer kritisiert, „DDR"-Flüchtlinge zurückzuschicken. Diese Äußerungen machten deutlich, daß für die Grünen grundlegende Verpflichtungen des Grundgesetzes keine Bedeutung hätten, sagte Ost der WELT. „Deutsche Landsleute, die unter Gefahr für Leib und Leben aus der DDR zu uns geflohen sind, zur Bestrafung zurückzuschicken, wäre ungeheuerlich. Damit würden Deutsche schlechter gestellt als jeder asylsuchende fremde Staatsbürger."

Der CDU-Politiker Barzel nannte Fischers Äußerung einen „politischen Skandal". Die Grünen redeten einerseits von Menschenrechten, sähen aber andererseits beim Schutz ungeborenen Lebens sowie bei der Freizügigkeit weg.

Städtetag fordert „rotes Telefon"

AP, Mülheim

Der Deutsche Städtetag, an dessen Spitze der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) steht, hat „zahlreiche Unzulänglichkeiten" bei Dienststellen von Bund und Ländern nach dem Reaktorunglück im sowjetischen Tschernobyl beklagt. Nach einem Erfahrungsaustausch der zuständigen Großstadtbehörden beklagte der kommunale Spitzenverband gestern die Überlastung städtischer Stellen als Folge des Kompetenzwirrwarrs. In einer Vorlage des Städtetags wird die Einrichtung eines „roten Telefons" zur Verbesserung des Informationsflusses von Städten und Bundesländern für künftige Fälle – etwa auch bei Smogalarm – gefordert. Das Präsidium des Deutschen Städtetags will das Papier in seiner nächsten Sitzung am 3. Juni in Recklinghausen verabschieden.

Bölling bittet für RAF-Terroristen

AP, Heilbronn

Der frühere Regierungssprecher Klaus Bölling hat an Bundespräsident Richard von Weizsäcker appelliert, die Begnadigung von inhaftierten Mitgliedern der Rote-Armee-Fraktion (RAF), die sich vom Terrorismus losgesagt haben, zu erwägen. Bei einer öffentlichen Radiosendung in *Heilbronn* sprach sich Bölling gestern dafür aus, das Recht der Begnadigung auf jene jungen Menschen auszudehnen, die „diesen falschen und gefährlichen Weg" *gegangen* seien. Jeder Straftäter könne nach 15 Jahren begnadigt werden. Der Bundespräsident und die Ministerpräsidenten sollten überlegen, ob das nicht auch für frühere Terroristen gelten müßte.

Sowjets werfen Bomben auf Hospital in Afghanistan

Keine Rücksicht auf Patienten / Ein „gezielter Angriff"

WALTER H. RUEB, Bonn

Zum achtenmal innerhalb von zwei Jahren wurde eine Krankenstation des Bonner Afghanistan-Komitees (BAK) im Innern Afghanistans durch sowjetische Bomben zerstört. Am 14. Mai flogen zwei Kampfhelikopter Moskaus den Angriff auf die Krankenstation. Dabei wurde ein afghanischer Pfleger getötet. Eine deutsche und eine Schweizer Ärztin sowie ein deutscher Sanitäter konnten sich in Sicherheit bringen.

Der Leiter des Hospitals, Frank Paulin, blieb tagelang vermißt. Am vergangenen Freitag traf er nach abenteuerlicher Flucht wohlbehalten in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar ein. Nach seinen Angaben wurde die Krankenstation gezielt angegriffen.

Das benachbarte Dorf in der Provinz Ghazni blieb verschont. Als die Sowjets angriffen, seien alle Mitglieder des medizinischen Personals aus dem Ausland nicht auf der Station gewesen.

Paulin: „Die Sowjets wollen unsere humanitären Einrichtungen zerstören, doch die ausländischen Ärzte aus Angst vor Negativ-Schlagzeilen nicht töten. Das Schicksal unserer afghanischen Patienten aber scheint sie nicht zu kümmern."

Zur Erinnerung an einen im Dezember 1985 getöteten afghanischen Arzt im Dienste des BAK plant die Bonner Organisation in Pakistan die Errichtung eines „Dr.-Kasem-Noori-Dorfes", in dem die sechsköpfige Familie des Getöteten versorgt werden soll.

STAND ● PUNKT / *Der Gipfel*

Wenn er so weitermacht, kann er bei den Europameisterschaften in Stuttgart sogar eine Medaille gewinnen – Bronze allemal, vielleicht sogar Silber oder am Ende noch mehr?

Denn 8519 Punkte hat der Mainzer Zehnkämpfer Guido Kratschmer am Wochenende im österreichischen *Götzis erzielt, und damit* steht er wieder einmal ganz oben in den Bestenlisten. Kratschmer, ein Mann von 33 Jahren.

Was sich in Götzis zutrug, bahnte sich im letzten Winter an, als Kratschmer beim Hallen-Mehrkampf zur Bestmarke ausholte wie nie zuvor, als er auf einmal überraschend deutscher Hallenmeister im 60-m-Hürdensprint wurde – vor den Hürdenspezialisten.

Für den zwei Zentner schweren Kratschmer waren das alles Testaufgaben, die er zu seiner vollen Zufriedenheit löste. Als er in Sindelfingen beim Hürdensprint auf dem letzten Meter war, grinste er übers ganze Gesicht: Den Jungens habe ich gezeigt, wo Bartel den Most holt...

Kratschmer verblüfft, weil er der landläufigen Auffassung vom Zehnkämpfer widerspricht. Mit 33 Jahren hat man nämlich den Gipfel der Zehnkämpfer längst gestürmt zu haben, um sich dann geruhsam auf der Zuschauertribüne niederzulassen. Noch dazu, wenn man dies zuvor mit soviel Vehemenz betrieben hat wie Kratschmer. Immerhin war er 1980 Weltrekordler mit 8667 Punkten – und Olympiafavorit.

Bei Kratschmer – dem 1980 der Olympia-Boykott einen Lebenstraum zerstörte – ist das alles anders. Nach anfänglicher Fassungslosigkeit war der Boykott Auslöser für eine zweite Karriere. Er hatte damals vom Aufhören gesprochen, was begreiflich war. Wie wollte er sich jemals wieder motivieren? Doch dann hat sich etwas in ihm aufgebäumt...

Und er hat weitergemacht, hat den Standamm seiner Gefühle niedergerissen und trainiert. Ohne dabei in dumpfer Inbrunst einem neuen Ziel entgegenzustreben. Kratschmer, der Schweigsame, wußte stets um seine Chancen. Im Schatten des ständig Weltrekorde aufstellenden und sich im Zweikampf mit dem Engländer Daley Thompson verzehrenden Jürgen Hingsen bastelte Kratschmer fast unbemerkt an seiner zweiten Karriere, einer Karriere, die mittlerweile ihresgleichen sucht.

In Götzis wurde ihm gesagt, er habe die zweitbeste Leistung seiner Laufbahn erzielt. Er korrigierte dies. Die Feststellung, Punktzahlen hin, Punktzahlen her – was ihm nun gelungen war, sei zweifellos sein bestes Resultat. Denn der Weltrekord von Bernhausen aus dem Jahre 1980 sei schließlich in erster Linie das Ergebnis sorgfältigster Planungen und optimalster Bedingungen gewesen. In Götzis aber sei er gelaufen, gesprungen und habe geworfen – trotz Gegenwind und Wolkenbruch. Mit 33 kann man so etwas schließlich. Endgültig.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Testspiel der deutschen Nationalmannschaft – Reaktionen auf die Kritik des Teamchefs

● Beckenbauers verbaler Rundumschlag und die Reaktionen. „Ich bin davon negativ berührt. Ich muß mit ihm sprechen. So etwas kann man acht Tage vor dem Beginn der Weltmeisterschaft nicht sagen", meint Rummenigge. „Alle laufen mit verbissenen Mienen herum", sagt Matthäus. Littbarski: „Früher haben wir uns einen Floh erlaubt, allen voran Schumacher. Als ich gegen Morelia auf der Ersatzbank die Gitarre nahm, die der Franz von den Mexikanern geschenkt bekommen hat, hat er schon böse geguckt."

● Buchmacher-Favorit Brasilien lockte zum Testspiel in Guadalajara 35 000 Zuschauer an und sorgte beim 3:1 über die Lokalelf „Leones Negros" für ein ausverkauftes Stadion. Die Brasilianer suchten allerdings ebenso noch ihre Bestform wie Titelverteidiger Italien beim 4:0 über Guatemala in Mexico City. Vize-Europameister Spanien zeigte beim 3:1 in Tlaxcala über Puebla ebenfalls keine überzeugende Leistung. Argentinien (6:0 über eine Junioren-Auswahl in Tlalpan) und Marokko (6:0 über Universität Leon) waren spielfreudig.

● Am Donnerstag tagt in Mexico City der FIFA-Kongreß. Er wird den Brasilianer Havelange für vier weitere Jahre in das Amt des Präsidenten wählen. Zum Streitpunkt könnte die Olympia-Zulassung werden. Für Seoul 1988 gilt die 1978 getroffene Entscheidung, wonach jene Spieler aus Europa und Südamerika ausgeschlossen sind, die bereits einmal an einer WM oder einer WM-Qualifikation teilgenommen haben. Nach einem Antrag des Exekutivkomitees und der Sowjets soll diese Einschränkung für Europa und Südamerika fallen.

Nach dem deutschen Sieg Kritik aus Uruguay: „Niemand hat überrascht"

ULRICH DOST, Morelia

Beeindruckt sah Omar Borras nicht gerade aus, als er das Stadion in Morelia verließ, eher amüsiert. Was der Trainer der Nationalmannschaft von Uruguay in den 90 Minuten zuvor von der deutschen Mannschaft in dem Testspiel zu sehen bekommen hatte, wird ihm sicher keine schlaflosen Nächte bereiten. Borras war angereist, um die Elf von Franz Beckenbauer, am 4. Juni in Queretaro erster Gruppengegner der Südamerikaner, in Augenschein zu nehmen.

Das hätte er sich getrost sparen können. Mehr schlecht als recht kam die deutsche Mannschaft zu einem schmeichelhaften 2:1-Erfolg (Tore: Briegel, Allofs) über Atletico Morelia, den Dritten der mexikanischen Liga.

Den ersten Test der Deutschen in Mexiko ordnete Borras so ein: „Das war doch nur ein lockeres Trainingsspiel. Ich kenne die deutsche Mannschaft ganz genau. Ich weiß, wie gut sie wirklich spielen kann." Ob ihm denn ein deutscher Spieler besonders aufgefallen sei? „Da will ich lieber keine Namen nennen." Der Mann ist höflich, denn der beste Spieler, der auf dem Platz stand, hieß Mario Diaz, 24 Jahre alt, noch kein Länderspiel. Diaz spielte für Morelia.

Omar Borras war nicht alleine gekommen. Er hatte seinen Mittelfeldstar Enzo Francescoli, der bislang bei Riverplate Buenos Aires spielte, mitgebracht. Francescoli verfolgte die Begegnung eher gelangweilt denn interessiert. Der Mann, der für vier Millionen Dollar zu Racing Paris wechselt, wo er mit Littbarski zusammen spielen wird, sagte über die deutsche Elf: „Ich kenne die Mannschaft von Videobändern her, sie ist ganz gut. Heute allerdings war es nicht mehr als ein flottes Training. In einer Woche wird die deutsche Abwehr und das Mittelfeld stärker sein als heute. Überrascht hat mich von den deutschen Spielern keiner."

Das klang nicht gerade nach besonderer Wertschätzung. Franz Beckenbauer aber nahm das Ganze auch nicht besonders ernst. Das Spiel sei ein besseres Training gewesen, mehr nicht. Die Spieler hätten sich bewegt und geschwitzt, spielerisch sei nicht mehr zu erwarten gewesen. Die Anstrengungen der letzten Tage hätten müde gemacht.

Und wo die geistige Frische fehlt, läßt auch von den Beinen nichts zu erwarten. In der letzten Woche habe die Mannschaft nur auf Verbesserung der Ausdauerwerte hingearbeitet. Fortan soll nun die Schnelligkeit verbessert werden.

Franz Beckenbauer begann mit einer Mannschaft, *in der von seiner* Wunschelf Rummenigge und Herget wegen Verletzung fehlten: Schumacher, Allgöwer, Berthold, Eder, Förster, Briegel, Matthäus, Magath, Brehme, Völler und Allofs. In den zweiten 45 Minuten wechselte er Stein (für Schumacher), Thon (für Berthold), Littbarski (für Völler), Rolffs (für Allgöwer) und Rahn (für Matthäus) ein. Wer aber auch immer gerade auf dem Platz war – vielversprechend war es nicht, was geboten wurde.

Das große Manko: die spielerischen Defizite, wurde wieder einmal mehr als deutlich. Die deutsche Mannschaft kann einfach keine Gegner ausspielen, sie kann nur, wenn es erfordert wird, den Gegner niederkämpfen. Doch gerade darauf kommt es in der Höhe von Mexiko nicht an. Und immer wird der Ball gemacht, (Briegel, Brehme, Matthäus), mit dem Ball lange Strecken zurückzulegen.

Felix Magath gab sich im Mittelfeld viel Mühe, bot sich ständig an, spielte meist auch nur kurze und kluge Pässe und steckte vor allem nicht auf, nachdem ihm einiges mißlang. Doch die deutschen Spieler haben noch nicht das Gefühl, wann sie sich ohne *Ball in den freien Raum zu bewegen* haben. Deshalb fehlt auch noch jegliches Überraschungsmoment.

Rudi Völler und auch Klaus Allofs forderten stets den Ball, als sie noch vor *ihrem Abwehrspieler standen,* um ihn zu umspielen. Lange Sprints aber mit dem Ball kosten viel Kraft. Gerade bei Völler wurde dies deutlich, der kaum eine gute Szene hatte. Klaus Allofs dagegen sorgte schon für etwas mehr Druck. Sein Tor zum 2:1 war für ihn typisch: ein Weitschuß flach ins untere Eck.

Das große Problem wird jedoch für Beckenbauer in der noch verbleibenden Zeit weiterhin sein, wie er seine Mannschaft spielerisch verbessern kann. Die WM-Spiele werden mit Sicherheit vom Tempo her recht langsam sein. Geschickte, raffinierte Spieler sind gefragt, die auf engstem Raum alles mit dem Ball können.

Beckenbauer: „Das sieht bei uns noch sehr langweilig aus, aber da muß man Geduld haben." Noch besteht die Stärke der deutschen Mannschaft darin, daß sie einige Standard-Situationen (Freistöße oder Eckbälle) ganz gut beherrscht. So wie Briegel zum Beispiel mit dem Kopf das 1:0 nach einem Freistoß von Matthäus erzielte.

Noch nicht so hundertprozentig eingespielt erscheint die Abseitsfalle. Das Spiel mit dieser Variante ist sehr verlockend, weil es Kräfte spart. Gegen Morelia leistete sich die deutsche Abwehr zwei Schnitzer, die jedoch ohne Folgen blieben.

„Beckenbauer hat wohl seinen Job verfehlt"

dpa, Hamburg

Überaus verärgert reagierten Vertreter der Fußball-Bundesligaklubs auf die Äußerungen von DFB-Teamchef Franz Beckenbauer im Trainingsquartier der deutschen Mannschaft in Morelia. „Ein Trainer, der vor so einem bedeutsamen Turnier sagt, ‚Wir werden eh nicht Weltmeister', muß doch wohl seinen Job *verfehlt haben", sagte Schalke-Manager* Rudi Assauer.

Auch Wilhelm Grüber, Präsident des SV Waldhof Mannheim, ging hart mit dem Teamchef ins Gericht: „Es ist eine Frechheit von Herrn Beckenbauer, jetzt solche Äußerungen über die Zusammenarbeit Nationalmannschaft/Bundesliga zu verlautbaren. Wenn dies der Dank dafür ist, daß jedem Verein der Bundesliga durch die Terminplanung dieser Saison mindestens eine halbe Million Mark verlorengegangen ist, müssen wir uns überlegen, wie künftig die Wünsche der Nationalmannschaft berücksichtigt werden."

Und Jürgen Friedrich, Präsident des 1. FC Kaiserslautern, meinte: „Das ist ziemlich starker Tobak für jemanden, der eigentlich dafür wenig getan hat und bis dato selbst noch nichts bewegt hat. Beckenbauer hat bis dato selbst auch noch nichts bewegt."

Ottokar Wüst (Präsident VfL Bochum) vermißte bei Beckenbauers Äußerungen ganz „einfach die Sachlichkeit". Er sagt: „Ich teile die Auffassung von Franz Beckenbauer nicht, daß wir zuviel Schrott in der Bundesliga haben. Schließlich bin ich lange genug im Geschäft, um das beurteilen zu können. Wir haben heute ganz einfach nicht mehr die Spielerpersönlichkeiten. Eine Verringerung der Liga ist da keine Lösung. Ich vermisse bei Beckenbauers Äußerungen einfach die Sachlichkeit."

Fritz Scherer (Präsident FC Bayern München): „Ich verstehe nicht, daß Beckenbauer jetzt, wo er Ruhe braucht, mit solchen Sachen an die Öffentlichkeit geht. Er hat sicherlich mit einem Teil recht. Es ist nur unglücklich, daß er das jetzt macht. Wer den Franz aber kennt, weiß, daß er sehr impulsiv ist, mit Sachen rausgeht und es gar nicht so meint, wie es aufgenommen wird. Er will vielleicht jetzt schon vorbauen, daß er nicht weit kommt, und will das auf die Vorbereitungszeit schieben. Doch das Problem gibt es schon, seitdem die Bundesliga existiert. Was der Franz aber sonst sagt, kann man diskutieren, vor allem die Reduzierung auf 16 Vereine."

NACHRICHTEN

Kajak: Rücktritt

Düsseldorf (sid) – Barbara Schüttpelz (29), Olympia-Zweite von Los Angeles im Einer-Kajak, ist nach dauernden Querelen mit Bundestrainer Josef Capousek (Duisburg) vom internationalen Wettkampfsport zurückgetreten.

Kempten mit Weishaupt

München (dpa) – Eishockey-Nationaltorhüter Erich Weishaupt (zuletzt Düsseldorfer EG) schloß sich dem Zweitliga-Verein EA Kempten an. Südmeister Augsburger EV verpflichtete den 99fachen Nationalspieler Martin Hinterstocker vom SC Riessersee.

Verstärkung in Mailand

Mailand (sid) – Der italienische Fußballklub AC Mailand verpflichtete nach dem argentinischen Mittelstürmer Claudio Borghi Ian Rush vom FC Liverpool. Für den Waliser zahlt Mailand rund 14 Millionen Mark.

Beierlorzer nach Stuttgart

Stuttgart (dpa) – Unabhängig von dem überraschenden Transfer Karl-Heinz Försters zu Olympique Marseille hat der Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart Einigkeit über einen Wechsel von Bertram Beierlorzer (29) (FC Bayern München) nach Stuttgart erzielt. Man werde in Kürze einen Zweijahresvertrag abschließen.

ZAHLEN

GOLF

„Captains Cup" in Frankfurt, gewertet für die deutsche Rangliste, Par 71, Herren: 1. Strüver (Hittfeld) 73+73+70=216 Schläge, 2. Riß (Garmisch) 73+74+71=218, 3. Schulte (Stuttgart) 74+74+71=219. – Damen: 1. Lampert (Kronberg) 70+76+75=221, 2. Kötter (Hubbelrath) 74+76+73=223, 3. Ruland (Bad Wörishofen) 73+74+76=223.

LEICHTATHLETIK

Zehnkampf in Götzis/Österreich: 1. Kratschmer (Deutschland) 8519 Punkte (100 m 10,82/0,3 m Gegenwind, Weit 7,76 m/2,7 m Rückenwind, Kugel 16,62 m, Hoch 1,93, 400 m 48,75, 110 m Hürden 14,09/1,2 m Rückenwind, Diskus 48,42 m, Stab 4,60 m, Speerwerfen 63,82 m, 1500 m 4:32,36), 2. Freimuth 8322, 3. Fahner (beide „DDR") 8170, ... 9. Häberle 7742, 10. A. Rizzi 7698, ... 18. Neugebauer (alle Deutschland).

TENNIS

9. Ambre-Solaire-World-Team-Cup in Düsseldorf, Finale: Frankreich – Schweden 2:1. – Doppel: Leconte/ Forget – Jarryd/Wilander 6:3, 2:6, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Auswahlwette „6 aus 45": 20, 21, 32, 33, 37, 39, Zusatzzahl: 9. – Rennquintett: Rennen A: 4, 9, 3. – Rennen B: 32, 28, 25. (Ohne Gewähr).

Der hohe Flug von Sofia

sid/dpa, Sofia

Nach dem ersten Weltrekord der Saison 1986 blickte der Trainer von Stefka Kostadinowa *schon in die Zukunft:* „Ich glaube, sie springt im Sommer über 2,10 m", kündigte Nikolai Petrow an, nachdem die 21jährige Bulgarin die Saison in Sofia so eröffnet hatte: Gleich im ersten Versuch egalisierte Stefka Kostadinowa, die im Vorjahr alle ihre 25 Wettkämpfe gewonnen hatte, mit 2,07 m den zwei Jahre alten Weltrekord ihrer wegen Dopings gesperrten bulgarischen Rivalin Ludmila Andonowa.

Die neue Weltrekordlerin überSprang, beginnend bei 1,80 m, alle Höhen bis 2,03 m im ersten Versuch. Für die Bestmarke von 2,07 m benötigte sie zwei Anläufe. „Mein Ziel ist nun die Goldmedaille bei den Europameisterschaften im August in Stuttgart", sagte sie nach ihrem Weltrekordsprung. Wenn das klappt, wäre sie damit die Nachfolgerin der Leverkusenerin Ulrike Meyfarth, die nach ihrem zweiten Olympiasieg 1984 zurückgetreten ist.

Eine neue Jahres-Weltbestleistung im Hammerwerfen stellte Klaus Ploghaus aus Leverkusen mit 81,32 m in Paderborn auf. Der 30jährige Olympiadritte übertraf die bisherige Bestmarke des Sowjetrussen Igor Nikulin um dreißig Zentimeter. Vom deutschen Rekord des Wattenscheiders Christoph Sahner (81,56 m) blieb Ploghaus nur 24 Zentimeter entfernt.

Mit 72,30 m trumpfte die 22jährige Diskuswerferin Diana Sachse in ihrer Heimatstadt Potsdam auf. Die Junioren-Europameisterin von 1981 hatte in ihrer Serie noch Versuche von 72,14 und 72,00 m. Den Weltrekord hält Zdenka Silhava (CSSR) mit 74,56 m.

Scharfer Wettbewerb

cd. – Eine Bundesanleihe mit 30jähriger Laufzeit ist eine Novität. Und ein Zinssatz von nur sechs Prozent ist für eine Anleihe, deren Kurs in drei Jahrzehnten vielerlei Schwankungen ausgesetzt sein wird, schon beinahe sensationell. Daraus kann man freilich auf ein fast grenzenloses Vertrauen der Anleger, zumal der deutschen Sparer, in eine so langfristige Geldwert- und Zinsstabilität schließen. Wenn nicht alles täuscht, werden die privaten Sparer dieses Papier links liegen lassen, und sie tun wohl auch gut daran, sich nicht auf unübersehbare Risiken einzulassen.

Die für den Bund interessanten Konditionen dieser Anleihe, deren Tilgung auf die nächste Generation verschoben wird, sind eine unmittelbare Folge des scharfen internationalen Wettbewerbs, der mit der „Restliberalisierung" des deutschen Kapitalmarktes verbunden ist, mit seiner Öffnung für ausländische Marktteilnehmer und eine Vielzahl von Finanzinnovationen. Die neuen internationalen Konkurrenten bestürmen das Bundesfinanzministerium mit attraktiven Finanzangeboten, um hier am Markt mit kleinsten Gewinnmargen ins große Geschäft zu kommen. Und wenn die Geschäfte überhaupt keine Gewinne abwerfen oder sogar Geld kosten, dann wird das über das Konto Zukunftsinvestitionen abgebucht. *Wollen die deutschen Banken nicht Marktanteile verlieren, müssen sie wohl oder übel in die ausländischen Konditionen einsteigen, auch wenn sie auf den Papieren, für die noch keine Käufer in Sicht sind, sitzen bleiben.* Übersteigerter Wettbewerb verführt eben manchmal auch zur Unvernunft.

Übersetzer

Ha. (Brüssel) – Eine Menge Geld sparen könnte die EG, wenn sie einen Teil der in Brüssel, Luxemburg oder Straßburg anfallenden Übersetzungsarbeiten nicht von Beamten, sondern von privaten Firmen ausführen ließe. Eine entsprechende Anregung des britischen Konservativen Christopher Jackson ist jedoch bisher ohne Echo geblieben. Nach Schätzungen des europäischen Verbandes der Übersetzerbüros hätte die Gemeinschaft für die 1979 in andere Sprachen übertragenen 925 000 Seiten (277,5 Millionen Wörter) bei einer Beauftragung privater Unternehmen rund 32 Millionen Mark zahlen müssen. Tatsächlich entstanden hier jedoch Kosten von 207 Millionen. Wie immer diese Zahlen zu beurteilen sind: Nichts spricht dagegen, *einmal die Probe aufs Exempel zu machen;* jeder dritte EG-Beamte ist heute im Dolmetscher- und Übersetzerdienst tätig. Der größte Teil der wachsenden Papierflut enthält keine Staatsgeheimnisse und daß Beamte besser und schneller übersetzen können, ist noch keineswegs ausgemacht.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT / Arbeitsgemeinschaft legt Programm vor

Unternehmer brauchen Ermutigung für zukunftsträchtige Investitionen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Eine weit konsequentere marktwirtschaftliche Gesundungsstrategie hat die Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) angemahnt. *Die bisherigen Leistungen nach der politischen Wende 1982 genügen nach* Ansicht des ASM-Vorsitzenden Wolfgang Frickhöffer bei weitem noch nicht, um die Aufgaben der Zukunft zu meistern. „Eine zweite Legislaturperiode der Halbheiten und Inkonsequenzen" könne sich die Bundesrepublik nicht leisten. Die ASM legte gestern die Grundzüge eines marktwirtschaftlichen Programms für die Zeit nach den Wahlen vor.

Nur der mutige Durchbruch nach vorn könne helfen, heißt es in dem Papier, damit Erfolge für die politische Sicherung der Marktwirtschaft demonstriert werden können. Die *Unternehmensleitungen müßten* ermutigt werden, zukunftsträchtige Produktionen aufzuspüren und damit zugleich für stabile Arbeitsplätze zu sorgen. „Wir brauchen Marktbefreiung für Zukunftsinvestitionen", schreibt die ASM.

Dazu gehöre eine tiefgreifende Steuerreform, wodurch die Investitionsfähigkeit verbessert, aber auch die Anlage in produktiven Investitionen nicht länger gegenüber der Anlage *in Geldvermögen steuerlich diskriminiert* werde. Die Senkung gerade der hohen Steuersätze dürfe nicht länger diffamiert oder ängstlich vermieden werden, weil sie rasch und kräftig dem *Arbeitsmarkt* zugute komme. Die Steuersätze müßten so gestaltet werden, daß die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt werde. Dies sei auch zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig, weil bei geringem Eigenkapital die Arbeitgeber *rascher zur Nachgiebigkeit* gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen bereit seien, die die Geldwertstabilität und das Beschäftigungsniveau gefährden.

Besitzstandsicherung dürfe es weder für Unternehmer noch für Arbeitnehmer, noch für öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten geben. Seinen Besitzstand müsse man sich selber sichern durch ständige Anpassung an veränderte Marktbedingungen. Alles andere sei Ausbeutung. Die ASM fordert eine wasserdichte Lösung für die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit.

Generell seien Maßnahmen notwendig, *die ein Gleichgewicht am* Arbeitsmarkt sichern, das heute zugunsten der Gewerkschaften erheblich gestört sei. Diese Einseitigkeit mache die gesamtwirtschaftlich richtige *Lohnfindung oft unmöglich.* Ganz entscheidend hänge der Abbau der Arbeitslosigkeit von niedrigeren Arbeitskosten ab. „Am wirksamsten wäre eine Lohnpause bis zum Wiedererreichen eines Gleichgewichts am Arbeitsmarkt", meint die ASM. *Auch wenn dies nicht voll erreichbar* sei, gelte, daß zu hohe Arbeitskosten den Mechanisierungsgrad steigern, also die Eingliederung von Arbeitslosen *erschweren oder sogar unmöglich* machen.

Sozialer Friede sei ein hohes Gut. Deshalb solle er vor allem mit den *Arbeitslosen hergestellt werden,* erst danach, soweit möglich, auch noch mit den Gewerkschaften. „Die Arbeitslosigkeit kann leider im wesentlichen nur gegen Vorstellungen der Gewerkschaften, zum wenigsten mit ihnen überwunden werden", heißt es. *Die ASM fordert die Abschaffung des* „Sozialplan-Unwesens", befristete Arbeitsverträge und die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Vorruhestandsregelungen, Wohnraumkündigungs*schutzgesetz und Ladenschlußgesetz* sollten ersatzlos gestrichen werden.

Überdies plädiert die *ASM* für eine durchgreifende Reform der Agrarpolitik hin zu mehr Marktwirtschaft. Die wachsenden Agrarprobleme seien Folge langjähriger Nachgiebigkeit gegenüber kurzsichtigen Interesseneinwirkungen, so daß die Anpassungs*aufgaben verschleppt wurden.*

Den Politikern müsse die Einsicht eingehämmert werden, daß eine Gesundungsstrategie politisch um so leichter durchzusetzen sei, je tiefer eingeschnitten werde. Dies gelte auch für eine versichertenfreundlichere Form des Gesundheitswesens mit Nachfragebegrenzung durch Eigenbeteiligung.

MANAGEMENTSYMPOSIUM

Warnung vor einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben

SABINE SCHUCHART, **St. Gallen**

Die Aussichten für eine weltwirtschaftliche Erholung und eine größere Stabilität im internationalen Wirtschaftssystem sind nach Ansicht des wirtschaftlichen Chefberaters von US-Präsident Ronald Reagan, Beryl W. Sprinkel, sehr viel besser geworden. Dazu habe eine Wirtschaftspolitik beigetragen, die verstärkt auf Preisstabilität, die Begrenzung der Staatsausgaben und einzelwirtschaftliche Anreize festsetzt. Diese Ansicht vertrat Sprinkel auf dem 16. Internationalen Managementsymposium an der Hochschule St. Gallen.

Sprinkel warnte insbesondere vor einer Wiederzunahme der öffentlichen Ausgaben. Damit einhergehende Zunahmen der Steuerbelastung würden das Wirtschaftswachstum stark dämpfen. Dies hätten die Erfahrungen der siebziger Jahre hinreichend bewiesen. Die damals geübte, viel zu expansive Geld- und Fiskalpolitik lasse die USA wie Europa noch heute die Folgen in Form zu hoher Zinsen, verlangsamten Wirtschaftswachstums und Beschäftigungsproblemen spüren.

Zur Zeit bleibe das Wachstum in Europa hinter den USA zurück, wo die Politik der Reagan-Administration nachhaltige Anreize geschaffen habe. So ließen die Gesetze, die jetzt den Kongreß passierten, den niedrigsten Einkommensteuersatz seit 50 Jahren erwarten. Durch angebotsseitige Maßnahmen seien in den USA seit 1982 mehr als zehn Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden.

Der ehemalige Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, bedauerte, daß sich in der EG seit 1980 wieder das Produktivitätsgefälle zu den USA und Japan verstärkt habe. Problematisch sei insbesondere, daß der Rückstand die Produktgruppen betreffe, die für den technischen Fortschritt wichtig seien. „Um Europa zu schaffen, brauchen wir einen echten europäischen Markt", sagte Thorn. Angesichts der Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin frage er sich, ob es „den Geist des Wettbewerbs", wie ihn das Tagungsmotto postuliere, überhaupt gebe.

Unter dem Motto „the spirit of competition" sind seit gestern rund 800 Führungskräfte der Wirtschaft, Wissenschaftler, Politiker und Studenten in St. Gallen zusammengetreten. Traditionsgemäß wird das Symposium, das vor allem dem Meinungsaustausch *dienen soll, von* einem Studentenkomitee der Hochschule organisiert. Das Tagungsthema bringe zum Ausdruck, erklärte der Schweizer Bundesrat Kurt Furgler, daß wirksamer Wettbewerb eben nicht von oben verordnet werden könne, sondern einer besonderen Einstellung, eines „Spirit" bedürfe. Mit dem Appell, mit Hilfe des Wettbewerbs die Stagnationstendenzen in Europa zu überwinden und dem freien Welthandel Geltung zu verschaffen, umriß Furgler zwei Schwerpunkte des Symposiums.

Risiko der Liberalisierung

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die jüngste Franc-Abwertung, von Wirtschafts- und Finanzminister Balladur als A und O seiner Liberalisierungspolitik gepriesen, hat sich für den französischen Außenhandel zunächst einmal als Schlag ins Wasser erwiesen. Entgegen den amtlichen Erwartungen veranlaßte sie keineswegs die Unternehmen zu verstärkten Exportanstrengungen. Den Abwertungsvorteil steckten sie lieber in die eigene Tasche, anstatt ihn ihren Auslandskunden weiterzugeben.

Wenn die französische Handelsbilanz, die saisonbereinigt in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Überschuß von einer Milliarde Franc erbracht hatte, im April 4,8 Milliarden Franc Defizit auswies (nach 2,6 Milliarden Franc im März), so ist das aber nicht nur den „perversen" Folgen der Paritätsberichtigung zuzuschreiben. Darin kommt auch ein erneuter Verfall der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit zum Ausdruck.

Für dieses Ergebnis macht Patronatspräsident Yvon Gattaz die Enttäuschung der Unternehmer darüber verantwortlich, daß die neue Regierung bei der Einlösung ihrer Liberalisierungsversprechen sehr große Zurückhaltung geübt hatte. Gemeint ist damit vor allem die Lockerung des Kündigungsschutzes. Er soll erst Mitte beziehungsweise Ende des Jahres *in zwei Etappen wirksam* werden. Um die Unternehmer wenigstens bei den Investitionen aus der Reserve zu locken und so längerfristig neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat Balladur inzwischen seine zunächst sehr bescheidene Kreditverbilligungsaktion verstärkt. Dabei kommt ihm die sehr feste Haltung des Franc zu Hilfe. Immerhin waren in den ersten drei Wochen nach der Abwertung – trotz des Handelsbilanzdefizits – 550 Milliarden Franc an *Devisen zugeflossen.*

Darin mögen manche den Beweis für einen vor allem gegenüber der D-Mark zu stark abgewerteten Franc erblicken. Aber immerhin versetzt die Franc-Stärke Paris in die Lage, die staatlichen Auslandsschulden abzutragen und den Kapitalverkehr mit dem Ausland zu liberalisieren. Dies ist auch aus deutscher Sicht zu begrüßen.

Am stärksten abgebaut wurden inzwischen die Kontrollen gegenüber den Unternehmen. Sie können jetzt *nicht nur im Ausland* beliebig investieren, was für ihren Export sehr wichtig ist, sondern auch Devisentermingeschäfte (bis zu sechs Monaten) abschließen, und zwar sowohl zur Abdeckung des Exports und Imports als auch für internationale Handelsgeschäfte und für den Schuldendienst. Deviseneinnahmen aus Exportgeschäften müssen allerdings einen Monat nach Lieferung in Franc umgetauscht werden.

Die Franzosen selbst dürfen von jetzt an ausländische Wertpapiere an der Pariser Börse frei kaufen, während ihnen dafür bisher nur ein begrenztes Kontingent an Wertpapierdevisen zur Verfügung stand. Auch bedarf der Erwerb von Zweitwohnungen im Ausland nicht mehr der behördlichen Genehmigung. Im übrigen aber bleibt die Kapital- und Devisenausfuhr begrenzt, das gilt auch für den Touristenverkehr, wo die Kontingente allerdings überreichlich bemessen sind.

Vor einer massiven Kapitalflucht hat also auch die neue Regierung Angst. Andererseits versucht sie die im Ausland *illegal* unterhaltenen französischen Vermögen durch eine bis zum Jahresende begrenzte Amnestie zurückzulocken. Dafür muß aber eine Pauschalstrafe von zehn Prozent gezahlt werden. Ob sich die Franzosen darauf einlassen, erscheint jedoch *zweifelhaft, weil sie sich damit – dem* Finanzamt gegenüber – zu erkennen geben.

Dies um so mehr, als man ja nicht weiß, ob die Regierung nicht eines Tages gezwungen sein wird, die Devisenkontrollen wieder zu verschärfen, wozu sie aufgrund eines unangetastet bleibenden Gesetzes ermächtigt ist. Dieser Fall könnte insbesondere dann eintreten, wenn es bei den hohen Handelsbilanzdefiziten bleibt und dadurch die Leistungsbilanz wieder in die roten Zahlen rutscht. Dann müßte auch der Franc schwach werden und das internationale Vertrauen in die neue französische Wirtschafts- und Finanzpolitik schwinden.

Um das zu vermeiden, ist Balladur zu einer ziemlich rigorosen – sprich: restriktiven – Politik gezwungen. Ob unter diesen Umständen die Arbeitslosigkeit – das Hauptproblem der Regierung – abgebaut werden kann, ist allerdings die große Frage, welche auch den Ausgang der nächsten Wahlen bestimmen dürfte.

AUF EIN WORT

„Wertberichtigungen auf Kreditrisiken sind nicht nur eine Frage des Ermessens und Bemessens, sondern auch Ausdruck der Leistungsfähigkeit einer Bank. So ist denn das Ausmaß der Vorsorgemaßnahmen eher ein Reflex der Ertragsstärke."

Dr. Ludwig Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank-Girozentrale, München. FOTO: DPA

Ifo: Geringere Auftragsreserven

dpa/VWD, **München**

Die schwächere Nachfrage seit dem 4. Quartal 1985 hat nach Angaben des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung inzwischen zu einem Abbau von Auftragsreserven in der Industrie geführt. Die Reichweite der Auftragsbestände von drei Monaten (saisonbereinigt) im Dezember sei auf 2,8 Monate im März zurückgegangen. *Die Kapazitätsauslastung* habe sich entsprechend von 85,2 Prozent auf 83,9 Prozent verringert. Wie Ifo weiter schreibt, sei es angesichts der geschrumpften Auftragsreserven *nicht sicher, ob es im 2.* Vierteljahr wieder zu einem Anstieg der Auslastung kommen wird.

ARBEITSKOSTEN

IW: Position der deutschen Wirtschaft hat sich verbessert

A. G. **Bonn**

Die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik bei den Arbeitskosten hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1984 gegenüber einigen Ländern verbessert. Wie aus einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in 18 westlichen Industrieländern hervorgeht, gehörte die Bundesrepublik zwar auch 1985 noch zur Gruppe der Hochlohnländer, jedoch hat sich der Kostenabstand zu den wichtigsten europäischen Konkurrenten verringert.

Im Berichtsjahr führten die USA mit Arbeitskosten von umgerechnet 38,51 Mark je Stunde wie im Vorjahr die Kostenrangliste an, und zwar vor *Kanada,* Norwegen und der Schweiz. Die Bundesrepublik belegte mit 29,67 Mark den fünften Platz. Erheblich niedrigere Arbeitskosten wiesen demgegenüber Italien (24,14), Frankreich (22,89) und Großbritannien (19,51 Mark) auf.

Gleichwohl verringerte sich der Abstand der deutschen Arbeitskosten gegenüber Japan von 6,28 (1984) auf 6,05 Mark, gegenüber Großbritannien *von 10,34 auf 10,16 und gegen*über Italien von 5,60 auf 5,53 Mark. Die Differenz zu Frankreich stieg jedoch leicht von 6,74 auf 6,78 Mark und gegenüber den USA sogar von 8,15 auf 8,84 Mark.

Hohe Zuwachsraten bei den Stun*denlöhnen und der robuste Yen* haben Japan mittlerweile auf das europäische Kostenniveau gehoben. Noch kein europäisches Format haben allerdings die japanischen Lohnzusatzkosten: Sie liegen bei knapp 40 Prozent der deutschen. Mit 23,62 Mark Arbeitskosten je Stunde hat Japans Industrie allerdings den höchsten Stand in Ostasien.

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

Interventionen des Staates behindern Strukturwandel

geo. **Kiel**

Für eine konsequente Verwirklichung von Markt und Wettbewerb plädiert das Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Allein das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen stelle sieben Wirtschaftsbereiche – darunter die Landwirtschaft, den Steinkohlebergbau, die eisenschaffende Industrie und die Nachrichtenübermittlung – außerhalb der sonst *geltenden Ordnung, heißt es in einem* jetzt veröffentlichten Beitrag.

Bei der *Addition* der unterschiedlichen Subventionen für die Textil- *und* Bekleidungsindustrie, den Schiffbau, den Luft- und Raumfahrzeugbau oder die Deutsche Bundespost kommt das Institut zu dem Schluß, daß heute schon deutlich weniger *als 50 Prozent der gesamtwirt*schaftlichen Wertschöpfung von Bereichen erwirtschaftet würden, die noch den Gesetzen des Wettbewerbs unterworfen seien.

Kritisch setzen sich die Wissenschaftler in diesem Zusammenhang mit den Argumenten für die Eingriffe des Staates auseinander. Es gebe weit weniger Marktversagen als gemeinhin angenommen werde. Funktioniere der Markt aber unvollkommen, sei dies häufig auf unbedachte staatliche Eingriffe oder auf Staatsversagen zurückzuführen.

Das Institut weist auch den Vorwurf *zurück, Private verzerrten* durch Absprache den Wettbewerb. Kartellbehörden und die Konkurrenz aus dem Ausland sorgten bereits dafür, daß Funktionsstörungen durch die private Wirtschaft sich in Grenzen hielten. Viel gravierender seien hingegen die staatlichen Interventionen, denn sie behinderten den notwendigen Strukturwandel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Bei der heutigen Tagung der Landwirtschaftsminister der EG in Brüssel wird unter anderem über den Beschluß der Bundesregierung beraten, sechs anstatt bisher vier Millionen Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Bundesrepublik zu benachteiligten Gebieten zu erklären. ILLUPRESS/DW

Preisentwicklung in EG unterschiedlich

Brüssel (dpa/VWD) – Die Verbraucherpreise in der Europäischen Gemeinschaft sind im April im Durchschnitt *leicht angestiegen,* während sie in der Bundesrepublik weiter zurückgegangen sind. Die durchschnittliche EG-Steigerungsrate betrug nach Angaben des Statistischen Amtes der EG im April im Vergleich zum Vormonat 0,4 Prozent.

Rohstoffrechnung geringer

***München** (dpa/VWD) – Die* deutsche Rohstoffrechnung wird allein durch den starken Rückgang der Ölpreise im Jahresdurchschnitt 1986 um nahezu ein Drittel geringer sein als im Vorjahr. *Dies* geht aus Zahlen hervor, die die Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute vorgelegt hat.

Langläufer

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik legt erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder eine Anleihe mit einer sehr langen Laufzeit auf. Das Bundesanleihe-Konsortium hat gestern nach eigenen Angaben eine Tranche im Volumen von einer Milliarde DM mit einer *Laufzeit* von 30 Jahren und einer Rendite von 6,07 Prozent beschlossen. Die Nominalverzinsung beträgt sechs Prozent und der Ausgabekurs 99 Prozent, woraus sich die Rendite von 6,07 Prozent errechnet. Bisher waren für festverzinsliche Bundespapiere zehn Jahre das „Normalmaß".

Mehr Autoimporte

Hamburg (dpa/VWD) – Die Autoimporteure in der Bundesrepublik erwarten, daß ihr Umsatz in diesem Jahr auf knapp 13 (Vorjahr: rund elf) *Milliarden DM steigen wird.* Der Absatz ausländischer Personenwagen habe sich nach Angaben des Verbandes der Importe von Kraftfahrzeugenin (VDIK) in den ersten vier Monaten *1986* um etwa *27* Prozent auf 291 000 Fahrzeuge erhöht. Der Marktanteil sei *damit auf 30* (Vorjahreszeitraum: 27,7) Prozent gewachsen.

Mittelstand unzufrieden

Bonn (A.G.) – Die Hälfte der mittelständischen Unternehmer in der Bundesrepublik ist mit der Leistung der Bundesregierung unzufrieden. Das ergab eine vom Wirtschaftsmagazin „Impulse" in Auftrag gegebene und vom Bonner Institut für Mittelstandsforschung betreute Umfrage, die als repräsentativ für eine Million Unternehmen gilt. 80 Prozent halten die steuerliche Belastung und 76,5 Prozent die Personalnebenkosten für zu hoch.

PARISER BÖRSE

Die Ausländer verkaufen französische Wertpapiere

J. Sch. **Paris**

Die Erfolgsaussichten der neuen französischen Wirtschaftspolitik werden im Ausland skeptisch eingeschätzt. Das zeigen die starken Aktienverkäufe, die neuerdings an der Pariser Börse für ausländische Rechnung durchgeführt wurden. Sie verursachten in der *letzten Woche* einen Kursrückgang von durchschnittlich sieben Prozent.

Dieser Einbruch ist nicht nur den letzten schlechten Nachrichten über den Arbeitsmarkt und den Außenhandel zuzuschreiben, die um so mehr beunruhigten, als sie die Regierung selbst in sehr schwarzen Farben dargestellt hatte. Auch an der sozialen Front hat sich der Horizont nach den *jüngsten* Streiks im öffentlichen Dienst verdüstert.

Vor allem aber mehren sich gerade im Ausland die Zweifel an der Dauerhaftigkeit der „Cohabitation" zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand und dem konservativen Premierminister Chirac. Nachdem dieser zunächst bei der Verwirklichung seines Regierungs*programms auf Mitterrands Vorbe*halte Rücksicht genommen hatte, schenkt er inzwischen dem rechten Flügel seiner knappen parlamentarischen Mehrheit immer mehr Gehör. Das könnte bald zu einer Machtprobe führen, meint man.

So hat Mitterrand erst jetzt wieder angedroht, daß er keineswegs gewillt sei, alle Verordnungen zu unterschreiben, welche die Regierung auf Grund ihrer – noch nicht erteilten – parlamentarischen Vollmachten erlassen will. Dabei geht es um die Privatisierung sowie um eine Reihe anderer wirtschaftlicher und sozialer Reformen.

GALEN-PROZESS / Der ehemalige Chef der IBH schont sich im Zeugenstand

Horst Dieter Esch verweigert Aussage

cd. **Frankfurt**

Große Spannung im Saal 146 des Frankfurter Landgerichts. Horst Dieter Esch, ehemaliger Chef des Baumaschinenkonzerns IBH Holding AG, dessen Pleite das Privatbankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH-Bank) mit in den Strudel gerissen hat, soll als Zeuge im Prozeß gegen den früheren SMH-Gesellschafter Ferdinand Graf von Galen aussagen. Esch, der wegen Betrugs in seiner Funktion als AR-Vorsitzer der IBH-Tochter Wibau eine dreieinhalbjährige Haftstrafe in Butzbach absitzt, betritt im dunklen Anzug, begleitet von zwei Polizeiwachtmeistern und seinen beiden Anwälten, den Gerichtssaal. Eine eigentümlich unterkühlte Atmosphäre. Erst nach fünf Minuten hat er ein begrüßendes Kopfnicken für seinen „Hausbankier" übrig, und auch nach seinem dreiviertelstündigen Zeugenauftritt „fremdeln" die beiden so, als hätte es zwischen ihnen nie eine e[…] geschäftliche Verbindung gege[…]n, die schließlich für beide zum U[…]rgang wurde.

Wer von Esch Aufkläru[…] darüber erwartet hatte, inwieweit […]den Grafen von Galen rechtzeit[…] über die Misere des IBH-Konzer[…] unterrichtet hat, wird allerding[…]nttäuscht. Esch verweigert alle […]ssagen zur IBH. Er habe zwar ein[…]anze Menge zu sagen und wolle […]ch, daß alle Fakten auf den Tisch […]mmen, beteuert er, doch der Ze[…]unkt dafür erscheine ihm jetzt n[…]t opportun. Er will erst die A[…]ageschrift der Staatsanwaltschaf[…] Koblenz studieren, wo ihm im H[…]st vor dem Landgericht wegen z[…]reicher Verstöße gegen das Akti[…]gesetz, wegen Bilanzfälschung, […]treue und Betrugs im Zusammen[…]g mit der IBH-Pleite der Prozeß […]macht werden soll. Die Zeugenv[…]ehmung wird deshalb auf den […] Juni vertagt.

Gesprochen wird lediglich über ein notleidendes 550-Millionen-Iran-Geschäft der Wibau aus dem Jahre 1982, für das die Wibau nach Aussagen von Esch bereits *Maschinen für 20 bis 30* Millionen Mark produziert hatte. Da die Maschinen von den Iranern nicht abgenommen wurden, seien sie schließlich der IBH in Rechung gestellt worden. Esch will allerdings nichts davon gewußt haben, daß die Wibau diese Rechnung später storniert und schließlich auf den iranischen Auftraggeber *umfakturiert hat.* War die SMH-Bank, praktisch alleiniger Kreditgeber der IBH, über dieses „Luftgeschäft" informiert, will das Gericht wissen. Esch gibt sich zugeknüpft. „Angelegenheiten der Wibau habe ich in der Regel nicht mit SMH-Mitarbeitern besprochen." Die Verteidigung des Grafen scheint sichtlich zufrieden zu sein mit dieser Aussage, die den angeklagten Bankier nicht belastet.

IW-STUDIE

Gymnasiasten besser vorbereiten

DeT, Bonn

Deutsche Gymnasien müssen ihre Schüler in Zukunft besser auf die Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten. So lautet das Ergebnis einer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) herausgegebenen Broschüre über die Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Wirtschaft.

Während die Ausbildung der Real- und Hauptschüler seit geraumer Zeit diesen praktischen Aspekt berücksichtigt, kommen Gymnasiasten wesentlich seltener in den Genuß, sich mit der betrieblichen Praxis vertraut zu machen. Dieser Abkoppelung der

schulischen Allgemeinbildung von der ökonomischen Realität Abhilfe zu schaffen hat sich die „Initiative Gymnasium/Wirtschaft" zum Ziel gesetzt.

Der überwiegende Teil der Begegnungen zwischen Schülern und Vertretern der Wirtschaft wird extern durchgeführt und umfaßt Betriebsbesichtigungen und Betriebspraktika sowie Gruppengespräche mit Managern und Rollenspiele zum Thema „Vorstellungsgespräch". Als besonders gewinnbringend haben sich *mehrtägige Veranstaltungen* erwiesen, da hier eine Intensivierung der Kontakte ermöglicht wird. Wichtig ist jedoch, daß die Begegnungen nicht sporadisch stattfinden, sondern als dauerhafte Einrichtung in die Lehrpläne eingefügt werden.

Inhaltliche Schwerpunkte reichen von allgemeinen volkswirtschaftlichen Angelegenheiten bis zu betriebsspezifischen Problemen und umweltpolitischen Themen. Zu den unmittelbaren Zukunftsplänen gehören Wirtschaftspraktika für Lehrer sowie die Benennung fester Kontaktpersonen in den Unternehmen.

MOBILE DATENVERARBEITUNG / „Sehr breite" Mitarbeiterausbildung bei der Nordstern-Versicherung

Mit der Einführung von neuer Technologie für den einzelnen mehr Kompetenz geschaffen

Moderne Datenverarbeitung im Büro muß nicht geisttötende Fließbandarbeit sein. Im Gegenteil: Sie bringt der Arbeit neue Inhalte, dem Mitarbeiter mehr Verantwortung, mehr Kompetenz, mehr Selbstvertrauen. Auch in Versicherungsgesellschaften waren Rationalisierungsmöglichkeiten und Kosteneinsparung die Motoren zu dieser Entwicklung. Die WELT sprach mit dem Dipl.-Psychologen Hans Schreiber, als Vorstandsmitglied der Nordstern-Versicherungen verantwortlich für Marketing, Vertrieb und Personal.

Die Nordstern-Versicherung ist erst in die moderne Datentechnik eingestiegen, als sich die Technik von den Auskunftssystemen zu Dialogsystemen entwickelt hatte, die Wende vom bloßen Archiversatz und von der Rechnerhilfe zum mobilen Rechnerzentrum vollzogen war, der, mit dezentraler Intelligenz ausgestattet, auch unabhängig vom zentralen Rechner genutzt werden und viele Funktionen übernehmen konnte, die bis dahin üblicherweise von verschiedenen Stationen des Hauses unkoordiniert erledigt worden waren.

Dann jedoch, so Schreiber, hat Nordstern schnell und konsequent gehandelt und die Einführung gleichmäßig vorgenommen. Heute glaubt das Unternehmen führend auf diesem Gebiet zu sein. „Wir haben die Mitarbeiter sehr breit ausgebildet, z. B. auch über die Spartenenge der Unfall- oder Kraftfahrversicherung hinaus, haben dem Mitarbeiter mehr Kompetenz vermittelt", sagt Schreiber eineinhalb Jahre nach Abschluß der Geräteinstallationen. „Zugleich haben wir die Zeichnungsvollmacht des *einzelnen Sachbearbeiters* sehr weit nach unten verlagert, ihm also komplette Verantwortung für seine Arbeitsbereiche übertragen." Das eine heißt im Fach-Chinesisch der Personalfachleute „Job enlargement", das andere „Job enrichment".

Für Nordstern hat sich diese kompetente Rundum-Sachbearbeitung von Verträgen, ihrer Verwaltungs-, Schadens- und Regulierungspraxis als ausgesprochen günstig erwiesen. Die neuen Arbeitsinhalte begünstigten auch die Flexibilität der Mitarbeiter. Die Gesellschaft hat die neue Datentechnik nicht allein auf den Verkauf von Versicherungen beschränkt. Auch Versicherungsbedarf, Angebot, Prämienberechnung und zielgerechter Verkauf haben neben der reinen Verwaltung von Vertragsbeständen immer stärker an Bedeutung in der täglichen Arbeit gewonnen. Auf Dauer, davon ist Schreiber überzeugt, kann der Außendienst die Innenverwaltung einer Versicherung erheblich von der Bestandsverwaltung entlasten.

Bei den Berufsvertretungen, seien es Gewerkschaften oder Betriebsräte, sei es der Bundesverband der Versicherungskaufleute (BVK), hat es im Grundsatz keine Diskussionen um die Einführung der Datenbank-Konzeption gegeben.



Computer an die Front ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Skepsis war eher im *Mittelmanagement* der Gesellschaften, etwa auf der Ebene der Abteilungsleiter, zu hören. Dort schätzte man den Zeit- und Arbeitsaufwand für die Qualifizierung der Mitarbeiter als zu groß ein. Erst das Argument der größeren Flexibilität und Arbeitsanpassung zog. Diese „Leistungsverdichtung wird", so Nordstern-Vorstand Schreiber, „heute durchweg positiv beurteilt".

Allerdings habe man immer sehr eng in Projektgruppen mit höchstmöglicher Offenheit die Einführung vorbereitet. Dabei sei ganz emotionslos diskutiert worden, daß natürlich auch Rationalisierungseffekte mit der Bildschirmtechnik erwartet wurden: höhere Produktivität der Mitarbeiter und Reduzierung der Personal- und Sachkosten. „Heute ist das Potential an Rationalisierungsmöglichkeiten im Unternehmen weitgehend ausgeschöpft. Der Substitutionsprozeß von Personaleinsatz durch Kapitalinvestitionen in Maschinen und Anwendungsentwicklungen ist überwiegend vollzogen", sagt Schreiber. Das für Versicherer wichtige Datum, die Kostenquote (Verwaltungskosten in Prozent der kassierten Beiträge), ist nur auf dem heutigen Niveau zu halten, eventuell noch etwas zu reduzieren, wenn ein verstärktes Wachstum erreicht wird. Doch das ist auf dem Markt in vielen Sparten sehr schwer.

Draußen an der „Verkaufsfront" sind inzwischen 250 dialogfähige Arbeitsgeräte installiert. Die Nutzungsgebühr, die die Generalagenturen zu bezahlen haben, soll die Abschreibung des Geräts innerhalb von fünf Jahren decken. Die Betriebs-Software stammt vom Gerätehersteller, die Anwendungs-Software von Nordstern. Schulungen und Leitungskosten gehen zu Lasten der Versicherung. Die Leitungskosten, derzeit rund 1,2 Mill. DM jährlich, haben die Personalkosten noch nicht reduziert.

Ist die Einführung moderner Technologie ohne Einfluß auf die Beschäftigtenzahlen geblieben? Sicher nicht. Seit 1976 (3450) ist die Zahl der Mitarbeiter in der Nordstern-Gruppe kontinuierlich rückläufig. Ende 1985 lag sie bei 2700. Besonders stark war die Entwicklung von 1980 (3250) bis 1982 (2900). In der ersten Phase wirkte sich die Zusammenführung der Organisation auf 14 Landesdirektionen aus, in der zweiten Stufe die Straffung der angestellten Vertriebsorganisation. Heute sind beim Nordstern (Sach und Leben) 550 angestellte Außendienstmitarbeiter tätig. Dazu kommen 750 (selbständige) Generalagenten und 7500 nebenberufliche Mitarbeiter.

In den beiden Gesellschaften hat sich der Einsatz moderner Technologie ausgewirkt, die den Wegfall von Prüf- und Einsteuerungsfunktionen neuer Kunden und Verträge sowie Produktivitätssteigerungen in Schreibdiensten und Verwaltungsfunktionen ermöglicht. Dazu kamen noch die Auswirkungen der Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf die Verwaltungsdirektionen und Zweigniederlassungen als Profit-Center.

Im Innendienst hat die aktenarme Sachbearbeitung und die Einführung des Zentralinkassos einen gleichmäßigen Rückgang der Personalanzahl bewirkt. Die Verlangsamung des Trends über die Jahre zeigt: Durch wachsende Erfolge im Vertrieb konnte ein notwendiger Personalabbau kompensiert werden. In der Lebensversicherung hat die Datenbank-Konzeption einen deutlichen Rückgang in der Bestandsverwaltung bewirkt, der sich jetzt wesentlich abschwächt.

Die natürliche Fluktuation, die im *wesentlichen griff, kam der Alters*struktur zugute. Rundum-Sachbearbeitung und Projektarbeit als Qualifizierungsmaßnahmen haben relativ hohe Einsatzflexibilität erreicht, viele Anpassungsprobleme durch Versetzungen und ähnliche Maßnahmen verträglich gestaltet und soziale Härten vermieden. Weitere Rationalisierungsmöglichkeiten wird es kaum geben. „Künftig müssen wir" – so steht es im Personalbericht 1985 der Gesellschaft – „Produktivitätssteigerungen durch mehr Innovation und höhere Effektivität erreichen."

HARALD POSNY

INSTITUT FÜR UNTERNEHMENSPLANUNG

Handfeste Hilfe für eine praxisnahe Hochschule

Die Zielsetzung in der Satzung klingt wenig aufregend: Durchführung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Unternehmensführung, insbesondere der Unternehmensplanung, Unterstützung von Forschungsprojekten, die Verbreitung der Forschungsergebnisse und die Koordination und Lenkung anwendungsbezogener Forschungsergebnisse. Die jetzt zehn Jahre bestehende Gesellschaft für Unternehmungs-Planung e.V. bringt jedoch handfeste Vorteile für alle Beteiligten, insbesondere für Studenten der Betriebswirtschaft an der Gießener Justus Liebig-Universität: Sie ist nämlich Träger des Instituts für Unternehmungsplanung IUP.

Angefangen hat es mit einer simplen Erkenntnis: Zwischen der Wissenschaft an der Hochschule und der Praxis in der Wirtschaft klafft oft eine Riesenlücke. Unverblümt spricht Edzard Reuter (Daimler-Benz AG), Vorsitzender des Vorstands der Trägergesellschaft, von der „Gefahr des Abhebens" auf der Hochschulseite. Die Wirtschaft brauche aber keine weltfremden Theoretiker, sondern habe *dringenden Bedarf an gut ausgebildetem*, praxisnahem Nachwuchs.

Dieser Vorwurf der praxisfremden Forschung hatte die beiden Gießener Professoren der Betriebswirtschaftslehre, Dietger Hahn (mit Erfahrungen aus der Arbeit in der Praxis) und Kurt Bleicher (der seit 1984 in St. Gallen lehrt) vor Jahren nicht ruhen lassen. Mit persönlichem Engagement stellten sie einen „Freundeskreis" auf die Beine – heute tragen 18 „hochkarätige" Vorstände (und ihre Unternehmen) das Institut und seine Arbeit mit.

Nicht firmenorientiert

Schön für Prof. Hahn: Sein Etat liegt etwa dreifach über normalen Lehrstuhletats, dazu kommt von Fall zu Fall die Förderung bestimmter Forschungsprojekte. Hauptziel der Kooperation zwischen Wirtschaftspraxis und Wirtschaftstheorie, die aber laut Satzung keine firmenorientierte Auftragsforschung zuläßt, ist vor allem die Verbesserung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Unternehmensführung und -planung.

Schöner noch für die Gießener Betriebswirtschafts-Studenten. Denn die enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Lehrstuhl hat in Gießen zu „BVS" geführt. Dahinter verbirgt sich das betriebsverbundene Studium. Im Klartext: In Gießen wird der Student bei seinem Bemühen um einen Platz fürs Praktikum nicht alleine gelassen. Im Gegenteil, teils sind die Praktika in den Semesterferien eng mit dem Studium verzahnt, das Thema der Diplomarbeit wird funktionsbezogen gestellt. In anderen Fällen werden wenigstens Praktikumsplätze vermittelt.

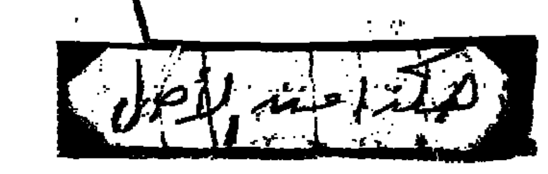
Die dabei entstehenden Kontakte helfen den Absolventen, angemessene Stellen zu finden. 80 bis 90 Prozent der Kandidaten – pro Semester zählt Gießen bei insgesamt 1400 Betriebswirtschaft-Studenten rund 100 Diplomanden – haben bereits ihre Stelle in der Tasche, wenn sie ins letzte Prüfungsfach gehen, weiß Hahn. Er reicht freilich gleich einen Wermutstropfen nach: In Gießen ist die Durchfallquote im Vordiplom besonders hoch.

Eng verzahnt

Nicht nur die Vertreter aus den Unternehmen, auch Universitäts-Präsident Prof. Karl Alewell ist des Lobes voll über die Folgen der engen Verzahnung von Wissenschaft und Praxis, erlaube sie doch den Professoren, ihre Theorien immer wieder an der Praxis abzugleichen. Die Erfahrungen daraus fließen in die Vorlesungen ein.

Der Wechsel von Prof. Bleicher an die Hochschule St. Gallen hat nach Einschätzung aller Beteiligten neue Vorteile für die Gießener Studierenden gebracht: Der Brückenschlag erleichtert die Internationalisierung des Studiums. Sie wird vor allem von den Praktikern aus den Unternehmen als zunehmend wichtig angesehen. Neben Sprachkenntnissen werden bei den potentiellen zukünftigen Führungskräften der Wirtschaft zunehmend auch erste internationale Erfahrungen geschätzt. Nach Kontakten zu Madison/Wisconsin mit vierwöchigen Gastvorlesungen in Gießen und St. Gallen steht jetzt auf der Gießener Wunschliste die Gastvorlesung eines Harvard-Professors. Auch bei solchen Plänen helfen die Träger des IUP, mit Kontakten und mit Geld.

INGE ADHAM



BREMER VULKAN / Großaufträge lasten bis 1987 aus

Zukunft besser abgesichert

W. WESSENDORF, Bremen

Vor dem Hintergrund der Probleme auf dem Weltschiffbaumarkt könne die Auftragssituation der Bremer Vulkan AG als „relativ gut" bezeichnet werden, heißt es im Geschäftsbericht 1985. Der Auftragsbestand im Handelsschiffbau reiche bis 1987. Außerdem wurden die Order über den Bau von zwei Fregatten F 122 hereingenommen.

Mit der im März beschlossenen Kapitalerhöhung von 88 auf 164 Mill. DM sei „eine wichtige Voraussetzung für die Absicherung der Zukunft und die umfangreichen unternehmerischen Aufgaben" geschaffen worden. Bei einem Ausgabekurs von 110 DM je Aktie ergebe sich neben der Erhöhung des Grundkapitals eine Zuführung zur gesetzlichen Rücklage von 79,2 Mill. DM.

Die Gesamtleistung belief sich für das Geschäftsjahr auf 531,9 (559,6) Mill. DM. Der Abschluß weist einen Jahresüberschuß von 0,65 Mill. DM aus, der zusammen mit dem Gewinnvortrag von 1,23 Mill. DM aus 1984 auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Im Berichtsjahr waren ohne Tochtergesellschaften 3397 (3353) Mitarbeiter beschäftigt.

Die Bremerhavener Tochter Lloyd Werft GmbH (Anteil 98 Prozent) blickt auf ein „erfolgreiches" Jahr 1985 zurück. Sie festigte ihre führende Position als Umbauwerft und konnte ihre Kapazitäten „kontinuierlich gut auslasten". Der Schiffbaubetrieb erzielte im Berichtszeitraum einen Gewinn von 3 Mill. DM, der einen Ausgleich des Verlustvortrages des Vorjahres ermöglichte. Der Vorstand des Schiffbaubetriebes sieht der Entwicklung „mit vorsichtigem Optimismus" entgegen. Die Werft verfügt über einen Auftragsbestand, der die Auslastung bis 1987 gewährleistet.

Mit der Einbeziehung der Schichau Unterweser AG (SUAG), Bremerhaven (Anteil 89,7 Prozent), in die Vulkan-Gruppe hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 1985 auf der Grundlage einer konsolidierten Finanzstruktur und unter Ausnutzung der durch den Verbund gegebenen Voraussetzungen die Chance genutzt, weitere Aufträge zu akquirieren.

Neben dem Auftrag der European Ferries Group Plc, *Tonbridge*, über vier Großbauten von Fähren mit einem Auftragsvolumen von 136 Mill. DM wurde im vergangenen Dezember ein weiterer Großauftrag für zwei Fährneubauten mit einem Auftragswert von 295 Mill. DM gebucht. Damit ist die Beschäftigung der SUAG im Schiffsneubau bis ins vierte Quartal 1987 gesichert. Bei ausgeglichenem Bilanzergebnis im Berichtsjahr wurde eine Gesamtleistung von 136,7 Mill. DM erreicht.

ARIANESPACE / Technische Hochleistung und wirtschaftlicher Erfolg in der Raumfahrt – Erstmals Dividende

Kaum neuer Schub durch Pech der Amerikaner

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die europäische Trägerrakete Ariane ist nicht nur eine inzwischen weltweit respektierte technische Hochleistung, sondern auch ein wirtschaftlicher Erfolg, heißt es bei Arianespace in Evry bei Paris. Die vor sieben Jahren gegründete private Aktiengesellschaft französischen Rechts ist für die Produktion der Rakete, die Vorbereitung und Durchführung ihres *Starts sowie für die* Vermarktung der Startleistungen zuständig. „Wir betreiben hier keine Technologie um der Technologie willen", erklärte der Präsident von Arianespace, Frédéric D'Allest vor deutschen Journalisten unter Anspielung auf den kommerziellen Mißerfolg der französisch-britischen Concorde.

So kann die Gesellschaft für 1985 erstmals eine Dividende verteilen. Dafür werden 7,28 Mill. Franc aus einem Reingewinn von 21,6 Mill. Franc *bereitgestellt*, bei 185 Mill. Franc Rohgewinn und 1,4 Mrd. Franc Umsatz. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die europäische Raumfahrtagentur Esa die Entwicklungskosten für die Ariane trägt und die ersten acht von bisher 17 Starts finanziert hat. Außerdem stellt sie ihre Starteinrichtungen in Kourou (Französisch-Guyana) der Arianespace kostenlos zur Verfügung.

Gegenwärtig teilen sich das Aktienkapital der Arianespace von 270 Mill. Franc 36 Luft- und Raumfahrtgesellschaften und 13 Banken aus elf europäischen Ländern sowie die französische Raumfahrtbehörde CNES, welcher die technische Leitung des Ariane-Programms anvertraut ist. Frankreich hält insgesamt 59,25 Prozent des Kapitals. Die Bundesrepublik ist der zweitgrößte Aktionär mit einem Anteil von 19,6 Prozent. Das entspricht in etwa dem *deutschen Fertigungsanteil, der zu 43* Prozent von MBB/Erno, zu 42 Prozent von MAN und zu 15 Prozent von Dornier bestritten wird.

Seit der Gründung der Esa (1973) hat die Bundesrepublik für die Entwicklung der Ariane 570 Mill. DM an Staatsmitteln aufgebracht. Dem stehen „Rückflüsse" an die deutsche Industrie gegenüber, welche Arianespace für die Zeit von 198[illegible] bis 1995 auf 1,85 Mrd. DM (Wert 19[illegible]6) beziffert. Es handelt sich dabei um die Umsätze, welche *deutsche* Unternehmen im Rahmen des Ariane-Programms erzielen. Die Zahl der dafür eingerichteten Arbeitsplätze soll sich von zur Zeit 1100 auf 2000 im Jahre 1990 erhöhen – von 6000 auf 10 000 bei allen Partnern zusammen.

Von den bisher neun Ariane-Starts der Arianespace waren acht erfolgreich. Sie brachten insgesamt 14 Satelliten in den Weltraum. Für weitere 32 Satelliten liegen der Gesellschaft feste Startaufträge im Werte von rund 10 Mrd. Franc vor. Für dieses Jahr erwartet Arianespace bei sieben Starts eine Verdoppelung des Umsatzes auf 2,7 Mrd. Franc. Für 1987 werden 3 Mrd. Franc und für 1988 mindestens 3,2 Mrd. Franc Umsatz angestrebt. Dabei ist einkalkuliert, daß jeder 15. Start ein Fehlstart sein könnte, was eine Verzögerung des Programms um drei bis vier Monate bedeuten würde.

Wie weit sich die Marktchancen für Arianespace wegen der Unterbrechung des amerikanischen Raumfahrtprogramms infolge der „Challenger"-Katastrophe und der jüngsten Fehlschläge mit der Titan-Rakete verbessert, ist noch nicht zu übersehen. Die jüngsten Aufträge für drei japanische und einen britischen Satelliten, die ursprünglich mit dem Shuttle befördert werden sollten, gelangen erst in drei bis vier Jahren zur Ausführung.

Andererseits hat Arianespace ab 1990 mit dem Wettbewerb der Japaner und eventuell auch der Chinesen zu rechnen. Deshalb will die Gesellschaft trotz der derzeitigen Übernachfrage keine Kapazitätserweiterungen einleiten, die über die geplanten hinausgehen. „Das müßten wir aus eigenen Mitteln finanzieren, was ein zu großes unternehmerisches Risiko wäre", erklärt der deutsche Generaldirektor der Gesellschaft, Klaus Iserland.

Immerhin nutzt Arianespace die derzeitige „Atempause" zu Preisberichtigungen. Bisher mußte sie sich nach den Dollarpreisen der Nasa richten, die dank ihrer gewaltigen Staatsaufträge extrem niedrig festgesetzt worden waren. Seit dem amerikanischen Startverbot rechnet man auf der Basis des Ecu die Ariane-Preise entsprechend der Dollar-Abwertung hoch. Für die europäischen Kunden bleiben danach die Preise in nationaler Währung praktisch unverändert, während der Dollar-Kunde 20 bis 30 Prozent mehr bezahlen muß.

Bisher teilten sich Ariane und Shuttle den Weltmarkt für zivile Satelliten. Für die Zeit von 1988 bis 1992 wird unter Berücksichtigung anderer Anbieter ein Auftragsanteil von 36 bis 42 Prozent von Arianespace angestrebt. Von den für diese Zeit erwarteten Startaufträgen für insgesamt 113 Satelliten könnte Arianespace 41 bis 47 erhalten, heißt es. Die dann verfügbaren Startkapazitäten erlaubten den Abschuß von bis zu zehn Trägerraketen jährlich, die bis zu 25 Satelliten befördern könnten.

Gegenwärtig befindet sich Arianespace deutlich im Aufwind, wozu auch ihre kürzlich gegründete hauseigene Versicherungsgesellschaft beiträgt, die prämiengünstiger ist als die durch die amerikanische Unfallserie geschädigten internationalen Versicherungen.

GEBÄUDEREINIGER

Vorstoß in neue Gebiete

A. G. Bonn

Das Gebäu[illegible]iger-Handwerk will sich nicht län[illegible] mit seinem klassischen Aufgaben[illegible]ich zufriedengeben, sondern in [illegible] Gebiete vorstoßen. Wie der Bu[illegible]innungsverband in Bonn erklä[illegible], sehe man große Chancen in [illegible] Industriereinigung, Instandhaltu[illegible] und Wartung, aber auch in den [illegible]achungsdiensten.

Die über 2000 Betriebe [illegible]ses Gewerbes, das zu seinem Bed[illegible]rn der Mehrzahl der Bundesbürger [illegible]ht als Vollhandwerk bekannt ist, v[illegible]ichnen seit Jahren eine Aufwärt[illegible]wegung. Für 1986 wird eine Umsat[illegible]öhung von 4,32 auf 4,5 Mrd. DM [illegible]d eine Zunahme der Beschäftigten [illegible] von 387 000 auf 420 000 erwartet. 1[illegible] wurden rund 1860 Lehrlinge ausg[illegible]bildet, knapp 100 mehr als im Vo[illegible]jahr. Bundesinnungsmeister Günther Schneider meint jedoch, daß der Zulauf ohne das immer noch weitverbreitete Negativ-Image dieser Handwerkssparte größer gewesen wäre. Offensichtlich habe die relativ gute Ausbildungsvergütung die Steigerung der Lehrlingszahlen bewirkt.

Die Privatisierung der Gebäude-, Glas- und Fassadenreinigung – vor allem auch im Krankenhausbereich – schreitet bei Bund, Ländern und Kommunen voran, wenn auch regional sehr unterschiedlich.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hornschuch gibt 5 DM

Stuttgart (nl.) – Die Verwaltung der Konrad Hornschuch AG, Weissbach/Württ., schlägt der HV am 9. Juli 1986 vor, für 1985 eine Dividende von unverändert 5 DM je 50-DM-Aktie oder 10 Prozent auf das Grundkapital von 30,8 Mill. DM auszuschütten. Am Grundkapital ist die Kunz-Gruppe, Gschwend/Württ., mit 51 Prozent beteiligt.

Ausschüttung steigt

Hamburg (VWD) – Die mehrheitlich zur Thyssen AG gehörende Werft Blohm + Voss AG, Hamburg, erhöht für 1985 die Ausschüttung an die Aktionäre kräftig. Aus dem auf 16,3 (3,9) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß werden 9 Mill. DM zur Zahlung einer Dividende von 7 (6) Prozent und eines zusätzlichen Bonus von 3 Prozent auf das Grundkapital von 90 Mill. DM verwendet. Die restlichen 7,3 Mill. DM werden nach Abzug des zusätzlichen Steueraufwands von 2,3 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Der Umsatz im Konzern stieg um 13 Prozent auf 1,38 (1,22) Mrd. DM, der der AG auf 1,27 (1,1) Mrd. DM.

„Keine Entlassungen"

Bremen (WW.) – „Es wird keine Entlassung bei MBB in Bremen geben," widersprach der Präsident des Senats Klaus Wedemeier (SPD) der CDU nach Rücksprache mit den Vorständen des Luft- und Raumfahrtkonzerns. Allerdings sollen bis Anfang der 90er Jahre 100 Arbeitsplätze im Unternehmensbereich Transport durch Fluktuation abgebaut werden. Insgesamt 200 weitere Arbeitsplätze in der Verwaltung sollen zudem in allen norddeutschen MBB-Werken eingespart werden. Bis 1992 werden 120 weitere Tornados gebaut, außerdem sei der MBB-Vorstand fest entschlossen, die Fertigung der Flügel für den geplanten Bau der Airbusse 330 und 340 nach Bremen zu holen.

Gebe schüttet mehr aus

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung des Pharma-Großhandelsunternehmens Gehe AG, Stuttgart, schlägt für das Geschäftsjahr 1985 die Ausschüttung einer auf 16 (Vorjahr: 10) Prozent erhöhten Dividende vor. Wie aus der Tagesordnung zur HV am 2. Juli 1986 hervorgeht, steht ein Bilanzgewinn von 6,73 (3,54) Mill. DM zur Verfügung. Den Aktionären wird ferner die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 16,875 Mill. DM mit einer Ermächtigungsfrist bis zum 2. Juli 1991 vorgeschlagen. Die Gesellschaft hat zuletzt im März 1986 ihr Grundkapital um 10,125 Mill. DM auf 50,625 Mill. DM aufgestockt.

HEW erhöht

Hamburg (VWD) – Die Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW) erhöht die Dividende von 10 auf 11 Prozent. Der HV am 8. Juli wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn 1985 in Höhe von 50,7 Mill. DM für die Ausschüttung von 5,50 (5) DM je Aktie zu verwenden.

Computer für China

München (sz.) – Computersysteme für 18 Universitäten des Landes im Wert von über 50 Mill. DM hat die VR China bei der Siemens AG, Berlin/München, bestellt. Die Anlagen sollen hauptsächlich für Lehr- und Forschungszwecke auf den Gebieten Elektrotechnik, Maschinenbau sowie Hoch- und Tiefbau eingesetzt werden. Es ist der bislang größte EDV-Auftrag, den die VR China aufgrund einer internationalen Ausschreibung vergeben hat.

7 DM bei Pfaff

Kaiserslautern (dpa/VWD) – Die Pfaff AG, Kaiserslautern, schlägt für 1985 eine auf 7 (6) DM erhöhte Dividende vor. Das Grundkapital beträgt 54,8 (43) Mill. DM (HV am 24. Juli). Der Maschinenbau-Konzern liegt zu über 30 Prozent in Familien- bzw. Stiftungshand und zu rund 19 Prozent bei der Volksfürsorge Lebensversicherung.

Heidelzement hält

Heidelberg (dpa/VWD) – Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, wird für das Geschäftsjahr 1985 eine unveränderte Dividende von 7 DM zahlen (HV am 10. Juli). Das Grundkapital beträgt 130 Mill. DM.

VEGLA / Innovation als Antwort auf Überkapazitäten

„Schneller aus dem Tunnel"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Schneller als vor Jahresfrist gedacht, sieht der Geschäftsführungsvorsitzende Gerhard Cromme die Aachener Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH aus dem ertragsarmen Tunnel kostspieliger Umstrukturierung herausgekommen. Zwar beklagt der Chef des neben der zum englischen Pilkington-Konzern gehörenden Fürther Flachglas AG führenden deutschen Flachglasproduzenten (mit 400 Mill. DM Stammkapital bei Frankreichs St. *Gobain-Konzern)* weiterhin den blinden Eifer, mit dem mancherorts in Europa, trotz Überkapazitäten für die Basis aller Flachglaserzeugung, die Floatglas-Wannen, immer noch große und teure Neubauten betrieben werden.

Überkapazitäten mit Preisdruck-Konsequenz sieht er auch in weiten Bereichen der Baumarkt-Glasprodukte, die 1985 noch 40 Prozent des Vegla-Umsatzes brachten. Doch wichtiger als solche Sorgen wertet Cromme die nun erfolggekrönte Antwort auf den branchentypischen Überkapazitäten-Druck mit der Strategie, „über hochveredelte Funktionsgläser qualitatives Wachstum zu erreichen". Jüngstes Innovationsexempel: beschlagfreie Gläser sowohl für den Bau- als auch für den Autobereich (deutscher Marktanteil da 50 Prozent), der inzwischen für 60 (1984: 55) Prozent des Vegla-Umsatzes aufkommt und 1985 allein dafür sorgte, daß bei etwa 1 Mrd. DM Gruppenumsatz die industrielle Produktions-GmbH mit noch 4263 (4915) Beschäftigten – fast ein Drittel weniger als 1981 – ihren 1984 um 7 Prozent gesunkenen *Umsatz* wieder *um* 6,7 Prozent auf 785 Mill. DM steigerte.

Diese Wende soll sich 1986 mit bis zu 10 Prozent Umsatzplus fortsetzen. Deutlicher noch soll sie sich im Ertrag zeigen. Für 1985 weist die GmbH bei 76 (63) Mill. DM Netto-Cash-flow und 23 (16) Mill. DM Betriebsergebnis einen wiederum von der Mutter übernommenen Verlust von 5 (4,2) Mill. DM aus. Erklärt wird er mit Sonderlasten aus der Umstrukturierung, die auch mit nochmals hohen Sachinvestitionen von *116* (150) Mill. DM nun ihren „Scheitelpunkt" hatte.

Sonderlasten brachten neben den Sozialplänen die Anlaufkosten für den 200 Mill. DM teuren Ersatzbau der Floatglas-Wanne im Werk Porz und Sonderabschreibungen für die danach stillgelegten alten Wannen in Porz und Herzogenrath. Das sei ab 1986 ausgestanden. Verstärken aber werde sich nun der schon ab zweitem Halbjahr 1985 spürbare Erfolg einer grundlegenden Neuorganisation der Firma mit marktbezogen klarer Trennung zwischen den Bereichen Fahrzeug- und Bauglas.

SCHLEYER-STIFTUNG / 4. Innsbrucker Kongreß

Ist Konfuzius übertragbar?

THOMAS LINKE, Innsbruck

Wie sollen die Europäer auf die pazifische Herausforderung reagieren? Sollen wir in eine unreflektierte „Pazifik-Euphorie" verfallen und den Kopf in den Sand stecken? Oder sollen wir den konfuzianischen Konsensusgedanken kopieren? Diese Fragen beschäftigten den 4. Kongreß „Junge Wissenschaft und Wirtschaft" der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung in Innsbruck (WELT vom 23. 5.).

Von Pessimismus und Passivität hielt Alfred Herrhausen, Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank, überhaupt nichts. Von einer „sklerotischen Erstarrung" Europas könne

keine Rede sein, ebensowenig wie von einer allgemeinen technologischen Lücke zwischen Europa sowie den USA und Japan. Allerdings dürfe in der Mikroelektronik und der Biotechnologie nicht der Anschluß verpaßt werden, sagte Herrhausen bei der Podiumsdiskussion des Kongresses.

Unterstützt wurde der Deutsch-Bankier in seiner Auffassung von dem Verwaltungsratspräsident der Prognos AG, Peter G. Rogge, der den pazifischen Ländern Erfolge nur in „einigen wenigen Märkten" konstatierte. Vor allem wenn Europa auf seine „teuerste Ressource, den Intellekt", zurückgreife, sei es absolut konkurrenzfähig.

Auch die Irrwege im Konkurrenzkampf mit der pazifischen Region kamen zur Sprache. Herrhausen warnte vor der unreflektierten Förderung von spezifischen Unternehmensprojekten. „Es ist nicht einsichtig, wieso staatliche Beamte die Aussichten einzelner Forschungsvorhaben besser beurteilen können als die Unternehmer." Der Bankier malte das Risiko einer ungewollten dirigistischen Strukturpolitik an die Wand.

Ebenso erteilte Herrhausen jeder Form des Abschottung gegen die asiatische Konkurrenz eine Absage: „Europa muß sich dem Wettbewerb stellen." Nur mit globalem Marketing könne es gelingen, die für die Minimierung der Stückkosten kritische Masse zu erreichen.

Daß Großunternehmen nötig sind, um im Wettbewerb mit den Konkurrenten aus Japan, Korea, Taiwan oder Singapur zu bestehen, räumte Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes, ein. „Aber die Urzelle der Wirtschaftskraft sind unsere Klein- und Mittelbetriebe." Wenn deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt wirklich in einem harten Wettbewerb gerade auch mit den pazifischen Konkurrenten stehen, sei das deutsche Wettbewerbsgesetz flexibel genug, um auch Fusionen zuzulassen, meinte der Kartellamtspräsident. Als Beispiel nannte Kartte die Bereiche Werften und Flugzeugbau.

Kritisch setzte sich Kartte mit der Gemeinschaftsforschung auseinander. „Wenn das Ergebnis dann auch gemeinschaftlich verwertet wird, hat das schnell den Charakter einer neuerungsfeindlichen Sache." Vor einer unüberlegten Übertragung asiatischer Modelle auf Europa – Elisabeth Noelle-Neumann hatte auf eine wesentlich positivere Arbeitseinstellung bei Japanern hingewiesen – warnte Kartte: „Wir können Konfuzius nicht kopieren. Unsere Götter sind der Egoismus des einzelnen – von Smith bis Hayek."

KLEIN, SCHANZLIN UND BECKER / Interesse an französischem Pumpenhersteller

Finanzprobleme der Ölstaaten gespürt

JOACHIM WEBER, Frankenthal

Die Klein, Schanzlin und Becker AG (KSB), Frankenthal, schickt sich an, den französischen Pumpenhersteller Pompes Guinard S.A. zu 91,4 Prozent von 31,6 Mill. französischen Franc Grundkapital vom französischen Motorenhersteller Leroy-Somer zu übernehmen. Pompes Guinard ist mit einem Umsatz von 864 Mill. Franc im Stammhaus und mehr als 900 Mill. Franc (und 300 Mill. DM) in der Gruppe sowie einem französischen Marktanteil von 20 Prozent branchengrößtes Unternehmen in Frankreich.

Die Übernahme des 1450-Mitarbeiter-Unternehmens muß allerdings noch vom französischen Staat genehmigt werden. Vom deutschen Kartellamt erwartet der KSB-Vorstand keine Schwierigkeiten – Guinard ist am deutschen Markt kaum präsent. So soll die Akquisition KSB wesentliches neues Geschäftsvolumen und die Nutzung von Synergieeffekten bringen.

Zwar hat das französische Unternehmen in den letzten Jahren mit mageren Renditen und 1985 (nach einem groben Fehler im Spanien-Geschäft) sogar mit einem Verlust gearbeitet. Durch Einbringung von organisatorischem und technischem Know-how will KSB hier aber schon mittelfristig Abhilfe schaffen: Die „bedeutenden Vorteile aus der Akquisition" (Kaufpreis umgerechnet 60 Mill. DM) sollen sich schon ab 1988 „deutlich positiv" in den Unternehmenszahlen niederschlagen, so Finanzchef Kilian von der Tann. Schon 1985 hatte KSB mit der Übernahme des Pumpengeschäfts der Pompes Salmson einer ersten Schritt zur intensiveren Bearbeitung des Nachbarmarktes getan.

Im eigenen Geschäft hat der – spätestens nach dem Kauf von Guinard – weltgrößte Pumpenhersteller 1985 die Finanzprobleme der nah- und mittelöstlichen Ölstaaten zu spüren bekommen. Die Auftrags- und Umsatzausfälle in diesem Raum waren selbst durch spürbare Zuwächse in Westeuropa aber auch dem Rest der Welt nicht mehr voll auszugleichen. So ging der Umsatz um 2,4 Prozent auf 844 (864) Mill. DM zurück.

Das konnte nicht ohne Wirkung auf die Ertragsentwicklung bleiben: Das Betriebsergebnis ging um 29 Prozent auf 25 (35) Mill. DM zurück, das DVFA-Ergebnis im Vorjahr durch aperiodische Einflüsse besonders aufgebläht, um 32 Prozent auf 15 (22) Mill. DM. Daß der Jahresüberschuß auf 12 (11) Mill. DM sogar noch stieg, war vor allem auf den auf 14 (22) Mill. DM gesunkenen Steueraufwand zurückzuführen.

Die Investitionen des 6300-Mitarbeiter-Unternehmens hielten sich mit 36 (38) Mill. DM fast auf Vorjahresniveau. Auch für 1986 sind wieder 35 bis 40 Mill. DM vorgesehen. Nachdem die Auftragseingänge im ersten Quartal knapp über dem durch Großaufträge besonders hohen Vorjahresvolumen gelegen hatten, der Umsatz aber um fünf Prozent zurückfiel, erwartet Vorstandschef Wolfgang Kühborth für das Gesamtjahr keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

VERSEIDAG / Dividenden- und Kapitalerhöhung

Als Spezialist wieder gesund

Py. Düsseldorf

Nach der „als gefestigt anzusehenden Ertragsentwicklung" wird die Verseidag Vereinigte Seidenweberei AG, Krefeld, die nach zwölfjähriger Pause im Vorjahr gezahlte „Anlaufdividende" von 2,50 DM je 50-DM-Aktie 1985 auf 3,50 DM (zuzüglich 1,97 DM Steuergutschrift) erhöhen. Auch dies, so machte der Vorstand deutlich, ist für die nächsten Jahre nicht das letzte Wort.

Der nach Jahren der Umstrukturierung wieder gesundete Hersteller von Heim- und Industrietextilien sowie Futter- und Krawattenstoffen schlägt der Hauptversammlung am 1. Juli vor, ein genehmigtes Kapital von 10 Mill. DM zu den bestehenden 20 Mill. DM zu schaffen. Das Kapital liegt zu 80 Prozent im Familienbesitz. Der Vorstand gab zu erkennen, daß ein Teil des genehmigten Betrags vielleicht schon im laufenden Jahr in Anspruch genommen wird. Und auch eine weitere Dividendenerhöhung kann möglich werden, wenn sich bisheriges Umsatzwachstum und die Ertragsentwicklung durchhalten lasse.

Daß sich die „Verseidag" (wie künftig der Name ohne alles Beiwerk lauten soll) längst nicht nur auf Heimtextilien (20 Prozent vom Gruppenumsatz) Seide und Futterstoffe stützt (40 Prozent), dokumentiert die Tatsache, daß man inzwischen überwiegend technisch-orientierter Zulieferspezialist (40 Prozent vom Gruppenumsatz) geworden ist. Jede zweite Umsatzmark kommt aus dem Ausland.

Der Umsatz der Verseidag-Gruppe (Konzern- und Auslandsgesellschaften konsolidiert) stieg 1985 um 12,2 (12,4) Prozent auf 321 Mill. DM. Im Inland wuchs der Umsatz um 5 Prozent. Für den Konzern errechnete sich ein Brutto-Cash flow von 18,3 (20,2) Mill. DM. Das Betriebsergebnis betrug 6,4 (14,2) Mill. DM, der Jahresüberschuß 2,8 (4,6) Mill. DM. Der geringere Ausweis der Ergebniswerte ist eine Folge von Maßnahmen zur inneren Stärkung des Unternehmens. Die Eigenmittel machen 15,6 (nach 18,3) Prozent der Bilanzsumme aus. Die Anlagendeckung liegt bei 139 (131) Prozent. Im laufenden Jahr werden in der Gruppe 25 (24) Mill. DM investiert.

WASAG-CHEMIE / Nachhaltig gute Ertragslage auch für das laufende Geschäftsjahr

Abermals Zuschlag auf die Dividende

J. G. Düsseldorf

Mit der für 1985 vorgeschlagenen Dividendenerhöhung um weitere 4 (8) DM auf nun 20 DM je 100-DM-Aktie zeigt die Essener Wasag-Chemie AG ihren Aktionären erneut, daß die 1983 geglückte Wende aus langer Verlustperiode nachhaltig ist (Hauptversammlung am 11. Juni). Ein ähnlich gutes Ergebnis kündigt der Vorstand auch bereits für 1986 an. Die Holding von zwei Produktionstöchtern mit Schwerpunkt in der Munitions- und Sprengmittelfertigung (Mehrheit von 15 Mill. DM Aktienkapital bei der Essener Bohlen Industrie GmbH) hat in ihrem kleinen Konzern zwar noch Schwachstellen, doch das Positive überwiegt.

Nach 13 (7) Mill. DM EEV-Steuern, durch Aufzehren steuerlicher Verlustvorträge erhöht und in 17,2 (13,6) Mill. DM „sonstigen Erträgen" aus entsprechenden Konzernumlagen alimentiert, zeigt die Holding einen konstanten Jahresüberschuß von 5,9 Mill. DM, von dem noch 2,9 (3,5) Mill. DM in nun 10,9 Mill. DM Rücklagen gehen.

Die Produktionsgesellschaften nebst ihren Beteiligungen (größte ist die WNC-Nitrochemie, Aschau, mit 154 nach 152 Mill. DM Umsatz) brachten 198 (196) Mill. DM Außenumsatz mit abermals 38 Prozent Exportanteil. Die Belegschaftszahl sank auf 1082 (1091) Mitarbeiter, die Sachinvestitionen (Rationalisierung und Umweltschutz) stiegen auf 8,3 (6,7) Mill. DM.

Die Holding vereinnahmte 9,6 (10,1) Mill. DM Netto-Organschaftserträge gegenüber 3,1 (0,3) Mill. DM Organverlustübernahme. Diese stammte aus (inzwischen behobenen) „Schwierigkeiten im Produktionsverlauf" bei der Sprengstofftochter Sythen GmbH, Haltern (39 nach 40 Mill. DM Umsatz).

Für den wegen Zugehörigkeit zum Bohlen-Konzern ohne eigenen (Teil-) Konzernabschluß publizierenden Wasag-Kreis ist die insgesamt gute Ertragslage noch besser als der im Holding-Abschluß sichtbare Teil zu vermuten. Denn der Nitrochemie wurden vor Gewinnabführung diesmal 4 (3) Mill. DM zur Eigenmittelstärkung auf jetzt 27 Mill. DM belassen. Die günstige Entwicklung beruhe hier auch darauf, daß der Personaleinsatz je nach Lieferbedarf und Produktmix „variabel" gestaltet werde.

INTERVITIS '86 / Leistungsschau mit Ausstellerrekord

Stuttgart – Nabel der Weinwelt

gü, Stuttgart

Mit einem neuen Ausstellerrekord wartet die krisengeschüttelte Weinwirtschaft auf der Intervitis '86 im Stuttgarter Messezentrum auf. Rund 800 Unternehmen und Institutionen aus über 20 Ländern beteiligen sich an der Leistungsschau für Weinbau, Kellerwirtschaft, Abfüll- und Verpackungstechnik, die heute in Verbindung mit dem 52. Deutschen Weinbaukongreß eröffnet wird. Einkäufer aus Handel und Gastronomie können sich gegen Ende des einwöchigen Veranstaltungsreigens im Rahmen der zweiten Deutschen Weinfachmesse über 1081 Weine aus dem In- und Ausland informieren.

Die Konzeption der Intervitis, die den Weg des Weines vom Rebstock bis ins Glas beschreibt, ist weltweit ohne Beispiel. Lehrschauen, Fachdemonstrationen und Kongreßveranstaltungen ergänzen die Ausstellung modernster Maschinen für Winzer, Kellerwirtschaft und Getränkeindustrie. Die eigentliche Industrieschau, dargeboten auf 60 000 Quadratmeter Hallen- und Freifläche, wird von insgesamt 560 Ausstellern, darunter 154 aus dem europäischen Ausland und aus Übersee, beschickt.

Mehr auf den breiten Publikumsgeschmack zugeschnitten ist die traditionelle „Flüssige Lehrschau" in den Messehallen 8 und 9. Dort kann in Europas größtem Weindorf das Endprodukt – über 100 sortentypische Weine der elf deutschen Anbaugebiete und zahlreiche ausländische Weinbauerzeugnisse – verkostet werden.

FINANZANZEIGEN

ALLIANZ LEBEN HV / Erfreuliches Kostenbild

Neugeschäft zieht deutlich an

nl. **Stuttgart**

Bei der Allianz Lebensversicherungs AG, Stuttgart, zog das Neugeschäft im Monat April dieses Jahres, nachdem es aus der Sicht der Verwaltung im ersten Quartal noch Wünsche offen ließ, deutlich an. Wie Vorstandsvorsitzender Uwe Haasen vor der Hauptversammlung in Stuttgart weiter ausführte, stehe dabei einem erneut *sinkendem* Neugeschäft bei vermögensbildenden Versicherungen eine überdurchschnittliche Entwicklung beim Verkauf kapitalbildender Verträge gegenüber. In *diesem Bereich habe das Institut in den* ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres eine um 7,4 Prozent höhere Versicherungssumme abgeschlossen. Auch das Firmengeschäft habe sich „erfreulich" entwickelt.

Da der Höchstbeitrag in der Angestelltenversicherung für den Zeitraum bis Ende Mai stärker zunahm als im Vorjahr, werden die Anpassungen in dieser Zeitspanne über denen des Vorjahres liegen. *Auf diesen Effekt ist es zurückzuführen*, daß das gesamte Neugeschäft der Allianz Leben der Versicherungssume nach in den ersten vier Monaten um 7,6 Prozent anstieg. Haasen prognostiziert im übrigen ein „erfreuliches" Kostenbild für das laufende Jahr. Trotz gesunkenen Zinsniveaus am Kapitalmarkt rechne die Verwaltung insgesamt wieder „mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis".

Im allgemeinen Teil seiner Rede konstatierte Haasen, daß die Diskussion um die Entwicklung der Sozialversicherung *zum Wachstum* und zum Gewicht der privaten Sicherungssysteme beitrage. An die Bonner Adresse richtete Haasen die Mahnung, bald in der Sozialpolitik eine klare Aussage *dahingehend zu* treffen, wie die Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung aussehen soll. Für 1985 schüttet die Allianz Leben eine Dividende von wieder 9 DM je Aktie auf 130 Mill. DM *Grundkapital* aus.

READYMIX / Mit einem Kraftakt Anpassung an den geschrumpften Baumarkt

Steiler Absturz in die roten Zahlen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Vorbei sind für die Aktionäre der Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen, vorerst die Glanzzeiten stattli*cher Dividende, die zuletzt noch 1984* mit 23 (28) Prozent für 100 Mill. DM Aktienkapital gezahlt wurde. Das weitaus größte Unternehmen im deutschen Transportbetonmarkt (zu 63,6 Prozent bei der Londoner RMC-Gruppe, zu je 12,72 Prozent bei Klöckner & Co. KGaA und Raab Karcher AG, zu 10,96 Prozent bei Rheinische Kalksteinwerke GmbH) mußte dem 1985 rasanten Niedergang der deutschen Bauwirtschaft kräftig Tribut zollen.

Bruno Baumgarten, im letzten Herbst aus dem Aufsichtsrat in den Vorstandsvorsitz übergewechselt, rafft die entscheidenden Daten des branchentypisch Mitte 1984 einsetzenden Niedergangs für die 18 Monate bis Ende 1985 für den Readymix-Konzern zusammen: Produktions*rückgang bei Beton um 20 Prozent*, bei Kies um 16 und bei Zement um 12 Prozent. In Anpassung an den für nachhaltig angesehenen Nachfrageschwund des geschrumpfter Bauindustrie reduzierte Readymix die Zahl der Transportbetonwerke auf 258 (267), von denen 27 (25) „vorläufig stillgelegt" wurden, die Zahl der Fahrmischer und Betonpumpen auf knapp 1200 (15[illegible]) und setzte 600 der 2800 Mitarbeiter frei.

Das kostete, vor allem für Sozialpläne, 22 Mill. DM. Das aus 997 (1102) Mill. DM Konzernumsatz nach nur noch 7,5 (29,3) Mill. DM Steuern erzielte Konzernergebnis landete nach 37,1 Mill. DM Vorjahresgewinn bei 3,2 Mill. DM vorgetragenem Verlust. Vom Haupterzeugnis Transportbeton wurden nur noch 6,9 ([illegible]) Mill. cbm produziert, daneben 10,[illegible] (10,4) Mill. t Kies/Sand/Splitt und 1,2 (1,3) Mill. t Zement nebst Nebenprodukten.

Nach dem Kraftakt sieht Readymix die eigenen Kapazitäten einem Markt angepaßt, der sich nun wohl beim *1985er Verbrauchsniveau von gut 40* Mill. cbm Transport beruhigen werde. Die Kapazität der Branche aber liege immer noch bei 80 Mill. cbm, da die Konkurrenten nicht abbauten und zum Teil sogar noch erweiterten. „*Jetzt werden wir* unseren Marktanteil mit äußerster Entschlossenheit verteidigen", verkündet Baumgarten als Kampfansage an die säumigen Anpasser.

Vor allem wohl deshalb denkt man bei Readymix für 1986 nur an Tilgung des Verlustvortrages aus konstantem Betriebsergebnis, obwohl die Sonderlasten des Kapazitätsabbaus vorbei sind. Die Rückkehr zur Dividende sei erst für 1987 „denkbar". Anders und schöner lief es auch 1985 beim Londoner Hauptaktionär, in dessen zu 55 Prozent von Auslandstöchtern stammenden Gruppenumsatz von 1,37 (1,17) Mrd. Pfund die Bundesrepublik der größte Auslandsmarkt ist. Die RMC-Dividende wurde auf 14 (13) Pence je 25-Pence-Aktie erhöht, was wiederum kaum ein Drittel des auf *41,8 (40,1) Mill. Pfund verbesserten* Reingewinns erforderte.

KRUPP-SCHMIEDETECHNIK / Wichtiges Standbein

Weltweit führende Rolle

ews. **Homburg**

Mit einem Umsatz von 800 Mill. DM jährlich ist der Gesenkschmiede-Bereich im Essener Krupp-Konzern (Umsatz über 20 Mrd. DM) ein wichtiges Standbein. Wie Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Holding Fried. Krupp GmbH, erläuterte, habe diese Sparte weltweit eine führende Rolle. Das bedeutendste Produkt sind Kurbelwellen für Dieselmotoren in Pkw und Lkw sowie in Land- und Baumaschinen mit einem Umsatzanteil von rund 70 Prozent und einer Fertigung von 2 Mill. Stück.

Obwohl es der Gesenkschmiede-Branche wegen der Konkurrenz von billigeren, gegossenen Kurbelwellen, aber auch konjunktureller Einbußen bei einigen Abnehmergruppen nicht so gut geht, so Scheider, leisteten die drei Krupp-Töchter Gerlach-Werke GmbH, Homburg (Umsatz rund 300 Mill. DM mit rund 1700 Mitarbeitern), Krupp Brüninghaus GmbH, Werdohl (140 Mill. DM mit 2100 Mitarbeitern) und Krupp Metalurgica Campo Limpo Ltda, Brasilien (360 Mill. DM, 3400 Beschäftigte), einen positiven Beitrag zum Konzern-Ergebnis. Den Wettbewerbsdruck haben die Unternehmen bisher erfolgreich durch Einführung neuer kostengünstiger Werkstoffe (mikrolegierte Stähle), neue *Fertigungsmethoden* und *umfassende* Rationalisierungen erfolgreich bestanden, so Scheider.

Nach geplanten Investitionen zwischen *50 und 100* Mill. DM *in Brasilien* sollen verstärkt US-Unternehmen beliefert werden, die zunehmend auf dem kostengünstigen brasilianischen Markt produzieren. Damit werde *der Vorteil*, an günstigen Standorten zu produzieren, genutzt. Forciert wird auch der Anteil von einbaufertig bearbeiteten Kurbelwellen, der bislang erst 20 Prozent erreicht. Deshalb haben die Gerlach-Werke 1985 die französische Mavilor (Umsatz rund 70 Mill. DM) erworben.

In den letzten Jahren kontinuierlich recht zufriedenstellende Ergebnisse, so *Geschäftsführer Reinhard* Bauerschmidt, haben auch die Gerlach-Werke ausgewiesen, an deren Stammkapital von 37 Mill. DM die Krupp-Stahl AG, Bochum, seit 1978 zu 58 Prozent beteiligt ist. Der Rest ist im Besitz der Familie Gerlach. Bei einem Exportanteil von 30 Prozent werden jährlich 1,3 Mill. Kurbelwellen hergestellt. Damit reklamiert Gerlach den zweiten Rang auf dem Weltmarkt hinter dem japanischen Produzenten Sumitomo mit geschätzt 3 Mill. Kurbelwellen.

MÄRKLIN / Von den hohen Absatzzahlen „überrascht"

Digitale Umsatz-Lokomotive

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Das vor nunmehr 14 Monaten von der Gebr. Märklin GmbH & Cie., Göppingen, eingeführte elektronische Steuerungssystem „Digital HO" hat sich für die Umsatzentwicklung dieses führenden Modellbahnbauers *als zusätzliche zugkräftige* Lokomotive erwiesen. Immerhin wurden in dieser Zeitspanne 14 000 Zentraleinheiten abgesetzt, wobei man, wie Vorstandsmitglied Wolfgang Huch einräumte, „gegenüber den Planungen deutlich überrascht" worden sei. In diesem Jahr will Märklin das Digital-System um das elektronische Stellpult „memory" erweitern, ein erster Schritt zu einer universellen Steuerung für alle Modellbahn-Systeme und -Spurbreiten.

Das Geschäftsjahr 1985 brachte für Märklin einen Umsatzzuwachs von 10,3 Prozent (real 7 Prozent) auf knapp 153 Mill. DM. Der Auslandsanteil am Umsatz nahm auf 22,1 (20,5) Prozent zu. Trotz aller Anstrengungen in der Produktion sanken die Fertigwarenbestände weiter ab. Bis zum Sommer dieses Jahres will man mit Hilfe weiterer Maßnahmen zur Rationalisierung und Automatisierung in der Produktion sowie durch verstärkte Zuhilfenahme von Zulieferungen von außen die Lieferengpässe beseitigt haben.

Mit rund 80 Prozent Anteil am Umsatz *ist das Programm „HO" nach* wie vor der wichtigste Umsatzträger des Familienunternehmens. Im Hinblick auf die digitale Steuerung der Modelleisenbahn stehe man bei der Entwicklung *des Marktes erst am* Anfang. Das Potential für die eigene Produktion beziffert Märklin auf etwa 4 Mill. HO-Anlagen für digitale Steuerung, 20 Mill. HO-Lokomotiven für den digitalen Decoder-Umbau sowie 50 Mill. HO-Artikel für digitalen Decoder-Anschluß. Derzeit führen rund 1100 Fachgeschäfte im In- und Ausland das neue System.

Das Ergebnis bezeichnet Märklin zwar als „voll ausreichend, aber immer noch nicht ganz befriedigend". Investiert wurden im Berichtsjahr 11 Mill. DM – deutlich mehr als abgeschrieben wurde. Für das laufende Jahr sind 12 Mill. DM vorgesehen. Prognostiziert wird ein weiteres Umsatzwachstum auf rund 160 Mill. DM.

Das Interesse an der Modellbahn *ist nach den Feststellungen* des Unternehmens ungebrochen, wobei das elektronische Steuerungssystem zusätzliche Impulse gebe. Neben den Vertriebsgesellschaften in der Schweiz und den USA wurde in diesem Jahr in Belgien eine weitere etabliert, eine Vertriebstochtergründung in Frankreich steht bevor. Die Zahl der Beschäftigten stieg auf 1900 (1800) Mitarbeiter.

WICKRATHER / Nur die Minderheits-Aktionäre erhalten noch einmal Dividende

Wieder Verlust durch Bauschwäche

Py. **Düsseldorf**

Ein weiteres Jahr läßt der Großaktionär der Wickrather Handels- und Beteiligungs AG (WHB), Mönchengladbach, die britische Bowater Corp., die noch verbliebenen Minderheitsaktionäre nicht leer ausgehen. Bei eigenem Verzicht auf eine Ausschüttung wird den Aktionären für 1985 erneut eine Ausschüttung von 3 DM je Aktie vorgeschlagen (Hauptversammlung am 25. Juni).

Der nach einem Gewinn von 1,6 Mill. DM im Jahr zuvor entstandene Verlust von 4,7 Mill. DM wird aus den freien Rücklagen gedeckt. Neben dem neuerlichen Fehlbetrag der WHB AG, *die als Holding der im Le*der- und Industriesektor tätigen Gruppe fungiert, hat sich der Teilkonzernverlust auf 7,5 (6,1) Mill. DM erhöht.

Zu der allgemein schwierigen Situation im Baubereich haben Sondereinflüsse im PVC-Bauelementebereich zu einer Ergebnisbelastung geführt. Bei Wickrather Leder fiel der Großauftrag eines Staatshandelslandes ersatzlos weg. Die Gruppe verringerte 1985 ihren Umsatz auf 126 (147) Mill. DM. Das war hauptsächlich eine Folge des Verkaufs der beiden Tochtergesellschaften Bolta-Werke und Roplasto-Bolta. Damit hat sich gegenüber 1984 die Abhängigkeit vom Baubereich von 64 auf 76 Prozent erhöht.

Angesichts einer eher auf der Stelle tretenden Baukonjunktur wird für die WHB 1986 viel davon abhängen, wie sich der PVC-Bauelementebereich behauptet. „Bisher eingeleitete Maßnahmen zielen", so der Vorstand, „auf eine Eingrenzung der marktgegebenen Risiken, die Vermeidung voreiliger Marktengagements und die Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation ab."

1985 wurden 6,4 (4,3) Mill. DM investiert, denen Abschreibungen von 4,7 (5,9) Mill. DM gegenüberstanden. Schwerpunkt der Investitionen war wieder der PVC-Bauelementebereich. Die Mitarbeiterzahl sank durch das Ausscheiden der Bolta-Gruppe von 872 auf 629. 1986 soll die Gruppe wieder *in eine positive* Ertragslage zurückfinden.

NAMEN

Friedrich Horcher, Weinbrennerei Otto Lörch, Bühl/Baden, und Vorstandsmitglied des Verbands Deutscher Weinbrennereien, Wiesbaden, feiert heute seinen 65. Geburtstag.

Dr. **Helmut Nieland**, Sprecher der Geschäftsleitung der Bankhaus Hermann Lampe KG, Düsseldorf, vollendet am 28. Mai 1986 sein 60. Lebensjahr.

Axel Gropp, Vorstandsmitglied der Isola Werke AG, Düren, und seit Januar 1985 gleichzeitig im Vorstand der Preßwerk AG, Essen, schied aus dem Vorstand der PAG aus und wurde in den Aufsichtsrat berufen.

Dr. **Horst Hoffmann** (47), seit 1977 Vorstandsmitglied der Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund/München, ist als Nachfolger des erst kürzlich verstorbenen Dr. **Heinz Bach** zum Vorstandsvorsitzenden des Continentale/Europa-Versicherungsverbundes bestellt worden.

Dr. **Hans Günther Schönmann**, Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Vereinsbank, vollendete am 24. Mai 1986 sein 65. Lebensjahr.

Müller-Weingarten voll ausgelastet

nl. **Stuttgart**

Bei der Maschinenfabrik Müller-Weingarten AG, Weingarten, einem der führenden Hersteller von großen Pressen, sichert nach Angaben der Verwaltung der derzeitige Auftragsbestand die Vollbeschäftigung bis in das Jahr 1987 hinein. Auch mittelfristig lasse lebhafte Auftragstätigkeit ausreichende Orders erwarten. Gegenüber 1985 wird mit einer höheren Gesamtleistung und einem besseren Ergebnis gerechnet.

Im Berichtsjahr 1985 hatte das Unternehmen seine Gesamtleistung um 27,6 Prozent auf 311 Mill. DM ausgeweitet, die Umsatzerlöse stiegen um 24,5 Prozent auf 282 Mill. DM. Zwar trat eine leicht positive Entwicklung der Ertragslage ein, gleichwohl blieb das Ergebnis aber faktisch ausgeglichen, so daß wie im Vorjahr eine Dividendenausschüttung entfällt. Am *Grundkapital von 21 Mill. DM ist die* Fritz Müller GmbH & Co., Esslingen, mit über 80 Prozent beteiligt. Investiert wurden im Berichtsjahr 10,4 (5,7) Mill. DM und abgeschrieben 5,6 (4,8) Mill. DM. Eine Minderheitsbeteiligung besteht an der italienischen Firma Zetaquattro S. p. A., Frosinone. Das Weingartener Unternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt über 2200 Mitarbeiter.

DEVK-VERSICHERUNGEN / „Jahrhundertergebnis" trotz kleinerer Zielgruppen

Auf zwei Gleisen im Lebensgeschäft

HARALD POSNY, **Köln**

Die Kölner DEVK-Versicherungs-Gruppe, ursprünglich reiner Eisenbahner-Versicherer und in Teilbereichen erst seit knapp zehn Jahren auch für die allgemeine Kundschaft zugänglich, plant im Jahr 1988 die Gründung einer jedermann *zugänglichen* Lebensversicherung. Damit würde sich das Lebensversicherungsgeschäft wie bereits die Schadenversicherung künftig „zweigleisig" wei*terentwickeln. Beide gehören* zu den kosten- und prämiengünstigsten Gesellschaften am Markt.

Vorstandsvorsitzender Michael Pickel hält das aus zwei Gründen für sinnvoll und *notwendig: einmal* wird die Zielgruppe Bundesbahner „wegen der Gesundschrumpfungspolitik der Bundesbahn" (Pickel) von derzeit 300 000 (70er Jahre: 500 000) aktiver Bundesbahner auf mittelfristig 230 000 absinken. Das bedeutet einschließlich der in den Versicherungsverein (VVaG) aufnahmeberechtigten Familienangehörigen ein Kundenpotential von 1,8 Mill. Personen. Zum anderen ist zwar dieser VVaG berechtigt, zehn Prozent Nicht-Bundesbahner aufzunehmen, aber deren Zahl von rund 130 000 wird in zwei Jahren nahezu ausgeschöpft sein.

Vor diesem Hintergrund einer schrumpfenden Zielgruppe überrascht das „Jahrhundertergebnis" des Lebensversicherers, dessen Außendienst (570 hauptberufliche Verkäufer, davon 215 im Angestelltenverhältnis sowie *12 000* nebenberufliche geschäftsanbahnende und beratende „Ortsvertrauensleute") durch das Jubiläum freilich zusätzlich motiviert war.

Neben *dem* den Branchendurchschnitt (vier Prozent) sprengenden Wachstum im Neugeschäft wurde auch die höchste Quote an Gewinnbeteiligung seit Gründung erzielt, ein Wert, der Vergleichbares in der Branche sucht: 64 Prozent der Beiträge fließen an die Versicherten zurück. „Jahrhundertergebnisse" verpflichten: 1986 wird für alle Kapitalversicherungen ein Sonderbonus von 115 Mill. DM ausgeschüttet.

Das Prämienwachstum des nur Bundesbahnern zugänglichen drei Jahre jüngeren DEVK-Sach und HUK VVaG bezeichnete Pickel als „nicht berauschend", zumal vieles davon aus Prämien- und Summenanpassungen stammt. Zum „Klassenhaß" reizen nachgerade die 36 (37) Mill. DM *an technischen Gewinnen*, 13 Prozent des auf 285 (277) Mill. DM gestiegenen Brutto-Prämienaufkommens. Allerdings: Vom Gesamtüberschuß von 25,5 (25,5) Mill. DM stammen 20 Mill. DM aus Gewinnabführung der jedermann zugänglichen Komposit-Tochter DEVK-Allgemeine Versicherung AG, die mit ihren zehn Jahren längst die Mutter an Prämienaufkommen (siehe Tabelle) überholt hat und die umsatzstärkste Gesellschaft im Viererkreis einschließlich Rechtsschutzversicherung ist. Vom technischen Überschuß von 24 (13) Mill. DM müssen fast 22 Mill. DM in die Schwankungsrückstellung eingestellt werden, weil nach den Aufsichts-Richtlinien relativ junge Gesellschaften in Verbindung mit dem Schadenverlauf der gesamten Branche für potentielle Schäden reservieren müssen.

Das 1. Quartal 1986 brachte dem Lebensversicherer ein Neugeschäftsplus von 15 Prozent sowie ein Prämienwachstum von 8,1 Prozent auf 84 Mill. DM, die Kompositversicherer steigerten das Prämienaufkommen um 4,4 Prozent auf 323 Mill. DM.

DEVK Allgemeine	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	385	+ 14,1
Nettoprämie [1]	318	+ 15,3
Auf.f. Vers.-Fälle	[illegible]	+ 6,2
Vers.techn. Ergebnis [2]	+ 2,6	(+ 2,2)
Kapitalanlagen [3]	289	+ 33,8
Kapitalerträge [4]	24	+ 20,0

in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Selbstbeh.-Qu.(%)	82,6	81,9	81,6
Schadenquote	89,8	75,8	80,2
Verw.-Kostenquote	18,2	17,1	16,5
Rückstellg.-Qu. [5]	68,3	61,4	54,6
Eigenkapitalqu.	25,6	29,5	20,3

[1] Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Zuführung von 21,8 (10,9) Mill. zur Schwankungsrückstellung; [3] ohne Depotforderungen; [4] netto; [5] vers. techn. Rückstg.

DEVK Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	10 184	+ 8,0
Eingel. Neugeschäft	1 319	+ 18,2
Beitragseinnahmen	319	+ 6,7
Aufw.f. Vers. Fälle	134	– 0,4
Kapitalanlagen [1]	3 416	+ 7,5
Kapitalerträge [2]	251	+ 11,6
Aufw.f.Beitr.-Rückerst.	153	+ 3,4
Direktgutschrift	50	+ 39,0
Rückst.f.Beitr.-Rückerst.	619	+ 7,8

in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Stornoquote	4,1	3,8	3,6
Verw.-Kostenqu. [3]	6,4	6,5	7,0
Abschl.Kostenqu. [4]	28,6	26,8	25,9
Überschußquote [5]	65,9	63,2	64,3

[1] ohne Depotforderungen; [2] Durchschnittsrendite: 7,6 (7,5) Prozent; [3] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [4] in Promille d. eingel. Neugesch.; [5] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Inlandszertifikate

	Ausg. 26.5.	Rückn. 26.5.	Rückn. 23.5.
AAR-UNIV.F.I	167,81	158,35	unerh.
Adifonds	69,46	66,15	66,40
Adirenta	25,86	24,35	24,32
Adirewa	105,48	100,47	100,01
Aditec	112,88	107,45	106,28
Adiverba	185,70	175,05	174,36
Aegis Erk.-Fds.	39,86	37,95	37,83
Aegis Wachst.-Fds.	65,67	62,55	62,55
AGI Fonds	171,10	162,95	162,95
Akkumula	208,15	198,24	196,29
Albingia Rendite Fds.	51,46	49,57	49,52
Alla Kapital Fds.	37,41	34,78	34,98
Allianz-Rentenfonds	124,20	121,17	121,13
Analytik Fonds	35,45	32,97	32,97
Aru-Rendit.	58,78	56,74	56,70
AriDeka	56,64	54,57	54,55
Assecura I	89,32	88,80	88,80
Austr. Pazifik	52,69	51,16	50,15
Berenberg-U-Fonds	425,76	411,42	410,94
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,65	51,10	51,10
Berenberg-U-Renten	124,12	121,89	121,05
BW-Renta-Univ.	54,25	52,95	unerh.
BW-Wertberg-Univ.	130,05	125,35	unerh.
Colonia Rentenfonds	51,47	49,72	49,67
Concentra	37,25	34,34	34,54
dbi-Fonds V I	–	58,76	58,76
DekaFonds	53,65	50,97	51,25
DekaRent	33,73	32,75	32,76
DekaSpezial	254,30	241,59	234,16
Dekatresor	61,59	59,20	59,87
DespaFonds	84,11	79,91	79,91
DEVIF-Invest	104,00	99,01	99,45
DEVIF-Rent	56,50	54,77	54,69
DIFA-Fonds	187,30	177,80	177,80
DIFA GRUND	104,72	99,48	99,48
DIT Fonds f. Verm.	67,84	64,19	unerh.
DIT Rohstofffonds	73,67	71,52	70,35
DIT Pazifikfonds	112,01	108,75	106,69
DIT Spezial	70,94	68,87	68,75
DIT Technologiefonds	86,64	84,12	83,01
DIT Fds.f WdLu.Opt.A	135,34	132,04	130,44
Dt. Rentenfonds	84,48	82,82	82,79
Dt. Vermögensb. Fds. A	39,45	37,57	37,45
dgl. I	52,73	50,22	50,48
dgl. II	27,89	27,08	27,04
DWS Bayern Spezial	100,05	95,26	95,19
DWS Energiefonds	87,80	85,66	85,34
DWS Provesta	82,85	78,89	79,85
DWS Rohstoff Fds.	79,55	77,59	76,64
DWS Technologie Fds.	94,40	92,07	91,75
Fondak	72,99	69,51	69,98
Fondirent	89,20	86,60	86,34
Fondis	67,79	64,56	64,26
Fondra	115,15	109,67	110,15
FT Accuzins	142,71	138,55	138,44
FT Am Dynamik	25,62	23,44	23,28
FT Frankf. Eff. F	141,41	134,53	134,38
FT Interspezial I	29,32	26,85	26,65
FT Interspezial II	33,95	31,06	30,88
FT Interzins	45,45	44,13	44,10
FT Nippon Dynamik	92,75	84,87	85,77
FT Re-Spezial	192,63	183,00	182,85
Gerling Dynamik	70,86	67,81	67,56
Gerling Rendite	54,53	54,88	54,76
GKD-Fonds	75,45	72,54	72,59
Gotharent	100,62	97,12	97,06
Grundbesitz-Invest.	73,50	69,95	69,95
Grundwert-Fonds	132,89	125,96	125,96
Hag.-M. Rentenfonds	58,80	56,54	56,57
Hansainternational	56,06	54,94	54,66
Hansaprofit	–	29,02	29,06
Hansarenta	49,90	47,25	47,23
Hansasecur	68,20	64,95	64,77
Hansazins	49,91	48,27	48,21
Haus-Invest	71,50	68,21	68,21
HI-Fonds Nr. 1	115,70	110,10	110,10
dgl Nr. 2	74,80	71,20	71,20
Industria	64,27	62,48	62,44
INKA-Global	86,40	82,10	81,80
INKA-Rent	55,70	53,80	53,90
INKA-Re-Invest	137,90	133,80	133,80
Investa	73,50	71,67	71,64
Interglobal	156,54	151,98	150,97
Inter-Renta	41,85	39,85	unerh.
Intervest	105,85	100,01	97,02
Interkapital	29,10	27,30	27,20
Int. Rentenfonds	86,84	84,72	84,12
Investa	69,15	65,86	64,24
Investors Fds.	16,31	15,16	15,13
Iverafonds	65,65	58,72	57,99
Japan-Pazifik-Fds.	80,30	77,96	77,13
Kapitalf. Spezial	143,12	132,30	131,85
Magdeb. W.-Fd.DIT	84,05	80,05	80,12
Medico-Invest	122,78	114,70	113,80
Merkur I	29,66	29,45	29,65
NB Rent	57,81	56,12	56,09
Nordcumula	78,27	75,99	75,73
Nordrenta Int.	62,66	60,41	60,14
Nordstern-F. BK	51,81	50,05	50,01
Nürnberger Rentenfds.	50,75	48,43	48,27
Oppenh. Int. Rent.	101,70	98,73	98,75
Oppenh. Priva-Rent	113,49	110,17	110,13
Oppenheim-Privat	57,62	54,87	54,64
Oppenheim-Spez. I	131,20	127,37	127,30
Oppenheim-Spez. II	95,10	88,46	88,15
Plusfonds	76,06	72,44	72,90
Privatfonds	68,70	65,42	65,01
Re-Inrenta	172,50	168,25	unerh.
[illegible]	35,34	34,21	34,21
Rentak	163,16	155,00	155,03
Rentex	109,86	106,56	106,57
Rentensparfonds	57,36	55,69	unerh.
Ring Aktien-Fds. DWS	49,15	46,90	unerh.
Ring Renten-Fds. DWS	47,95	45,78	45,68
Securitas-U-Fonds	171,88	164,87	unerh.
SMH-Rentenfonds	53,80	51,46	51,41
Südinvest I	69,42	66,71	65,84
dgl. II	79,72	75,92	76,16
dgl. III	27,86	26,27	26,27
dgl. IV	88,09	84,70	84,84
Thesaurent	70,92	69,19	68,33
Thesaurus	231,73	226,08	226,79
Transatlanta	33,58	32,60	32,17
Unifonds	32,50	30,90	31,05
Uniglobal	105,50	100,39	99,39
Unikapital	84,80	82,71	82,60
Unirak	87,95	83,74	83,34
Unirenta	43,10	41,82	41,67
Unispezial I	–	56,89	56,47
Universal-Eff.-F.	98,21	96,28	unerh.
Unizins	113,15	109,82	109,84
Verm.-Aufbau-F.	124,88	118,95	118,90
Verm.-Ertrag-F.	105,00	99,04	98,75
VICTORIA Rent-Adig	73,49	71,00	71,01

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,90	32,00	31,70
Bond Valor DM	112,04	109,95	109,95
Convert Fund A DM	36,40	34,50	34,30
Convert Fund B DM	108,60	103,30	102,50
CS Money Market DM	1083,77	1083,77	1083,65
Eurinvest DM	95,80	91,80	90,90
Eurunion DM	203,25	187,32	185,60
Formular Sel. DM	81,57	76,27	76,27
GT Inv. Fund DM	86,80	65,20	64,10
Interspar DM	unerh.	unerh.	27,59
Japan Sel. DM	408,55	382,00	382,00
Unico DM	79,40	77,00	76,82
Amerika-Valor sfr.	unerh.	unerh.	499,50
Asia Fd. $	311,01	296,20	unerh.
Automation sfr.	131,00	122,00	121,00
Bond-Invest sfr.	65,50	64,80	64,00
Bond Valor Yen	10856,80	10458,80	10455,80
Bond Valor $	123,87	121,57	121,78
Bond Valor sfr.	107,90	105,90	105,90
Bond Valor Ster.	108,76	106,72	106,48
CSF-Bonds sfr.	80,00	77,25	77,50
CS Gold Valor	96,89	95,09	94,91
CS Money Market $	1142,62	1142,61	1142,61
CS Money Market Ster.	1104,40	1104,39	1104,39
CS Money Market Yen	102942,0	102941,0	102929,0
Convert Valor sfr.	139,90	137,30	136,85
Convert Valor $	152,78	149,94	151,62
Dreyfus $*	unerh.	unerh.	13,30
Dreyfus Internat. $*	49,29	46,33	46,33
Dreyfus Intercont. $*	51,87	48,01	48,01
Dreyfus Leverage $*	unerh.	unerh.	20,83
Energie-Valor DM	179,66	170,59	170,12
Europa Valor sfr.	208,50	198,50	197,75
Fonsa sfr.	201,50	197,00	195,88
Founders Growth $*	10,84	10,04	9,90
Founders Mutual $*	11,31	11,31	11,21
Goldmines Intl.	–	211,00	209,00
Intercont. Tr. sfr.	unerh.	unerh.	366,50
Interswiss sfr.	164,50B	164,00G	164,00G
Intervalor sfr.	unerh.	unerh.	89,50
Japan Portfolio sfr.	unerh.	unerh.	1221,50
Kemper Growth $*	14,90	13,65	13,51
Pacific-Valor sfr.	196,25	184,00	182,25
Pharmafonds sfr.	342,00	317,00	313,00
Pioneer Fund $*	25,80	23,61	23,38
dgl. II $*	21,09	19,30	19,21
Schweizeraktien sfr.	518,00	491,25	488,00
Sial-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1340,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2580,00	2460,00	2460,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1325,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	unerh.	unerh.	413,75
Technology $*	15,05	13,76	13,68
Technogrowth Fd.	114,91	107,57	107,57
Templeton Growth $*	14,33	13,11	13,06
Universal B.S sfr.	unerh.	unerh.	78,00
Universal Fund sfr.	unerh.	unerh.	125,29
Ussec	840,00	800,00	796,00

*Vortage-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 26. 5. 1986
2535 Optionen = 143 250 (176 700) Aktien,
davon 492 Verkaufsoptionen = 26 150 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-300/50,5G; 320/25; 330/17G; 340/13; 350/11B; 10-300/46G; 330/39; 340/30G; 380/18; 400/12G; 410/20G; 1-300/75G; 320/55; 360/36; 380/34G; 400/25G; 420/16G; BASF 7-270/30; 280/21; 290/15; 300/11; 310/9,6; 320/7 330/3,6G; 340/3; 10-280/38; 290/31B; 300/22,9; 310/20; 320/15,9 330/14; 350/10; 380/6,4G; 1-300/35; 340/18; 360/13; 380/[illegible] Bayer 7-247,45/56G; 267,45/40; 280/34G; 290/27,1; 300/[illegible] 310/16G; 320/11,9; 330/6,55; 10-290/45; 300/34; 310/30; 320/[illegible] 330/20; 360/10; 380/7; 1-300/45; 320/33G; 340/24; 380/[illegible] 400/10; [illegible]

[illegible]

Verkaufsoptionen: [illegible]

Renten-Optionshandel

Kaufoptionen: 73/4 BUND 82 I(90): OKT86-108/1,5G; 110/0,75G; APR87-108/1,5G; 71/2 BUND 85 III (91): OKT86-108/1,5; 110/1B; APR87-108/1,5G; 110/1G; 81/2 BUND 82 (92): OKT86-112/1,5G; 114/0,50G; APR87-112/1,5G; 114/0,80G; 116/0,30G; 83/4 BUND 82 (92): OKT86-114/1,5G; 116/0,50G; APR87-114/2G; 116/1G; 71/2 BUND 85 (95): OKT86-108/1,5G; 110/0,50G; APR87-108/2G; 110/1G; 8 BUND 85 (95): OKT86-110/1,8G; 112/1G; 114/0,30G; APR87-110/2G; 112/1,5G; 114/1G; 81/4 BUND 85 V (95): OKT86-112/2,35B; 114/1,25B; APR87-112/3G; 114/2G; 71/2 BUND 86/94: OKT86-108/2G; 110/1G; APR87-108/3G; 110/1,5G; 7 BUND 85 (95): OKT86-106/2,25G; 108/1G; APR87-106/2,5G; 108/1,5G; 71/4 BUND 85 II (95): OKT86-108/2,25G; APR87-108/2,5G; 63/4 BUND 85 (95): OKT86-104/2,5G; 106/2,25G; APR87-104/2,75G; 106/2,5G; 61/2 BUND 85 (95): OKT86-104/2,25G; 106/0,50G; APR87-104/2,5G; 75/8 BAHN 85 (95): OKT86-104/2,5G; 106/1,5G; APR87-104/2,7G; 106/2G; 7 POST 85 (97): OKT86-106/1,75G; APR87-106/2,1G;

Verkaufsoptionen: 73/4 BUND 82 I(90): OKT86-108/1,5G; 108/2G; 110/5G; 71/2 BUND 85 III (91): OKT86-108/1,5G; 110/2G; APR87-108/1,5G; 110/2,5G; 81/2 BUND 82 (92): OKT86-112/0,90G; APR87-112/2G; 14/3,5G; 83/4 BUND 82 (92): OKT86-114/1,5G; 116/3G; APR87- 71/2 BUND 85 (95): OKT86-108/1,5G; 110/2,8G; APR87-108/2G; 8 BUND 85 (95): OKT86-112/2,5B; 114/3G; APR87-112/3G; 114/4,5G; 81/4 BUND 85 V (95): OKT86-112/1,5G; 114/3G; 116/4,5G; APR87-112/2G; 114/4G; 116/5G; 71/2 BUND 86/94: OKT86-108/1,5G; APR87-108/2,25; 110/4,25; 112/5G; 7 BUND 85 (95): OKT86-106/1,5G; 108/4B; 110/5G; APR87-106/2,5G; 108/4G; 110/5,5G; 71/4 BUND 85 II (95): OKT86-108/2G; APR87-108/2,25G; 110/3,5G; 63/4 BUND 85 (95): OKT86-104/1G; APR87-104/1G; 106/3G; 108/4G; 61/2 BUND 85 (95): OKT86-104/1,5G; APR87-104/2,2G; 106/3,2G; 75/8 BAHN 85 (95): OKT86-106/1,9G; 108/3,7G; APR87-106/2,5G; 108/4G; 7 POST 85 (97): OKT86-106/1,5G; 108/2,5G; 110/4,5G; APR87-106/2,5G; 108/3,5G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780G, Kötitzer 1850T, VAB 2900T. Düsseldorf: BASF 268, Bayer 287, Hoechst 267,5, IWK 270, KSB St. 182T, KSB Vz. 170T, Linde 780, Nixdorf 565, Ringers 355G, Salamander 320, Schering 558, VEW 155. Frankfurt: Ack 72, Alweiler St. 265G, Alweiler Vz. 220bG, BASF 269, Bayer 287, Commerzbk. 321, Conti Gummi 240G, Hoechst 267, IWK 275, KSB St. 200G, KSB Vz. 178G, Linde 690, Magdeburger Feuer NA 695B, Magdeburger Feuer 1590B, Nixdorf 558, Pfaff 205T, Salamander 320, Schering 552, VEW 157, Wella 805, Ymos 181. Hamburg: Doag 459, Schering 550. München: Bayer 285, BASF 266bG, Br. Wolfr. 310B, Hoechst 273, IWK 274, Linde 685TG, Nixdorf 550, Salamander 325B, Schering 555bG, Stumpf 142G, VAB 2790G, VEW 157, Wanderer 670TB.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 14,55bG. München: Frankona 320. Düsseldorf: IKB 9,6.

Devisenmärkte

Ohne neue Faktoren und aufgrund der Tatsache, daß der Londoner Markt und später auch die amerikanischen Märkte wegen eines Feiertages geschlossen blieben, entwickelten sich am 26. Mai keine nennenswerten Handelsaktivitäten. Der US-Dollar pendelte innerhalb des engen Kursbandes von 2,2760 bis 2,2825 und wurde amtlich mit 2,2807 festgestellt. Das Britische Pfund festigte sich um 1,2 Pfennige auf 3,4120. Der Kanadische Dollar konnte nicht an die Entwicklung der Vorwoche anknüpfen und schwächte sich um 2 Promille auf 1,6648 ab. Die Norwegische Krone profitierte weiter von Anlagekäufen und notierte um 5,5 Pfennige fester mit 29,615. Die übrigen wichtigen Währungen notierten nahezu unverändert zum Vorwochenschluß. Dollar in: Amsterdam 2,5655; Brüssel 46,5825; Paris 7,266; Mailand 1564,50; Wien 16,025; Zürich 1,8982; Ir. Pfund/DM 3,042; Pfund/Dollar 1,4960; Pfund/DM 3,412.

Devisen und Sorten

26.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,2765	2,2847	2,2659	2,22	2,32
London[2]	12,0	3,405	3,419	3,345	3,33	3,48
Dublin[2]	12,8	3,035	3,049	3,082	2,97	3,12
Montreal[1]	8,59	1,6608	1,6688	1,6474	1,61	1,71
Amsterd.	4,50	88,79	89,01	88,595	87,75	89,50
Zürich	4,00	120,56	120,76	120,42	119,50	122,25
Brüssel	8,75	4,888	4,908	4,858	4,77	4,97
Paris	9,50	31,315	31,475	31,18	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,97	27,09	26,83	26,50	28,25
Oslo	8,00	29,555	29,675	28,945	28,75	30,50
Stockh.	8,00	31,31	31,48	30,925	30,25	32,00
Mailand[3]**	13,0	1,4535	1,4635	1,431	1,40	1,50
Wien	4,00	14,208	14,248	14,202	14,13	14,35
Madrid	8,00	1,569	1,579	1,547	1,52	1,64
Lissabon**	17,5	1,495	1,515	1,449	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,3425	1,3455	–	1,30	1,36
Helsinki	6,00	43,355	43,555	42,74	42,50	44,50
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,573	1,627	–	1,30	1,90
Ankara*	3,50	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,6355	1,6695	–	1,53	1,68
Johannbg.*	12,0	0,988	1,022	–	0,65	0,90
Hongkong*	–	29,04	29,32	–	25,50	31,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Am 22. Mai 1986 verstarb nach langer schwerer Krankheit unser ehemaliger Direktor

Herr Werner Krause

im Alter von 73 Jahren.

Herr Krause trat 1950 in unsere Dienste. Er hat den Auf- und Ausbau unseres Nautik-Geschäftes mit Geschick und Tatkraft bei größtem persönlichen Einsatz gestaltet. Sein Ideenreichtum und seine Phantasie, gepaart mit großer Sorgfalt und Genauigkeit bei der Vorbereitung und Bearbeitung von Geschäften, machten ihn außerordentlich erfolgreich. In unserer Firma erfreute er sich großen Ansehens und war sehr beliebt bei seinen Mitarbeitern, denen er nicht mehr zumutete als sich selbst. Trotz schwerster Beeinträchtigung seiner Gesundheit nahm Herr Krause noch nach seiner Pensionierung im Jahre 1983 lebhaften Anteil an unseren Aktivitäten und stand uns stets mit seiner Erfahrung und seinen weltweiten Verbindungen zur Verfügung.

Herr Krause hat sich und unserem Unternehmen im In- und Ausland viele Freunde geschaffen. Ferrostaal verdankt ihm viel.

Wir werden Herrn Krause nicht vergessen und ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Vorstand, Betriebsrat, Mitarbeiter der FERROSTAAL AG

CASSELLA AG

Zusammengefaßter Jahresabschluß 1985

Aktiva

	TDM
Sachanlagen	77 437
Beteiligungen	25 493
Lang- und mittelfristige Forderungen	3 737
Vorräte	96 952
Kurzfristige Forderungen	85 422
Flüssige Mittel	3 470
Bilanzsumme	292 511

Passiva

	TDM
Grundkapital	34 100
Rücklagen	64 260
Sonderp. m. Rücklageanteil	9 919
Rückstellungen	117 596
Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	24 167
Kurzfristige Verbindlichkeiten	37 334
Bilanzgewinn	5 135
Bilanzsumme	292 511

Gewinn- und Verlustrechnung

	TDM
Umsatzerlöse	527 404
Gesamtleistung	531 952
Materialeinsatz	208 600
Beteiligungserträge	5 579
Sonstige Erträge	15 229
Personalaufwendungen	159 481
Abschreibungen	27 626
Zinsaufwand	2 747
Steuern	6 927
Zuweisg. zu Sonderposten	1 713
Sonstige Aufwendungen	139 056
Jahresüberschuß	6 610
Gewinnvortrag	25
Einstellung in Rücklagen	1 500
Bilanzgewinn	5 135

Der Jahresabschluß der Cassella AG hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erhalten.

Der Jahresabschluß wird in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung der Cassella AG hat am 26. Mai 1986 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985 eine Bardividende von 15% auszuschütten. Die Auszahlung erfolgt nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr. 31 über die im Bundesanzeiger Nr. 95 vom 27. Mai 1986 genannten Zahlstellen.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung" eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Cassella Aktiengesellschaft · Frankfurt am Main

FINANZANZEIGEN

Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft

Hamburg/Bremen
(Wertpapier-Kenn-Nr. 825 150)

Einladung
zur ordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre am Montag, dem 7. Juli 1986, 11.00 Uhr, im Park-Hotel, Bremen, im Bürgerpark.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstands.
2. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses 1985 mit den schriftlichen Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985 sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1985.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1985.

   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, von dem Bilanzgewinn 1985 in Höhe von 41.070.013,– DM 729.987,– DM für eine Bardividende von 6 % (= 3,– DM pro Aktie von nom. 50,– DM) auf ein Kapital von 12.166.450,– DM zu verwenden und *40.000.000,– DM in die freien Rücklagen* einzustellen. Der danach verbleibende Rest von 340.026,– DM wird auf neue Rechnung vorgetragen. Für ein Kapital von 107.833.550,– DM liegen Erklärungen vor, daß auf den Bezug einer Dividende für das Geschäftsjahr 1985 verzichtet wird.
4. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985.

   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand Entlastung für das Geschäftsjahr 1985 zu erteilen.
5. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985.

   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Aufsichtsrat Entlastung für das Geschäftsjahr 1985 zu erteilen.
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986.

   *Der Aufsichtsrat schlägt vor, als Abschluß*prüfer für das Geschäftsjahr 1986 die TREUARBEIT Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die

spätestens am 30. Juni 1986

bei einer der nachstehend aufgeführten Hinterlegungsbanken, bei der Kasse der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar oder bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank in den üblichen Geschäftsstunden ihre Aktien oder die Bescheinigung einer Wertpapiersammelbank über einen Anteil am Sammelbestand der Aktien hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Hinterlegungsbanken sind in Hamburg, Bremen, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Köln und München:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Delbrück & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Vereins- und Westbank AG
Deutsche Genossenschaftsbank

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank bitten wir, die von diesen auszustellende Bescheinigung spätestens am 1. Juli 1986 bei der Gesellschaft einzureichen.

Der Hinterlegung bei einer Hinterlegungsstelle wird dadurch genügt, daß die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Haupversammlung gesperrt werden.

Hamburg/Bremen, im Mai 1986 — Der Vorstand

Buderus

Buderus Aktiengesellschaft

Bekanntmachung über die Dividendenauszahlung

In Durchführung der von der Hauptversammlung am 29. 7. 1965 gefaßten Beschlüsse erhalten die außenstehenden Aktionäre unserer Gesellschaft eine garantierte Dividende in Höhe des *arithmetischen Mittels der vom Statistischen Bundesamt zum* Ende eines Kalenderjahres für die Hauptwirtschaftsgruppen „Energie- und Wasserversorgung, Bergbau" und „Verarbeitende Industrie" bekanntgegebenen Durchschnittsdividenden, mindestens jedoch 12 %. Danach errechnet sich für das Geschäftsjahr 1985 *eine Dividende* von 13,9 %.

Demgemäß entfällt auf eine Aktie zu DM 1000,– der Betrag von DM 139,–, auf eine Aktie zu DM 200,– der Betrag von DM 27,80 und auf eine Aktie zu DM 100,– der Betrag von DM 13,90.

Die Dividende wird nach Abzug der gesetzlichen Abgaben gegen Vorlage des Gewinnanteilscheines Nr. 38 unserer Aktien gezahlt.

Die Auszahlung erfolgt ab sofort bei unserer Gesellschaftskasse in Wetzlar *oder einer der nachstehend bezeichneten* Banken oder einer ihrer Niederlassungen:

im Bundesgebiet: Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA

in Berlin: Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG

Wetzlar, den 27. Mai 1986 — Der Vorstand

Standardaktien bröckelten ab

Handel weitgehend auf Inlandsorders angewiesen

DW. – Der Wochenbeginn verlief bei den deutschen Aktienmärkten ungewöhnlich schleppend. Der Ausfall der Plätze London und New York machte sich in fehlenden Auslandsaufträgen bemerkbar. Sie wurden nur ungenügend durch inländische Aktivitäten ersetzt. Deshalb bröckelten die Kurse der meisten Standardaktien leicht ab. Stimmungsmäßig machte sich die Sorge über den Ausgang der Wahlen in Niedersachsen sowie über die in aller Heftigkeit fortgeführte Kernenergiedebatte geltend.

Relativ stabil lagen die meisten Bankaktien, obwohl der Zins in der Bundesrepublik im Gegensatz zu den USA auch am Wochenbeginn eher abwärts tendierte. Beiersdorf profitiert von der bevorstehenden Abschlußveröffentlichung, die weltweit einen weiteren Ertragsanstieg erkennen läßt. Schering kam nicht weiter voran. Wenig verändert auch Elektrowerte, wo sich PKI weiterhin wegen der hier herrschenden Marktenge durch eine relativ große Schwankungsbreite auszeichnet, diesmal zur negativen Seite hin. Versorgungswerte profitierten zeitweise von Rückkäufen, vor allem die RWE-Aktien. Aber auch HEW konnte Boden gutmachen, der durch die Kernenergiedebatte verlorengegangen war. Autoaktien überwiegend gut behauptet, als empfindlich erweist sich aber immer noch der Daimler-Kurs wegen der hier stattfindenden ständigen Gewinnmitnahmen.

Frankfurt: Agiv schwächten sich um 14,80 DM ab, Altana um 7 DM und Buderus gaben um 5 DM nach. Cassella fielen um 14 DM und Degussa um 8 DM. BBC Mannheim zogen um 2,50 DM an.

Düsseldorf: Bilfinger verminderten um 4,80 DM, DAB um 2,10 DM und Dyckerhoff StA. um 5 DM. Gildemeister stockten um 5 DM, Keramag um 3 DM und Kochs Adler um 5 DM auf. Schiess verloren 4,90 DM und Sternbrauerei 9 DM.

Hamburg: HEW und Beiersdorf konnten sich jeweils um 3 DM festigen. Phoenix Gummi legten 1 DM und Bremer Vulkan 2 DM zu. Haller Meurer stockten um 4 DM auf. Hapag Lloyd gaben um 1,50 DM und Vereins- und Westbank um 3 DM nach.

Berlin: Rheinmetall St. zogen um 20 DM an. Kempinski wurden um 7 DM höher taxiert. Hypothekenbank Berlin konnten sich um 5 DM, Bekula um 3 DM und Lehmann und 2,50 DM erholen. Berliner Kindl fielen um 7 DM.

München: Aigner verbesserten sich um 7 DM, Agrob St. um 2 DM und Audi um 15 DM. Bay. Lloyd verminderten um 9 DM und Leonische Draht um 14 DM. Otto Stumpf lagen um 7 DM schwächer. Tucher legten 10 DM zu.

Stuttgart: Traub stiegen um 4,50 DM. Kolb und Schüle verteuerten sich um 4 DM. Boss verloren 70 DM. Antriebstechnik G. Bauknecht wurden erstmals mit 120 DM im Freiverkehr gehandelt. Der Ausgabepreis betrug 105 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 277,91 (279,25)
WELT-Umsatzindex: 2694 (4325)
Advance-decline-Zahl: 86 (103)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Langläufer weiter rückläufig

Auf dem Rentenmarkt gaben lediglich die öffentlic[hen] Langläufer noch einmal bis zu knapp einem halben Punkt nach. Angeblich soll [w]ieder aus dem Ausland Material zurückgeflossen sein. Bundesobligationen konnte[n] sich dagegen im allgemeinen gut behaupten. Einigermaßen stabil auch DM-Auslan[ds]anleihen. Hauptgesprächsstoff war die 30jährige Tranche der neuen Bundesanleihe [mi]t einer Rendite von 6,07 Prozent, die als Sechsprozenter zu 99 Prozent angeboten wi[rd]. Pfandbriefe mit gleichem Nominalzinssatz und ähnlicher Laufzeit sind zu 85 bis 8[.] Prozent erhältlich.

Bundesanleihen

Bundespost

F	8¼ dgl 84	6/94	112,5G	112,5G
F	7¼ dgl. 84	10/94	105,65	105,65G
F	7⅛ dgl. 85	1/95	105,45	105,45
F	7 dgl. 85	11/95	104,9	104,85
F	6¾ dgl. 86	96	101,65	101,65
F	6½ Bdpost 66	6/86	102G	102G
F	8 dgl. 72 I	9/87	103,8	103,8
F	8 dgl. 80	3/90	107,9G	107,9
F	7¾ dgl. 80	9/90	107,8	107,9
F	8¾ dgl. 80	12/90	112,1G	112,1
F	10 dgl. 81	3/89	112,1	112,1G
F	10½ dgl. 81	6/89	113,4	113,4
F	10¾ dgl. 81	10/91	120,45G	120,45
F	9¾ dgl. 82	2/92	118,4G	118,4G
F	8¾ dgl. 82	6/92	115,8G	115,8G
F	8½ dgl. 82	10/92	112,5	112,5
F	7¾ dgl. 83	2/93	108,7	108,7
F	8½ dgl. 83	9/93	112,5	112,5
F	8¼ dgl. 84	2/94	111,8G	111,8
F	8 dgl. 84	9/94	110,5	110,55
F	6¾ dgl. 85	10/95	102,35	102,5
F	6¾ dgl. 85	12/95	103,1	103,25
F	7 dgl. 85	6/97	105,9	106,15
F	5¾ dgl.86/2001	4/01	97,85bG	97,95

Länder – Städte

S	6¾ B.-Württ.78	86	100,4	100,4
S	8½ dgl. 82	92	109,5G	109,5G
S	6¾ dgl. 85	95	102G	101,7G
M	6½ Bayern. 67	87	105G	105bG
M	6 dgl. 78	88	101,8bG	101,6bG
M	8¾ dgl. 80	90	110,25bG	110,25bG
M	8¾ dgl. 82	92	112bG	112bG
M	7½ dgl. 83	93	106,75bG	107G
M	8 dgl. 84	94	110bG	110G
M	7¼ dgl. 85	95	104,75bG	104,75bG
B	6½ Berlin 78	88	103,25	103,25
B	8¾ dgl. 80	88	107,25	107,25
B	6¾ dgl. 86	96	101,85	101,75
Br	7¾ Bremen 71	87	101,85G	101,85G
Br	8 dgl. 72	87	102,9G	102,9G

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78/90	100,3	100,3G
F	8 Chem. Hüls 71/86	100G	100G
F	7½ Conti Gummi 71/86	100G	100G
F	4½ Harpen 59	3400G	3400
F	7½ Kaufhof 76/87	100,5	100,5G
F	8 Klöckner 72/87	101,75G	101,75G
F	6 NWK 62/87	100,9G	100,9G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64/89	100,5G	100,5G
F	6 Rh.Braw. 65/89	100,2G	100,2
F	6 dgl. 65/90	100,2G	100,2G
F	6 RWE 63/88	100,25G	100,25G
F	6 dgl. 65/90	100,25T	100,25G
F	7½ dgl. 71/86	100,75T	100,75T
F	7 dgl. 72/87	101T	101,25T
F	6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,8G	100,8G
F	6½ dgl. 68/88	103,1G	103,1G
B	7¾ Schering 85/95	104,8	104,8G
F	8 Schleswag 71/86	100G	100G
F	8 Thyssen 72/87	102T	102T
F	7¾ dgl. 77/92	103G	103G
F	8 VEW 71/86	100T	100T
F	6¾ dgl. 77/92	101,5	101,65T
F	7 VW 72/87	100,5G	100,5

Optionsscheine

F	3 Asko 86/93	356	340,5
F	8½ BASF 74/86	–	–
F	11 BASF OverZee82/88	158,7	159,5
F	3 BASF 86/94	157,3	162,7
F	3 BASF 86/01	81,5	82,8

Sonderinstitute

Bundesbahn

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

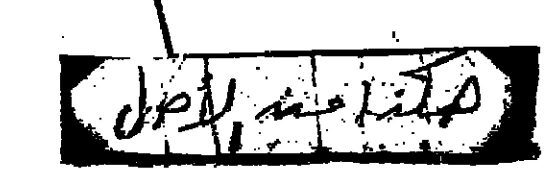
	26.5.	25.5.
7¾ Afr. Entwicklk. 79/86	–	–
8 dgl. 79/87	102,5T	102G
10 dgl. 82/89	118,3G	118,3G
8 dgl. 84/91	104,75G	105
9 Air Canada 82/92	112,5G	112,5
7½ dgl. 85/95	105,25G	105,25bG
9½ Akzo 82/89	104,5	105G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Warenpreise – Termine

Mit Ausnahme des gut behaupteten verfügbaren Mai-Kontrakts schlossen die Goldnotierungen an der New Yorker Comex bruchteilig schwächer. Fester gingen Silber und Kakao aus dem Markt. Schwächer notierten Kupfer und Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	26.5.	23.5.
Juli		255,50
Sept.	geschl.	257,25
Dez.		266,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	unerh.	273,33
Am. Durum		271,11

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai		107,50
Juli	unerh.	107,50
Okt.		111,00

HAFER Winnipeg (can.$/t)

Mai		82,00
Juli	unerh.	82,00
Okt.		80,00

HAFER Chicago (c/bush)

Juli		111,50
Sept.	geschl.	118,60
Dez.		127,50

MAIS Chicago (c/bush)

Juli		234,00
Sept.	geschl.	203,00
Dez.		196,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai		105,60
Juli	unerh.	98,80
Okt.		91,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	26.5.	23.5.
Juli		207,00
Sept.	geschl.	213,00
Dez.		218,50

KAKAO New York ($/t)

	26.5.	23.5.
Juli		1770
Sept.	geschl.	1830
Dez.		1873
Umsatz		3364

ZUCKER New York (c/lb)
[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

26.5.	23.5.
geschl.	27,75

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

geschl.	18,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Juli		18,55
Aug.		18,61
Sept.		18,50
Okt.	geschl.	18,50
Dez.		18,62
Jan.		18,70
März		18,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

geschl.	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	geschl.	10,00
Choice white hog 4 % fr. F.	geschl.	9,00

TALG New York (c/lb)

top white		10,75
fancy	geschl.	10,25
bleichf.		10,00
yellow max. 10% fr.F	geschl.	9,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni		49,10
Juli	geschl.	47,90
Aug.		45,50

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Juli		62,62
Aug.	geschl.	61,15
Febr.		60,05

HÄUTE Chicago (c/lb)

	26.5.	23.5.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	67,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Juli		531,25
Aug.		526,50
[illegible]		[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	26.5.	
Juli		171,00-[illegible]
Sept.	geschl.	166,40-[illegible]
Nov.		162,60-[illegible]
Jan.		165,90-[illegible]

Devisenterminmarkt

Aufgrund des Feiertages in den USA und Großbritannien am 26. 5. kam es am Euromarkt zu keiner Veränderung.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,56-0,46	1,43-1,33	2,75-2,55
Pfund/Dollar	0,42-0,40	1,09-1,06	1,90-1,85
Pfund/DM	2,40-1,00	5,10-3,70	8,80-7,40
FF/DM	16-p	28-12	47-31

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26.5.: Tagesgeld 3,90-4,00 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 26.5.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26.5.: 3,5 Prozent; Lombardsatz: 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26.5.; Redaktionsschluß 14.38 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝
3 Monate	6⅞-7⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝
6 Monate	6⅞-7⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝
12 Monate	7-7⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 26.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,50; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1035,00	1362,30
10 US-Dollar (Indian)**	675,00	829,25
5 US-Dollar (Liberty)	380,00	513,60
1 £ Sovereign alt	190,50	239,97
1 £ Sovereign Elizabeth II.	177,75	225,44
20 belgische Franken	138,75	184,40
10 Rubel Tscherwonez	188,50	242,25
2 südafrikanische Rand	172,50	218,31
Krüger Rand, neu	770,50	918,27
Maple Leaf	789,25	939,65
Platin Noble Man	958,50	1132,59
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	223,00	282,72
20 schweiz. Franken „Vreneli"	159,75	210,62
20 franz. Franken „Napoléon"	163,50	214,89
100 österr. Kronen (Neuprägung)	736,75	895,76
20 österr. Kronen (Neuprägung)	147,00	190,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,50	103,17
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	341,00	422,94
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	79,50	113,43

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,52) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,50, 2 Jahre 4,25. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,60, Rendite 5,59.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 26.5.	Rendite in %
BW-Bank E.69	400,00	1.7.95	56,399	6,50
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,381	6,50
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,85	6,20
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	41,70	6,40
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,75	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,25	6,81
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	134,00	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,16	5,70
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,67	5,70
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,13	6,70
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	111,53	6,50
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,25	6,75
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	56,74	6,49
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,52	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,22	6,60
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,37	7,02
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,19	6,95
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,00	7,02
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,12	6,60
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,00	6,50
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,00	6,66
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,60	6,79
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,30	4,94
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,65	5,41
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,95	4,70
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,85	5,64
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo (AA)	100,00	4.2.88	–	9,31
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,00	8,45
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,75	10,43
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,25	9,27
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,875	9,29
Gen. Elec. (AAA)	100,00	17.2.95	57,50	8,57
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,50	9,54
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,25	9,31
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,25	8,97
Philip Morris (A)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Gen. Elec (AAA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70	(4,65)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,10	(5,12)	99,80	101,5	103,4	105,2	107,1	108,9
3	5,45	(5,50)	98,50	101,2	103,9	106,6	109,3	112,0
4	5,80	(5,82)	96,90	100,7	103,8	107,5	110,8	114,3
5	5,91	(5,95)	95,75	100,4	104,2	108,4	112,6	116,8
6	6,20	(6,20)	93,65	99,00	103,4	108,3	113,2	118,0
7	6,48	(6,48)	91,35	96,85	102,3	107,8	113,2	118,0
8	6,71	(6,77)	89,10	95,50	101,8	107,2	113,2	119,2
9	6,87	(6,92)	87,15	93,65	100,9	106,7	113,3	119,8
10	6,90	(6,95)	85,95	93,00	100,7	107,0	114,1	121,1
15	7,15	(7,20)	79,85	88,80	98,65	106,7	115,7	124,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,157 (112,064)
Performance-Rentenindex: 241,336 (241,070)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	23. Mai	6,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,75
	60–270 Tage	6,25
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,75
	60 Tage	6,75
	90 Tage	6,70
Certificates of Deposit	1 Monat	6,65
	2 Monate	6,60
	3 Monate	6,65
	6 Monate	6,65
	12 Monate	6,80
US-Schatzwechsel	13 Wochen	unerh.
	26 Wochen	unerh.
US-Staatsanleihe	10 Jahre	unerh.
	30 Jahre	unerh.
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	12. Mai	656,0 Mrd. $ (+ 1,3 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	geschl.	139,25
Sept.	geschl.	140,40

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	23.5.	22.5.
9% EEC 90		
11⅛ dgl. 90		
10⅜ EIB 93		
11 dgl. 91		
11½ dgl. 90		
11⅜ dgl. 93	Werte sind zur Zeit nicht	Werte sind zur Zeit nicht
12 dgl. 95		
12⅛ dgl. 90		
12⅜ dgl. 93		

6⅝ Sears 91	105	–
6⅝ Swed.Ex.91	100,5	100,875
7 TRW 94	99,375	99,75
6⅝ Un.Tech.92	100,375	100,625
6⅝ World Bk.90	103,625	103,75
6⅝ dgl. 94	104,25	104,25
7 dgl. 94	107,125	107,5
7⅛ dgl. 95	111	111
8 dgl. 95	111,625	111,75

Lux. Franc Bonds

[illegible]

Euro-Yen

[illegible]

Rechnungs-Einheiten

[illegible]

ECU

[illegible]

ECU-Tageswerte

[illegible]

SZR-Wert

[illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Der Briefwechsel Theodor Heuss und Elly Knapp

Von Schweitzer getraut

Verlagsankündigungen haben, wie alle Werbung, nur bedingt etwas mit Realität zu tun, aber hier trifft ein Buch-Untertitel wirklich einmal das Gebotene. Was anzuzeigen ist, das ist tatsächlich „eine Liebesgeschichte aus dem Anfang des Jahrhunderts". Aber es ist noch viel mehr: Theodor Heuss – Elly Knapp „So bist du mir Heimat geworden" ist, obwohl es nur die beiden Jahre vom Frühjahr 1906 bis 1908 umspannt, ein Panorama deutscher Geschichte als Teil des Lebens zweier aktiver, intelligenter junger Menschen.

Im Haus Friedrich Naumanns, des liberalen Pfarrers und Politikers in Berlin, lernt die Straßburger Professorentochter Elly Knapp den jungen schwäbischen Redakteur Theodor Heuss kennen. Aus der Zufallsbekanntschaft entwickelt sich ausgedehnter ein Briefwechsel, wird Zuneigung und Liebe.

Gemeinsam ist den beiden jungen Menschen, obgleich sie zutiefst bür-



gerlich in des Wortes guter Bedeutung sind, daß sie sich als „modern" empfinden. Dies bedeutet, daß ihnen (und vor allem Theodor Heuss) leere Konventionen ebenso zuwider sind wie eine gewisse Kraftmeierei, die ihre Zeit liebte. Gemeinsam ist ihnen die Zuneigung zu und die Verehrung für Friedrich Naumann, einen der wenigen bürgerlichen Politiker seiner Zeit, der soziale Mißstände erkennt und sich darüber Gedanken macht (Heuss ist Redakteur seiner Zeitschrift „Hilfe").

Es ist ein Glück für die Nachgeborenen, daß um die Jahrhundertwende das Telefon noch nicht alltäglich und Briefeschreiben üblich war. Sowohl der Dorle (der familiäre Kosename wird schon bald auch von der jungen Frau übernommen) als auch die Freundin im Elsaß lassen den anderen am eigenen Leben teilnehmen, berichten von Eindrücken und Erfahrungen. Doch auch dort, wo wachsende Zuneigung den Ton bestimmt, wird nicht Süßholz geraspelt.

Die selbstbewußte Tochter des berühmten Nationalökonomen Knapp versteht es durchaus, dem Freund nett einige Wahrheiten zu sagen. So etwa, wenn sie von einem Gespräch mit einer gemeinsamen Bekannten in Stuttgart berichtet: „... Aber den Dorle nicht unbedingt so gelobt wie der eingebildete Bub es erwartet hatte. Sondern gesagt, er sei reizend, wenn er Briefe schreibe und nachher sei man enttäuscht, wenn man ihn sähe, weil er gar nie erwachsen sein würde ..."

Man spürt: Dies ist nicht das, was man sich unter einer höheren Tochter um die Jahrhundertwende vorstellt. Aber welche höhere Tochter aus liberalem Elternhaus kannte damals sozialdemokratische Führer persönlich, schätzte einige von ihnen und ging – horribile dictu – sogar zu Versammlungen der „Roten"? In diesem Buch wird deutlich, wie der frischgebackene Doktor der Volkswirtschaft, den es allerdings mehr zu den Musen hinzog, seinen Weg suchte, an sich zweifelte, Zuspruch von der Freundin bekam.

Aus der Feder des Adlatus von Friedrich Naumann erfährt man viel über die Parteienpolitik jener Zeit und über den Deutschen Reichstag. Ganz nebenbei wird auch Charakteristisches vom Leben des gehobenen Bürgertums kurz nach der Jahrhundertwende deutlich, so wenn es beispielsweise darum geht, eine Wohnung in Berlin zu mieten und sie einzurichten. Über die Lebenshaltung erfährt man hier am Rande mehr als aus mancher Sozialgeschichte – und außerdem amüsanter. Das Buch endet vor der Trauung in Straßburg (die der Freund Albert Schweitzer vornahm).

Dies ist ein schönes Buch für denjenigen, der etwas über Menschen erfahren will und über jene Welt von gestern, ehe in Europa die Lichter ausgingen. Würde man nur das Buch und nicht den weiteren Lebenslauf der Autoren kennen (einschließlich der Tatsache, daß in der Zeit der braunen Diktatur Elly Heuss-Knapp ihre Familie ernährte), so würde die Lektüre doch eines deutlich machen: Durchschnitt waren sie nicht.

HENK OHNESORGE

Theodor Heuss – Elly Knapp: „So bist du mir Heimat geworden – Eine Liebesgeschichte in Briefen aus dem Anfang des Jahrhunderts", herausgegeben von Hermann Rudolph, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 493 S., 39,80 Mark



Widerspiegelung der Natur und der Psyche: „Gebirgssee" (1919), Kaltnadel-Radierung von Lovis Corinth, aus dem Zyklus „Der Walchensee" FOTO: KATALOG

Corinths Bilder vom Walchensee in der Ostdeutschen Galerie Regensburg

Ist's Lebensfreude oder Melancholie?

Besonders lehrreich wäre es, dasselbe Motiv in den verschiedenen Stimmungen und Zeiteinteilungen (Jahreszeiten) zu studieren. Man könnte auch öfters eine ähnliche Stimmung immer wieder malen." Das notierte Lovis Corinth 1908 Zehn Jahre später hat er es in die Tat umgesetzt, jedoch nicht als Kunst- und Fingerübung. Der Walchensee wurde *das* Thema seines Spätwerkes. Das hat man bereits zu seinen Lebzeiten gespürt. Trotzdem ist es jetzt das erste Mal, daß ein Museum, die Ostdeutsche Galerie in Regensburg, Lovis Corinths „Bilder vom Walchensee" auf Zeit vereint.

Solche Ausstellungen sind immer eine Probe aufs Exempel. Bei mittelmäßigen Künstlern stellt sich schnell Langeweile ein, wenn ihre Werke, die dasselbe Thema variieren, nebeneinander zu sehen sind. Das war selbst 1978/79 in Hannover und andernorts mit Otto Modersohns Moorlandschaften der Fall. Aber Corinth bewährt sich glänzend. Obwohl er den Blickwinkel kaum veränderte – die meisten Bilder entstanden von der Terrasse seines Hauses in Urfeld am Fuße des Herzogenstand –, entfaltet sich eine erstaunliche bildnerische und malerische Vielfalt.

Das Spektrum reicht von fast topographisch genauen Ansichten bis zu reinen Impressionen. Dadurch wird der Betrachter mit zweierlei vertraut: Er lernt die Landschaft um den See recht genau kennen, die einsame Lärche, die der Maler so liebte, wie die dräuenden Berge am jenseitigen Ufer, die Häuser des Dorfes wie den Mikrokosmos des Corinthschen Hauses und seine Bewohner. Aber der Betrachter spürt auch die sich verändernden Stimmungen im Wechsel der Tages- und Jahreszeiten. Mal erscheint der See freundlich in leuchtendem oder zartem Blau, mal wirkt er bedrohlich grau oder dumpf, vom Reflex des Mondlichtes durchschnitten. Dabei bleibt offen, ob das Widerspiegelungen der Natur oder der Psyche sind.

Die Walchensee-Bilder wurden, als sie entstanden, allgemein als Ausdruck der Lebensbejahung empfunden. Darüber hat sich Corinth selbst gewundert, denn „in der Tat war ich, ich kann wohl sagen seit meiner Kindheit, von schwerster Melancholie heimgesucht".

Seit die Familie im Juli 1918 zum ersten Mal in Urfeld Urlaub machte, bis zum Tode des Malers 1925 kamen „Die Corinther" (wie sich ein graphischer Zyklus über das häusliche Leben nennt) sechzehn Mal an den See. Der Katalog verzeichnet aus dieser Zeit 78 Gemälde, 86 Aquarelle und Zeichnungen sowie 64 Radierungen und Lithographien. Sie sind allerdings nicht alle zu sehen, weil Corinths Werk der Aktion „Entartete Kunst" zum Opfer fiel.

So gehört das Selbstporträt mit dem See im Hintergrund, das Corinth zu seinem 65. Geburtstag 1923 malte, einst der Berliner Nationalgalerie und heute dem Kunstmuseum Bern. Andere der damals konfiszierten Bilder konnten nach dem Krieg zurückgekauft werden, doch manches blieb verschollen. Darum ist bemerkenswert, daß es trotzdem gelang, eine solch eindrucksvolle Auswahl zusammenzutragen. PETER JOVISHOFF

Bis 15. Juni; Bremen: 22. Juni bis 17. Aug.; Salzburg: 4. Sept. bis 16. Nov.; Katalog brosch. 24 Mark, geb. 32 Mark.

Neuer Film: „Utu – Der letzte Kampf der Maoris"

Wildwest in Neuseeland

Von der Geschichte Neuseelands wissen wir nur wenig. Während die australischen Regisseure schon vor gut zehn Jahren Filme über die Probleme ihrer Ureinwohner, der Aborigines, zu drehten, beginnen Neuseelands Regisseure erst jetzt allmählich, die Maoris, die Neuseeland lange vor den Weißen besiedelten, für den Film zu entdecken. Und dabei stellt sich heraus, daß auch Neuseeland seinen „Wilden Westen" hatte.

Ein besonders blutiges Kapitel neuseeländischer Geschichte blättert Geoff Murphy, bisher eher durch Komödien als durch Dramen bekannt geworden, in seinem jüngsten Film „Utu – Der letzte Kampf der Maoris" auf. Ganz so reißerisch wie es der Titel befürchten läßt, ist der Film jedoch nicht, auch wenn es hier manchmal recht gewalttätig zugeht.

„Utu" spielt in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Te Wheke, gebürtiger Maori (Zac Wallace), arbeitet als Scout für die britische Armee. Bei einem Erkundungsritt kommt er in sein altes Dorf und findet zu seinem Entsetzen dort nur Leichen und schwelende Asche. Die Armee hatte, da es in diesem Dorf Widerstand gegen Steuererhebungen gab, ein Exempel statuiert und kurzerhand alles ausgelöscht. Te Wheke schwört den Weißen Rache. Das Maori-Wort dafür heißt „Utu", bedeutet aber zugleich auch Reinigung, Buße, Sühne.

Te Wheke legt die Kleider der Weißen ab und wird wieder ein Maori-Krieger. Er verziert sein Gesicht mit den leuchtenden Blautönen der Kriegsfarben und beschwört in dunklen Gesängen die Geister der Ahnen herbei, die ihm bei seinem „Utu" helfen sollen. Tausende von Maoris, lange schon zornig auf die weißen Fremden, schließen sich Te Wheke an. Der Rachezug beginnt und hinterläßt eine blutige Spur. Farmen brennen ab, Unschuldige sterben auf beiden Seiten.

Diese Szenen erinnern an Filme wie „Little Big Man" oder „Geronimo". Offensichtlich verarbeitet Murphy in seinem Drama klassische Western-Elemente. Aber schließlich ähneln sich ja auch die Geschicke der Maoris und der Indianer.

Doch weil Blutvergießen alleine noch keinen Film füllt, fügt Murphy noch eine Liebesgeschichte hinzu. Sie verbindet einen jungen Offizier, der Neuseeland romantisch verklärt sieht und Grausamkeiten und Blutvergießen haßt, mit einer schönen wilden Maori-Dame, die ihn mal liebt, mal verrät und dann wieder rettet. Natürlich endet der Aufstand, eine der letzten großen Erhebungen der Maoris gegen die weißen Herren, mit einer Niederlage. Te Wheke stirbt den rituellen Heldentod, denn mit der Schande kann er nicht leben, und noch schlimmer wäre es, von den Siegern aufgehängt zu werden.

Die Schlußszenen des Films, das große Klagelied um ein aussterbendes Volk, sind von ergreifender Intensität. Voller Bewunderung steht man vor dieser fremden, fernen Kultur, zu deren Hauptmerkmalen Stolz und Freiheitsliebe zählen – wie bei den Indianern, auch wenn Te Wheke als Gestalt nicht mit einem Winnetou oder Geronimo konkurrieren kann.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

KULTURNOTIZEN

„Kleider machen Leute" ist das Sonderthema im Wettbewerb um den diesjährigen Deutschen Jugendfotopreis, den das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Remscheid veranstaltet.

Der Streit zwischen dem S. Fischer Verlag und der ehemaligen Leiterin des angeschlossenen Theaterverlags, Krista Jussenhoven, ist beigelegt: Statt von Kündigung spricht man jetzt von Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Bilder und Zeichnungen Romane Holderried Kaesdorf, der die Fördergabe zum Hans-Molfenter-Preis 1985 zugesprochen wurde, stellt die Galerie der Stadt Stuttgart bis zum 8. Juni aus. Der Katalog kostet 15 Mark.

„Werden die Akademien in unserer Zeit verdrängt?" ist das Thema eines Kolloquiums des Badischen Kunstvereins Karlsruhe vom 29. Mai bis 1. Juni.

Hans Lipinsky-Gotterdorf wurde zum Vorsitzenden des Westdeutschen Autorenverbandes gewählt.

Günter Rätz, Ostberliner Regisseur, produziert einen Trickfilm nach Karl Mays „Schatz im Silbersee".

Zwei Mädchen und drei Jungen streiten um den Virtuosen-Titel

Keine Chance für Tuba und Pauke

Sie müssen anspruchsvolle Solokonzerte mit Orchesterbegleitung auswendig vortragen können – und das vor Publikum in vielen Ländern Europas. Sie sind nicht älter als 19 Jahre und dabei schon musikalische Repräsentanten ihres Landes. Zwei Pianistinnen aus Frankreich und der Schweiz, ein Jugoslawe am Klavier, ein Engländer auf der Violine und ein Finne am Cello streiten heute um den Sieg beim dritten Eurovisionswettbewerb für junge Musiker. Und im Unterschied etwa zum ARD-Wettbewerb, bei dem die Preisträger bereits ermittelt sind, bevor sie im Abschlußkonzert spielen, müssen die Finalisten bei diesem alle zwei Jahre stattfindenden Wettstreit sich ihren Platz vor laufenden Kameras erkämpfen, wenn das ZDF auch zeitverschoben überträgt.

Für die Bundesrepublik war der 18jährige Cellist und Abiturient Martin Menking aus Münster in Westfalen neben vierzehn Konkurrenten zur Vorauswahl angetreten, schaffte jedoch nicht den Sprung ins Finale. Dabei hatte er durchaus gute Chancen. Er wurde von Musikredakteuren des Fernsehens aus den Preisträgern des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert" ausgewählt, weil er dabei gleich mehrfacher Sieger geworden war. Podiumserfahrung hatte er auch als Solist des Symphonieorchesters seiner Heimatstadt gesammelt.

3. Eurovisionswettbewerb für junge Musiker 1986 – um 22.05 Uhr im ZDF

Die Bundesrepublik hat beim Eurovisionswettbewerb bislang gut abgeschnitten. Bei der ersten Austragung in Manchester 1982 gewann der Pianist Markus Pawlik aus Bremen mit dem Klavierkonzert g-Moll von Felix Mendelssohn-Bartholdy den ersten Preis. Und 1984 wurde in Genf ebenfalls ein deutscher Pianist ausgezeichnet, der damals 16jährige Andreas Bach aus Montabaur, mit dem Klavierkonzert Nummer 1 Es-Dur von Franz Liszt. Musikpädagogen warnen allerdings, es könne für die jungen Künstler in einer so frühen Phase ihrer Entwicklung gefährlich sein, sie in die Öffentlichkeit zu katapultieren und einem hohen Erwartungsdruck im Hinblick auf eine Virtuosen-Karriere auszusetzen.

Theoretisch können sich die Wettbewerbsteilnehmer mit Solokonzerten für Streich-, Blas-, Schlag- oder Tasteninstrumente melden. Ausnahme-Instrumente wie Tuba oder Pikkoloflöte, von Komponisten durchaus mit Werken bedacht, haben jedoch kaum Chancen. Dabei wäre für den Zuschauer ein Wettstreit zwischen Tuba und Flöte oder Pauke und Geige sicher reizvoll. Doch nach welchen Kriterien sollte ein Paukenschläger über einen Geiger siegen?

GEORG BORCHARDT



Der bisherige Chefredakteur des deutsch-amerikanischen Senders RIAS, Dettmar Cramer, soll als Nachfolger von Bernhard Wördehoff neuer **Chefredakteur** des Deutschlandfunks in Köln werden. Das schlug DLF-Intendant Richard Becker jetzt dem Verwaltungsrat des Senders vor. Cramer, der früher das Bonner Büro der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" leitete und als Anhänger der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik gilt, steht beim RIAS in einem Fünfjahresvertrag. Zwischen Cramer und RIAS-Intendant Dr. Peter Schiwy soll es nach Angaben aus dem Sender „atmosphärische Störungen" geben. (DW.)

*

Die dritte Manifestation Internationale de Video et Television im französischen Montebeliard verlieh den ersten Preis **„Giro Berlin"**, einer Zusammenstellung kurzer Arbeiten deutscher Künstler. (DW.)

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

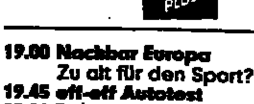
9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 100 Karat
11.15 Hertens Kleine Nachtmusik
12.15 Die Weizsäckers
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Madeleine Riedel-Michel
Geistheilerin
Die 45jährige Schweizerin behandelt seit 25 Jahren psychisch und körperlich Kranke.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 100 Karat
Der Eindringling
An der Riviera lernt Eve Blackwell den Griechen Georges Mellis kennen. Georges ist ein Sadist, den Eve überredet, ihre Schwester Alexandra zur Heirat zu bewegen, sie dann zu ermorden und mit Eve das Erbe zu teilen.
21.05 Kontraste
Themen: Morddrohungen gegen Juden – Antisemitische Vorfälle in der Bundesrepublik 1986. Ärzte gegen Atomkrieg – Erkundungsreise in beiden deutschen Staaten. Ost-Berlin gegen Einreise – Ehemalige „DDR"-Bürger dürfen ihre alte Heimat nicht besuchen.
21.45 Dallas
Zum Verkauf: Ewing Oil
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Frau des Bäckers
Tragikomödie von Marcel Pagnol
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Urlaub in Jugoslawien
Segeln und surfen an der Küste Istriens, Trialfahren und reiten im Inland
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Da lacht das Känguruh
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
19.00 heute
19.30 Das harte Brot der Funktionäre
Die Gewerkschaften leben von der Basis
Gewerkschaftsfunktionäre an der Basis – das sind die Vertrauensleute in und vor den Betrieben, auf den Kreisgeschäftsstellen. Nur wenige von ihnen haben die Gelegenheit, als Delegierte zum DGB-Kongreß entsandt zu werden. Aber von ihnen hängt es ab, wie die Mitglieder zu ihrer Gewerkschaft stehen.
20.15 Die Braut kam per Nachnahme
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Mit James Cagney
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 3. Eurovisionswettbewerb für junge Musiker 1986
Übertragung aus der Konzerthalle des Dänischen Rundfunks in Kopenhagen
Moderation: Friedrich Müller
0.35 heute

SAT 1

15.00 Perrine
Die Wende
15.30 Lassie
Das Seeungeheuer
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Der Pferdedieb
18.00 Verliebt in eine Hexe
Der doppelte Johnny
Anschl. Dick Tracy
oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Stadt ohne Rückkehr
Anschl. Frank Sinatras Concert for the Americas
19.45 Love Boat
20.40 AIRWOLF
21.50 APF blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Starsky & Hutch
23.35 APF blick



19.00 Nachbar Europa
Zu alt für den Sport?
19.45 off-off Autotest
20.00 Tagesschau
20.15 Endspiel um die IX. Fußball-Weltmeisterschaft 1970 in Mexiko Brasilien – Italien
Aufzeichnung aus Mexiko-Stadt
21.45 Der Sündenbock
Nach dem Roman von Luise Rinser
Mit Therese Giehse und René Deltgen
Regie: Fritz Umgelter
In einer deutschen Kleinstadt wird eine alleinstehende, wohlhabende Dame in ihrem Haus tot aufgefunden.
0.20 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Warum ich Niamiougou bin
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Die Seidenstraße
Wer zuerst kommt, gräbt zuerst
Um die letzte Jahrhundertwende spürten Forscher und Ausgräber aus der ganzen Welt den Schätzen der Seidenstraßen nach. In der Oase Turfan – an der Nordroute gelegen – waren besonders die Deutschen aktiv.
20.15 Auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten



18.15 Deutsche Szene
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 KAZ
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Wann sehen wir uns wieder, Greta?
22.05 RTL-Spiel
22.10 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.20 Andy Williams
Porträt einer Legende
22.42 Wetter / Horoskop / Betthupferl

KRITIK

Kein Anspruch auf Missionierung

Ist Tschernobyl überall? Gerade jüngere Menschen, die diese Frage stellen, sind besorgt. Sollen wir jetzt aber aus der Atom-Energie aussteigen? Zumindestens „langfristig", wie es zahlreiche Politiker fordern? Die Nachdenklichkeit ist angebracht, so formulierte es Moderator Bodo Hauser in den **Bonner Perspektiven** (ZDF).

Doch die Bundesrepublik, das haben die hervorragenden Filmbeiträge sachlich und ohne jeden Missionarseffekt deutlich gemacht, kann auf Kernkraft nicht verzichten. Gesetzt den Fall, sie täte das Unmögliche doch, dann lebten wir Deutschen – von 120 produzierenden Reaktoren in Europa eingekreist – längst nicht sicherer.

Kernenergie, so Forschungsminister Heinz Riesenhuber, muß vernünftig und verantwortbar sein: „Die Umweltfreundlichkeit und der hohe Sicherheitsstandard in unserem Land sind unbestritten, die Entsorgung wird geregelt". Daß diese Tatsache freilich kein Grund ist, pauschal alternative Energien (die von Bonn intensiv gefördert werden) zu verdammen, hält Riesenhuber für eine Selbstverständlichkeit. Ohne Kernkraft geht es trotz Wind, Sonne und Biogas nun mal nicht. Bleibt nur noch eines: weiterforschen. A. E.

An der Realität gescheitert

Europa unter einer radioaktiven Wolke – vergiftetes Gemüse, verseuchtes Schlachtvieh, auf Jahre kontaminierte Muttererde – die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat das Vertrauen vieler in die zivile Nutzung der Nukleartechnik erschüttert. Dieser aktuelle Bezug, an dem der Rainer-Erler-Film News (ZDF) gemessen werden muß, bedingt dessen Scheitern. Die Wirklichkeit hat die Fiktion bereits überholt.

Erler zeigt einen Journalisten, der einer Entsorgungsmafia auf der Spur ist, die scheinbar abgebrannte atomare Brennelemente aus Frankreich in die australische Wüste verschiebt, tatsächlich aber den zur Herstellung von Bomben geeigneten atomaren Müll nur umlädt, um Milliardengewinne zu erzielen. Wie schon in „Fleisch" und „Plutonium" benutzt er dabei die Urangst des Menschen nur als Vorwand für eine nicht schlüssige Aneinanderreihung von Schwerstkriminalität. Exotische Drehorte und die technische Überfrachtung des Films verraten Geschick zu Spesenreiterei, nicht aber zu der Fähigkeit, Spannung zu erzeugen, ohne stets auf die Tristesse nörgelnder Kinder und zerlumpter Strahlengeschädigter sowie auf Journalistenkarikaturen zurückzugreifen. Ein Film, im Abseits der bloßen Angstmache. wat

Streifzug voller Gläubigkeit

Humor ist, wenn man trotzdem lacht, und daran liegt es wohl, daß Varieté und Revue im Berliner Friedrichstadtpalast nach dem ersten Krieg ebenso gefragt waren wie nach dem zweiten. Rainer K. G. Ott teilte das mit, in seinem Streifzug durch Berlins Revuegeschichte **Wo man Träume baut** (ARD). Daß eine widrige Wirklichkeit den Appetit auf Träume steigert, und daß ein widerwärtiger Staat solche Träume bewußt nutzt, stellte Ott immer nur für die Jahre nach 1933 heraus, in denen das Haus „Theater des Volkes" hieß. Wie wenig sich nach 1945 geändert hat – sieht man davon ab, daß das Etablissement seine Residenz wechselte –, vergaß er zu sagen. Statt dessen verhörte er gläubig und entsprechend unkritisch die Verwalter der staatlich verordneten Träume, Direktor und Ballettmeister. Und er war klug genug, keine systematische Geschichte zu vermitteln, sondern eben einen Streifzug – bis zurück in die Tage, als Max Reinhardt und Heinrich George auf dieser Bühne Theater spielten. Dazu hatte der Regisseur sogar einen illustren und äußerst sarkastischen Zeugen, Curt Bois. Ich bin nur nicht dahintergekommen, wie Ott auf den Gedanken verfallen ist, den Namen des berühmten Mimen auf der ersten Silbe zu betonen. kb

Auf und nieder eines Abends

„Das Werk vollzieht sich in Klarheit", zitierte der Sprecher den Philosophen Ludwig Wittgenstein, und die Kamera fuhr dazu langsam über einen Fjord. **Das Sprechen der Musik** (ZDF) war eine der gelungensten Vermittlungen eines tiefschürfenden Themas, die in den letzten Jahren gesendet wurden. Kein Wort zuviel, eindringliche, aber ruhige Bilder zu einem Text, der die ganze Aufmerksamkeit beanspruchte – Landschaften, Häuser, Fotos Wittgensteins und des Komponisten Arnold Schönberg, eben der beiden, um die es ging. Es ist gekonnt, wenn das Zitat „Kunst kann man nicht abbilden" mit einem Bild unterlegt wird, das den Zitierten mit einem Fotoapparat zeigt. Von solchen Sendungen läßt man sich gern in die höhere Bildung entführen.

Das war öffentlich-rechtlicher Programmauftrag in seiner besten Art, doch der Nachspann zeigte: Kein ZDF-Redakteur war am Werk; der Film war eingekauft von Allegro-Film London. Die folgende Sendung, der **Brief aus der Provinz** über den Besuch im Hause Thurn und Taxis, war hingegen eine ZDF-Produktion, und sie bot dem, der unvorsichtigerweise nach Wittgenstein nicht abgeschaltet hatte, phrasendreschende Hofberichterstattung fast bis zum Speichellecken. da

III.

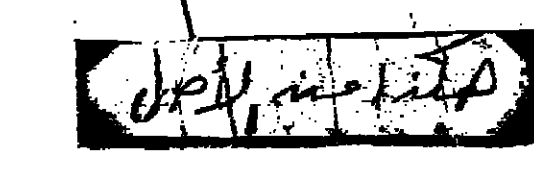
WEST
17.30 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Carl Weiss aus Brüssel
20.45 Vor 80 Jahren erschienen
„Altamira" von Abbe Breuil
21.00 Formel Eins
21.45 Die Glücksbringer als Umweltschützer
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
23.30 Nachrichten

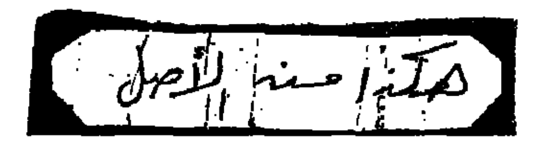
NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeitsplätze
Ein Freizeitpark
19.45 Wirtschaft konkret
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Adele Spitzeder
22.30 Was will der Tiger auf dem Kilimandscharo?
Ein Porträt des Filmproduzenten Bernd Eichinger
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Betrug
Amerikanischer Spielfilm (1948)
21.25 Autoreport
21.30 Drei aktuell
21.45 Filmmagazin
22.30 Die gut' Stubb in New York
23.15 159. NDR-Jazzworkshop
Anschl. Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Vierländereck
Thema: Stahlarbeiter
20.15 Der Mann mit dem Goldhelm
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Nur für Rheinland-Pfalz und das Saarland:
21.00 Neues um 9
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Im Namen des Gesetzes
Italienischer Spielfilm (1949)
22.45 Die Sache mit dem „G"
Gutenberg und die Folgen, 2. Teil
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red i
20.00 Reisewege zur Kunst: Sardinien
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Blondinen bevorzugt
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Marilyn Monroe
Regie: Howard Hawks
23.20 Rundschau







Fanatische Universität

pmr – Das Dahinsiechen und der mögliche Tod einer berühmten Universität sind zu vermelden: Nach dem britischen Kulturzentrum ist auch die „Amerikanische Universität" in Beirut am Ende. Der Lehrbetrieb ruht weiter, obwohl der Streik der *Professoren aus Protest gegen* die Verschleppung ihres libanesischen Kollegen Nabil Matar inzwischen beendet ist. Seit der Ermordung ihres Präsidenten Malcolm Kerr 1984 hat die Universität sieben Professoren durch Mord und Entführung verloren, zahlreiche Studenten sind als Milizionäre auf allen Seiten gefallen.

67 ausländische Professoren, *Christen und Moslems, haben* angekündigt, sie würden jetzt Libanon verlassen. Die Zahl der Studenten, Professoren und des Verwaltungspersonals ist auf sechstausend gesunken, der Lehrbetrieb kann seit zehn Jahren nur sporadisch aufrechterhalten werden. Christliche Studenten aus dem Ostteil Beiruts kommen nicht mehr über die Grenze im Niemandsland nach Ras Beirut zur Uni.

Schuld an allem sind die andauernde Anarchie im moslemischen West-Beirut, die täglichen Schießereien, Autobomben und Morde auf offener Straße. Die privaten Träger in den USA erwägen die Schließung der Universität, die 1866 von amerikanischen Protestanten gegründet worden war. Tatsächlich wurde die „Amerikanische Universität Beirut" oder einfach AUB, die ein Pendant in Kairo besitzt, zur „Ziehmutter" des arabischen Nationalismus, zur Ausbildungsstätte mit hohen Ansprüchen, die erstmals im Vorderen Orient westliches Wissen, westliche Kultur und westliche Denkweise vermittelte. Ganze Generationen von arabischen Politikern, Ärzten, Wirtschaftlern und Juristen wurden von der AUB geprägt, und deshalb soll sie weg.

Radikale und fanatische Schiitengruppen wollen wie in Iran westliches Denken ausrotten, weil sie es mit Christentum oder amerikanischem „Imperialismus" verbinden. Eine arabisch-moslemische Hochschule oder Koranschulen würden dann für das schiitisch-sunnitische Libanon genügen. Technik und modernes Fachwissen halten sie ohnehin für überflüssig, wenn es nicht ihrer Sache dient. Die „Amerikanische Universität" droht dem Ungeist und Unwissen zu erliegen, gegen die *sie angetreten war und* die sie seit mehr als hundert Jahren überwunden glaubte. Ein Irrtum.

Die Prinz-Eugen-Ausstellungen der österreichischen Marchfeldschlösser Schloßhof und Niederweiden

Er hatte leider keinen Chodowiecki

Da haben nun eifrige Historiker versucht, uns klarzumachen, daß alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei und nicht von Dynasten, Dynastien, Kriegen und Schlachten. Aber die Österreicher rührt das nicht. Sie präsentieren uns in den beiden Marchfeldschlössern Schloßhof und Niederweiden, 50 Kilometer donauabwärts von Wien, *„Prinz Eugen und das barocke Österreich"* im Glanz der habsburgischen Krone und begünstigt vom Schlachtenglück.

Die beiden Jagdschlösser des Prinzen Eugen, der vor 250 Jahren starb, liegen heute nur ein paar Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt. Das verleiht der Erinnerung an den großen Feldherrn dreier Kaiser aus dem Hause Habsburg – Leopold I., Joseph I. und Karl VI. – eine makabre Aura. Denn das, was heute die Ostgrenze der Republik bildet, gehörte damals eher zum Westen des Reiches.

Mit der Eroberung Belgrads 1717, seinem größten – und letzten – Sieg, hatte Prinz Eugen die Voraussetzungen für den Frieden von Passarowitz geschaffen, der der österreichischen Monarchie ihre größte territoriale Ausdehnung verbriefte – allerdings für kaum mehr als zwei Jahrzehnte. Bereits im Jahr nach Prinz Eugens Tod begann der Türkenkrieg erneut, diesmal mit Niederlagen, und im Frieden von Belgrad 1739 mußten die Habsburger auf alle Erwerbungen wieder verzichten.

Die Ausstellung beschränkt sich auf Habsburgs glückliche Zeit – jedenfalls, was die österreichische Linie betrifft. Es geht dabei jedoch weniger um die Künste, auch wenn das der Titelzusatz „und das barocke Österreich" nahezulegen scheint. „Barock" ist hier im Sinne von Franz Matsche als „Kaiserstil" aufzufassen. „Die Kunstunternehmungen des Kaiserhauses und die kulturelle Situation am Hof" im sechsten Saal, „Apotheose der Zeit und der Menschen" im zwölften Saal von Schloßhof belegen das recht genau mit Allegorien fürstlicher Tugenden, Ehrenpforten, Prospekten der Schlösser und Kirchen (wie zum Beispiel Schönbrunn oder der Karlskirche in Wien), die weniger als Wohnbauten oder Kirchen, sondern in erster Linie als Ausdruck herrscherlicher Glorie geschaffen wurden.

Davon gibt die Ausstellung in den beiden Schlössern, die, lange vernachlässigt, eigens dafür wieder hergerichtet wurden, *ausgiebig Zeugnis.* In Schloßhof beginnt der Zyklus mit der Politik der drei Kaiser und der Rolle, die Prinz Eugen dabei spielte, während in Niederweiden die wirtschaftliche Basis adliger Herrschaft, die Situation der einfachen Leute, die Baulust der Kirchen und Klöster, aber auch der Adligen, speziell des Prinzen, angesprochen werden.

Eugen ist in dieser Ausstellung zwar allenthalben zu sehen, aber diese Porträts – auf Gemälden und Schlachtenbildern, in Kupferstichen und Holzschnitten, auf Medaillen und allerhand Gebrauchsgegenständen – folgen alle eher einem Typus als der Wirklichkeit. Zwar waren die Maler längst in der Lage, ein lebenswahres Bildnis zu schaffen, aber sie wußten genauso gut, welche Regeln sie zu respektieren hatten, wenn der Auftraggeber wenig vorteilhaft aussah. Und das war bei dem Prinzen Eugen wohl der Fall, auch wenn man die Beschreibung der spottsüchtigen (und dem Prinzen nicht wohlgesonnenen) Liselotte von der Pfalz nicht *für bare Münze nimmt: „kurz aufgeschnupftes Näschen, ein ziemlich langes Kinn und so kurze Oberleffzen,* daß er den Mund allzeit ein wenig *offen hat und* breite, doch weiße Zähne sehen läßt; er ist gar nicht groß und schmal von der Taille."

Prinz Eugen war in Habsburger Landen eine populäre Figur. Das Lied „Prinz Eugen, der edle Ritter", das nach dem Sieg von Belgrad entstand, belegt das ebenso wie die vielen Souvenirs – Pokale, Gedenkmünzen, Ehrengaben, Flugblätter –, die hier zu sehen sind. Trotzdem ist die *Biographie des Prinzen arm an* Anekdoten. Man weiß von Verwundungen, weil er immer wieder wagemutig in der vordersten Reihe kämpfte und so zum Beispiel als erster Kaiserlicher am 12. August 1687 am Berge Harsany in die türkischen Verschanzungen eindrang. In Bildern hat sich das merkwürdigerweise nicht niedergeschlagen. Eine Ausnahme bildet das „Wunder" von Höchst, das Jan van Huchtenburgh im Auftrag Eugens malte. Da sieht man den gestürzten *Prinzen vom tödlichen Schlag* eines bayerischen Kürassiers bedroht, den wiederum ein kaiserlicher Dragoner im letzten Moment ersticht.

Außerdem finden sich in der Ausstellung noch zwei anekdotische Skizzen. Die eine von einem unbekannten Zeichner, wohl 1708 entstanden, stellt dar, wie sich der Prinz und der englische Konsul Renart im Amsterdamer Etablissement der Madame Traese das Damenangebot vorführen lassen, die andere, von Pieter van den Berge im selben Jahr oder 1712 gezeichnet, zeigt Eugen beim Kunsthändler Somer. Einen Chodowiecki oder Menzel – wie Friedrich der Große – hat Prinz Eugen nicht gefunden. Deshalb herrschen die Schlachten- und *Ruhmesbilder vor.*

Selbst persönliche Gegenstände sind nur spärlich überliefert. Da gibt es einen Spazierstock, ein Taschenperspektiv, ein Kamisol und den Küraß, den er wohl in der Schlacht von Turin trug. Dazu kommen ein paar Beispiele aus seiner berühmten Bibliothek; deren Prunkstücke, die „Tabula Peutingeriana", der „Atlas Bleauw" oder der Brief aus dem Feldlager in Selim an Karl Gustav Heraeus sowie die Aquarelle seiner *ganz ungewöhnlichen Menagerie* im Belvedere werden allerdings nur als Faksimiles vorgeführt.

Es ist – soweit das bei der Historie überhaupt möglich ist – dennoch eine höchst ansehnliche Ausstellung. Und sie zeigt: Das Zeitalter des Absolutismus wurde tatsächlich von den Dynastien und ihren Schlachten beherrscht. Die „Geschichtsschreibung von unten" kann da nur Rand- und Beiwerk sein, nicht überflüssig, aber kaum prägend. Die Reise ins Marchfeld, nach Schloßhof und Niederweiden, lohnt sich jedenfalls sowohl für den *Historiker* wie für den Kunstfreund. (Bis 26. Okt.; Katalog 170 öS.)

PETER DITTMAR

Das Porträt eines Siegers: Reiterbildnis des Prinzen Eugen von Savoyen mit einer Schlachtszene im Hintergrund, von einem unbekannten Maler (vor 1710), aus der Ausstellung in Schloßhof FOTO: KATALOG

Der Kammermusiker: Reger-Symposion in Bonn

Ende der Tantiemepflicht

Fast scheint es so, als wolle die Musikgeschichte Max Reger nur einen Platz in der zweiten Reihe zuweisen. Doch das Bonner Reger-Institut stemmte sich solcher Degradierung mit eher bescheiden aus den Mitteln der Elsa-Reger-Stiftung fließenden Finanzkräften, aber umso kompetenterem Engagement entgegen. Getreu dem Stiftungsauftrag.

Zum 70. Todestag veranstaltete das Institut ein dreitägiges wissenschaftliches Reger-Symposion mit Begleitmusik. Die angeschlagene Hauptmelodie war dabei schlicht und unüberhörbar. *Am 31. Dezember dieses Jahres* endet für Regers Werke die Schutzfrist, und das entzieht dem Institut die Existenzgrundlage. Optimisten hoffen, daß mit Wegfall der Tantiemenpflicht der notorische Aufführungsrückstand in Sachen Reger abgebaut werden könnte. Pessimisten befürchten, daß die Geldgeber ausbleiben, die dem Institut das Überleben sichern müssen.

Vermutlich werden beide Seiten ins Unrecht gesetzt, was immer noch die zweitbeste Lösung ist. Der Stichtag wird Regers Musik nicht gleich auf unsere Konzertpodien katapultieren. Andererseits wird sich die Stadt Bonn (und mit ihr das Land Nordrhein-Westfalen) kaum aus der Pflicht stehlen können. Zeichen hat die Stadt mit Überlassung von Räumlichkeiten jüngst bereits gesetzt.

Der Kammermusiker stand musikalisch im Mittelpunkt der Reger-Tage. Das trug einer Entwicklung Rechnung, die den (katholischen) Hauptlieferanten evangelischer Kirchenkonzerte ein bißchen von den Orgelbänken verbannt hat und vom bayerisch-barocken Urviech Reger das Wilhelminische und Gründerzeitliche abstrich, seiner Kammermusik somit als Bindeglied zwischen Brahms und Schönberg verdientes und *wohl* bleibendes Interesse zu sichern beginnt.

Ein zweiter Aspekt war die Quellenlage. Mit Wolfgang Goldhan referierte der Leiter der Handschriften-Abteilung der Staatsbibliothek in Ost-Berlin. Wie wichtig solche Kontakte und die nach Leipzig, Meiningen, Jena für das vom Reger-Institut, das selbst über die größte Reger-Autographensammlung verfügt, in Angriff genommene neue Werkverzeichnis ist, liegt auf der Hand angesichts der Tatsache, daß Reger von 1907 bis zu seinem Tode am 11. Mai 1916 in *Mitteldeutschland* wirkte.

Das Werkverzeichnis ist auch als Korrektur an der Gesamtausgabe gedacht, Ersatz gewissermaßen für eine schon wieder nötige, aber in weiter Ferne liegende neue kritische Gesamtausgabe der Regerschen Werke. Daß das Werkverzeichnis wahrscheinlich sowohl bei Breitkopf & Härtel in Wiesbaden als auch im Leipziger Stammhaus, heute VEB, her*auskommen wird, füllt* auf seine Weise das deutsch-deutsche Kulturabkommen aus.

Die Begleitkonzerte waren prominent besetzt mit einem Klaviertrio aus Saschko Gawriloff, Siegfried Palm, Bruno Canino, mit dem Prager Pražák-Quartett und Ulf Hoelscher und beantworteten die vielleicht wichtigste Frage nach Regers Überleben positiv und negativ zugleich: Findet Reger die Interpreten, die er braucht? Sie alle spielten auf vorzüglichem Niveau, aber niemand hat Reger wirklich im Repertoire. Da konnte es ja nur *dankbar stimmen,* daß Hoelscher weiteres einzustudieren versprach, nämlich die wütende Kritikersonate mit den Motiven S C H A F E und A F F E. Reger hat es auch zu Lebzeiten keinem leicht gemacht.

DIETER SCHÜREN

Neue Platten von Kenny Clarke und Milt Jackson

Blues mit Waldhorn-Solo

Zu den begehrtesten Rhythmus-Gruppen der frühen 50er Jahre gehörte das Hank-Jones-Trio. Eine Aufnahme der Musiker vom April *1955, die jetzt wiederveröffentlicht* wurde (Savoy WL 70526, im Vertrieb der RCA), macht deutlich, warum. Hier wird neunmal filigraner Kammerjazz zu Gehör gebracht, geprägt von der rhythmischen Präzision Kenny Clarkes am Schlagzeug, dem unaufdringlichen Bassisten Wendell Marshall und dem schlanken, eleganten Klavierklang von Jones. Die Elemente summieren sich zu einem runden *Ganzen, das auch heute,* dreißig Jahre nach der Entstehung, nichts von seiner Frische eingebüßt hat.

Das macht sich vor allem in den Balladen bemerkbar. Daß Titel wie „We Could Make Such Beautiful Music Together" oder „When Hearts Are Young" nichts von ihrer Spontanität verloren haben, spricht nicht nur für das Niveau der Kompositionen, sondern auch für die Qualität der Musiker. Und selbst bei den schnelleren, dem Bebop nachempfundenen Werken, zum Beispiel der „progressivsten" Nummer der Kollektion, Hank Jones' „Odd Number" oder Charlie Parkers „Now's The Time", verliert das Trio nicht seine entspannte Ausgeruhtheit.

Vordergründiger Effekthascherei versagen sich die drei rigoros. Nur einmal entfacht Jones ein kleines pianistisches Feuerwerk im *rubato* gespielten ersten Teil der ökonomischen Rodgers & Hart-Komposition „My Funny Valentine", die er mit üppigen Arpeggien und perlenden Läufen anreichert. Doch dann wird er von seinen Mitstreitern nachdrücklich in das rhythmische Gerüst zurückgepfiffen.

Zwei Jahre, ehe der Vibraphonist Milt Jackson neben John Lewis, Percy Heath und Kenny Clarke zum Eckpfeiler des „Modern Jazz Quartet" wurde, entstand „Bluesology" (Savoy WL 70537). Die Aufnahme – *auch* bei diesem Album handelt es sich um eine Wiederveröffentlichung – versammelt verschiedene Sessions des Jahres 1949 mit Jackson und ist ein Dokument aus jenen Jazztagen, in denen Swing und Bebop sich daran machten, sich im neuen Kleid namens „Modern Jazz" zu präsentieren.

Während die Sängerin Winni Brown in bester Swing-Tradition mit volltönender Altstimme ihre beiden Titel „My Brand Of Honey" und „He's Good Enough For Me" vorträgt, beginnt und endet „Bubu" im Latin-Rhythm, der bald schon einen wichtigen Stellenwert im Jazz einnehmen sollte. Dem Blues erweist Julius Watkins seine Reverenz mit einem ausdrucksstarken Waldhorn-Solo in „Faultless"; und im nächsten Titel, „Frenchy", beweist er, daß man auf diesem Instrument swingen kann.

Milt Jackson seinerseits swingt, was sein Instrument hergibt. Leider klingen die Töne trocken und stumpf, scheppern zeitweise oder geraten ein *wenig* schrill. *Von* voluminösem Nachhall jedenfalls ist nur wenig zu spüren (man vergleiche dazu spätere Aufnahmen mit dem „Modern Jazz Quartet", wo er auf einem besseren Vibraphon spielt). Das macht sich besonders bei dem langsamen „You Go *To My Head" bemerkbar,* wo Jackson die Melodie mit vielen Noten füllen muß, um einen „vollen" Klang zu erreichen. Wer die späteren Aufnahmen des Vibraphonisten kennt, wird auf jeden Fall die samtige Weichheit vermissen, die man mit dem Klangbild dieses Instruments *heute* verbindet. Jacksons Spielfreude entschädigt jedoch voll und ganz für diese Mängel.

RAINER NOLDEN

Ostberlin: Puppentheater im Visier der Bürokraten

Krokodil als Hofhund

Eine Aufführung der Puppenbühne im ostthüringischen Gera begeistert zur Zeit die Besucher und verdrießt die Funktionäre: „Drei Linden". *Die Linden* stehen neben einer Dorfkneipe, dort, wo eine Straße gebaut werden soll. Und die Frage heißt: Bäume oder Straße?

Das Puppenensemble ist von Spielbeginn an in zwei Parteien gespalten, die sich gegenseitig heftig attackieren: auf der einen Seite der Bürgermeister und eine HO-Verkäuferin, die für den Bau der Straße sind; auf der anderen das Personal des traditionellen Kasperletheaters, alle mit zeitgemäßen sozialen Funktionen ausgestattet – Kasper als Kellner, Großmutter als Schankfrau, Gretel als Kü*chen- und* Servierkraft und sogar das Krokodil als positiver Hofhund. Nur der Teufel steht auf der anderen Seite. Und zwischen beiden Gruppen taumelt ein ständig betrunkener *und* standpunktloser Agronom.

Als dem Bürgermeister die Argumente ausgehen, fordert er einen Spezialisten aus der Stadt an. Als solcher erscheint eben der Teufel. Zwei Bäume kommen durch ihn zu Fall. Der dritte wird durch Kasper gerettet. Am Ende kommt es zu einer Einigung der Parteien auf der Grundlage eines salomonischen Kompromisses: Gemeinsam werden *neue* Bäume gepflanzt, die geplante Straße wird aber (im Bogen drumherum) ebenfalls gebaut.

Dieses Stück von Martin Morgner geisterte schon seit sechs Jahren durch die Dramaturgien der „DDR", bevor es nun endlich, mehrfach umgearbeitet, in der Geraer Inszenierung von Horst Lonius seine Uraufführung erleben durfte. Im Arbeiter- und Bauernstaat hat es eben auch das Puppentheater schwer. So wie den „Drei Linden" erging es schon vielen anderen Texten. So wundert es denn nicht, daß die zentrale Ostberliner Theaterzeitschrift „Theater der Zeit" unlängst in einem speziell dem Puppentheater gewidmeten Aufsatz schwere Unzufriedenheit unter den Puppenspielern konstatierte.

Die Puppenspieler, die in der *„DDR" mit ihren Aufführungen eine* von Jahr zu Jahr wachsende Zahl von Zuschauern erreichen (1985 über zwei Millionen) und deren Publikum keineswegs nur aus Kindern, sondern immer mehr auch aus Erwachsenen besteht, sind zunehmendem Druck ausgesetzt, sowohl inhaltlich wie auch formal.

Formal dürfen sie den von dem sowjetischen Puppenspieler-Papst Sergej Obrazow vorgegebenen ironischen Realismus nicht überschreiten. Inhaltlich fordert die SED immer wieder „ideologisch einwandfreie" *Inszenierungen, und* sie zeigt sich hier fast noch pingeliger als beim Menschentheater. Zudem sind die Arbeitsbedingungen der Puppenspieler sehr viel schlechter als die des „großen" Theaters.

Neueste Hervorbringung der Kulturbürokratie: ein „Maßnahmeplan zur Grundlagenkonzentration des Puppentheaters für den Zeitraum bis 1990". Es sei notwendig, heißt es darin, „*eine systematische* Angleichung der Bedingungen für künstlerischen Leistungszuwachs in den jeweiligen Territorien für die Gesamtheit der Puppentheater zu konzipieren und in gemeinsamer Verantwortung zentraler und örtlicher staatlicher Organe und *gesellschaftlicher Organisationen* durchzusetzen".

Hoffentlich fällt die, ohnehin schon allzu „gereingte", Fassung der „Drei Linden" der „Angleichung der Territorien" nicht zum Opfer.

HARALD BUDDE

Komponier-Virtuose: Massenets „Cid" in Lüttich

Kampf krummer Säbel

Der „Cid" des Pierre Corneille, 1637 zum ersten Mal aufgeführt, markiert den Anfang des klassischen französischen Theaters. In dem Stück um den spanischen Nationalhelden Don Rodrigo steht vor allem der Begriff der Ehre im Mittelpunkt. Don Rodrigo tötet den Vater seiner Braut *Chimène im Duell,* um die seinem Vater zugestoßene Beleidigung zu rächen. Da aber aus dem Kampf gegen die Mauren Rodrigo als Sieger heimkehrt, gewähren ihm der König und Chimène Pardon und befördern den glorreichen Heerführer in die Rolle des Nationalhelden. Als der hat er sich nun auf der Bühne und im Film immer wieder zu bewähren.

Allerdings dauerte es lange Zeit, bis sich die Opernbühne des Dramas bemächtigte. Und kurioserweise war es Peter Cornelius, der – wohl durch die Namensverwandtschaft mit den *großen Pierre Corneille dazu animiert* – als einer der ersten das heroische Sujet komponierte und 1865 in Weimar aufführen ließ. Erst zwanzig Jahre später entschloß sich Jules Massenet mit Corneilles heroischen Posen musikalisch zu konkurrieren und dem französischen Nationaldrama die französische Nationaloper nachzuliefern.

Das auch in Frankreich nicht mehr *allzu häufig gespielte* Werk wurde jetzt in einer Gemeinschaftsproduktion der Theater von Lüttich und Rouen wieder zur Diskussion gestellt. Dabei stellte sich heraus, daß das durchaus ein lohnendes Unterfangen sein kann. Massenets Musik be*schwört noch einmal das Komponier*virtuosentum des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Aber im „Cid" hört man einen ganz neuen Massenet, einen, der die wirkungstüchtigen Lyrismen der „Manon" ebenso hinter sich gelassen hat wie die Weltschmerzpose des „Werther", der aber auch die ironische Altersweisheit des „Don Quichotte" noch nicht kennt.

Von Anfang an erhält der Komponist das sinnenverwirrende Melos auf Trab, aber es klingt noch in den zahlreichen Ballettnummern eigentümlich verhärtet. Der Kampf der gera*den und krummen* Säbel *wandelt* sich zum Kampf der Arien und Gesänge. Und wenn das Blech martialisch gefordert wird, sind auch Meyerbeer und Wagner nicht mehr fern. Aber es ist letztlich immer wieder die geordnete Leitmotivtechnik des letzteren, die auch im „Cid" rechtschaffenes Operntheater verbürgt.

Die Aufführung der wallonischen Oper in Lüttich war typisch für jene Werktreue, deren man sich in Belgien und großenteils auch in Frankreich immer noch befleißigt. Roger Rossel dirigierte große Oper mit viel Gespür für die unverwechselbare Massenet-Artikulation.

André Jobin, der Sänger der Titelpartie, gehört zu den rar gewordenen Tenorspezialisten für das französische Fach. Er bringt noch die Fähigkeit mit, nasalierte Vokale selbst in extremen Höhenlagen zum Klingen zu bringen. Die Stimme von Dunja Vejzovic (Chimène) wird in den oberen Lagen nicht mehr so eng geführt wie früher und hat *ohne* Zweifel an Volumen gewonnen, was die Sängerin allerdings in der großen Arie dazu verführte, sich recht altwagnerianisch zu gebärden.

Christiane Issartel hatte das szenische Arrangement zu verantworten. Im Verein mit Georges und Jeanne Wakhevitch beschreitet sie unverdrossen den Weg zurück zum historisierenden Ausstattungsfest, das jedoch die Möglichkeiten selbst zweier Koproduzenten übersteigt.

HEINZ LUDWIG

JOURNAL

Göttinger Bibliothek erhält Neubau

dpa, Göttingen

Die vor rund 250 Jahren gegründete Staats- und Universitätsbibliothek in Göttingen erhält einen Neubau. Niedersachsens Wissenschaftsminister Johann Tönjes-Cassens legte auf dem Universitätsgelände den Grundstein. Die Landesregierung hatte sich zu dem Neubau entschlossen, weil wertvolle Buchbestände seit Jahren *in feuchten* Kellern und ausgedienten Fabrikhallen gelagert waren. Die Bibliothek zählt mit ihren etwa drei Millionen Büchern zu den größten der Welt. Zu den kostbarsten Beständen gehört ein Exemplar der ersten Gutenberg-Bibel.

Nachträge zum Werk von Wilhelm Busch

DW. Hannover

Als 1980 das Werkverzeichnis „Wilhelm Busch als Maler" von Hans Georg Gmelin erschien, umfaßte es mitsamt der Nachträge, die während der Drucklegung dazu kamen, 950 Bilder. Inzwischen wurde fast ein weiteres halbes Hundert Gemälde bekannt, so daß im jüngsten „Wilhelm-Busch-Jahrbuch 1985" der Œuvrekatalog bis zur Nummer 993 fortgeschrieben werden kann. Außerdem enthält das Jahrbuch u. a. Beiträge über „Wilhelm Busch und die Physik", über seine Rezeption in Italien, sowie umfangreiche Literaturhinweise von Neuerscheinungen zu Busch oder zur Karikatur im allgemeinen. Der Band mit 168 Seiten, herausgegeben von der Wilhelm-Busch-Gesellschaft in Hannover, kostet 20 Mark.

Fossil eines Flugsauriers in Ostchina gefunden

AFP, Peking

Die versteinerten Überreste eines Flugsauriers aus dem Erdmittelalter sind von einem Bauern bei der Feldarbeit nahe der Küstenstadt Linhai in der ostchinesischen Provinz Zhejiang gefunden worden. Bis auf den Kopf ist das Fossil vollständig erhalten. Der rund zwei Meter lange Pterosaurus hatte Flügel von drei bis vier Metern Länge und lebte zwischen dem Jura und dem Tertiär (vor 180 bis 70 Millionen Jahren).

Bayerische Museumsplanung

DW. München

Wertvolle Kunstwerke gehören nicht ins Depot, sie sollten der Öffentlichkeit zugänglich sein – und zwar nicht nur in München. Das ist das Grundprinzip des Bayerischen Museumsentwicklungsprogramms. Deshalb wurden und werden über den ganzen Freistaat verteilt Zweigmuseen errichtet, die Objekte aus den Staatlichen Sammlungen zeigen. 23 solcher Zweigmuseen gibt es bereits und weitere 15 sind geplant. Diese Zahlen nennt die Broschüre „Neue Museen in Bayern", die das Kultusministerium jetzt vorgelegt hat. Es ist ein kleiner Führer durch die elf Zweigmuseen, die seit 1982 eröffnet wurden. Außerdem stellt das Heft die projektierten Häuser vor und verweist zugleich auf die 76 neuen nichtstaatlichen Museen, die seit 1979 entstanden und im Rahmen des Entwicklungsplanes gefördert wurden.

Verdi, Puccini, Giordano in der Arena von Verona

dpa, Rom

Opern von Giuseppe Verdi, Giacomo Puccini und Umberto Giordano werden in diesem Sommer in der Arena von Verona aufgeführt. In Giordanos „Andrea Chenier" beispielsweise treten José Carreras, Montserrat Caballé und Renato Bruson am 4., 6., 9. und 12. Juli sowie am 31. August auf. Insgesamt bietet das fast 2000 Jahre alte Amphitheater vom 4. Juli bis zum 31. *August 47 musikalische Aufführungen.* Neben „Andrea Chenier" werden Puccinis „Das Mädchen aus dem goldenen Westen" und Verdis „Maskenball" neu aufgenommen. Aus den Vorjahren wiederaufgenommen wird Verdis „Aida".

Gunnar Björnstrand †

AFP, Stockholm

Der schwedische Schauspieler Gunnar Björnstrand ist an den Folgen eines Herzanfalls gestorben. Björnstrands Karriere ist eng mit *den Filmen von Ingmar Bergman* verknüpft, der ihn 1944 in „Hets" (Die Hörige) erstmals vor die Kamera holte. Berühmt wurde der Schauspieler durch seine Rollen in „Gycklarnas afton" (Abend der Gaukler,1953), „Sommarnattens leende" (Das Lächeln einer Sommernacht, 1955), „Det sjunde inseglet" (Das siebente Siegel, 1957), „Nattvardgästerna" (Licht im Winter, 1963) und „Ansikte mot ansikte (Von Angesicht zu Angesicht, 1976). Zuletzt wirkte er in Bergmans „Fanny und Alexander" mit. Der 1909 geborene Schauspieler hatte seine Filmlaufbahn 1931 begonnen. Er wirkte in mehr als hundert Filmen mit und war einer der großen Mimen des Dramatischen Theaters Stockholm.

Barnards Pioniertat ist heute Routine

Mehr als hundert Herztransplantationen in Hannover

E. REVERMANN, Hannover

„Seit eineinhalb Jahren lebe ich wieder richtig glücklich." Peter Brandt, 47jähriger Schiffskapitän aus Bad Kreuznach, zieht ein Goldherzchen aus der Geldbörse und strahlt. Der Rheinschiffer, Vater zweier Jungen, hat nach zwei Infarkten im November 1984 seit der Nacht auf den 13. April dieses Jahres ein fremdes Herz. 19 Tage nach dem Eingriff durfte er zu Frau und Kindern nach Hause. Gestern stand der 47jährige, immer noch mit Mundschutz, als 100. westdeutscher Herzempfänger im Mittelpunkt einer Feier an der Medizinischen Hochschule Hannover. Hier wurden unter Leitung von Professor Hans-Georg Borst bis gestern mit 112 die meisten deutschen Herztransplantationen vorgenommen.

Achtzehneinhalb Jahre nach jenem denkwürdigen 3. Dezember 1967, als Professor Christiaan Barnard in Kapstadt dem 55jährigen Lebensmittelkaufmann Luis Vashkansky als erstem Menschen ein fremdes Herz einsetzte, feierte man gestern in Hannover schon selbstverständlich gewordene Medizinroutine. Der Südafrikaner Vashkansky starb damals zwar nach 118 Tagen. Auch bei den 100 weiteren Herzpatienten in den folgenden zwei Jahren überlebten die Patienten ebenso nur kurzfristig wie jene Herzkranken, bei denen mit Implantaten von Tierherzen vergebens eine Lebensverlängerung versucht worden war. Nach dem eigentlichen Durchbruch im Jahre 1979 – neben verfeinerten Operationstechniken standen auch verbesserte Medikamente zur Vermeidung und Reduzierung von Abstoßreaktionen zur Verfügung – ist es der Medizin bis heute gelungen, weltweit rund 2500 Menschen ein Weiterleben mit einem fremden Organ zu ermöglichen. Zu 60 Prozent haben diese Patienten fünf Jahre und noch länger überlebt, zu 80 Prozent rund ein Jahr.

Im Bundesgebiet warten derzeit etwa 600 Patienten auf eine Herztransplantation, für die neben den reinen Krankenhauskosten jeweils 131 000 Mark für ein Transplantat aufgewendet werden müssen. Aus den USA weiß man, daß 90 Prozent der wartenden Herzpatienten sterben, weil nicht zur rechten Zeit ein geeignetes Spenderherz bereitsteht. Die Herzchirurgie im Bundesgebiet kann heute zwar dank spezieller Transplantatbanken und schneller Flugverbindungen Spenderorgane aus weit über 1000 Kilometer Entfernung in weniger als viereinhalb Stunden in die Operationssäle schaffen. Doch immer noch nicht ausreichende Spendenbereitschaft in der Bevölkerung stehen diesen Bestrebungen im Wege. Ein weiteres Problem: In kleineren Krankenhäusern reichen technische und personelle Ausstattungen oft nicht zur Feststellung des Hirntodes und zur Organentnahme aus.

LEUTE HEUTE

Nicht in Pension

Er versteht sich selbst als „literarischer Handwerker" und sitzt folglich täglich an der Schreibmaschine, um „den Menschen für ein paar Stunden aus dem grauen Alltag zu entführen": **Heinz Konsalik** wird morgen 65 Jahre alt. Er denkt jedoch nicht daran, wie andere seines Alters in „Pension" zu gehen. Sein nächster Roman, für den er zur Zeit in Alaska recherchiert, ist in Arbeit. Darum wird auch die Geburtstagsfeier für den Bestseller-Autor ausfallen. Seine 122 Bücher wurden in 22 Sprachen gedruckt und erreichten insgesamt eine Auflage von 63 Millionen.

Volljährig geworden

Folgen hat der 18. Geburtstag nicht nur bei „bürgerlichen" Jugendlichen: Auch für einen Kronprinzen ändert sich manches. Seit gestern ist **Frederik**, der älteste Sohn der dänischen Königin **Margrethe II.** und Prinz **Hendriks**, volljährig und wird öffentliche Verpflichtungen wahrnehmen müssen. Zudem erhält er künftig eine Apanage von etwa 243 000 Mark und wird demnächst einen Trakt des Schlosses Amalienborg bewohnen.

Seit drei Jahren erfreuen sich Schweinerennen großer Beliebtheit / Gericht: Keine Tierquälerei




Lange Rennerfahrung macht sich bezahlt: Wollschwein „Harald" (unten) setzt beim Aufwärmen spielend über Strohhürden. Zuschauer, die sich mit ihm messen, hängt Wildschwein „J. R." (rechts) um mehr als Rüssellängen ab FOTOS: BERNHARD NEUBAUER

Professor Flinkmann ist ein Siegertyp

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Professor Flinkmann ist eineinhalb Jahre alt und derzeit Deutschlands schnellstes Rennschwein. Pfingsten in Düsseldorf brauchte die rasende Sau für 90 Meter 10,67 Sekunden. Das ist keine Märchengeschichte und auch nicht geträumt. Schweinerennen finden seit drei Jahren regelmäßig vor allem in Norddeutschland statt, sogar auf der eher vornehmen Insel Sylt ließ man die Sau los. Am kommenden Sonntag geht es auf dem Gelände des Reitvereins Oranjehof in Köln um Sieg und Platz.

Natürlich: Auch beim Schweinerennen muß alles seine Ordnung haben. Die Wildschweine unter sich, die Wollschweine von den Hängebauchschweinen getrennt und die Hausschweine selbstverständlich auch in eigenen Klassen. Anfangs protestierten die Tierschützer heftig, in Hamburg-Farmsen wurde eine Veranstaltung auf der alten Trabrennbahn auch einmal behördlich untersagt, doch nach einem Beschluß des Berliner Bundesverwaltungsgerichts steht eben fest, daß die Männer des Schweine-Cross-Teams Deutschlands mit ihren Rennen nicht gegen die Tierschutzgesetze verstoßen. Dennoch: Es gibt immer noch Probleme mit den Rennstrecken. Der Kölner Galopprennverein will die Schweine nicht einmal auf seinem Parkplatz laufen lassen.

Der Unterhaltungswert der Veranstaltungen ist sicher nicht unbeachtlich. Dafür hat vor allem Rennmanager und Moderator Charly Beecken aus Lübberstedt gesorgt. Er taufte das Borstenvieh auf die kuriosen Namen Harald Haxe, J. R. the Pig, Rudi Rüssel, Örly Örlinger, Alexis und Krystel (Alexis ist schneller), und auch Harald der Promillestar geht in der Wollschweinklasse an den Start. Ein Schwein, der dabei an den Entertainer gleichen Vornamens denkt. Und natürlich ist der „Wahre Schweino" auch das einzige singende und grunzende Rennschwein überhaupt.

Charly Beecken, hauptberuflich bei der Kriminalpolizei in Hamburg tätig, präsentiert aber stets auch den so beliebten Wettbewerb „Publikum gegen Schwein". Da darf der Mensch auf sich wetten – das Schweine-Cross-Team hält dagegen, der Höchsteinsatz beträgt 50 Mark. In Düsseldorf mußte das Team einmal zahlen; denn der pfeilschnelle Mittelstürmer eines Fußballvereins lief die 90 Meter in 10,45 Sekunden, Professor Flinkmann war um Rüssellänge zweiter Sieger. Beecken: „Aber bei zehn Rennen gewinnt neunmal das Schwein."

Der Schweine-Conferencier weist auch die Vorwürfe zurück, im Training würde dem Borstenvieh körperliche Gewalt angetan. Beecken: „Das ist eine Mär. Schweine gehören zu den intelligenten Tieren. Nicht umsonst gibt es in Hildesheim jetzt auch das erste Polizeischwein. Trainiert wird vor allem mit der Futter-Lockmethode. Sie müssen morgens immer 100 Meter zum Futter rennen. Das ist ihr Training."

Und der um keinen Gag verlegene Beecken greift auch sofort ins Archiv, wenn es um die Vergangenheit der Borsten-Turfs geht. 1899 sollen in der Wesermarsch die ersten Rennen mit dem grunzenden Vieh gelaufen worden sein. Nun hat Beecken die endlose lange „schweinelose" Zeit beendet und kann von sich behaupten, sein idealer Lebenszweck sei Borstenvieh und Schweinespeck...

WETTER: Im Norden etwas kühler

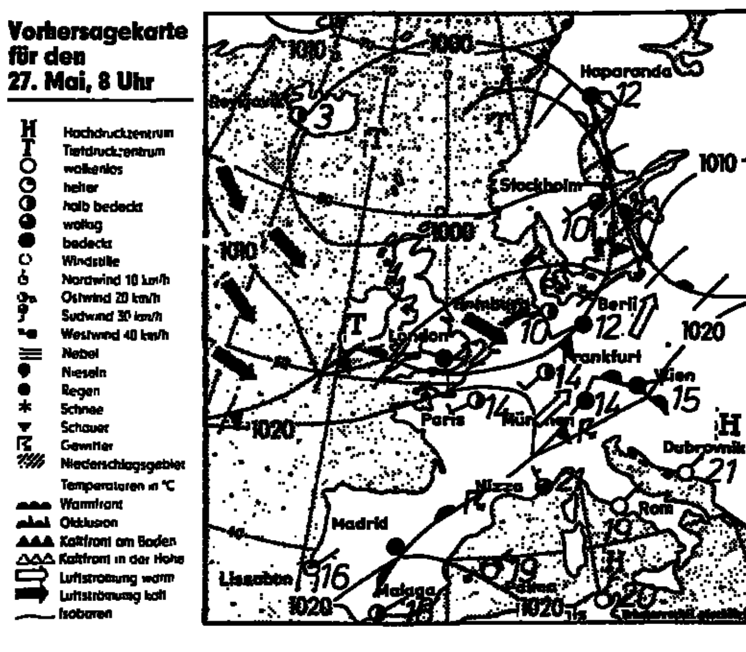
Lage: Während sich in Südbayern zunächst noch eine Gewitterstörung bemerkbar macht, verlagert sich die über Norddeutschland verlaufende Kaltfront langsam ostwärts. Sie leitet die Zufuhr kühlerer Meeresluft ein.

Vorhersage für Dienstag: In Südbayern anfangs noch Gewitter, sonst heiter bis wolkig. Nachmittags von Nordwesten her Bewölkungszunahme und nachfolgend Regen, örtlich auch Gewitter. Höchsttemperaturen im Norden um 20, im Süden bis 28 Grad. Auffrischender und bei Gewittern stark böiger Wind um Südwest.

Weitere Aussichten: Unbeständig und deutlicher Temperaturrückgang.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.15 Uhr*, Untergang: 21.24 Uhr; **Mondaufgang:** 1.50 Uhr, Untergang: 9.41 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 27. Mai, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	24	he
Bielefeld	25	he
Braunlage	20	he
Bremen	22	he
Dortmund	24	he
Dresden	23	wl
Düsseldorf	24	he
Erfurt	23	wl
Essen	22	he
Feldberg/S.	15	bw
Flensburg	20	he
Frankfurt/M.	23	bw
Freiburg	25	bw
Garmisch	25	bw
Greifswald	24	he
Hamburg	22	he
Hannover	24	he
Kahler Asten	20	he
Kassel	22	he
Kempten	24	bw
Kiel	22	he
Koblenz	24	he
Köln-Bonn	24	he
Konstanz	20	bw
Leipzig	24	wl
List/Sylt	16	he
Lübeck	24	he
Mannheim	24	he
München	23	he
Münster	23	he
Norderney	19	he
Nürnberg	24	bw
Oberstdorf	24	bw
Passau	24	he
Saarbrücken	22	bw
Stuttgart	24	he
Trier	22	he
Zugspitze	5	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	28	wl
Amsterdam	20	he
Athen	28	he
Barcelona	24	bw
Belgrad	21	wl
Bordeaux	22	bw
Bozen	28	he
Brüssel	22	he
Budapest	22	wl
Bukarest	19	wl
Casablanca	28	wl
Dublin	13	he
Dubrovnik	25	wl
Edinburgh	12	bw
Faro	24	wl
Florenz	30	he
Genf	24	he
Helsinki	12	bd
Hongkong	30	he
Innsbruck	26	bw
Istanbul	18	bd
Kairo	29	wl
Klagenfurt	22	he
Konstanza	22	wl
Kopenhagen	17	he
Korfu	27	he
Las Palmas	28	wl
Leningrad	13	bd
Lissabon	22	he
Locarno	22	bw
London	14	bd
Los Angeles	18	he
Luxemburg	21	he
Madrid	25	bw
Mailand	26	wl
Malaga	25	wl
Mallorca	29	wl
Moskau	16	bw
Neapel	30	wl
New York	17	he
Nizza	27	he
Oslo	9	R
Ostende	15	he
Palermo	25	he
Paris	23	he
Peking	27	he
Prag	22	wl
Rhodos	24	wl
Rom	28	he
Salzburg	26	he
Singapur	30	bw
Split	26	wl
Stockholm	15	he
Straßburg	23	he
Tel Aviv	26	he
Tokio	19	bw
Tunis	25	he
Valencia	23	bw
Varna	23	he
Venedig	24	wl
Warschau	22	wl
Wien	22	wl
Zürich	23	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Folgen einer Renovierung



Getrübt ist die Vorfreude auf den Geburtstag der New Yorker Freiheitsstatue, die am 4. Juli 100 Jahre alt wird. Nach einer gründlichen Reinigung zeigt ihr steinernes Antlitz schon wieder „Patina", die vom schlampigen Umgang mit Putzmitteln zeugt. FOTO: DPA

Ausbruch mit Helikopter

Häftling in Paris vom Dach eines Gefängnisses geholt

AFP/SAD, Paris

Mit einem Hubschrauber ist ein zu 18 Jahren Haft verurteilter Schwerverbrecher gestern morgen aus dem Pariser Stadtgefängnis La Santé geflüchtet. Ein mit einer Maschinenpistole bewaffneter Komplize des Ausbrechers hatte sich mit einem Seil auf dem Dach des Gefängnisses abgesetzt und den dort wartenden Michel Vaujour angeseilt. Ein zweiter Gefangener blieb auf dem Dach zurück. Die Maschine landete rund 15 Minuten später auf dem Fußballplatz der internationalen Studentenstadt am südlichen Stadtrand. Die Insassen flüchteten zu Fuß.

Der Hubschrauber vom Typ „Alouette", dessen Kennzeichen sich als falsch herausstellten, war auf dem Flug zum Gefängnis über dem Hubschrauberplatz südlich von Paris entdeckt und von der Luftabwehr über Funk angesprochen worden. Der Pilot antwortete jedoch nicht und flog weiter. Nach ersten Ermittlungen soll der Hubschrauber gestern morgen von einer Frau gechartert worden sein. Bei der Hubschrauber-Gesellschaft kann jeder, der eine Lizenz besitzt, einen Helikopter mieten, ohne einen Flugplan vorzulegen.

Der Schwerverbrecher Michel Vaujour (34) war in der Vergangenheit bereits dreimal aus einem Gefängnis ausgebrochen.

Ringen um wissenschaftliches Erbe eines Professors

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Professor Vladimir Milojčić war zu Lebzeiten ein berühmter Mann. Ihm, dem langjährigen Leiter des Instituts für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Heidelberg, verdankt die Fachwelt unter anderem eine exakte Methode zur Bestimmung der verschiedenen Steinzeitepochen in Europa. Grabungsreisen führten ihn kreuz und quer durch den Kontinent. Entsprechend reich war die geistige Hinterlassenschaft des gebürtigen Jugoslawen nach seinem Tod im Jahr 1978. Und um die ist inzwischen ein bundesweit wohl einmaliger Rechtsstreit entbrannt.

Der Schatz ruht in den Archiven

Der wissenschaftliche Nachlaß des Professors umfaßt, grob geschätzt, rund 10 000 Dokumente. Unter ihnen sind Fotos und Beschreibungen von archäologischen Funden, Grabungstagebücher, Skizzen und Lagepläne, niedergeschrieben oder gezeichnet von Vladimir Milojčić, seinen Mitarbeitern und Studenten. Seit 1978 ruht der Schatz in den Archiven des Instituts. Die Universitätsleitung, Milojčić' früherer Arbeitgeber, behandelt ihn als öffentliches Eigentum, weil die Forschungsreisen des Historikers „im Rahmen seiner Dienstaufgaben" abgewickelt und obendrein aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert worden seien. Dagegen wiederum klagen Vladimir Milojčić' engste Angehörige. Die Gelder für seine wissenschaftliche Arbeit, argumentiert deren Heidelberger Rechtsanwältin Sabine Klamroth, habe der Professor wegen seines „überragenden Rufs" bekommen. Im übrigen seien alle öffentlichen Nutzungsansprüche durch vorausgegangene Veröffentlichungen abgegolten.

Milojčić' Witwe will das Material nicht etwa erneut vermarkten. Alle Aufzeichnungen ihres Mannes sollen vielmehr der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt, einer Untergliederung des Deutschen Archäologischen Instituts, überlassen werden. Das entspricht zum einen dem Wunsch Vladimir Milojčić'. Zum anderen wähnen seine Angehörigen das wissenschaftliche Vermächtnis bei Professor Harald Hauptmann, dem Schüler und Nachfolger des Verstorbenen, nicht in den allerbesten Händen. Dagegen betont Uni-Kanzler Kraft: „Das Institut braucht die Unterlagen für seine Arbeit."

Zwischen allen Stühlen steht das Wissenschaftsministerium in Stuttgart. Der Streit, meint Pressesprecher Hans-Dieter Schmidt, berührt „ein ganz diffiziles Rechtsgebiet". Im Urheberrecht beispielsweise gibt es, anders als im Arbeitnehmererfindungsgesetz, kein sogenanntes Professorenprivileg, das dem Hochschullehrer die wirtschaftliche Verwertung seiner Arbeit überlassen würde. Und auch das Dienstrecht ist hier wenig konkret. „Es gibt nichts", bestätigen die Experten im Wissenschaftsministerium, „was ungeklärter wäre."

Dafür sprechen auch die ersten beiden Urteile im Fall Milojčić. So hatte das Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe im Zwischenstreit um die Auskunftspflicht der Universität festgestellt, daß die vom Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit ein „persönliches Eigentum" des Professors an seinen Aufzeichnungen begründe, welches durch das vorübergehende Nutzungsrecht des Dienstherrn nicht erlösche. Ganz anders die Meinung der Zivilkammer für gewerblichen Rechtsschutz beim Landgericht Mannheim im Hauptsacheverfahren. Sie verneinte, ebenfalls unter Berufung auf Artikel fünf Grundgesetz, den von Milojčić' Hinterbliebenen eingeklagten Herausgabeanspruch.



Um seinen Nachlaß wird gestritten: Vladimir Milojčić FOTO: DIE WELT

Karlsruhe hat jetzt das letzte Wort

Verfassungsrechtlich geschützt, so der Urteilstenor, sei nur die Freiheit von Forschung und Lehre, nicht jedoch das wirtschaftliche Nutzungsrecht der Forschungsergebnisse. Letztlich müsse die Arbeit eines Professors ausgewertet, überprüft und weitergeführt werden. Und dies sei nur möglich, wenn die Universität, in deren Diensten der Professor stand, Eigentümer der Forschungsunterlagen bleibe.

Das letzte Wort in diesem Tauziehen, dessen Streitwert bei 100 000 Mark liegt, dürfte wohl der Bundesgerichtshof haben. Seine Entscheidung wird in Heidelberg und Stuttgart gleichermaßen gespannt erwartet. Denn die Konsequenzen sind, falls die Kläger obsiegen würden, für den Lehrbetrieb der deutschen Universitäten noch nicht abzusehen.

Italiener befürworten Rauchverbot

AP, Ro[m]

Die Italiener, die nach eigener Ei[n]schätzung zu den stärksten Raucher[n] in Europa gehören, befürworten nac[h] einer am Sonntag veröffentlichte[n] Umfrage mehrheitlich einen Vo[r]schlag von Gesundheitsminist[er] Costante Degan, der das Rauchen [in] der Öffentlichkeit praktisch verbi[e]ten will. Der Umfrage zufolge, die i[n] der römischen Zeitung „La Repubbl[i]ca" veröffentlicht wurde, findet d[er] Vorschlag des Ministers bei siebe[n] von zehn Italienern Zustimmung.

Sollte Degan, der 1985 selbst d[as] Rauchen nach 20 Jahren aufgegebe[n] hatte, mit seiner Initiative im Parl[a]ment Erfolg haben, würden die Itali[e]ner nur noch zu Hause oder in ihre[m] Auto rauchen dürfen. Jetzt beste[ht] Rauchverbot in Kinos, Theatern, Schulen, Museen, Krankenhäuser[n] und öffentlichen Verkehrsmitteln.

Viele Scheck-Betrüger

dpa, Berli[n]

In der Bundesrepublik Deutsch[-] land entsteht mehr Schaden durc[h] Euroscheck- und Kreditkarten-Kr[i]minalität als durch Überfälle a[uf] Banken und Geldtransporte. Wie de[r] Bund Deutscher Kriminalbeamte[r] gestern mitteilte, erzielten Betrüge[r] im vergangenen Jahr mehr als 34 Mi[l]lionen Mark durch Einlösung vo[n] Schecks und Kreditkarten.

Hirsche auf Autobahn

dpa, St. Wendel/Saa[r]

Ein Rudel Hirsche hat gestern mor[-] gen auf der Autobahn zwischen Saa[r]brücken und Trier in Höhe von Nonn[-] weiler-Bierfeld (Kreis St. Wendel) ei[-] ne Massenkarambolage ausgelös[t]. Zwei Lastwagen und ein Personen[-] wagen rasten in das Rudel. Zwei Tie[-] re wurden getötet. Die Fahrzeugin[-] sassen blieben unverletzt.

Aktion „Dial Berlin"

dpa, Berli[n]

Mit dem Werbespruch „Dial Berlin" (Wähl Berlin) soll der US-Tourismus nach Berlin gefördert werden. Die Werbung wird von einem privatwirtschaftlich finanzierten Verein übernommen, einem Zusammenschluß führender Berliner Hotels und anderer touristischer Veranstalter. An einer Informations- und Buchungsstelle über das Büro des Vereins in San Antonio (US-Bundesstaat Texas) können US-Touristen in der Vereinigten Staaten telefonisch kostenlose Auskünfte erhalten und auch buchen.

400 Tote bei Schiffsunglück

dpa, Dhaka

Mindestens 400 Menschen ertranken Sonntag abend im Süden von Bangladesch, als eine Fähre bei schwerem Unwetter auf dem Fluß Meghna 135 Kilometer vor Dhaka sank. Es ist das bisher schwerste Unglück in der 15jährigen Geschichte des Landes. Zur Zeit des Unglücks erreichten die Stürme eine Geschwindigkeit von 112 Stundenkilometern.

Autofreier Sonntag

dpa, Bregenz

Der erste freiwillige „autofreie Sonntag" im österreichischen Vorarlberg sowie in Liechtenstein war seinen Organisatoren zufolge ein „voller Erfolg". In geschlossenen Ortschaften war der Verkehr bis zu 70 Prozent geringer, auf Autobahnen und Landstraßen jedoch „normal bis schwach". Naturschutz- und Umweltorganisationen hatten die Bevölkerung aufgerufen, am 25. Mai auf ihr Auto zu verzichten. Der nächste autofreie Sonntag, zu dem auch Schweizer und Deutsche eingeladen werden sollen, ist im September geplant.

Gurt auch auf Rücksitz

AP, München

Vom 1. Juli dieses Jahres an wird mit einem Verwarnungsgeld von 40 Mark bestraft, wer auf dem Rücksitz den Sicherheitsgurt nicht anlegt. Der ADAC wies gestern darauf hin, daß Sicherheitsgurte im Fond allerdings nur für Fahrzeuge vorgeschrieben sind, die nach dem 1. Mai 1979 erstmals zuglassen wurden.

ZU GUTER LETZT

„Wir wollen keine Prinzessin, die aussieht wie eine Schaufensterpuppe." Mit diesen Worten machte sich der konservative englische Parlamentsabgeordnete Harry Greenway für Sarah Fergusons Sommersprossen stark. Die Post will sie auf den Sondermarken anläßlich Prinz Andrews Hochzeit mit „Fergie" wegretuschieren.

